



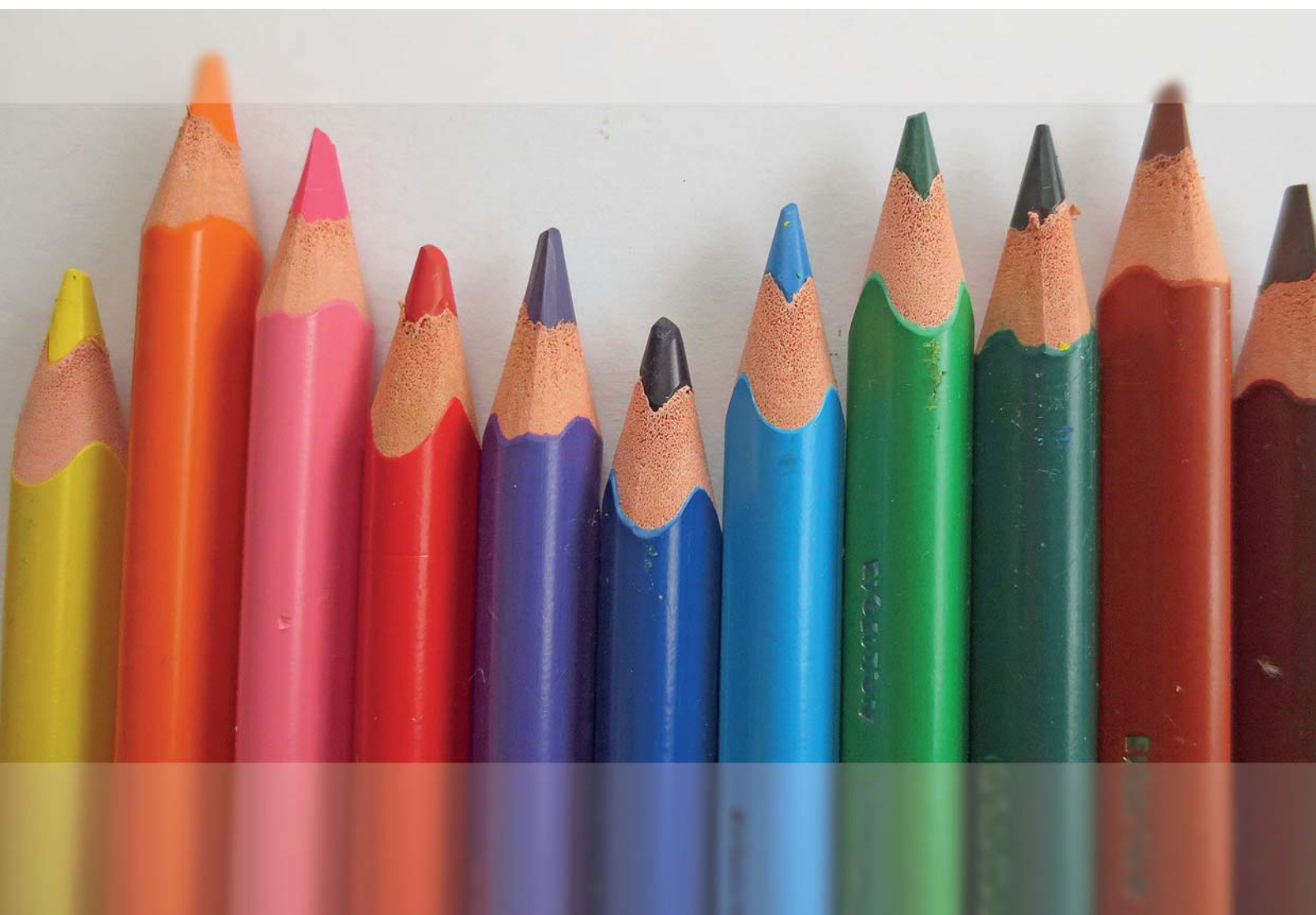
Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 40

2016

STATISTISCHE ANALYSEN



Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2015

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referate „Bildung“, „Analysen“ und „Veröffentlichungen“

Autorinnen und Autoren: Dr. Ninja Lehnert, Dr. Marco Schröder, Jeanette Vogel

Erschienen im Oktober 2016

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:

http://www.statistik.rlp.de/stat_analysen/bildung/KennzahlenBildung2015.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



Das Bildungssystem und die Teilhabe daran sind sowohl Voraussetzung für individuell erfolgreiche Bildungs- und Erwerbsverläufe als auch Grundlage für gesellschaftliche Entwicklung, volkswirtschaftliches Wachstum und langfristigen Wohlstand. Dabei steigen die Anforderungen an ein integratives Bildungssystem mit zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen. Aufgrund der aktuellen Bevölkerungsentwicklung, der Zunahme an schulpflichtigen Asyl- und Schutzsuchenden und des Wandels gesellschaftlicher Werte muss die Bildungspolitik professionelle Strukturen bereitstellen und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote und Lernbedingungen in Kindertagesstätten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen und Weiterbildung ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der Erwerbstätigkeit von Eltern, der zunehmenden Heterogenität und kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft, komplexer werdender Bildungsübergänge, dem erwarteten Fachkräftemangel, der Diversität der Studienangebote und einer alternden Bevölkerung, die einer ständigen Fort- und Weiterbildung bedarf, gewinnt die Debatte um eine gerechte, umfassende und integrative Gestaltung des Bildungssystems an Bedeutung.

Eine sachlich fundierte Auseinandersetzung mit allen Facetten der Bildung bedarf belastbarer Informationen über alle Bildungsbereiche und -institutionen, die den Bildungsverlauf über die Lebensspanne begleiten. Die Publikation „Kennzahlen zur Bildung“ liefert nun zum dritten Mal datengestützte Informationen zu den wichtigsten Bildungsbereichen und zu den zentralen Entwicklungen in der Bildungslandschaft.

Diese Ausgabe knüpft an die ersten beiden Veröffentlichungen an und führt Sie informativ und aufschlussreich durch alle Bildungsbereiche, beginnend mit der frühkindlichen Bildung und Betreuung, über die schulische, berufsbildende und akademische Ausbildung, bis hin zur allgemeinen Weiter- und Erwachsenenbildung. Aufgrund der bildungspolitischen Relevanz erfolgt insbesondere die Darstellung des Migrationshintergrunds, der Geschlechterverhältnisse und relevanter Bildungsübergänge in den Grafiken und Tabellen. Daneben wird ein Überblick über das Bildungssystem sowie über die Bevölkerungsentwicklung, den Bildungsstand in der Bevölkerung und die Bildungsfinanzierung gegeben.

Die Grafiken sowie die beschreibenden und interpretierenden Texte werden auch in dieser Ausgabe um einen Tabellenanhang und ein Glossar mit Erläuterungen zu den Bildungsinstitutionen und zu den verwendeten Fachbegriffen ergänzt. Die Kennzahlen und Bildungsindikatoren beruhen auf den Daten der amtlichen Statistik, insbesondere der Schul-, Berufsbildungs-, Hochschul-, Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Finanzstatistik, des Mikrozensus sowie auf Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Bad Ems, im Oktober 2016

(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes



Vorwort	3
Hinweise	6
Verzeichnisse	7
1. Rahmenbedingungen	11
1.1 Demografische und soziale Entwicklung	12
1.2 Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt	18
2. Grundinformationen zur Bildung	21
2.1 Bildungsstand der Bevölkerung	22
2.2 Bildungspersonal und -ausgaben	24
3. Vorschulische Bildung und allgemeinbildende Schulen	29
3.1 Vorschulische Bildung und Betreuung	30
3.2 Allgemeinbildende Schulen	36
4. Berufliche Bildung	61
4.1 Übergänge in die berufliche Bildung	62
4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung	66
5. Hochschulen und Weiterbildung	79
5.1 Hochschulen	80
5.2 Weiterbildung	96
Tabellenanhang	99
Weitere Informationen zum Thema Bildung	125
Glossar	129

Zeichenerklärung und sonstige Hinweise

Zeichenerklärung	x	Nachweis nicht sinnvoll
	.	Zahl unbekannt oder geheim
	-	nichts vorhanden
	...	Zahl fällt später an

Sonstige Hinweise Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „15 bis unter 65 Jahre“ die Darstellungsform „15 – 65 Jahre“ verwendet.

In erster Linie sind Daten für das Berichtsjahr 2015 dargestellt. Zu einigen Merkmalen liegen Daten erst für das Jahr 2014 (in Ausnahmefällen für 2013 bzw. Stichtagsdaten für 2016) vor.

Grafikverzeichnis

G 1	Bevölkerung 2000–2035 nach Altersjahren	12
G 2	Bevölkerung 2000–2035 nach Altersgruppen	14
G 3	Bevölkerung 2014 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund	15
G 4	Bevölkerung unter 18 Jahren 2008–2014 nach Migrationshintergrund	16
G 5	Kinder 2005–2014 nach Familientypen	17
G 6	Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2015	18
G 7	Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2005–2015	19
G 8	Bevölkerung, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Erwerbspersonen in der Demografischen Variante 2014–2060	20
G 9	Bevölkerung ab 15 Jahren 2014 nach Bildungsstand und Geschlecht	22
G 10	Bevölkerung ab 15 Jahren 2014 nach Bildungsstand, Geschlecht und Altersgruppen	22
G 11	Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2014 nach Bildungsstand und Erwerbsbeteiligung	23
G 12	Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2014 nach Bildungsstand, Geschlecht und Erwerbsbeteiligung	23
G 13	Pädagogisches und wissenschaftliches Bildungspersonal 2015 nach Bildungsbereichen	24
G 14	Pädagogisches und wissenschaftliches Personal 2015 nach Alter und Geschlecht	25
G 15	Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) 2005–2015 nach Bildungsbereichen	26
G 16	Leistungsempfänger/-innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2005–2015 nach Empfängerkreisen	27
G 17	Leistungsempfänger/-innen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2005–2015 nach Geschlecht	28
G 18	Inanspruchnahme von vorschulischen Betreuungsangeboten der unter 3-Jährigen 2006–2016	31
G 19	Inanspruchnahme von vorschulischen Betreuungsangeboten der 3- bis unter 6-Jährigen 2006–2016	32
G 20	Unter 6-Jährige in Kindertagesbetreuung 2016 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund	33
G 21	Ganztagsbetreuungsquote der unter 6-Jährigen 2006–2016 nach Altersgruppen	34
G 22	Kinder in Schul- und Förderschulkindergärten in den Schuljahren 2005/06–2015/16	35
G 23	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schulstufen	37
G 24	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulstufen, Geschlecht und Migrationshintergrund	38
G 25	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach den zehn häufigsten nicht deutschen Staatsangehörigkeiten und Familiensprachen	39
G 26	Eingeschulte an allgemeinbildenden Schulen 2005–2015	40
G 27	Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schularten	42

Grafikverzeichnis

G 28	Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2015/16 nach Migrationshintergrund und Familiensprache	43
G 29	Schüler/-innen der achten Klassenstufe allgemeinbildender Schulen in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schularten	44
G 30	Schüler/-innen der achten Klassenstufe allgemeinbildender Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten und Migrationshintergrund	45
G 31	Nichtversetztenquoten an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2004/05–2014/15 nach ausgewählten Schularten	46
G 32	Nichtversetzte an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schulstufen, Geschlecht und Migrationshintergrund	47
G 33	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2005–2015 nach Abschlussarten	48
G 34	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2015 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund	49
G 35	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife auf Kreisebene 2015 nach Herkunftsschularten	51
G 36	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife 2015 nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsschularten	52
G 37	Schüler/-innen mit Teilnahme am herkunftssprachlichen Unterricht allgemeinbildender Schulen im Schuljahr 2015/16 nach den 10 häufigsten Staatsangehörigkeiten und Familiensprachen	53
G 38	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Konfessionen und Teilnahme am Religions- und Ethikunterricht	54
G 39	Ganztagsschüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2015/16 nach Angebotsarten	55
G 40	Ganztagsschüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund	56
G 41	Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf allgemeinbildender Schulen 2006–2015 nach besuchten Schultypen	57
G 42	Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Förderschwerpunkten und besuchten Schultypen	58
G 43	Schüler-Lehrer-Relation an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2005/06 und 2015/16 nach Schularten	59
G 44	Ausgaben für öffentliche Schulen im Haushaltsjahr 2013 nach ausgewählten Schularten	60
G 45	Anfänger/-innen 2006/07–2014/15 nach Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)	63
G 46	Anfänger/-innen des Berufsvorbereitungsjahres im Schuljahr 2015/16 nach Herkunftsschularten	64
G 47	Anfänger/-innen des Berufsvorbereitungsjahres im Schuljahr 2015/16 nach Migrationshintergrund	65
G 48	Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schulformen	66
G 49	Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund	67
G 50	Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2015/16 nach Bildungsgängen und Geschlecht	68

G 51	Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2004–2014	69
G 52	Ausbildungsquoten 2015 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten	70
G 53	Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen	71
G 54	Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2014 nach Geschlecht	72
G 55	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen und Vorbildung	73
G 56	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	74
G 57	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen und Staatsangehörigkeit	75
G 58	Vertragslösungsquoten 2014 nach Ausbildungsbereichen	76
G 59	Bestandene Abschlussprüfungen 2014 nach Ausbildungsbereichen	77
G 60	Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz 2015 nach Berufshauptgruppen	78
G 61	Studierende an Hochschulen 2005–2015 nach Geschlecht	81
G 62	Studienanfänger/-innen an Hochschulen 2005–2015 nach Geschlecht	82
G 63	Fachstudienanfänger/-innen und Studierende an Hochschulen 2015 nach angestrebtem Abschluss	83
G 64	Studierende in den zehn am stärksten besetzten Studienfächern an Hochschulen 2015 nach Geschlecht	84
G 65	Bildungsausländer/-innen an Hochschulen 2015 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern	85
G 66	Studienberechtigtenquote an Hochschulen 2004–2014 nach Geschlecht	86
G 67	Studienanfängerquote an Hochschulen 2005–2014 nach Geschlecht	87
G 68	Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2014/15	88
G 69	Hochschulabsolventen/-innen in der Regelstudienzeit 2014 nach Fächergruppen und Abschlussarten	89
G 70	Personengruppen an Hochschulen 2004 und 2014 nach Geschlecht	90
G 71	Drittmittelleinnahmen an Hochschulen 2014	91
G 72	Einnahmen der Hochschulen 2004–2014 nach Einnahmearten	92
G 73	Laufende Ausgaben für ein Studium 2013 nach ausgewählten Prüfungsgruppen	93
G 74	Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen 2014 nach Fächergruppen	94
G 75	Empfänger/-innen des Deutschlandstipendiums 2011–2015 sowie Stipendiaten/-innen 2015 nach Fächergruppen	95
G 76	Weiterbildungsveranstaltungen, Teilnehmer/-innen sowie Weiterbildungsstunden von staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern 2014 nach Landesorganisationen	97
G 77	Teilnehmer/-innen an Weiterbildungsmaßnahmen von staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern 2014 nach Themenbereichen und Geschlecht	98

Kartenverzeichnis

K 1	Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 10 Jahren 2035 nach Verwaltungsbezirken	13
K 2	Betreuungsquote der unter 3-Jährigen 2016 nach Verwaltungsbezirken	30
K 3	Eingeschulte mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Verwaltungsbezirken	41
K 4	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife 2015 nach Verwaltungsbezirken	50
K 5	Hochschulstandorte 2015	80
K 6	Teilnehmer/-innen an Weiterbildungsmaßnahmen von staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern 2014 nach Verwaltungsbezirken	96

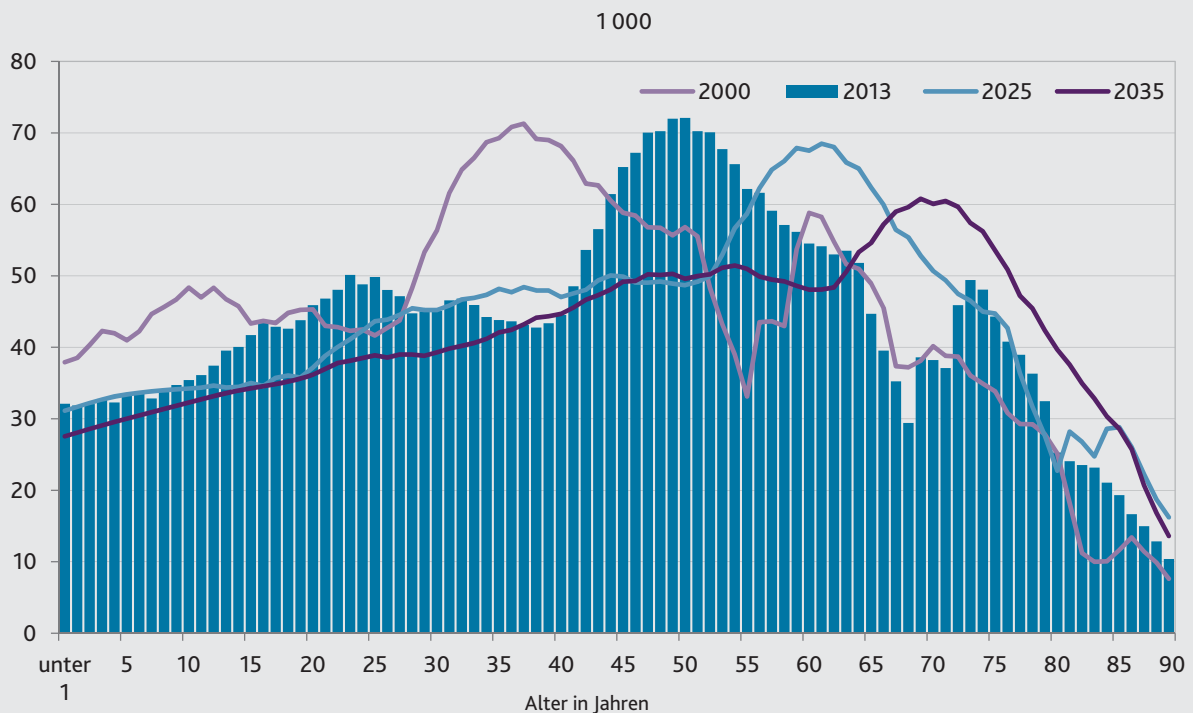
Übersichten

Ü 1	Entwicklungen im rheinland-pfälzischen Schulsystem und in der Schulstatistik	36
Ü 2	Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2014/15	62
Ü 3	Bildungswege in Rheinland-Pfalz	130
Ü 4	Institutionen der frühkindlichen und kindlichen Bildung	131
Ü 5	Das allgemeinbildende Schulsystem in Rheinland-Pfalz	132
Ü 6	Das berufsbildende Schulsystem in Rheinland-Pfalz	133
Ü 7	Institutionen der akademischen Hochschulbildung	134
Ü 8	Institutionen der Erwachsenen- und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz	135

1. Rahmenbedingungen

1.1 Demografische und soziale Entwicklung

G 1 Bevölkerung 2000–2035 nach Altersjahren



Quelle: 2000 und 2013 (Basisjahr der Vorausberechnung): Bevölkerungsfortschreibung, 2025 und 2035: Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes (mittlere Variante)

Bevölkerungszahl in den jüngeren Altersgruppen sinkt in den nächsten Jahren

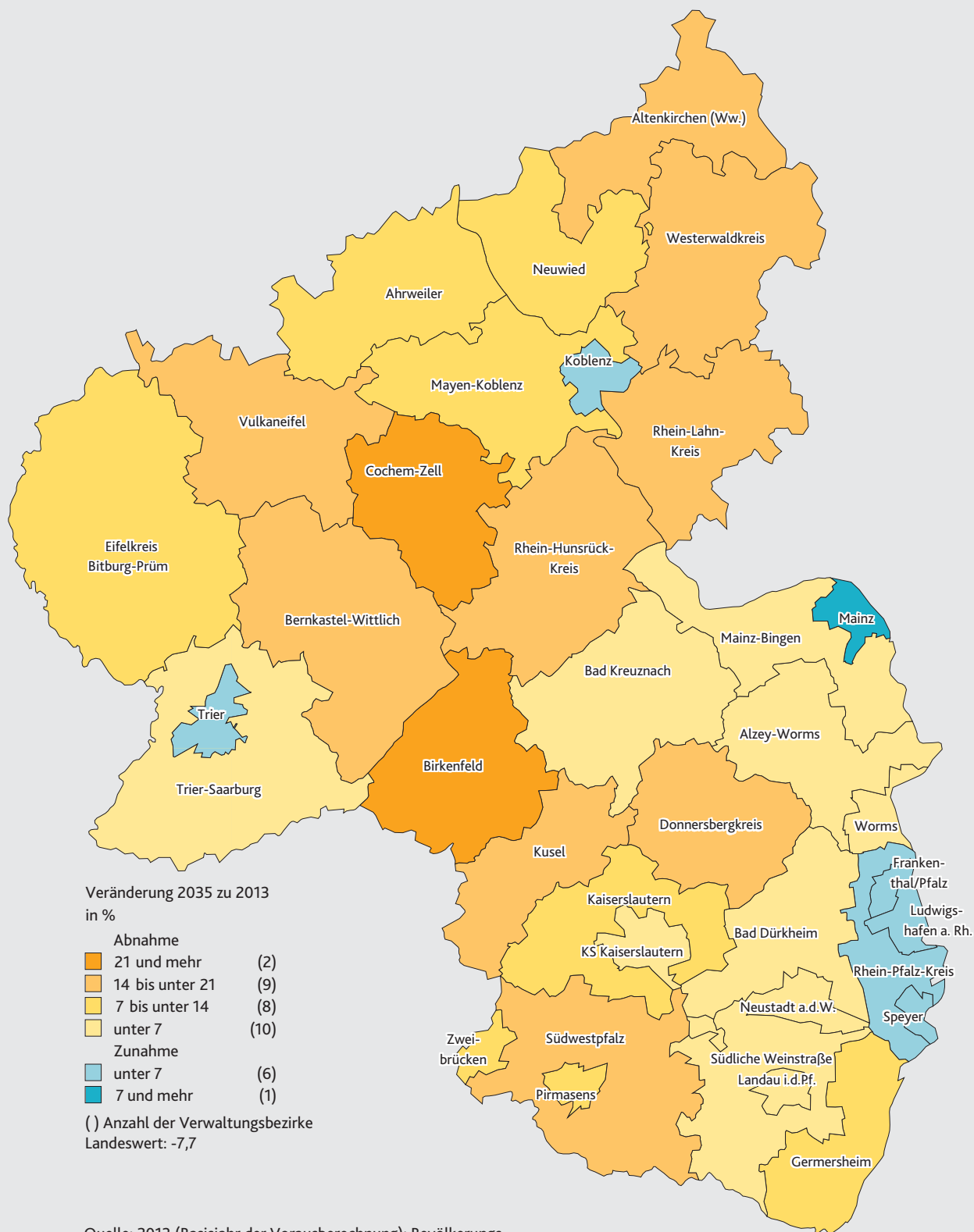
Die rheinland-pfälzische Bevölkerungszahl wird in den nächsten Jahren merklich sinken. Im Jahr 2035 werden nach der sogenannten mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung knapp vier Prozent weniger Menschen im Land leben als im Basisjahr 2013. Der Bevölkerungsrückgang betrifft auch die jüngeren Altersgruppen und hat Auswirkungen auf den zukünftigen Bedarf an Bildungsangeboten.

So wird die Zahl der Bevölkerung im klassischen Kindergartenalter (3 bis unter 6 Jahre) bis 2035 um zehn Prozent sinken. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter (6 bis unter 10 Jahre) wird im gleichen Zeitraum um acht Prozent zurückgehen. Bei der Altersgruppe der 10- bis 16-Jährigen – im Wesentlichen die Schülerschaft der Sekundarstufe I – ist mit einem Rückgang um 13 Prozent zu rechnen. Für die Zahl der 16- bis unter 20-Jährigen (Potenzial für die Sekundarstufe II sowie für die Berufs- und Hochschulbildung) könnte sich das Minus sogar auf 19 Prozent belaufen. Dabei verläuft die Entwicklung regional sehr unterschiedlich.

Insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen stehen die Verantwortlichen aus Politik und Kommunalverwaltung vor der Herausforderung, die vorschulische und schulische Versorgung – trotz sinkender Zahl der Teilnehmenden – wohnortnah aufrecht zu erhalten. Dies schließt auch die Verfügbarkeit der verschiedenen Schularten und Bildungswege in bevölkerungsärmeren Regionen mit ein. Die Bedarfsplanung muss dabei auch aktuelle Entwicklungen berücksichtigen, wie den Anstieg der Schülerzahlen durch Schutz- und Asylsuchende und Veränderungen in der Bildungsbeteiligung.

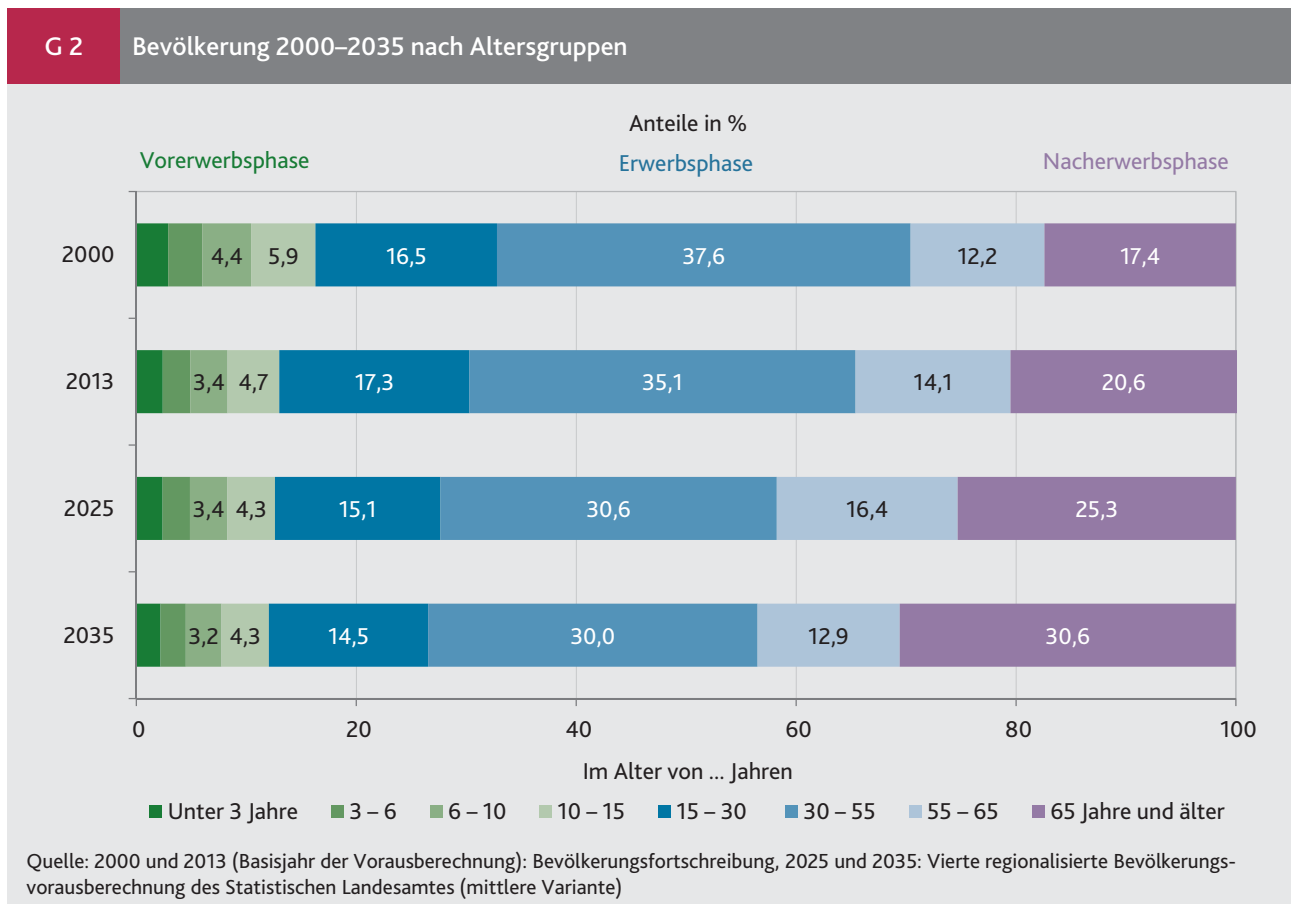
1.1 Demografische und soziale Entwicklung

K 1 Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 10 Jahren 2035 nach Verwaltungsbezirken



Quelle: 2013 (Basisjahr der Vorausberechnung): Bevölkerungsfortschreibung, 2035: Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes (mittlere Variante)

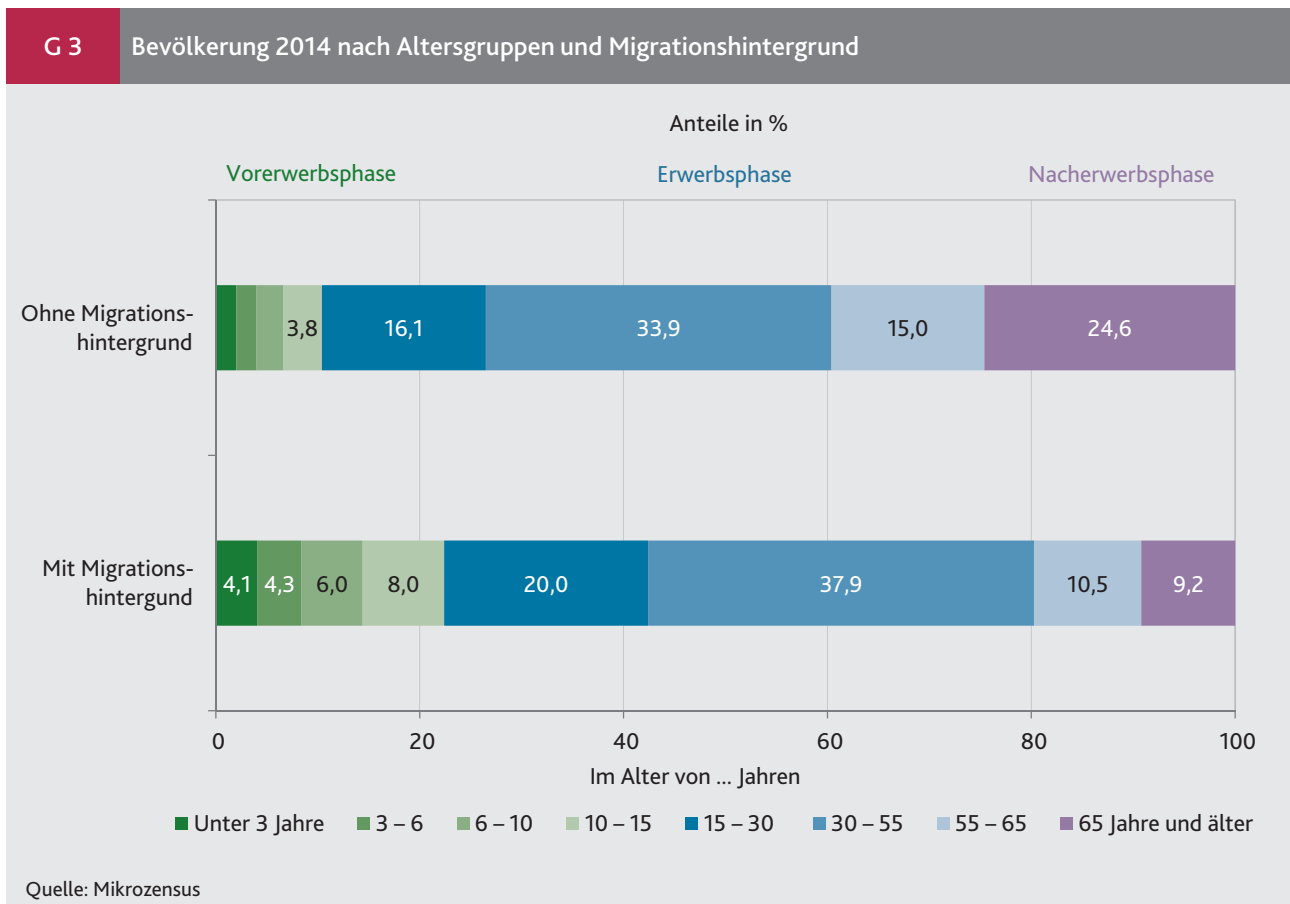
1.1 Demografische und soziale Entwicklung



Entwicklung der Altersstruktur stellt Bildungswesen vor Herausforderungen

Neben dem Rückgang der Bevölkerungszahl wird sich auch die Altersstruktur sichtbar verändern. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also der Anteil der Personen zwischen 15 und 65 Jahren, wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich abnehmen. Diese Bevölkerungsgruppe wird ausgehend vom Jahr 2013 bis 2035 um 17 Prozent schrumpfen und nur noch einen Anteil von 57 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen (2013: 66 Prozent). Dementsprechend wächst der Anteil der Bevölkerungsgruppen in der Vor- und Nacherwerbsphase. Im Jahr 2035 werden 43 von 100 Einwohnerinnen und Einwohnern in Rheinland-Pfalz noch nicht oder nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sein.

Aus dieser Entwicklung lassen sich im Hinblick auf das Bildungswesen zwei Herausforderungen ableiten. Zum einen ist es vor dem Hintergrund des fortschreitenden Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ein gesellschaftliches Ziel, möglichst viele Personen, die sich momentan noch in der schulischen und beruflichen Ausbildung befinden, in die Lage zu versetzen, erfolgreich am Erwerbsleben teilzunehmen. Zum anderen steigt die Bedeutung des lebenslangen Lernens und damit der Bedarf an Angeboten der Weiter- und Fortbildung. Vor dem Hintergrund einer längeren Erwerbsphase wird es für die Beschäftigten wichtiger, das eigene Wissen auch nach der Erstausbildungsphase zu verstetigen und zu ergänzen. So kann die Beschäftigungsfähigkeit im Kontext wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse im höheren Alter erhalten werden.



Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist jünger als Bevölkerung ohne Migrationshintergrund

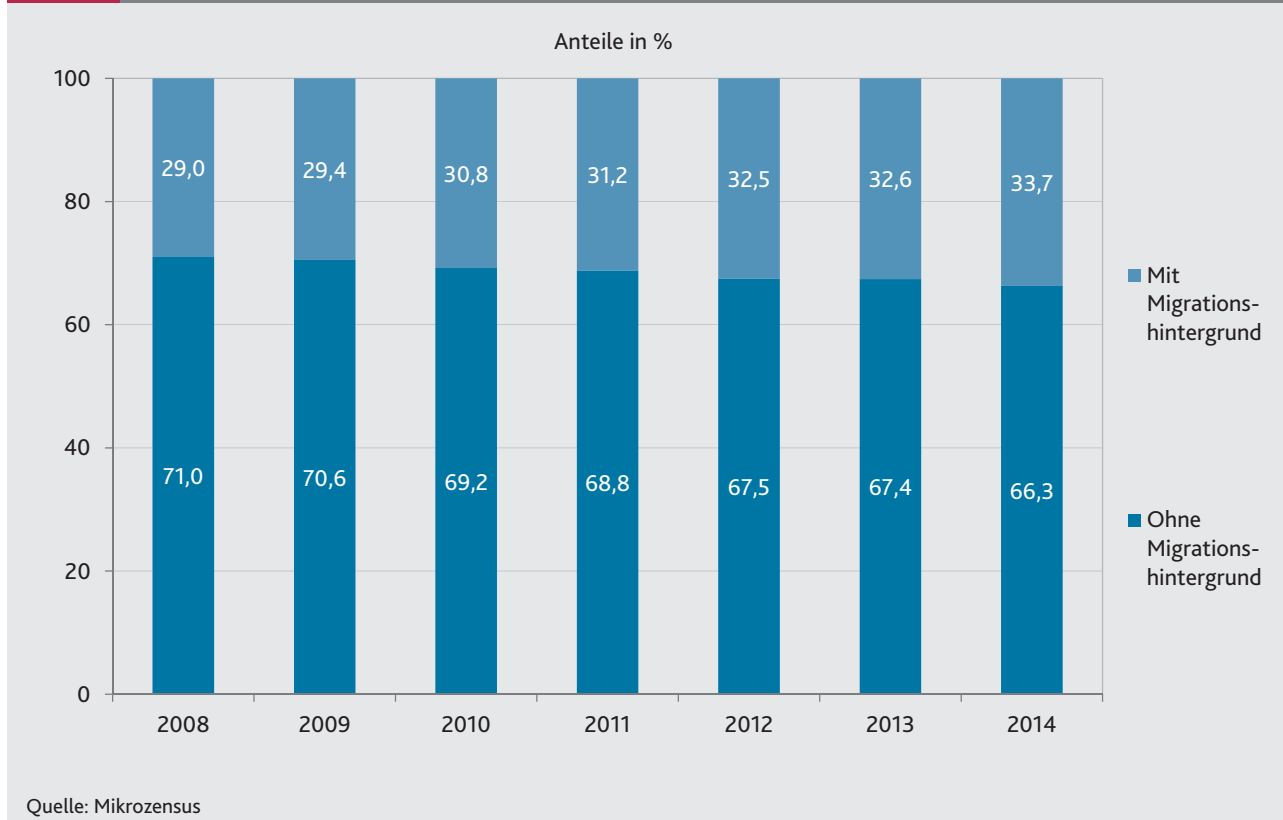
Im Kontext zunehmender Bevölkerungsbewegungen und -wanderungen wurde die Debatte zum Umgang mit Heterogenität und Interkulturalität erneut angestoßen. Die statistischen Daten zum Migrationshintergrund, die im Rahmen der Mikrozensus-Befragung jährlich erhoben werden, bilden die Grundlage einer sachlich fundierten Auseinandersetzung. In der Definition des Mikrozensus besteht ein Migrationshintergrund, wenn eine Person oder mindestens ein Elternteil dieser Person nach 1949 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert ist oder nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurde.¹

Gut ein Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung des Jahres 2014 hatte einen so definierten Migrationshintergrund. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Altersstruktur deutlich von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. So sind die jüngeren Altersgruppen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stärker besetzt, während der Anteil der Personen über 65 Jahre vergleichsweise gering ist. Mehr als 22 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund waren im Jahr 2014 jünger als 15 Jahre, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lag der Anteil nur bei gut zehn Prozent.

¹ Die Statistiken der Kindertagesbetreuung und der Kindertagespflege sowie die Schulstatistik verwenden eigene Definitionen.

1.1 Demografische und soziale Entwicklung

G 4 Bevölkerung unter 18 Jahren 2008–2014 nach Migrationshintergrund

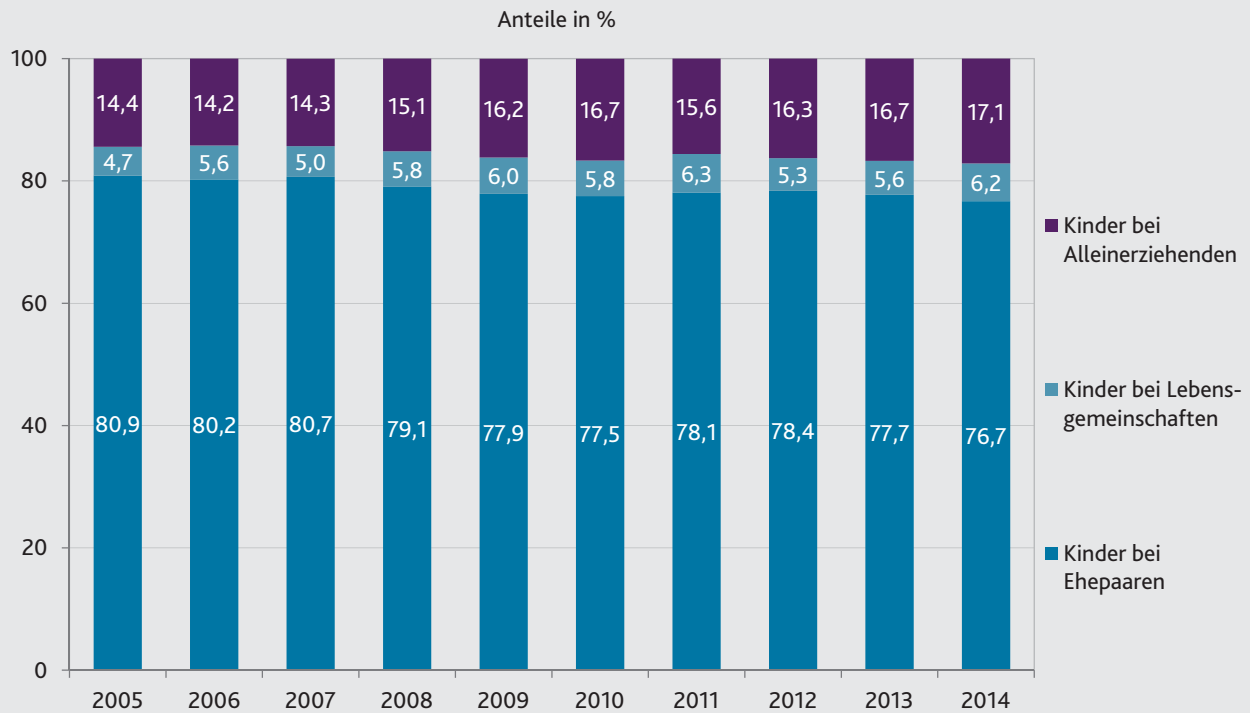


Jede dritte Person unter 18 Jahren hat einen Migrationshintergrund

Im Jahr 2014 hatte jede dritte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder dritte Rheinland-Pfälzer unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. Der Anteil ist seit 2008 von 29 Prozent auf knapp 34 Prozent gestiegen. Der wachsende Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund spiegelt sich auch im Bildungssystem wieder und stellt vielfältige Anforderungen im Bereich der Integration und im Umgang mit Heterogenität. Die regional unterschiedliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und unterschiedlich hohe Anteile der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den einzelnen Schularten potenzieren die Herausforderungen.

Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen Unterschiede im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Zwar ist der Anteil der Personen mit einem hohen Bildungsstand bei beiden Gruppen ähnlich hoch, jedoch haben Menschen mit Migrationshintergrund seltener einen mittleren und häufiger einen niedrigen Bildungsstand. Zudem verfügen sie seltener über einen Berufsabschluss. Personen mit Migrationshintergrund sind auch in geringerem Maße am Erwerbsleben beteiligt. Beispielsweise lag im Jahr 2014 die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren mit Migrationshintergrund (67 Prozent) deutlich unter der Erwerbstätigenquote der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (76 Prozent). Die geringere berufliche Teilhabe spiegelt sich auch in einem geringeren Einkommen und einem höheren Armutsrisiko wieder. Schulische und berufliche Bildung kann die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erhöhen.

G 5 Kinder¹ 2005–2014 nach Familientypen



¹ Unter 18-Jährige, die mit den Eltern im gemeinsamen Haushalt leben.
Quelle: Mikrozensus

Die meisten Kinder leben in der Familienform „Ehepaar mit Kindern“

Dreiviertel der Kinder unter 18 Jahren lebten 2014 in einer Familie, in der die Erwachsenen verheiratet waren. Der Anteil der Kinder bei Alleinerziehenden stieg seit 2005 von 14 Prozent auf 17 Prozent.

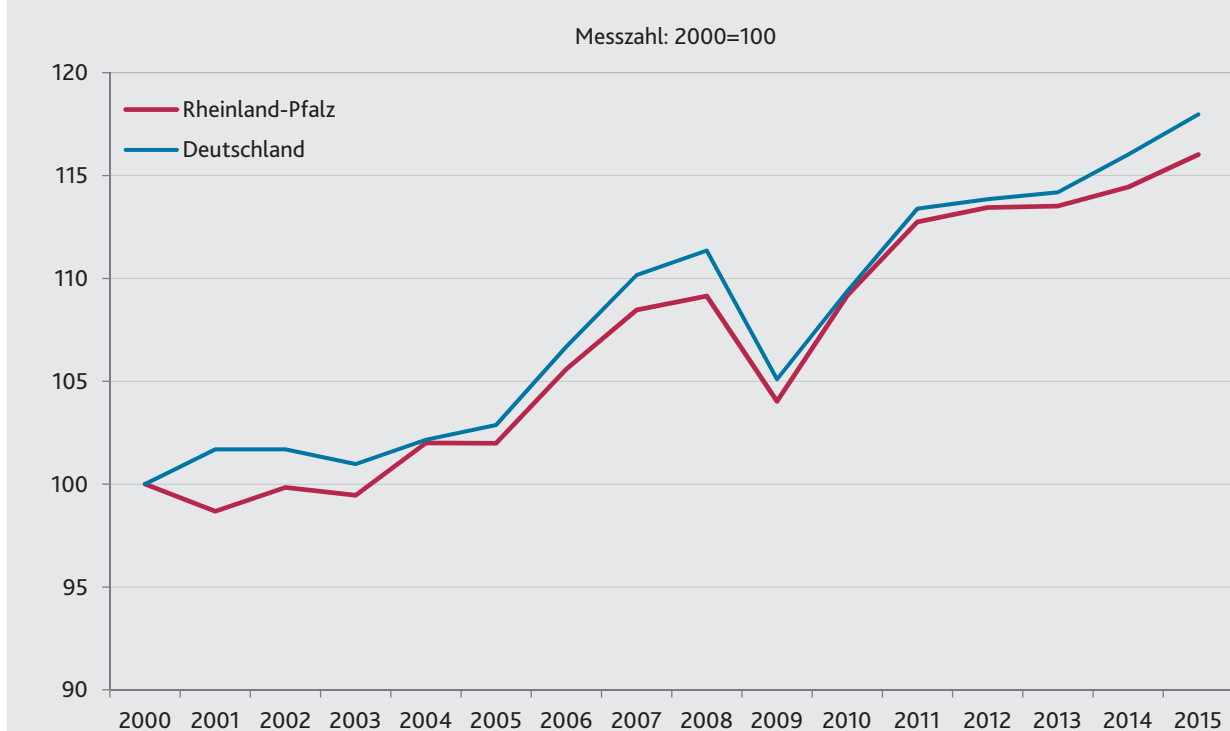
Im nationalen Bildungsbericht für Deutschland werden drei Risikolagen im familiären Umfeld beschrieben, die sich negativ auf die Bildungschancen auswirken: Eine bildungsbezogene Risikolage liegt vor, wenn beide Eltern bzw. das alleinerziehende Elternteil keine abgeschlossene Berufsausbildung und keine Hochschulzugangsberechtigung haben. Als soziale Risikolage gilt, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist, denn Erwerbstätigkeit ermöglicht durch die Teilhabe am Arbeitsmarkt einen Zugang zu Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens. Eine finanzielle Risikolage besteht, wenn das Familieneinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze liegt. Im Jahr 2014 waren in Rheinland-Pfalz, ebenso wie im Bundesdurchschnitt, 28 Prozent der Kinder unter 18 Jahren von mindestens einer Risikolage betroffen. Von allen drei Risikolagen betroffen waren 3,6 Prozent (Deutschland: 3,7 Prozent).²

Kinder Alleinerziehender und Kinder mit Migrationshintergrund sind von allen Risikolagen häufiger betroffen und vereinen häufiger mehrere Risikolagen. Eine weitere Herausforderung für das Bildungssystem ist, auch Kinder und Jugendliche mit Risikolagen für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu befähigen.

² Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld 2016, S. 27 ff.

1.2 Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt

G 6 Bruttoinlandsprodukt¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2015



¹ Preisbereinigt.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

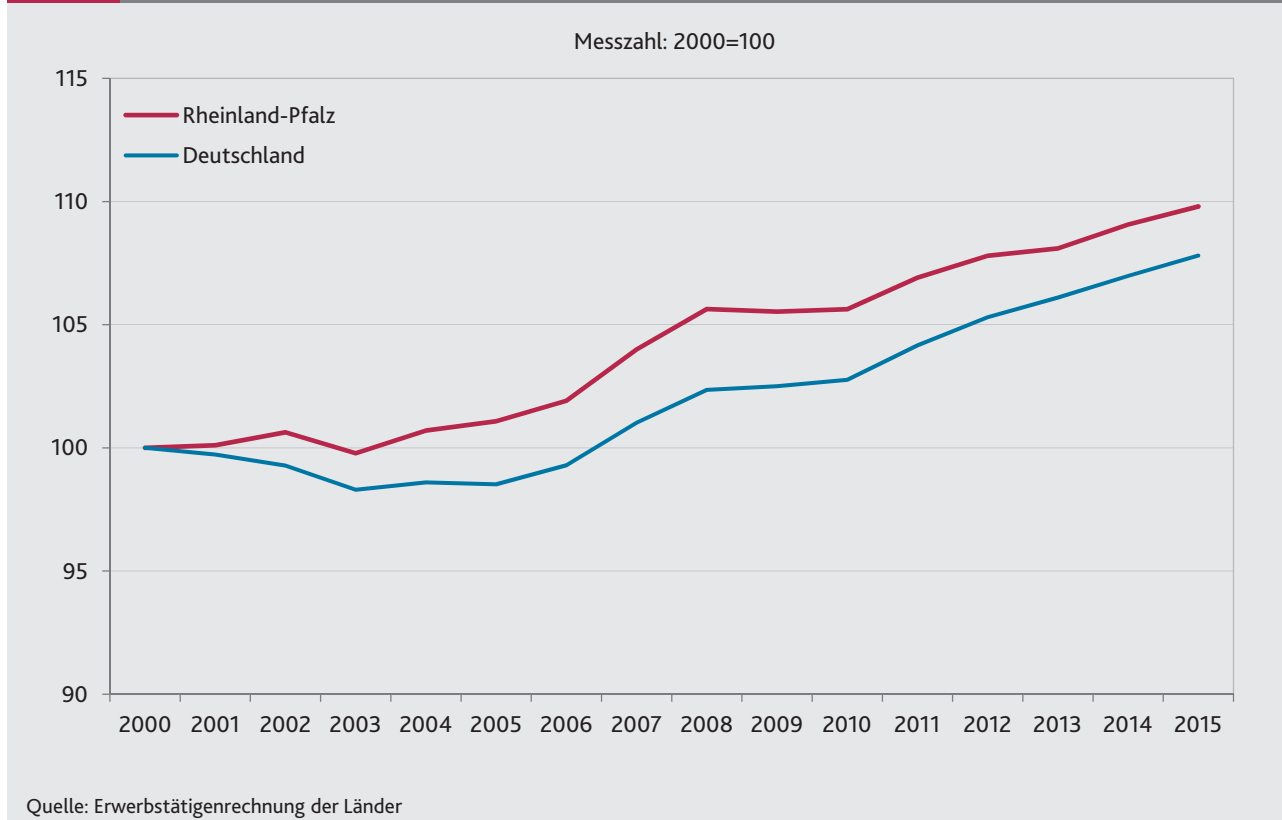
Positive Entwicklung der Wirtschaftsleistung, Anstieg schwächer als in Deutschland insgesamt

Auch die wirtschaftliche Entwicklung hat Auswirkungen auf das Bildungssystem. Zum einen beeinflusst sie die Verfügbarkeit von Ressourcen, zum anderen bedingt sie das Angebot für die betriebliche Ausbildung und die spätere Erwerbstätigkeit.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Seine Entwicklung zeigt, dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft langfristig schwächer gewachsen ist als die deutsche Wirtschaft insgesamt. Dennoch ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz von 2000 bis 2015 um 16 Prozent gestiegen. In 2015 lag das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bei 66 500 Euro (Deutschland: 70 300 Euro).

Der Dienstleistungsbereich ist dabei der größte Wirtschaftssektor. Er trug 2015 rund 66 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei (Deutschland: 69 Prozent). In Rheinland-Pfalz hat das produzierende Gewerbe einen vergleichsweise hohen Anteil an der Wertschöpfung des Landes. Der Bereich erwirtschaftete 33 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung (Deutschland: 31 Prozent). Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft lag bei einem Prozent (Deutschland: 0,6 Prozent). Insbesondere die Landwirtschaft und der Dienstleistungssektor haben sich seit 2000 mit einem Anstieg der preisbereinigten Wertschöpfung um 27 bzw. 22 Prozent positiv entwickelt.

G 7 Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2015



Kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen und Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2015 belief sie sich auf rund zwei Millionen, das waren zehn Prozent mehr als im Jahr 2000. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt auch die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitslosen. Im Jahr 2015 waren im Durchschnitt 112 900 Personen arbeitslos gemeldet und die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug 5,2 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer weist Rheinland-Pfalz seit 2003 die drittniedrigste Arbeitslosenquote aus.

Im Jahr 2014 haben jedoch 36 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen und zwölf Prozent der abhängig beschäftigten Männer zwischen 15 und 65 Jahren, die sich nicht mehr in der Ausbildung befanden, in atypischen Beschäftigungsformen gearbeitet. Dazu zählen befristete und geringfügige Beschäftigungen oder Teilzeitarbeit mit 20 Stunden oder weniger. Der Anteil ist bei den Frauen in den letzten zehn Jahren zurückgegangen, bei den Männern ist er jedoch um rund drei Prozentpunkte gestiegen.⁴

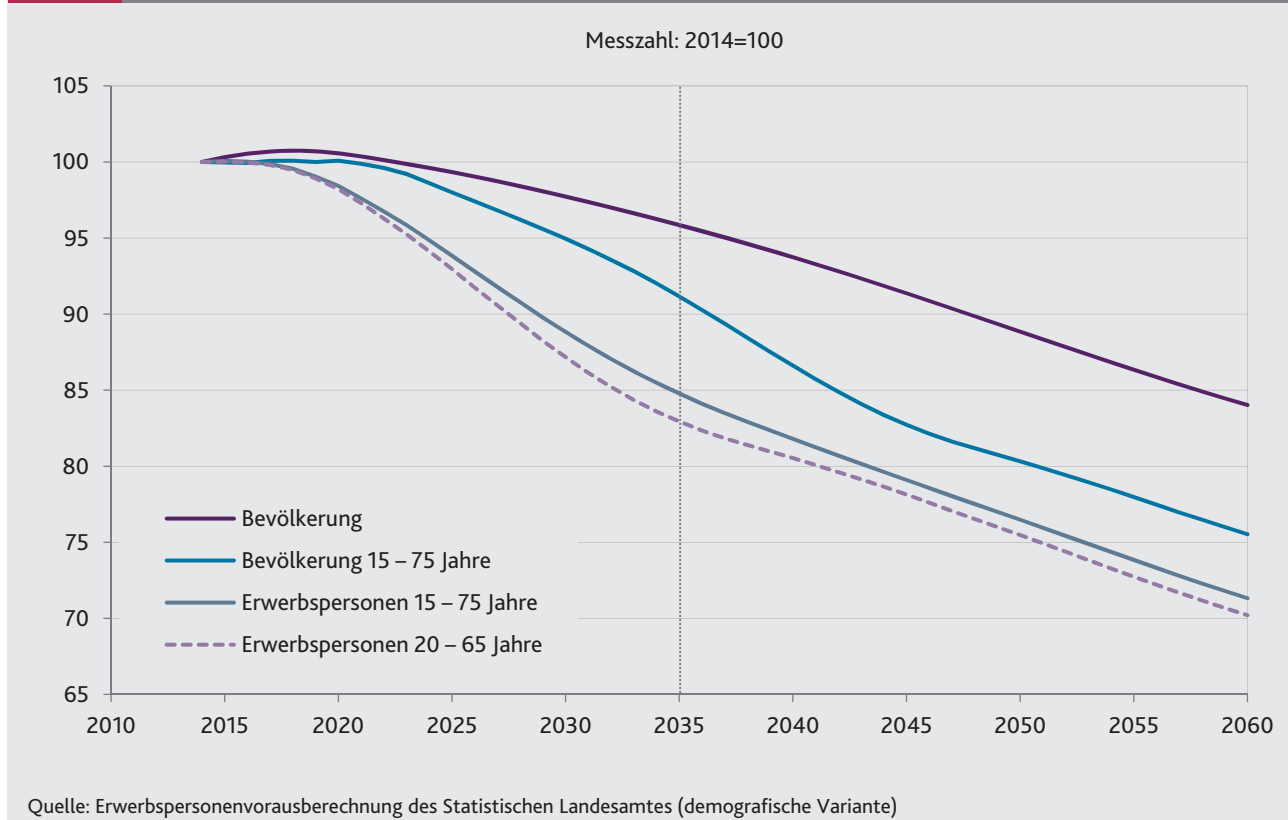
Eine detaillierte Betrachtung der Erwerbstätigen mit den Daten des Mikrozensus zeigt, dass die Erwerbstätigenquoten mit steigendem Bildungsabschluss zunehmen. Auch der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsformen korreliert mit dem Qualifikationsniveau und ist bei Erwerbstätigen ohne anerkannte Berufsausbildung überdurchschnittlich hoch.

⁴ Quelle: Mikrozensus

1.2 Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt

G 8

Bevölkerung, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Erwerbspersonen in der Demografischen Variante 2014–2060



Zahl der Erwerbspersonen wird künftig kräftig sinken

Der demografische Wandel reduziert die Zahl der Erwerbspersonen, die dem Arbeitsmarkt künftig zur Verfügung stehen. Nach der demografischen Variante der Erwerbspersonenvorausberechnung des Statistischen Landesamtes (Basisjahr 2014) ist bereits mittelfristig mit einem deutlichen Rückgang des Arbeitskräftepotenzials zu rechnen; dem Arbeitsmarkt stehen im Jahr 2035 voraussichtlich rund 330 000 Erwerbspersonen weniger zur Verfügung.

Der Fachkräftemangel wird bereits heute oft diskutiert. Er lässt sich jedoch nicht mit einer einzigen statistischen Kennzahl erfassen. Ein Indikator für die Entwicklung ist die Vakanzzeit bei der Besetzung von gemeldeten Stellen. Im Jahr 2010 wurde eine gemeldete Stelle für Fachkräfte im Schnitt 46 Tage nach dem gewünschten Besetzungstermin abgemeldet; 2015 waren es 79 Tage, 2016 sogar 91 Tage. Neben dem Bedarf an Fachkräften beeinflussen jedoch auch andere Faktoren die Besetzungszeit von freien Stellen. Die Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit zeigte keinen flächendeckenden Fachkräftemangel, sondern Engpässe in einzelnen technischen Berufsfeldern sowie in einigen Gesundheits- und Pflegeberufen.⁵

Die Angebote des Bildungssystems tragen dazu bei, Jugendliche durch vorberufliche Bildungsgänge auf das Erwerbsleben vorzubereiten, jungen Erwachsenen eine berufliche oder akademische Ausbildung zu ermöglichen, erwerbstätige Eltern durch Kinderbetreuungsangebote zu unterstützen sowie Berufstätigen mit beruflicher und betrieblicher Weiterbildung die Anpassung an veränderte Anforderungen zu ermöglichen.

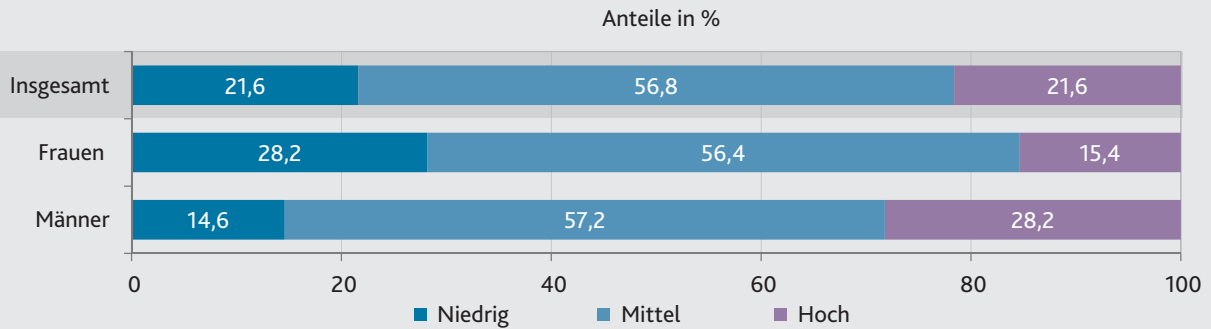
⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2015): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfteengpassanalyse, Nürnberg, URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraefte/BA-FK-Engpassanalyse-2015-06.pdf>. Stand: (11.08.16). Erhebung der Vakanzzeit jeweils in der Zeit von Mai des Vorjahres bis April des ausgewiesenen Jahres.

2. Grundinformationen

zur Bildung

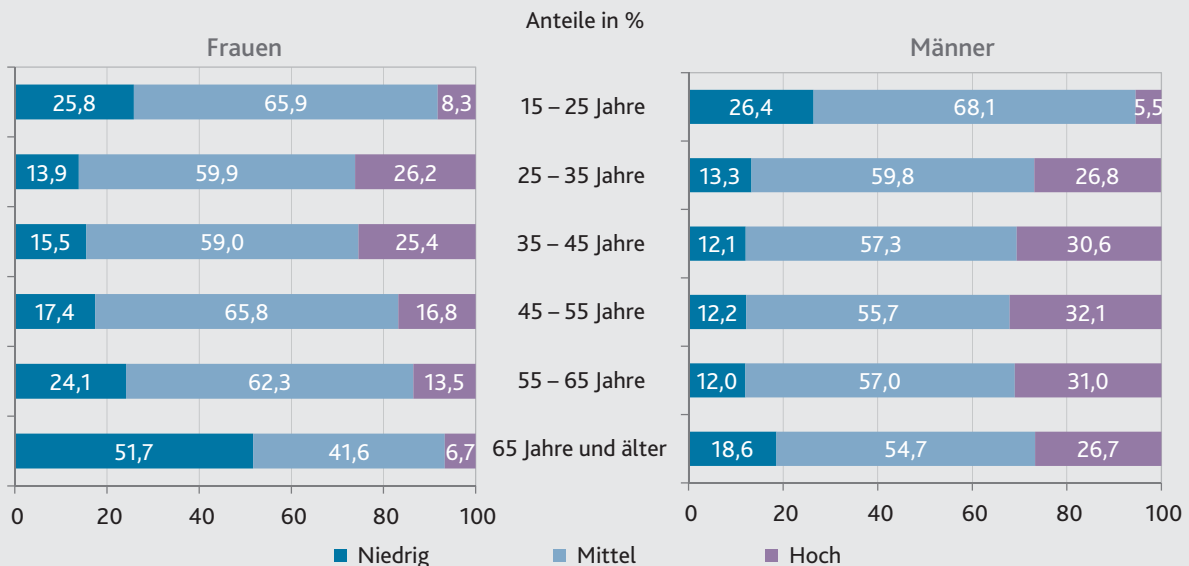
2.1 Bildungsstand der Bevölkerung

G 9 Bevölkerung ab 15 Jahren¹ 2014 nach Bildungsstand² und Geschlecht



¹ Ohne Personen, die keine Angaben zum Bildungsstand gemacht haben; ohne Personen die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, soweit diese nicht bereits über einen Abschluss verfügen. – ² Bildungsstand nach ISCED (siehe Glossar).
Quelle: Mikrozensus

G 10 Bevölkerung ab 15 Jahren¹ 2014 nach Bildungsstand², Geschlecht und Altersgruppen



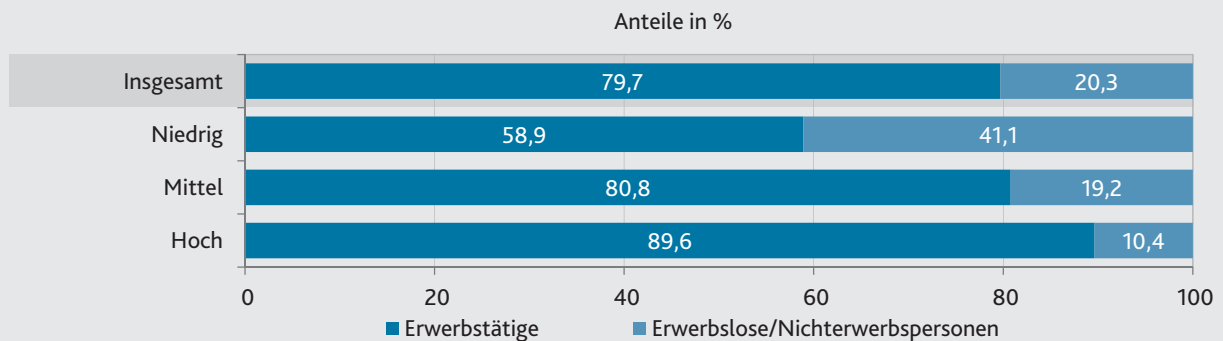
¹ Ohne Personen, die keine Angaben zum Bildungsstand gemacht haben; ohne Personen die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, soweit diese nicht bereits über einen Abschluss verfügen. – ² Bildungsstand nach ISCED (siehe Glossar).
Quelle: Mikrozensus

Höchste erreichte Bildungsabschlüsse von Frauen und Männern gleichen sich an

Anhand der von der UNESCO entwickelten ISCED-Stufen können Bildungsabschlüsse international verglichen werden. Mehr als die Hälfte der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler hatten 2014 einen nach der ISCED-Definition mittleren Bildungsabschluss (z. B. Berufsabschluss oder Hochschulreife). Weitere 22 Prozent erreichten ein hohes Bildungsniveau und verfügten beispielsweise über einen Studienabschluss oder eine Meistersausbildung. Der Anteil derjenigen, die weder eine Berufsausbildung noch die Oberstufe abgeschlossen hatten und damit ein niedriges Bildungsniveau aufwiesen, betrug ebenfalls 22 Prozent.

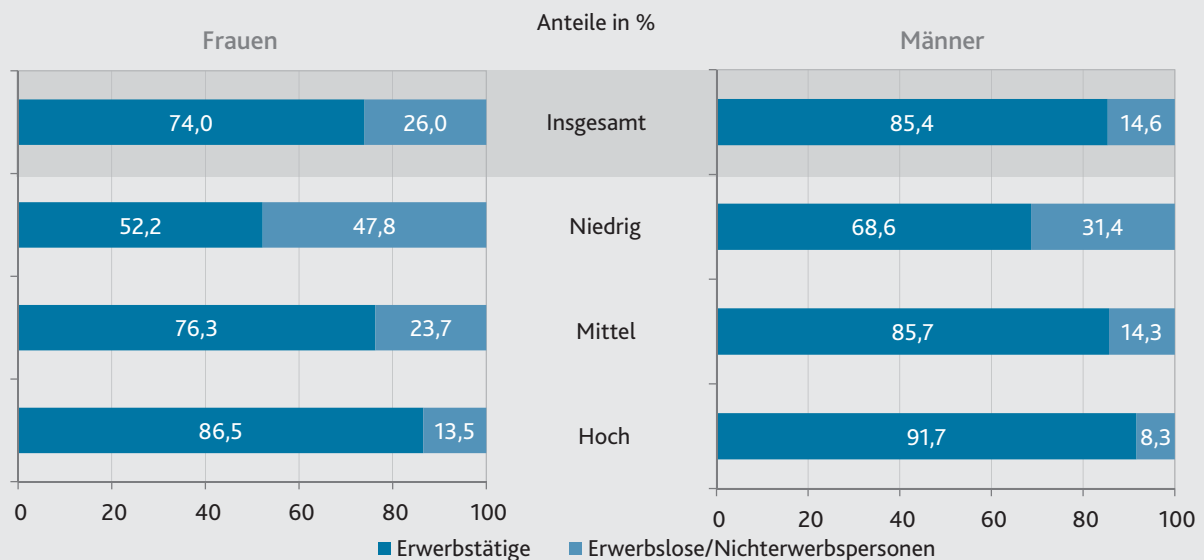
Es bestehen deutliche Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern: 28 Prozent der Männer, aber nur 15 Prozent der Frauen hatten 2014 einen hohen Bildungsabschluss. Allerdings gleicht sich der Bildungsstand der Geschlechter in den jüngeren Jahrgängen zunehmend an.

G 11 Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren¹ 2014 nach Bildungsstand² und Erwerbsbeteiligung



1 Ohne Personen, die keine Angaben zum Bildungsstand gemacht haben; ohne Personen die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, soweit diese nicht bereits über einen Abschluss verfügen. – 2 Bildungsstand nach ISCED (siehe Glossar).
Quelle: Mikrozensus

G 12 Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren¹ 2014 nach Bildungsstand², Geschlecht und Erwerbsbeteiligung



1 Ohne Personen, die keine Angaben zum Bildungsstand gemacht haben; ohne Personen die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, soweit diese nicht bereits über einen Abschluss verfügen. – 2 Bildungsstand nach ISCED (siehe Glossar).
Quelle: Mikrozensus

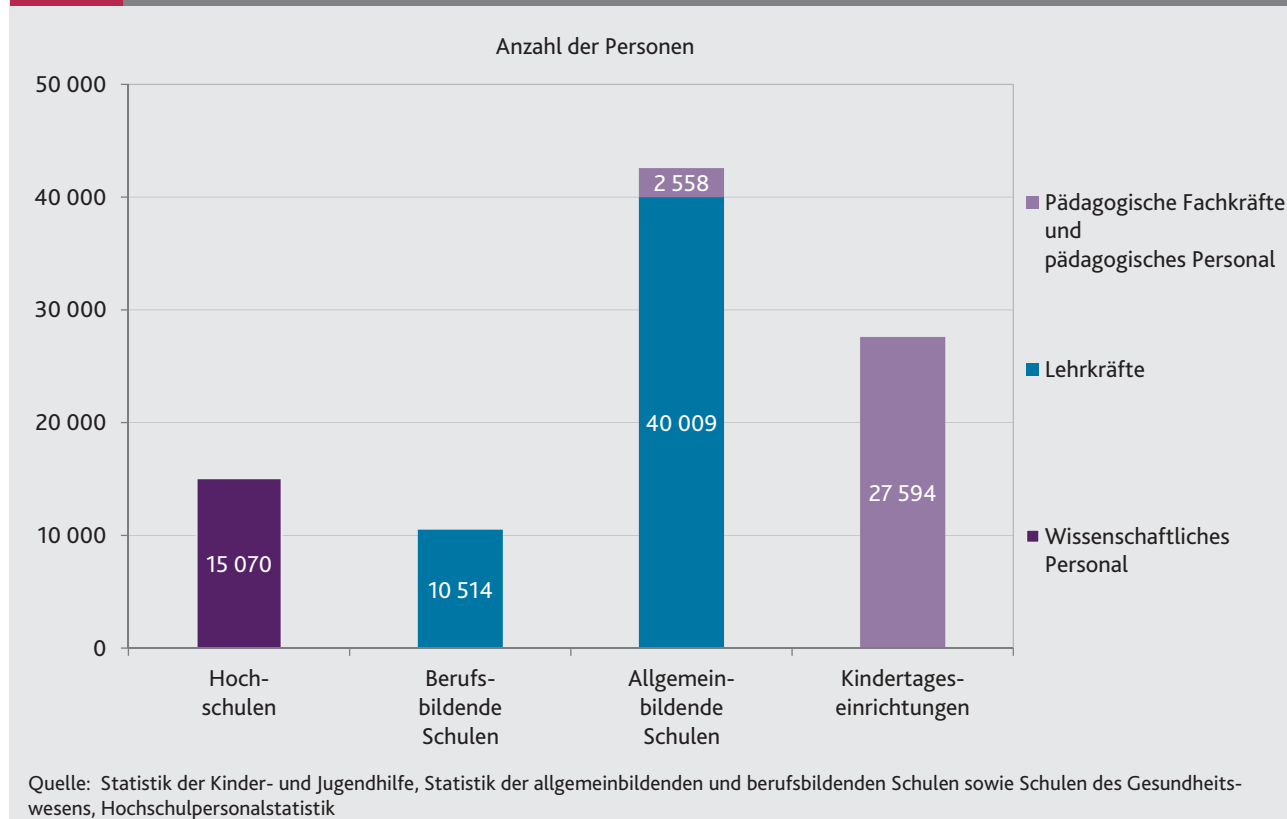
Höherer Bildungsabschluss verbessert Beschäftigungschancen

In Rheinland-Pfalz waren 2014 insgesamt 80 Prozent der Bevölkerung zwischen 25 und 65 Jahren erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote der Geringqualifizierten lag mit 59 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt. Demgegenüber gingen Personen mit mittlerem (81 Prozent) und hohem Qualifikationsniveau (90 Prozent) deutlich häufiger einer Erwerbstätigkeit nach. Höhere Erwerbstätigenquoten der Mittel- und Hochqualifizierten zeigten sich bei beiden Geschlechtern.

Der Anteil der Erwerbstätigen ist bei den Frauen aller Bildungsstände deutlich geringer als bei den Männern. Die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen und Männern ist bei den Personen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau am deutlichsten ausgeprägt. Hier lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2014 rund 16 Prozentpunkte unter der Quote der Männer. Bei den Hochqualifizierten waren es lediglich fünf Prozentpunkte.

2.2 Bildungspersonal und -ausgaben

G 13 Pädagogisches und wissenschaftliches Bildungspersonal 2015 nach Bildungsbereichen



Mehr als 53 000 pädagogisch Berufstätige an Schulen

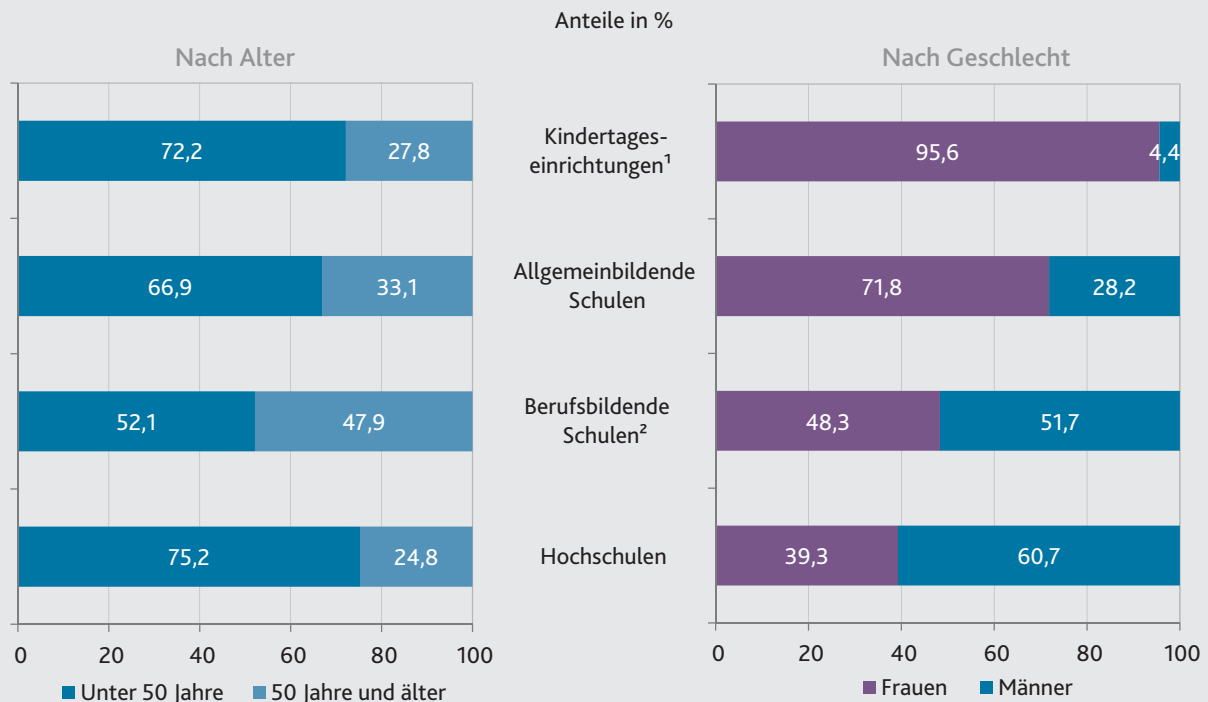
Unter Bildungspersonal werden häufig nur Lehrerinnen und Lehrer allgemeinbildender Schulen subsumiert. Und tatsächlich war dies 2015 mit knapp über 40 000 haupt- und nebenberuflich Tätigen in Rheinland-Pfalz die größte Gruppe der im Bildungswesen tätigen Personen.

Doch das pädagogische und wissenschaftliche Personal im Bildungswesen ist weitaus differenzierter. In Rheinland-Pfalz waren rund 27 600 Personen in Kindertageseinrichtungen, 15 100 in Wissenschaft und Lehre an Hochschulen und Universitäten sowie 10 500 an berufsbildenden Schulen pädagogisch bzw. wissenschaftlich tätig. Hinzu kommen pädagogische Fachkräfte, beispielsweise Förder- oder Sozialpädagogen, an allgemeinbildenden Schulen (2 600) sowie rund 100 hauptberuflich pädagogisch Berufstätige und 10 800 frei- und nebenberuflich sowie ehrenamtlich Tätige in der Erwachsenenbildung.¹

Neben dem pädagogisch und wissenschaftlich tätigen Personal sind zudem viele Personen in Rheinland-Pfalz in Verwaltung, Technik, Hauswirtschaft usw. an den Bildungseinrichtungen berufstätig. So waren 2015 rund 11 900 Personen in der Hochschulverwaltung beschäftigt. Auffällig ist, dass die Zahl des wissenschaftlichen Personals in den vergangenen zehn Jahren deutlich stieg (+57 Prozent), während die Hochschulverwaltung im gleichen Zeitraum nur in geringerem Maße bis moderat mitgewachsen ist (+17 Prozent).

¹ Vgl. Horn, H./Lux, T./Ambos, I.: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2014 – Kompakt. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Bonn 2016.

G 14 Pädagogisches und wissenschaftliches Personal 2015 nach Alter und Geschlecht



¹ Einschließlich freigestellte Einrichtungsleitung, Verwaltung; ohne Hauswirtschaft und Technik der Kindertageseinrichtungen. – ² Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe, Statistik der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Hochschulpersonalstatistik

Alters- und geschlechterspezifische Unterschiede im Bildungspersonal

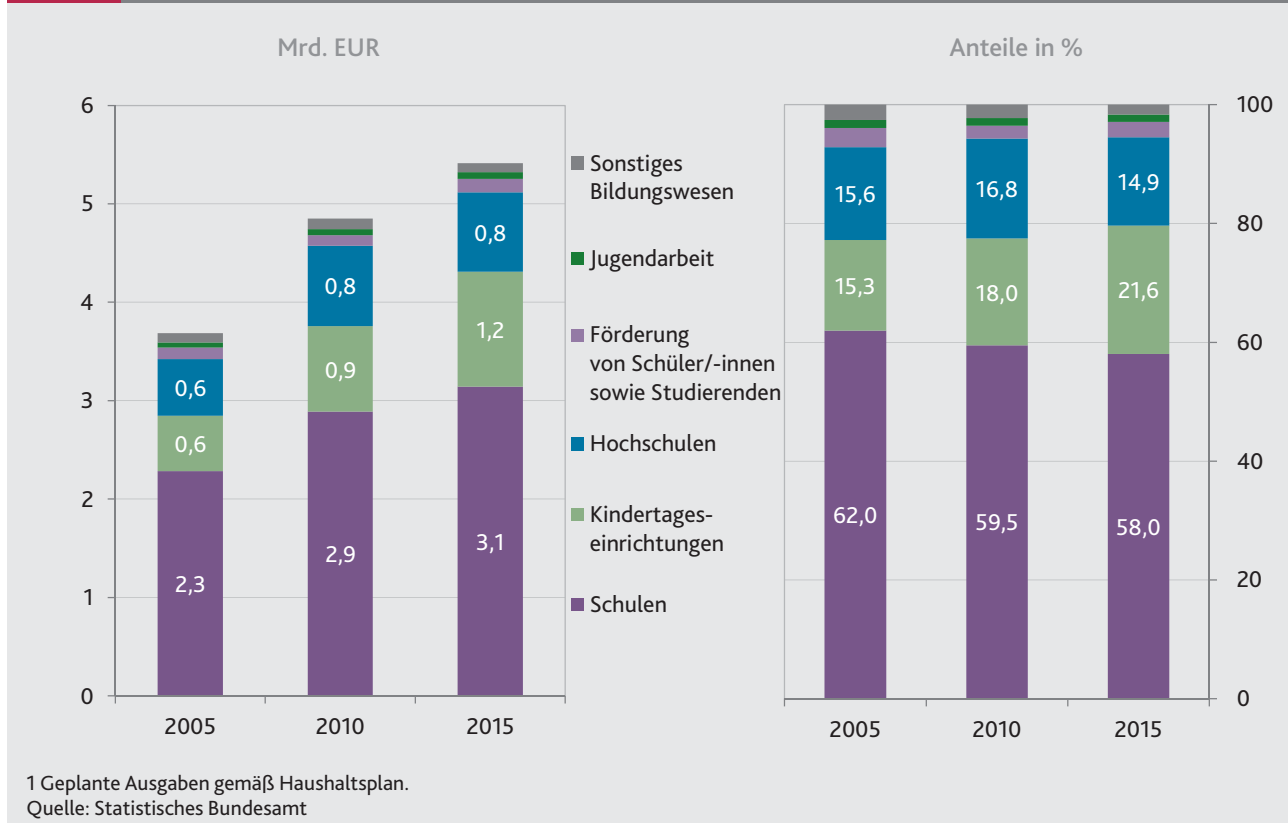
Das Bildungssystem begleitet Menschen ab der frühen Kindheit über die Jugend bis in das Erwachsenenalter und prägt durch das Bildungspersonal auch Rollen- und Interaktionsmuster im Entwicklungsprozess. Auffällig ist, dass das Bildungspersonal in der frühkindlichen Bildung (96 Prozent) und an allgemeinbildenden Schulen (72 Prozent) durch einen sehr hohen Frauenanteil geprägt ist. Mit zunehmender Bildungsstufe nimmt der Frauenanteil jedoch deutlich ab. An den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind nur noch 39 Prozent der Beschäftigten Frauen. So erfahren Kinder zunächst deutlich häufiger von Frauen bestimmte Rollen- und Interaktionsmuster; mit zunehmendem Alter werden diese immer häufiger von Männern implizit vermittelt.

Aufgrund des steigenden Durchschnittsalters rückt zudem das Bildungspersonal verstärkt in den politischen, medialen und gesellschaftlichen Fokus. So gehen mit zunehmendem Alter des Bildungspersonals Fragen des Fachkräftenachwuchses in Lehrerberufen und der gesundheitlichen Fürsorge am Arbeitsplatz einher. Insbesondere in komplexen Interaktionsberufen, die durch eine Reihe von Stressfaktoren, Herausforderungen und auch Belastungen geprägt sind, bedarf es mit zunehmendem Alter unterstützender und präventiver Angebote.

In Rheinland-Pfalz ist die Altersstruktur im Bildungspersonal je nach Bildungssektor höchst unterschiedlich. Während an Hochschulen, an allgemeinbildenden Schulen und in Kindertageseinrichtungen nur jede bzw. jeder dritte bis vierte Beschäftigte über 50 Jahre alt ist, ist an berufsbildenden Schulen beinahe jede zweite Lehrkraft 50 Jahre und älter.

2.2 Bildungspersonal und -ausgaben

G 15 Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) 2005–2015¹ nach Bildungsbereichen



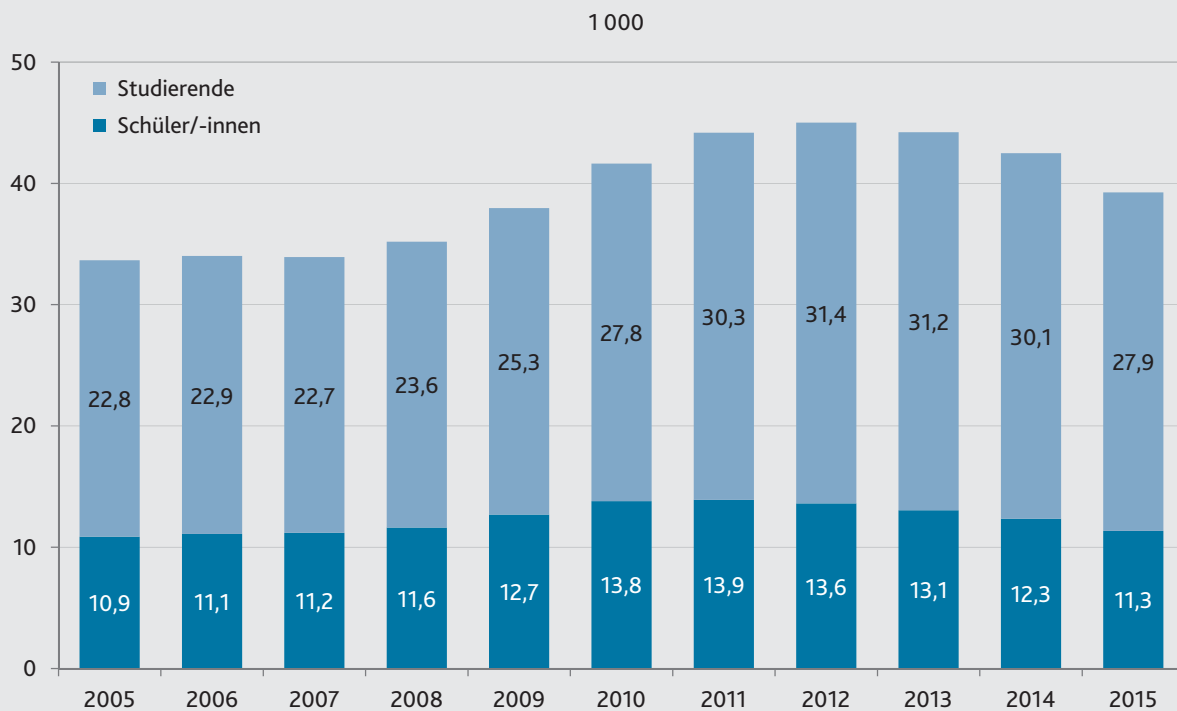
5,4 Milliarden Euro öffentliche Bildungsausgaben

Die gesellschaftlichen Funktionsbereiche „Bildung“ und „Ökonomie“ sind durch unterschiedliche Zielvorstellungen geprägt und Ursache kontroverser politischer Diskussionen, beispielsweise zu Bildungsrenditen und Arbeitsmarktorientierung von Bildungsangeboten. Während Pädagogen nicht-monetäre Ziele und Erträge in den Fokus rücken, beschäftigen sich Ökonomen unter anderem mit der Frage, welche Kosten und öffentlichen Ausgaben Bildungsangebote erfordern, welchen Beitrag Bildung zur Wertschöpfung und zum Wohlstand in der Volkswirtschaft leisten kann und welche individuellen Renditen Bildung erbringt. Obwohl beide Bereiche grundlegend unterschiedliche Funktionen erfüllen und unterschiedliche Ziele verfolgen, sind sie voneinander abhängig. Für ökonomischen Erfolg bedarf es einer umfassenden Bildung und für eine ausreichende Bildung bedarf es finanzieller Rahmenbedingungen, beispielsweise Grundmittel zur Finanzierung öffentlicher Bildungsangebote.

Die öffentlichen Bildungsausgaben lagen in Rheinland-Pfalz 2015 bei 5,4 Milliarden Euro. Seit dem Jahr 2005 wurden die Ausgaben insgesamt um 1,7 Milliarden Euro erhöht. Die meisten Ausgaben entfielen auf den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulsektor sowie auf die frühkindliche Bildung. Diese Bildungssektoren machen mit 80 Prozent den Großteil der öffentlichen Bildungsausgaben aus. Während in den letzten fünf Jahren die öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen (+53 Prozent), Schulen (+11 Prozent) und Jugendarbeit (+8 Prozent) stiegen, wurden die öffentlichen Grundmittel für die Hochschulen reduziert (–1 Prozent).

G 16

Leistungsempfänger/-innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2005–2015 nach Empfängerkreisen¹



¹ Ohne Personen an Fernunterrichtsinstituten, die weder den Studierenden noch den Schüler/-innen zugeordnet werden.

Quelle: Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)

Seit 2013 rückläufige Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger

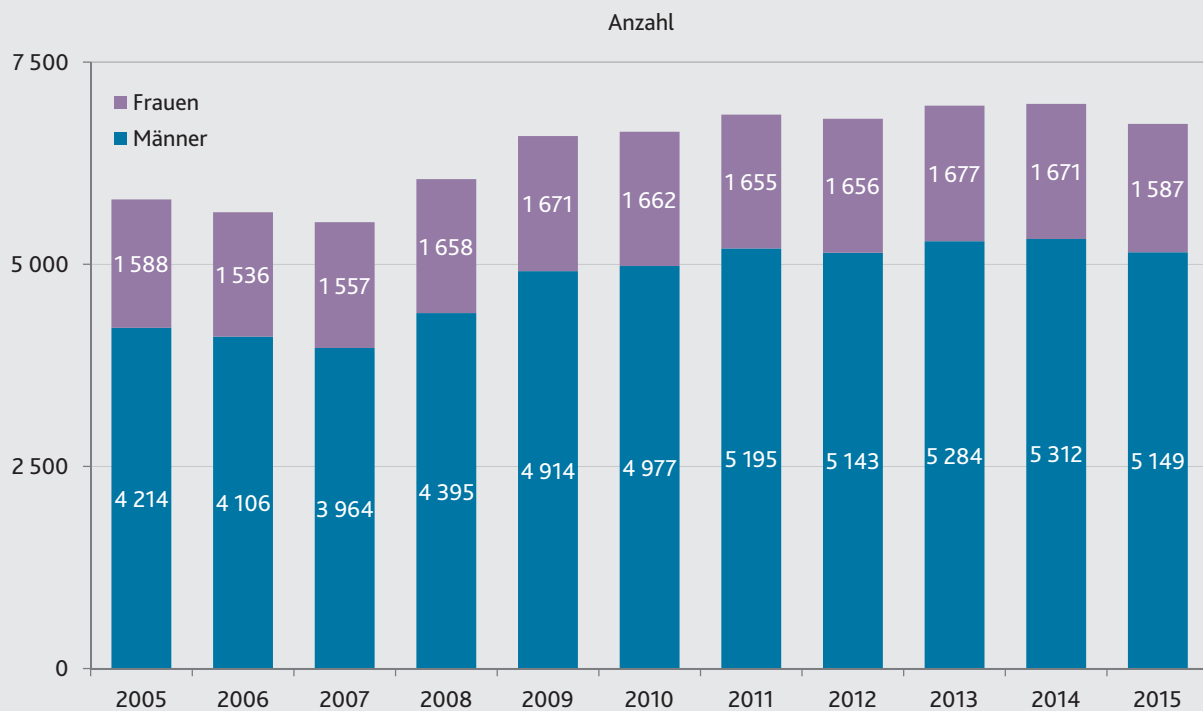
Bereits seit dem Jahr 1971 werden durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Jugendliche und junge Erwachsene finanziell auf ihrem Bildungsweg unterstützt, um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Gefördert werden im Rahmen des BAföG Ausbildungen an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie an Hochschulen, aber auch an Akademien, Kollegs und die Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen. Die Förderung gilt im Wesentlichen dem Fachkräftenachwuchs, daher werden nur Personen gefördert, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ausnahme bildet die Förderung von Studierenden in Masterstudiengängen, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres gefördert werden können. Die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen im Wesentlichen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab.

Bis zum Jahr 2012 ist die Zahl der geförderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen weitestgehend kontinuierlich gestiegen und erreichte 2012 mit rund 45 000 Geförderten ihren Maximalwert. In den Folgejahren ging die Zahl der Geförderten jedoch um 13 Prozent zurück. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen in den zuletzt 2010 angepassten Einkommensfreibeträgen und Fördersätzen zu suchen. Im Jahr 2016 tritt die 25. Gesetzesnovelle in Kraft, durch die Bedarfssätze, Kinderbetreuungszuschlag, Wohnkostenzuschläge und Freibeträge erhöht werden.

2.2 Bildungspersonal und -ausgaben

G 17

Leistungsempfänger/-innen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2005–2015 nach Geschlecht



Quelle: Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

24 Millionen Euro bewilligte Fördermittel für das „Meister-BAföG“

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung, früher als Meister-BAföG bekannt, ist ein Förderangebot für Personen, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Ziel ist es, den Ausbau der beruflichen Qualifizierung zu unterstützen und die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses zu stärken.

Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung mit bis zu 10 226 Euro sowie für das Meisterprüfungsprojekt mit bis zu 1 534 Euro gefördert. Die Förderung setzt sich dabei aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem ein Beitrag zum Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie ein Zuschuss für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden erfolgen.

In Rheinland-Pfalz wurden 2015 insgesamt 24,2 Millionen Euro, davon 7,7 Millionen als Zuschüsse und 16,5 Millionen als Darlehen, im Rahmen des Meister-BAföG bewilligt. Rund 6 700 Personen, davon knapp 1 600 Frauen, wurden finanziell gefördert. Das waren etwa 250 Personen weniger als 2014. Durchschnittlich erhielten die Geförderten in Vollzeitfortbildungen knapp 700 Euro im Monat.

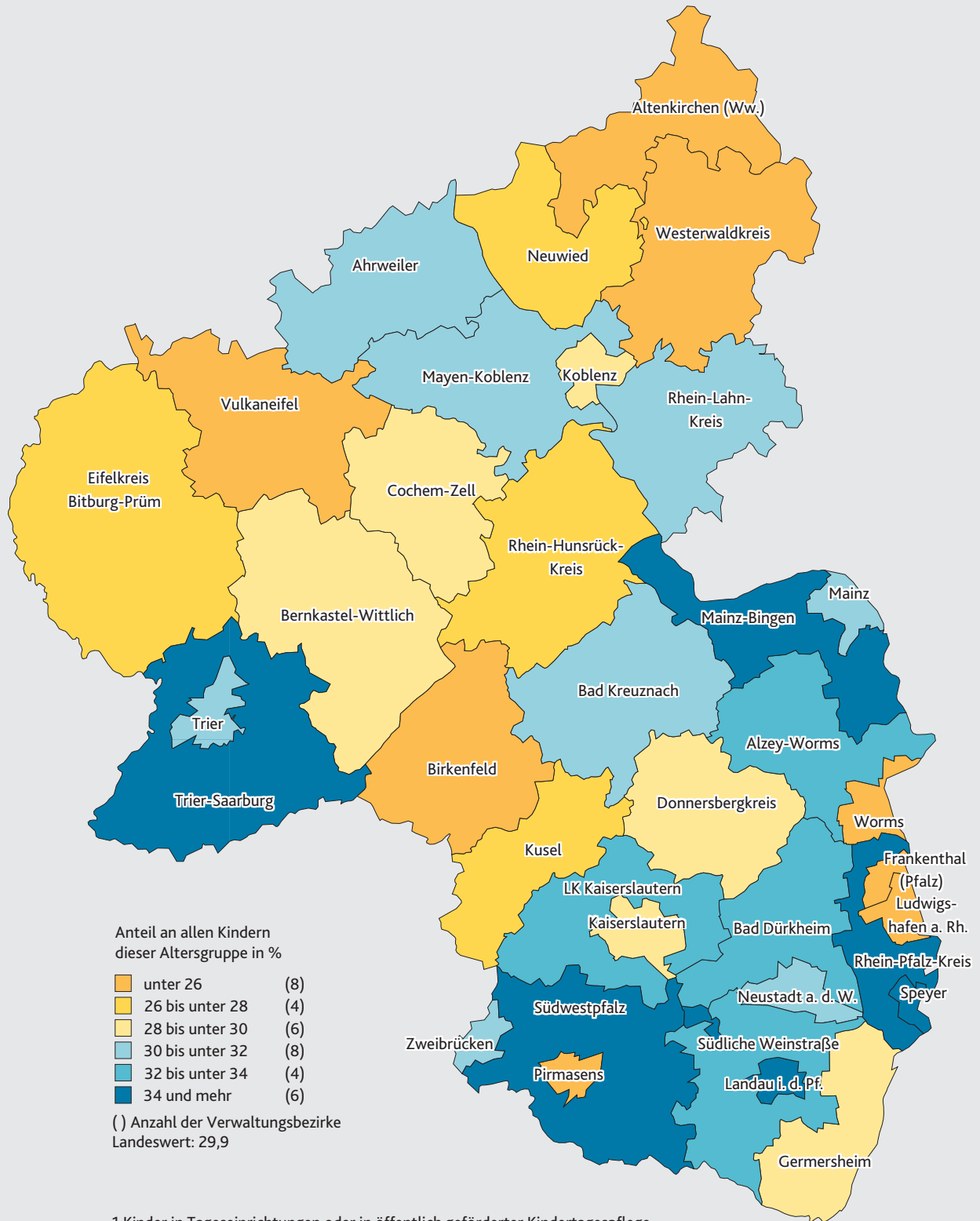
Das novellierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, nun „Aufstiegs-BAföG“ genannt, trat zum 1. August 2016 in Kraft, wodurch künftig Fördersätze, Zuschussanteile und Freibeträge erhöht werden.

3. Vorschulische Bildung und allgemeinbildende Schulen

3.1 Vorschulische Bildung und Betreuung

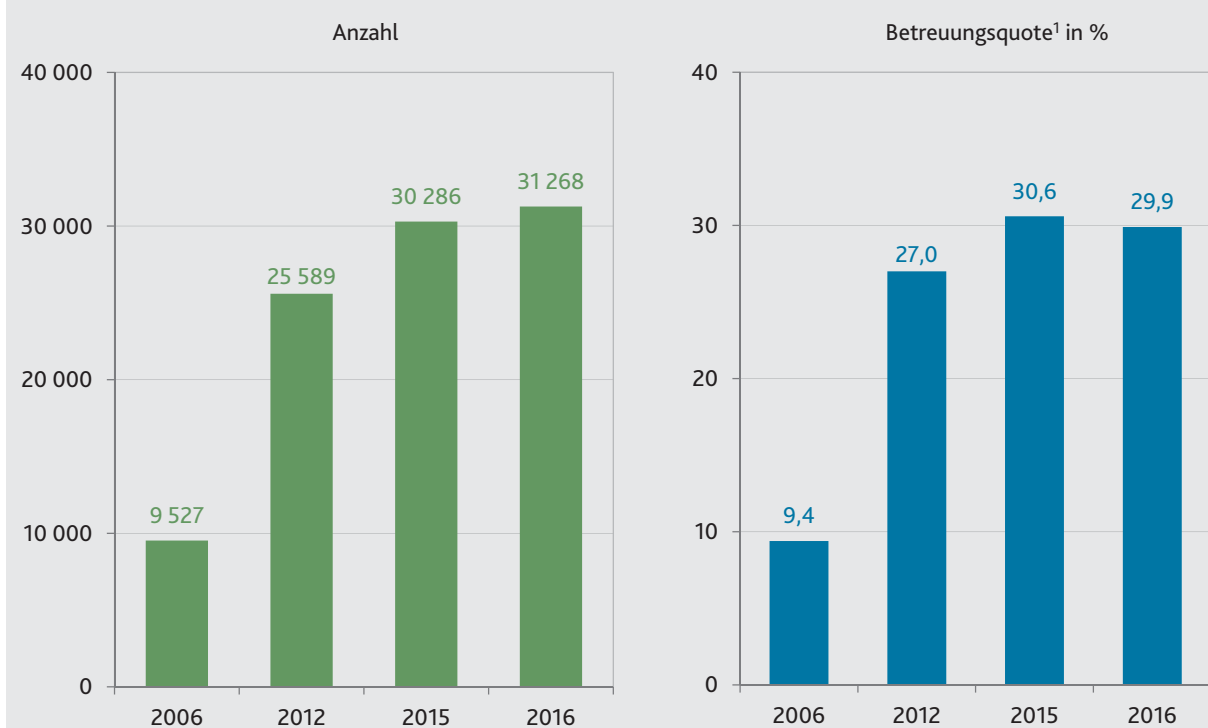
K 2

Betreuungsquote¹ der unter 3-Jährigen 2016 nach Verwaltungsbezirken



¹ Kinder in Tageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung am 31.12.2015.
Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik, Bevölkerungsforschung

G 18 Inanspruchnahme von vorschulischen Betreuungsangeboten der unter 3-jährigen 2006–2016



¹ Kinder in Tageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Tagespflege bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung (31.12. des Vorjahres).
Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik, Bevölkerungsfortschreibung

Kontinuierliche Zunahme der unter 3-jährigen in Kindertagesbetreuung

Das Land Rheinland-Pfalz engagiert sich seit längerer Zeit für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Bereits seit 2010 haben Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Anspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz. Seit dem 1. August 2013 besteht deutschlandweit ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

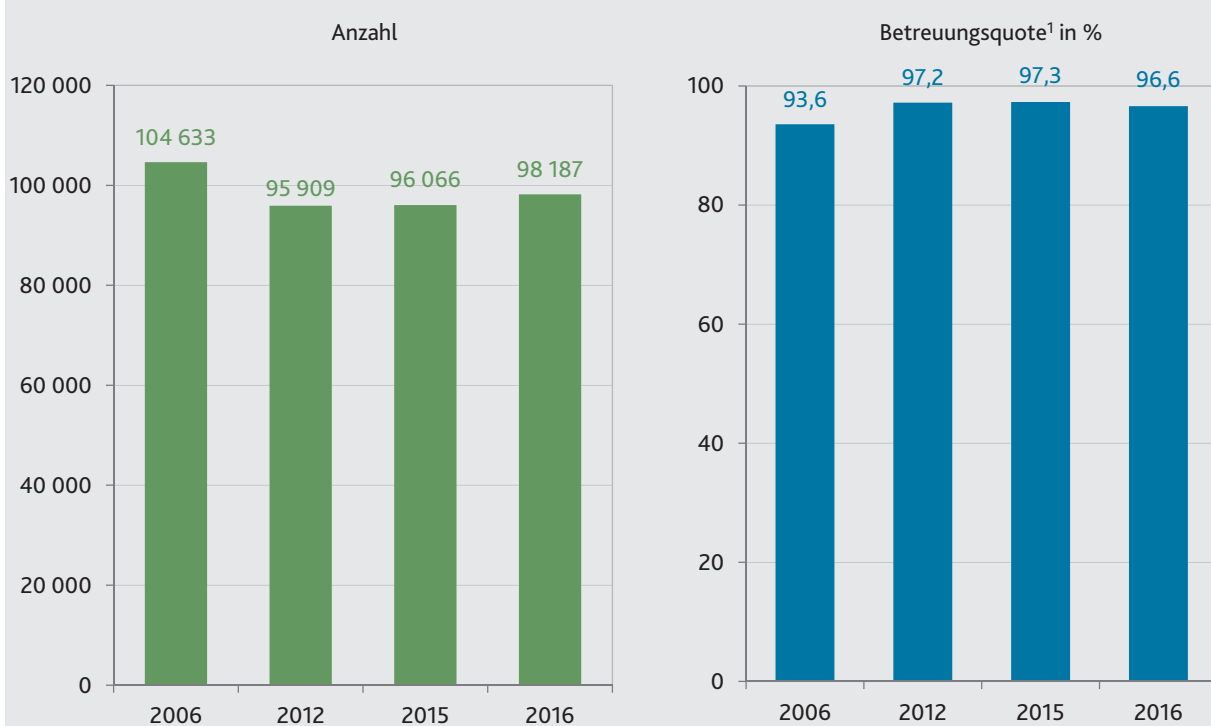
Am 1. März 2016, dem Stichtag der Erhebung, besuchten rund 31 300 unter 3-jährige (U3) eine Kindertageseinrichtung oder wurden in der öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Die Tagespflege spielte dabei mit einem Anteil von knapp sieben Prozent eine untergeordnete Rolle. Mit einer Betreuungsquote von 69 Prozent wurden vor allem Kinder ab zwei Jahren außerhalb des Elternhauses betreut. Eltern von jüngeren Kindern nutzten deutlich seltener Betreuungsangebote (unter 1 Jahr: 1,6 Prozent; 1 bis unter 2 Jahre: 21 Prozent). Seit 2006 hat sich die Zahl der betreuten U3-Kinder verdreifacht und die Betreuungsquote stieg von rund neun auf knapp 30 Prozent. Auch zwischen 2015 und 2016 nahm die Zahl der betreuten Kinder zu, dennoch ging die Betreuungsquote leicht zurück. Grund dafür ist eine höhere Zahl an Kindern unter drei Jahren in der Bevölkerung. Dabei ist die Zahl der vergleichsweise seltener betreuten Kinder unter zwei Jahren stärker gestiegen als die Zahl der Kinder, die älter als zwei Jahre sind und häufiger betreut werden.

Die U3-Betreuungsquote war 2015 unter den westdeutschen Flächenländern in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am höchsten, bei den 2- bis unter 3-jährigen war Rheinland-Pfalz Spitzenreiter.¹

¹ Zahlen für 2016 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

3.1 Vorschulische Bildung und Betreuung

G 19 Inanspruchnahme von vorschulischen Betreuungsangeboten der 3- bis unter 6-Jährigen 2006–2016



¹ Kinder in Tageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Tagespflege bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung (31.12. des Vorjahres).
Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik, Bevölkerungsfortschreibung

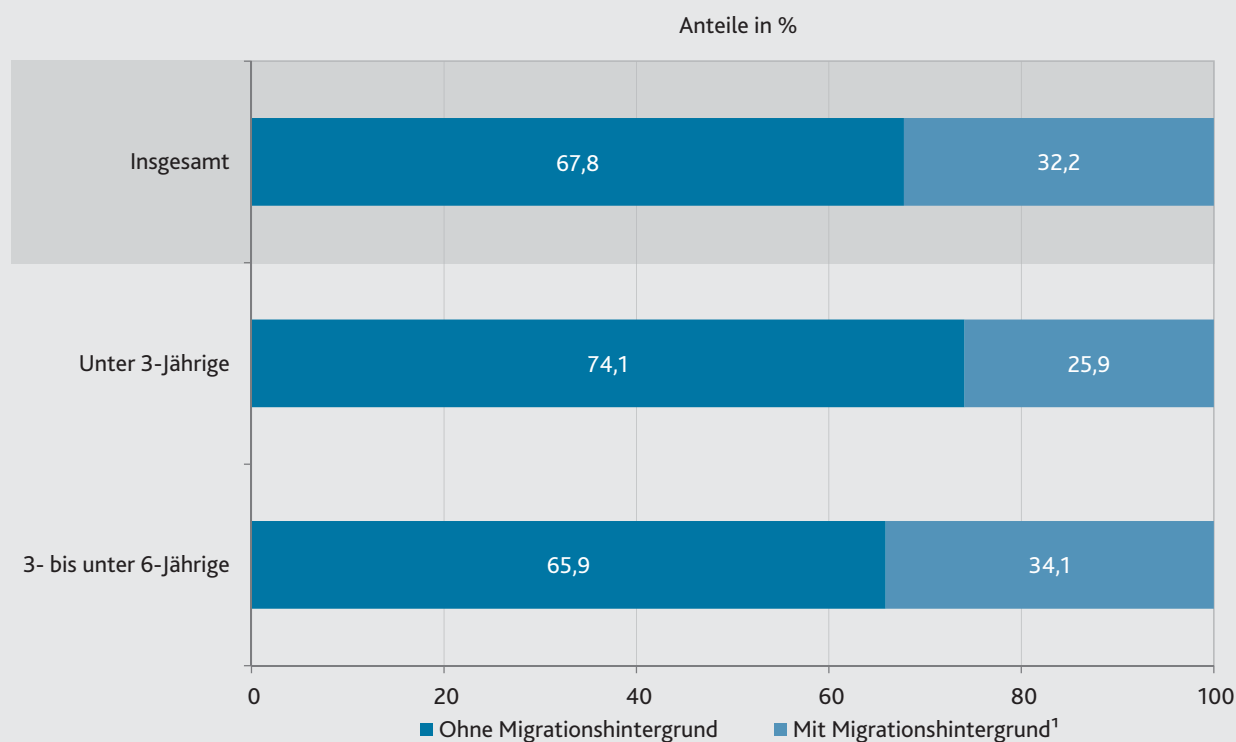
Fast alle Kinder ab drei Jahren in Kindertagesbetreuung

Die Betreuungsquote der Kinder im klassischen Kindergartenalter lag 2016 bei 97 Prozent. Es werden also nahezu alle Kinder dieser Altersgruppe außerhalb des Elternhauses betreut.

Seit 2006 ist die Betreuungsquote der Kinder zwischen drei und sechs Jahren von 94 Prozent auf 97 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die absolute Zahl der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe jedoch zurückgegangen. Während 2006 rund 104 600 Kinder eine Tageseinrichtung besuchten oder von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut wurden, waren es 2016 nur noch 98 200. Trotz insgesamt gestiegener Betreuungsquoten befinden sich – bedingt durch die demografische Entwicklung – im Jahr 2016 weniger Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren in einer Tagesbetreuung.

Die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Landesamtes zeigen, dass aufgrund des demografischen Wandels mittel- und langfristig mit einem weiteren Rückgang der Zahl der Kinder im Vorschulalter zu rechnen ist. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen ist aufgrund des bereits sehr hohen Ausgangswertes in Zukunft nicht mit einem nennenswerten Anstieg der Betreuungsquoten zu rechnen. Daher werden die rückläufigen Bevölkerungszahlen eine sinkende absolute Nachfrage nach Tagesbetreuung in dieser Altersgruppe nach sich ziehen. Für die Altersgruppe der unter 3-Jährigen ist ein weiterer Anstieg der Betreuungsquoten durchaus realistisch, zumal die Ausweitung der Tagesbetreuung der unter 3-Jährigen ein erklärtes familienpolitisches Ziel ist. Das bedeutet, dass die Zahl der benötigten Plätze zunächst nicht in einem der demografischen Entwicklung entsprechendem Ausmaß zurückgehen wird.

G 20 Unter 6-Jährige in Kindertagesbetreuung 2016 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund



¹ Ein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn mindestens ein Elternteil nicht deutscher Herkunft ist.

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Unter 3-jährige Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung

In der Kinder- und Jugendhilfestatistik wird ein Migrationshintergrund ausgewiesen, wenn mindestens ein Elternteil nicht deutscher Herkunft ist, also aus dem Ausland zugewandert ist. Es werden demnach nur Kinder von Eltern bzw. Elternteilen mit eigener Migrationserfahrung einbezogen. Nach dieser Definition hatte 2016 jedes dritte in der Tagesbetreuung betreute Kind unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund; 2006 war es noch jedes vierte. Der Anteil der Kinder mit elterlicher Migrationserfahrung ist in der Altersgruppe der unter 3-Jährigen mit 26 Prozent deutlich geringer als in der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen mit 34 Prozent.

Deutlich mehr als die Hälfte der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund (61 Prozent) sprechen in der Familie vorrangig nicht deutsch. Gerade diese Kinder können im Bezug auf den Spracherwerb von dem Besuch einer Kindertagesstätte oder der Betreuung in der Tagespflege profitieren.²

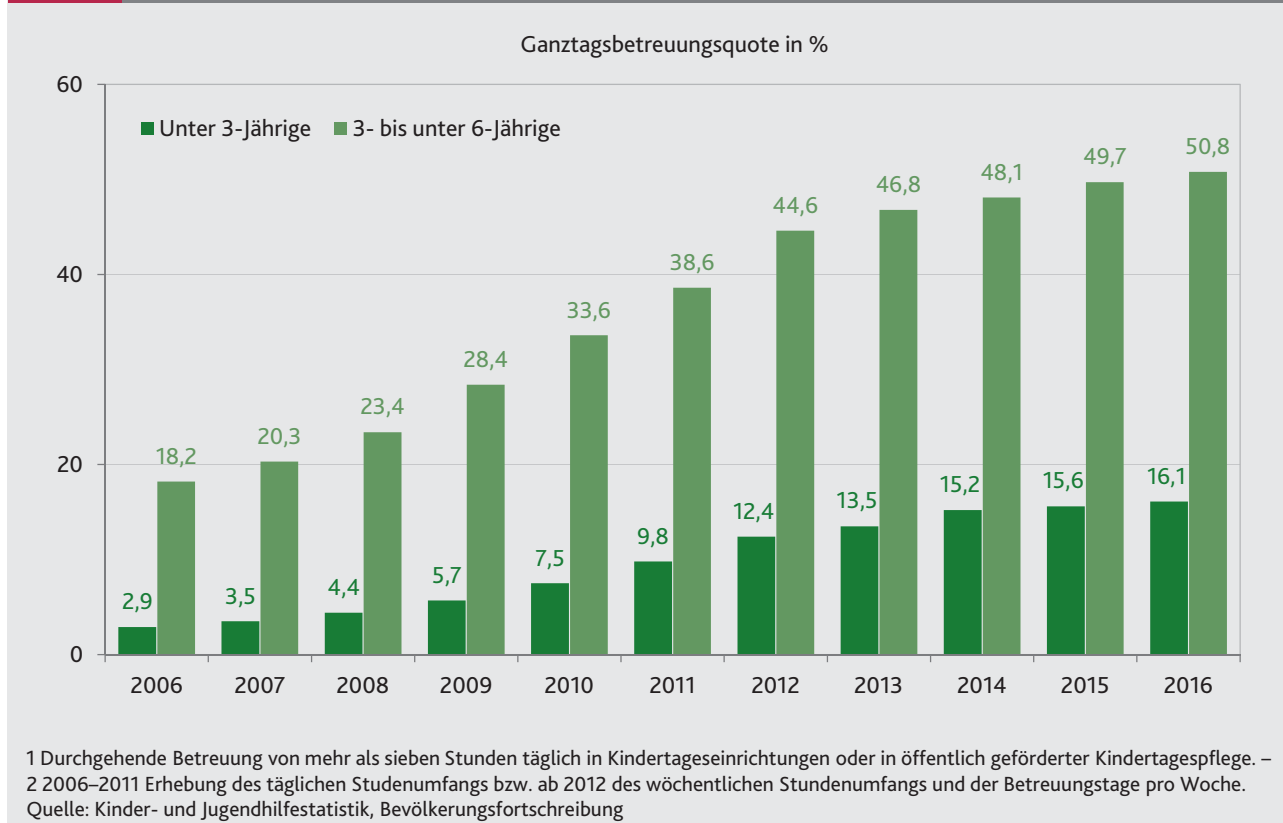
Auf Basis der Kinder- und Jugendhilfestatistik sowie der Bevölkerungsfortschreibung und des Mikrozensus lassen sich Betreuungsquoten für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund ermitteln.³ Die für 2015 vorliegenden Werte zeigen, dass Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund (26 Prozent) deutlich seltener außerhalb des Elternhauses betreut wurden als gleichaltrige Kinder ohne Migrationshintergrund (33 Prozent).

² Vgl. Weiß, K. et al.: Die Sprachentwicklung der Kinder unterstützen. In: Dies.: Qualifizierung in der Kindertagespflege. DJI-Curriculum. 2. Auflage. München 2008.

³ Vgl. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_Betreuungsquote_Migrationshintergrund.html (Zahlen für 2016 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor).

3.1 Vorschulische Bildung und Betreuung

G 21 Ganztagsbetreuungsquote¹ der unter 6-Jährigen 2006–2016 nach Altersgruppen



Steigende Ganztagsbetreuungsquoten bei Kindern im Vorschulalter

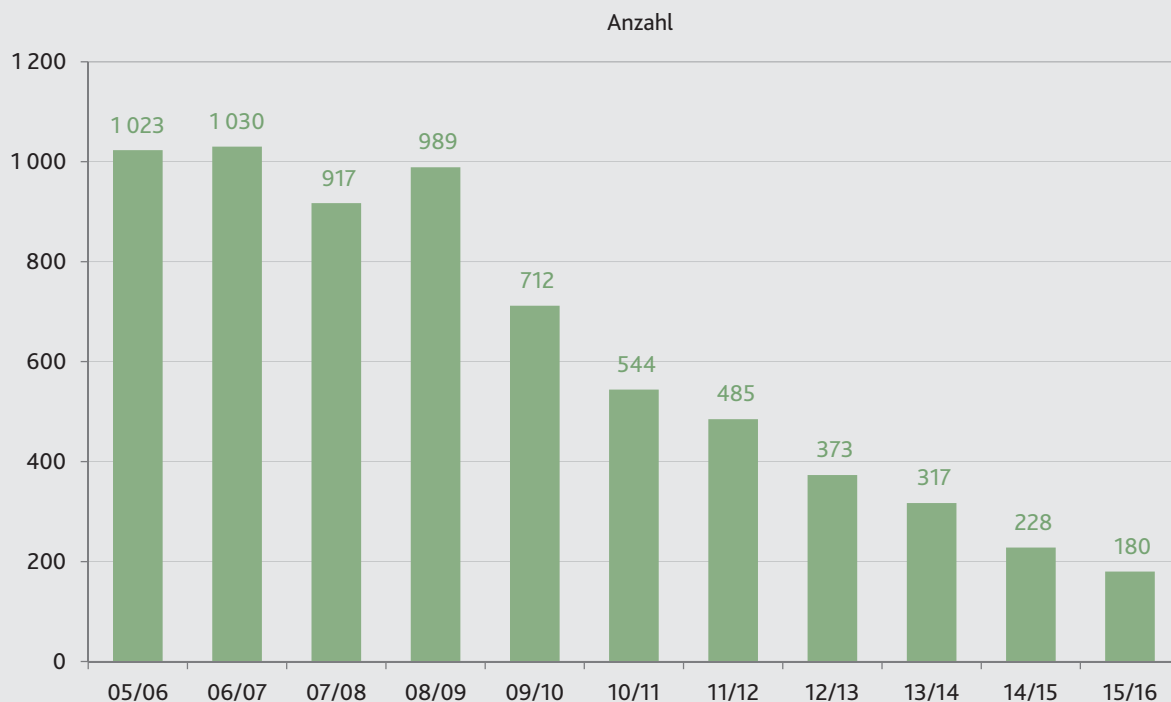
Ganztägige Betreuungsangebote erleichtern den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Von einer Ganztagsbetreuung wird dann gesprochen, wenn die vereinbarte Betreuungszeit durchschnittlich ununterbrochen mehr als sieben Stunden pro Tag beträgt.

Die Ganztagsbetreuungsquote setzt die Zahl der ganztags betreuten Kinder einer Altersgruppe ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder der gleichen Altersgruppe. Sie ist sowohl bei den unter 3-Jährigen als auch bei den Kindern im Kindergartenalter seit 2006 kontinuierlich gestiegen. Gut 16 Prozent der unter 3-Jährigen nahmen am 1. März 2016 ganztägige Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen oder in der Tagespflege in Anspruch; bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren waren es 51 Prozent. Der Anstieg der Ganztagsbetreuungsquote bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren wird durch die gegenläufige Entwicklung der Zahl der ganztags betreuten Kinder und der Kinderzahl insgesamt begünstigt. Die Gesamtzahl der Kinder zwischen drei und sechs Jahren hat sich in gegenüber 2006 verringert, während die Zahl der Kinder in Ganztagsbetreuung kontinuierlich zunahm.

Bei der Ganztagsbetreuung (wie auch bei der Tagesbetreuung insgesamt) lag Rheinland-Pfalz 2015⁴ über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Hier beanspruchten im Schnitt 13 Prozent der unter 3-Jährigen und 37 Prozent der Kinder im Kindergartenalter ganztägige Betreuungsangebote. In Ostdeutschland wurden diese wesentlich häufiger genutzt: 40 Prozent der Kinder unter drei Jahren und 74 Prozent der Kinder im Kindergartenalter wurden täglich mehr als sieben Stunden außerhalb des Elternhauses betreut.

⁴ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Kindertagesbetreuung regional 2015. Wiesbaden 2016. Zahlen für 2016 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

G 22 Kinder in Schul- und Förderschulkindergärten in den Schuljahren 2005/06–2015/16



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Immer weniger Kinder in Schul- und Förderschulkindergärten

In Schul- und Förderschulkindergärten werden schulpflichtige, jedoch mangels Schulreife zurückgestellte Kinder auf den Schulbesuch vorbereitet. Die Einrichtungen sind an Grund- oder Förderschulen angeschlossen.

Die Zahl der Kinder in Schulkindergärten nahm in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Während bis zum Schuljahr 2008/09 in jedem Jahr rund 1000 Kinder im Einschulungsalter in Schul- oder Förderschulkindergärten gefördert wurden, waren es im Schuljahr 2015/16 nur noch 180 Kinder. Auch die Zahl der Schulkindergärten ist kontinuierlich zurückgegangen. Im Schuljahr 2009/10 gab es in Rheinland-Pfalz noch 59 Einrichtungen, im Schuljahr 2015/16 waren es nur noch 16.

Der starke Rückgang basiert vor allem darauf, dass diese Kinder im Zuge der Fokussierung auf Integration verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden. Eine Voraussetzung für die Einrichtung eines Schulkindergartens an einer Grundschule ist eine Mindestanzahl von zehn förderbedürftigen Kindern.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

Ü 1

Entwicklungen im rheinland-pfälzischen Schulsystem und in der Schulstatistik

2007/08

2006/07:
Inklusion und
Migrationshintergrund
in der Schulstatistik

Zum Schuljahr 2006/07 wurden erstmals Inklusionsmerkmale in der Schulstatistik erfasst. Auch die latente Variable Migrationshintergrund wurde über die Merkmale Geburtsland, Staatsangehörigkeit und/oder Familiensprache erstmals in dieser Differenziertheit erhoben.

2009/10

2008/09:
G8-Gymnasien und
veränderte Schulpflicht

Zum Schuljahr 2008/09 wurden die sogenannten G8-Ganztagsschulen eingeführt, die in acht Jahren zum Abitur führen. Im selben Schuljahr wurde der Beginn der Schulpflicht bei Vollendung des sechsten Lebensjahres vom 30. Juni auf den 31. August verschoben.

2011/12

2009/10:
Schulstrukturgesetz
und Integrationsförderung

Im Rahmen des Schulstrukturgesetzes wurden Realschulen, Hauptschulen, Duale Oberschulen und Regionale Schulen in Realschulen plus umgewandelt. Ab demselben Schuljahr wurde ein Fokus auf die Integrationsförderung in Grundschulen statt in Schulkindergärten gelegt.

2013/14

2011/12:
Fachoberschulen an
Realschulen plus

Zum Schuljahr 2011/12 wurden an zwölf Realschulen plus Fachoberschulen eingeführt, um den Schülerinnen und Schülern an der Realschule plus einen Bildungsweg zur Fachhochschulreife zu eröffnen.

2015/16

2013:
Landeskonzept zur
Weiterentwicklung
der Inklusion

Im Jahr 2013 hat der Ministerrat das Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Inklusion verabschiedet, um die Teilhabe förderbedürftiger Kinder und Jugendlicher im Bildungsbereich zu stärken.

2013/14:
G8 in Mainzer Studienstufe
und Auslaufen der Real-
und Hauptschulen

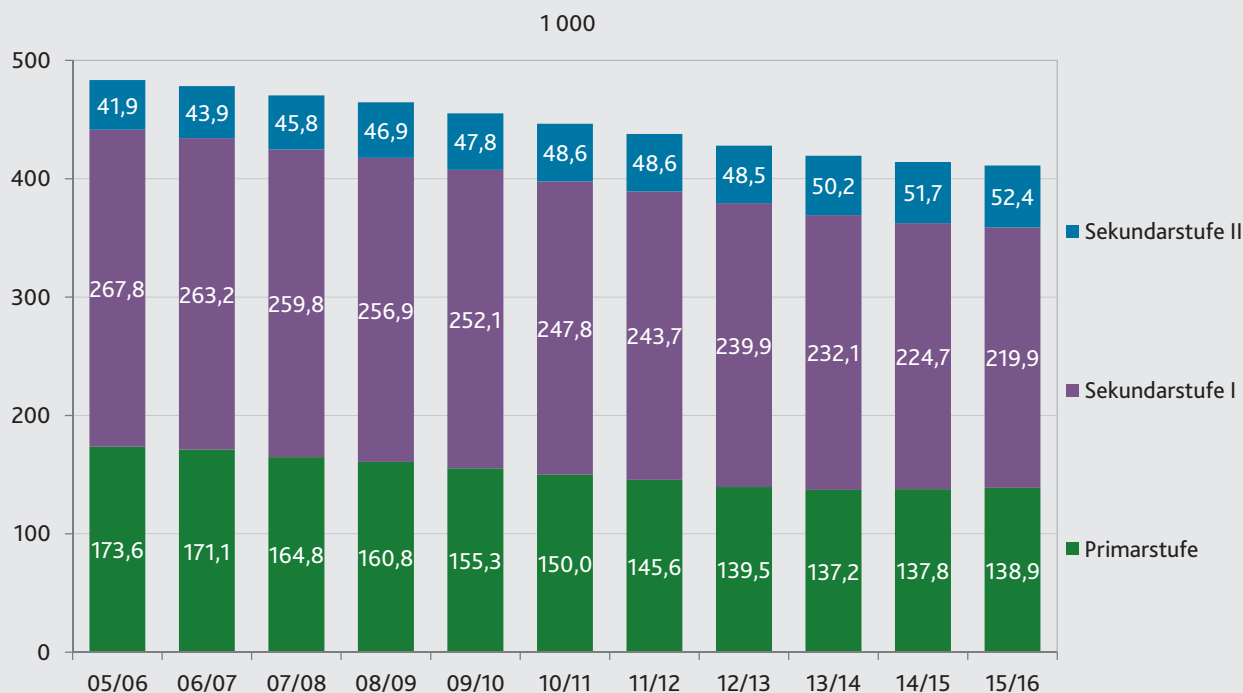
Zum Schuljahr 2013/14 sind die ersten Schülerinnen und Schüler an G8-Ganztagsschulen in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe eingetreten (Mainzer Studienstufe). Im selben Schuljahr sind die Schularten Haupt- und Realschule in öffentlicher Trägerschaft ausgelaufen. Unter privater Trägerschaft wurden einzelne Haupt- und Realschulen beibehalten.

2015/16:
Bildung von
S-Klassen im
Berufsvorbereitungsjahr

Zum Schuljahr 2015/16 wurden sogenannte S-Klassen im Berufsvorbereitungsjahr gebildet, in denen Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten Sprachkurse erhielten.

2016/17:
Ausbau der
gymnasialen Oberstufe
an Integrierten
Gesamtschulen

Zum Schuljahr 2016/17 sollen die Integrierten Gesamtschulen um insgesamt 16 neue gymnasiale Oberstufen ausgebaut werden.

G 23 Schüler/-innen¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schulstufen

¹ Ohne Schulkindergärten und Schülerinnen und Schüler des Förderbereichs „Ganzheitliche Entwicklung“.
Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Rückläufige Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an rheinland-pfälzischen Schulen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Im Schuljahr 2015/16 besuchten 411 206 Kinder und Jugendliche eine der drei Schulstufen einer allgemeinbildenden Schule. Im Vergleich zum Vorjahr waren das rund 3 000 Schülerinnen und Schüler weniger, im Zehnjahresvergleich wurde sogar ein Minus von 72 500 verzeichnet. Die Hauptursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter.

Erheblich betroffen von den rückläufigen Zahlen sind die erst zum Schuljahr 2009/10 eingeführten Realschulen plus (–3,7 Prozent). Allein diese Schulform wies im Schuljahr 2015/16 einen Verlust von mehr als 3 300 Schülerinnen und Schülern im Vergleich zum Vorjahr auf. Insgesamt ist die Schülerzahl im Sekundarbereich I in zehn Jahren um 18 Prozent gesunken.

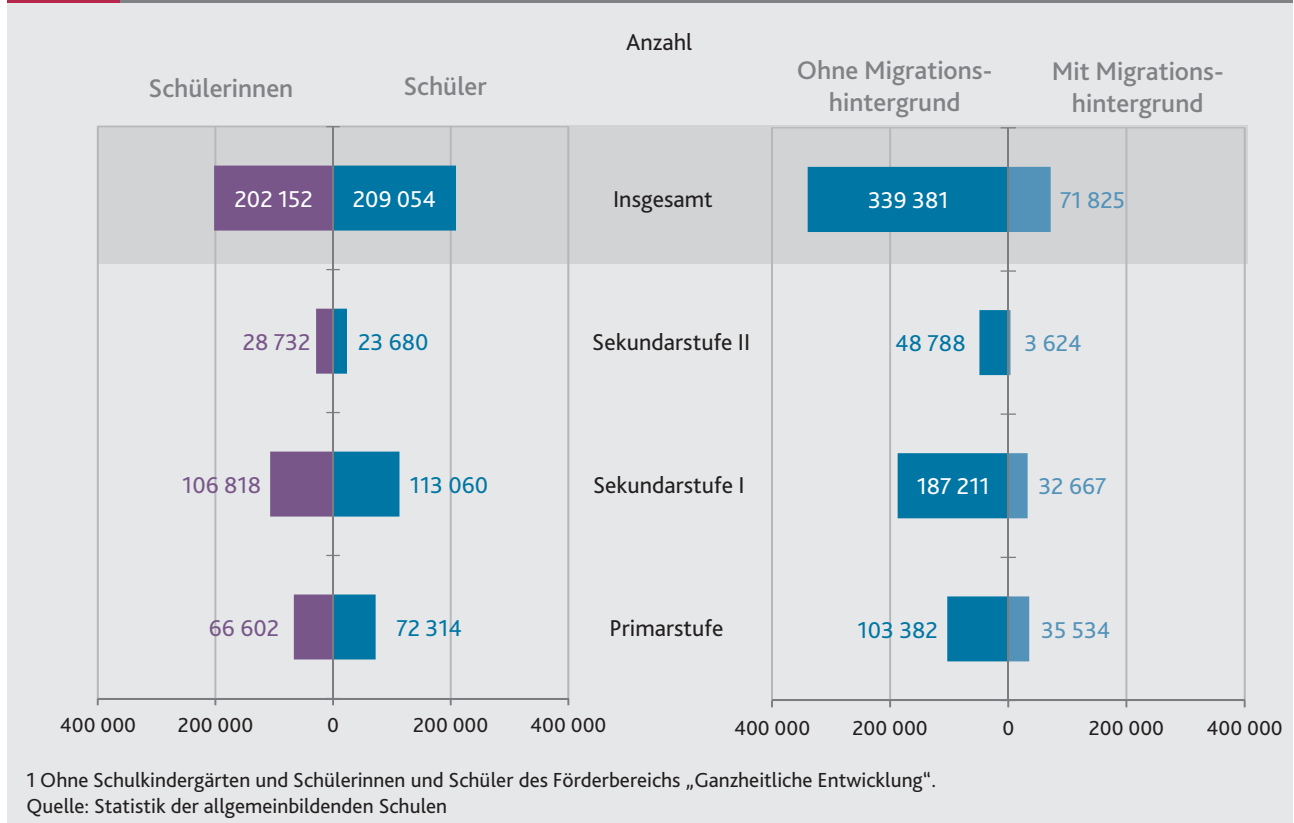
Während in der letzten Dekade die Schülerdaten in der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 bis 10) rückläufige Zahlen aufwiesen, wurde in der Sekundarstufe II (Klassenstufe 11 bis 13)⁵ ein gegenläufiger Trend beobachtet. Seit dem Schuljahr 2005/06 hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II einen Zuwachs von 25 Prozent erfahren. Diese Zunahme ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass immer mehr Jugendliche einen höheren Bildungsabschluss anstreben.

⁵ Ausnahmen bilden die G8-Ganztagsschulen. Für sie gelten die Klassenstufen 10 bis 12 als Sekundarstufe II.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 24

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulstufen, Geschlecht und Migrationshintergrund¹



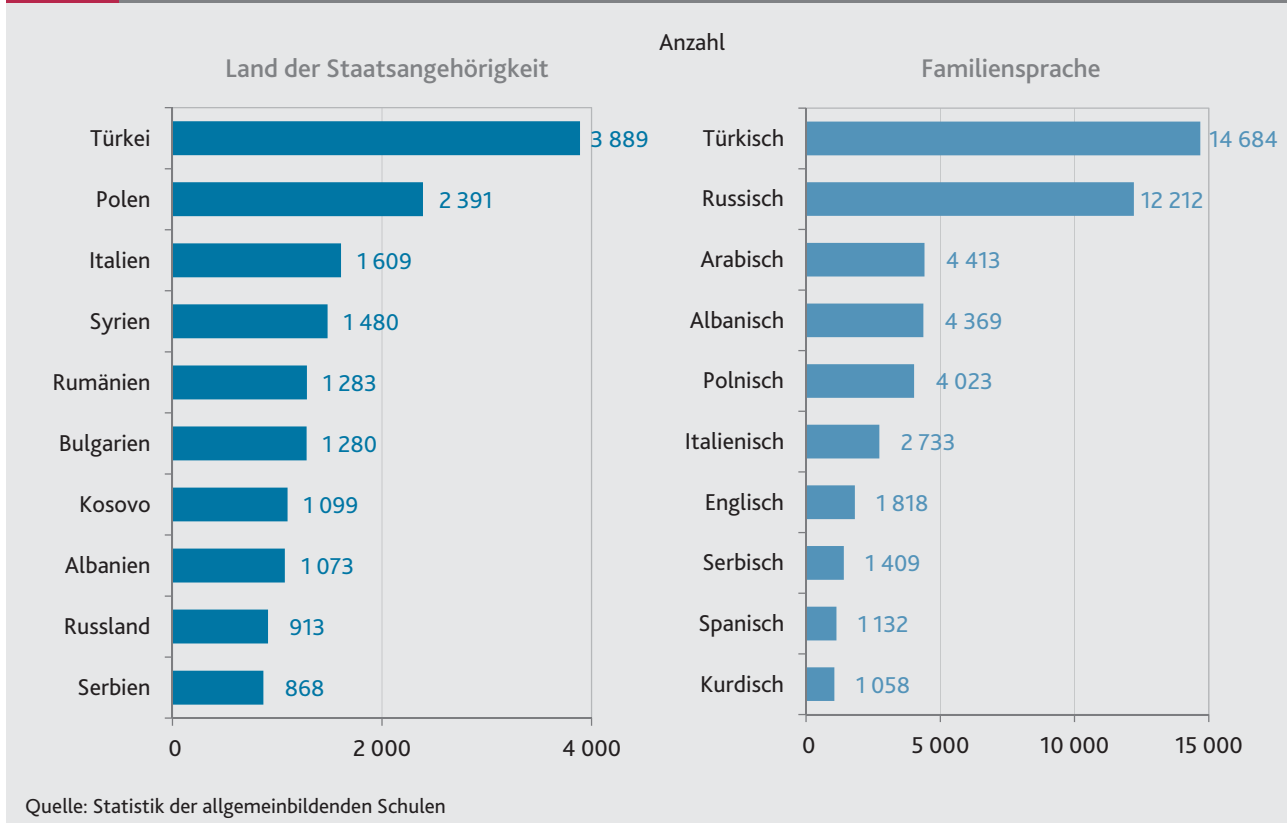
Rund 72 000 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Insgesamt besuchten etwas mehr Schüler (51 Prozent) als Schülerinnen (49 Prozent) die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Dabei zeigt sich, dass das Angebot an Schularten nicht von beiden Geschlechtern in gleichem Maße wahrgenommen wird. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Persönliche Faktoren wie unterschiedliche Entwicklungsverläufe, Interessen und Berufsorientierungen prägen Jungen wie Mädchen in ihrer schulischen Laufbahn. Aber auch das Schulsystem hat einen erheblichen Anteil daran. Während Jungen zum Zeitpunkt der Einschulung und auf der Grundschule entsprechend der altersspezifischen Geschlechterverteilung noch leicht in der Überzahl sind (52 Prozent), liegt ihr Anteil auf den Gymnasien rund sieben Prozentpunkte unter dem der Schülerinnen. Hingegen sind Schüler deutlich häufiger als Schülerinnen in der Realschule plus (+10 Prozentpunkte) und in Integrierten Gesamtschulen (+3 Prozentpunkte) zu finden. Offensichtlich sind Schulen, die schneller zu einer Berufsreife führen, für männliche Jugendliche attraktiver als für weibliche, während Schülerinnen eher Schularten bevorzugen, die zu einer Allgemeinen Hochschulreife führen.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stieg in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2015/16 auf rund 72 000 Kinder und Jugendliche, das waren insgesamt 17 Prozent der Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen. Doch es zeigen sich deutliche Unterschiede in der Beteiligung am Bildungssystem zwischen den Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund: Je höher die Schulstufe, desto geringer ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Während in der Primarstufe noch jedes vierte Kind einen Migrationshintergrund aufwies, waren es in der Sekundarstufe I lediglich noch 15 Prozent und in Sekundarstufe II sogar nur sieben Prozent.

G 25

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach den zehn häufigsten nicht deutschen Staatsangehörigkeiten und Familiensprachen



Türkisch und Russisch als häufigste Familiensprachen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

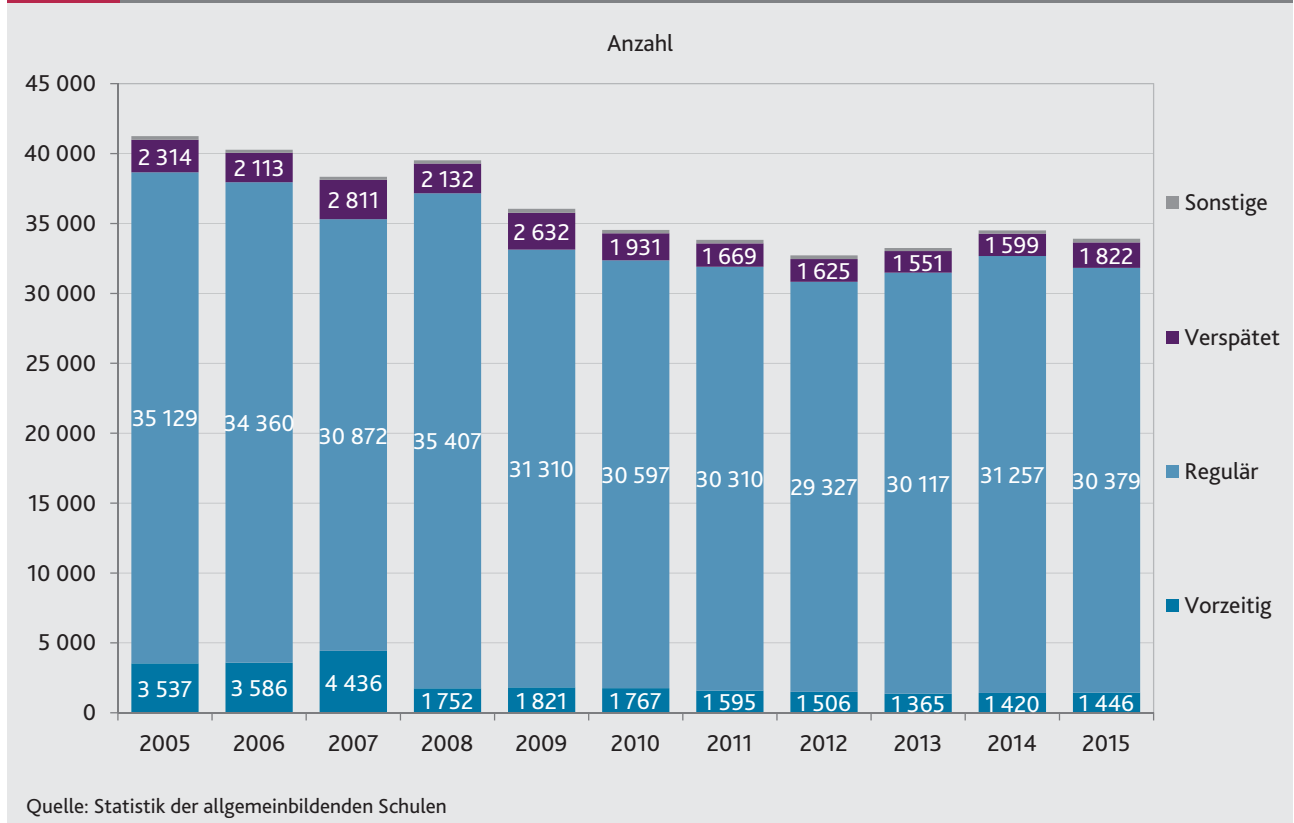
Von den 72 400 Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund hatten im Schuljahr 2015/16 insgesamt 27 300 eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit (38 Prozent). Unter den nicht deutschen Schülerinnen und Schülern dominierten jene mit türkischem Pass (rund 3 900), gefolgt von denjenigen mit polnischer (2 400), italienischer (1 600), syrischer (1 500) und rumänischer (1 300) Staatsbürgerschaft.

Etwa 63 300 Schülerinnen und Schüler sprachen in der Familie vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch. Die mit Abstand häufigsten nicht deutschen Familiensprachen im Elternhaus der Kinder und Jugendlichen waren im Schuljahr 2015/16 Türkisch (rund 14 700) und Russisch (12 200). Deutlich dahinter lagen Arabisch und Albanisch als Familiensprache von jeweils rund 4 400 Schülerinnen und Schülern.

Auffällig ist, dass es deutliche Unterschiede in der Rangfolge und den auftretenden Häufigkeiten der Familiensprache und der Staatsangehörigkeit gibt. So spielt die russische Staatsangehörigkeit bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur eine geringfügige Rolle. Jedoch zeigt sich, dass Russisch als Familiensprache eine deutlich größere Bedeutung einnimmt. Dies veranschaulicht, dass es zu kurz gegriffen wäre, den Migrationshintergrund auf die Staatsangehörigkeit zu reduzieren. So wurde von der Kultusministerkonferenz vereinbart, den Migrationshintergrund anhand von drei Merkmalen, nämlich der Staatsangehörigkeit, des Herkunftslandes und der Familiensprache, zu erfassen. Liegt mindestens eines dieser drei Merkmale vor, so wird ein Migrationshintergrund angenommen. In Rheinland-Pfalz wird diese Empfehlung der Kultusministerkonferenz bereits seit 2006 umgesetzt.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 26 Eingeschulte an allgemeinbildenden Schulen 2005–2015



20 Prozent weniger Einschulungen gegenüber 2005

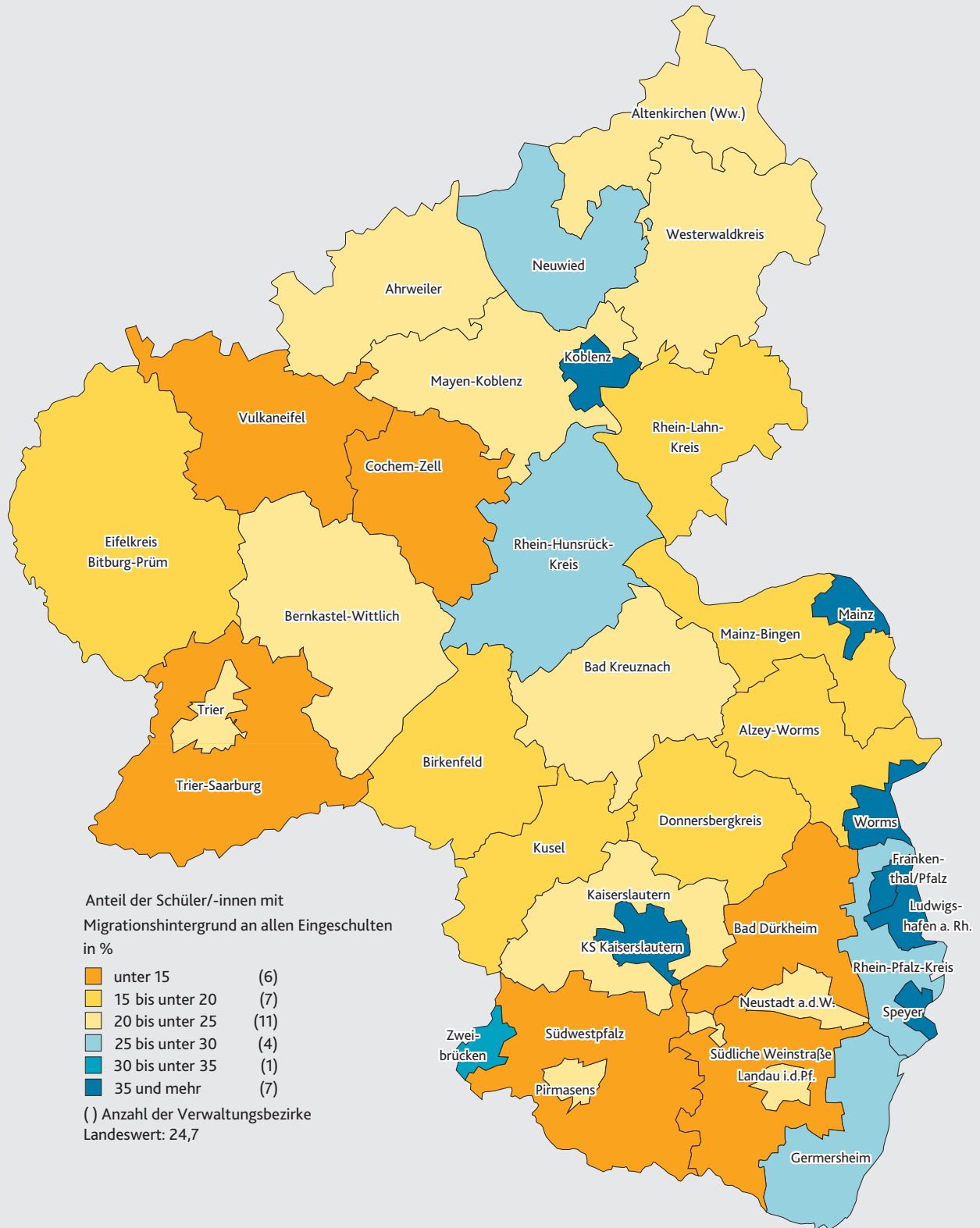
Im August des Jahres 2015 wurden rund 33 900 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult, davon 5,4 Prozent verspätet.

Die Gesamtzahl der Einschulungen schwankte in den letzten fünf Jahren zwischen 33 000 und 35 000. Gleichwohl ist die Gesamtzahl der Grundschülerinnen und -schüler in den vorangegangenen zehn Jahren um rund 20 Prozent gesunken. Dies ist zurückzuführen auf den seit Jahren zu beobachtenden Rückgang der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter. So hat sich die Anzahl der 5- bis 7-Jährigen in der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz zwischen den Jahren 2005 und 2014 um 16 Prozent reduziert. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger ebenso um 16 Prozent gesunken.

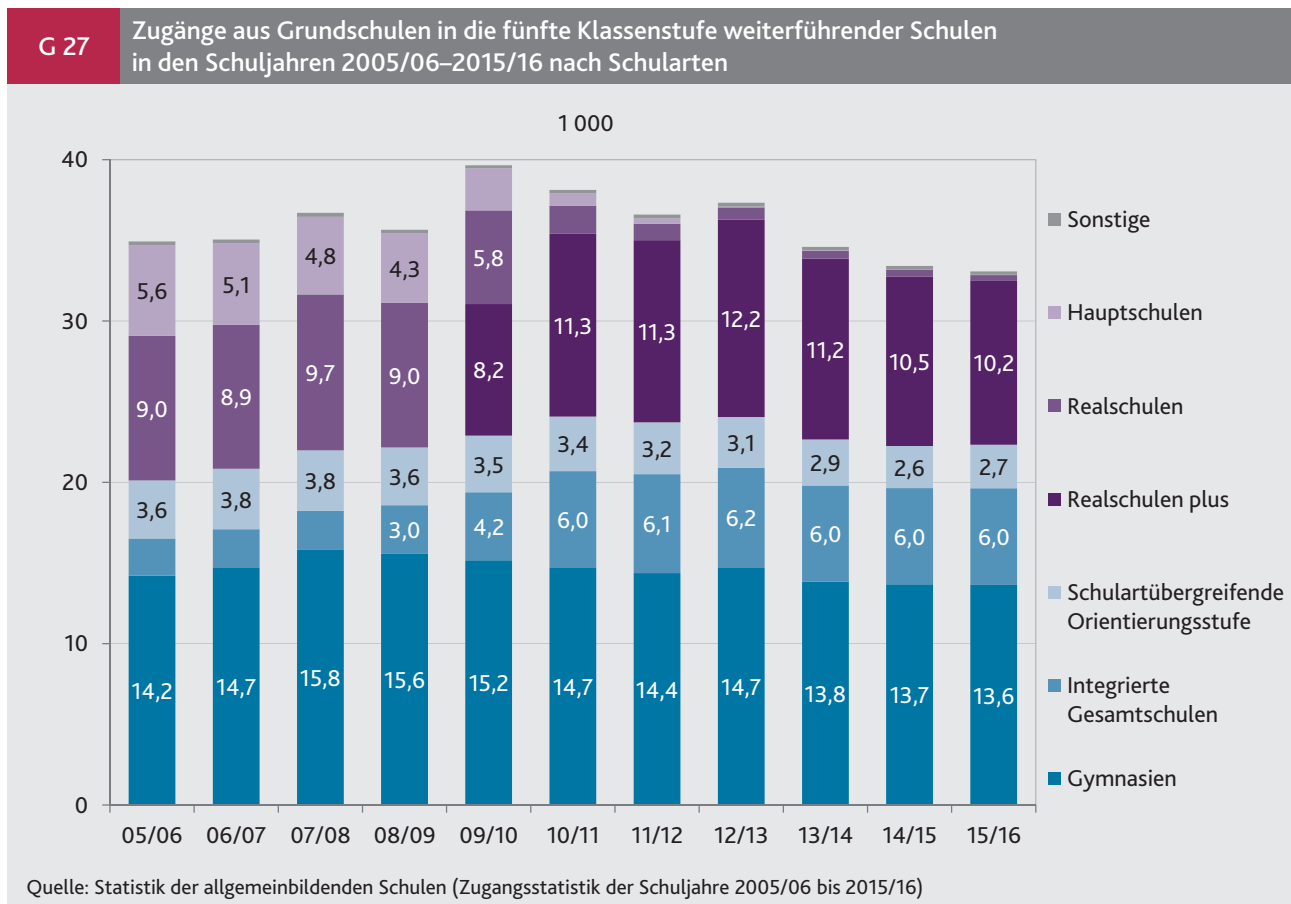
Einen deutlichen Rückgang verzeichneten die Schulkindergärten. Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schulbesuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schul- und Förderschulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden und damit der Bedarf an Schulkindergärten erheblich zurückgegangen ist.

K 3

Eingeschulte mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Verwaltungsbezirken



3.2 Allgemeinbildende Schulen



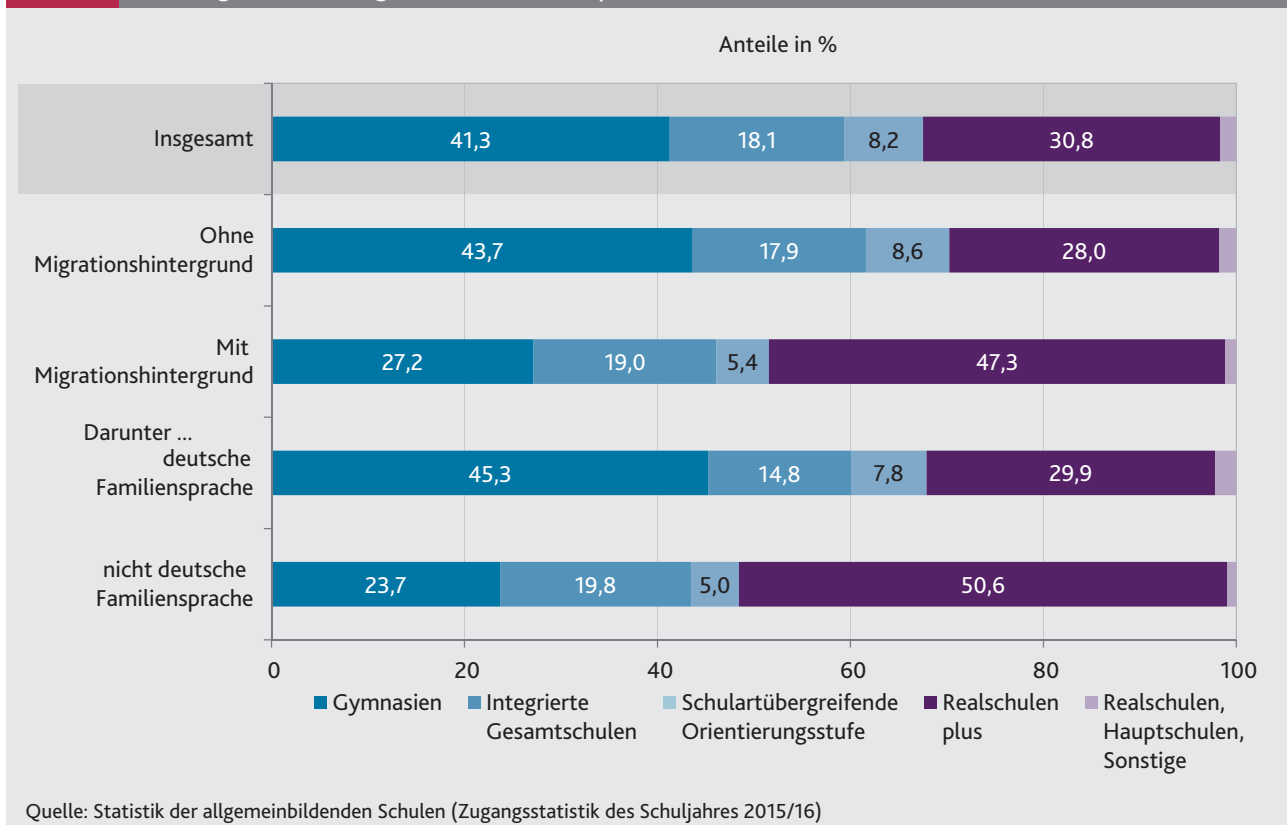
Übergänge in die Sekundarstufe I: Trend zu höheren Schulformen

Trotz aller Mobilität im Schulsystem ist der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule ein zentraler Scheidepunkt individueller Bildungswege. Verschiedene Studien und Modelle zeigen, dass in einem mehrgleisigen Schulsystem bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die berufliche Entwicklung entscheidend beeinflusst wird. In Rheinland-Pfalz wird in der Grundschule eine Empfehlung für den Besuch einer weiterführenden Schule formuliert, die jedoch nicht verbindlich ist. Letztlich können die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, idealerweise in Abstimmung mit ihren Kindern, diese Entscheidung treffen. Immer mehr Kinder und Jugendliche streben – sei es selbst- oder durch die Eltern bestimmt – einen höheren Bildungsabschluss an. Die akkumulierte Folge ist der gesamtgesellschaftliche Trend der Höherqualifizierung. Dies zeigt sich bereits beim Übergang von der Grundschule in die fünfte Klassenstufe einer weiterführenden Schule.

Mehr als zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2015/16 nach der Grundschule eine Schulform (Gymnasium oder Integrierte Gesamtschule) oder einen Bildungsgang (Schulartübergreifende Orientierungsstufe), die bzw. der in der Regel die Möglichkeit der Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife zunächst noch offen hält. Einen deutlichen Hinweis auf die These der zunehmenden Höherqualifizierung junger Menschen erhält man mit einem Blick auf die Zahlen zehn Jahre zuvor: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule auf ein Gymnasium, eine Integrierte Gesamtschule oder in eine Schulartübergreifende Orientierungsstufe gewechselt sind, lag damals bei lediglich 58 Prozent und damit zehn Prozentpunkte unter dem Anteil des Schuljahres 2015/16.

G 28

Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2015/16 nach Migrationshintergrund und Familiensprache

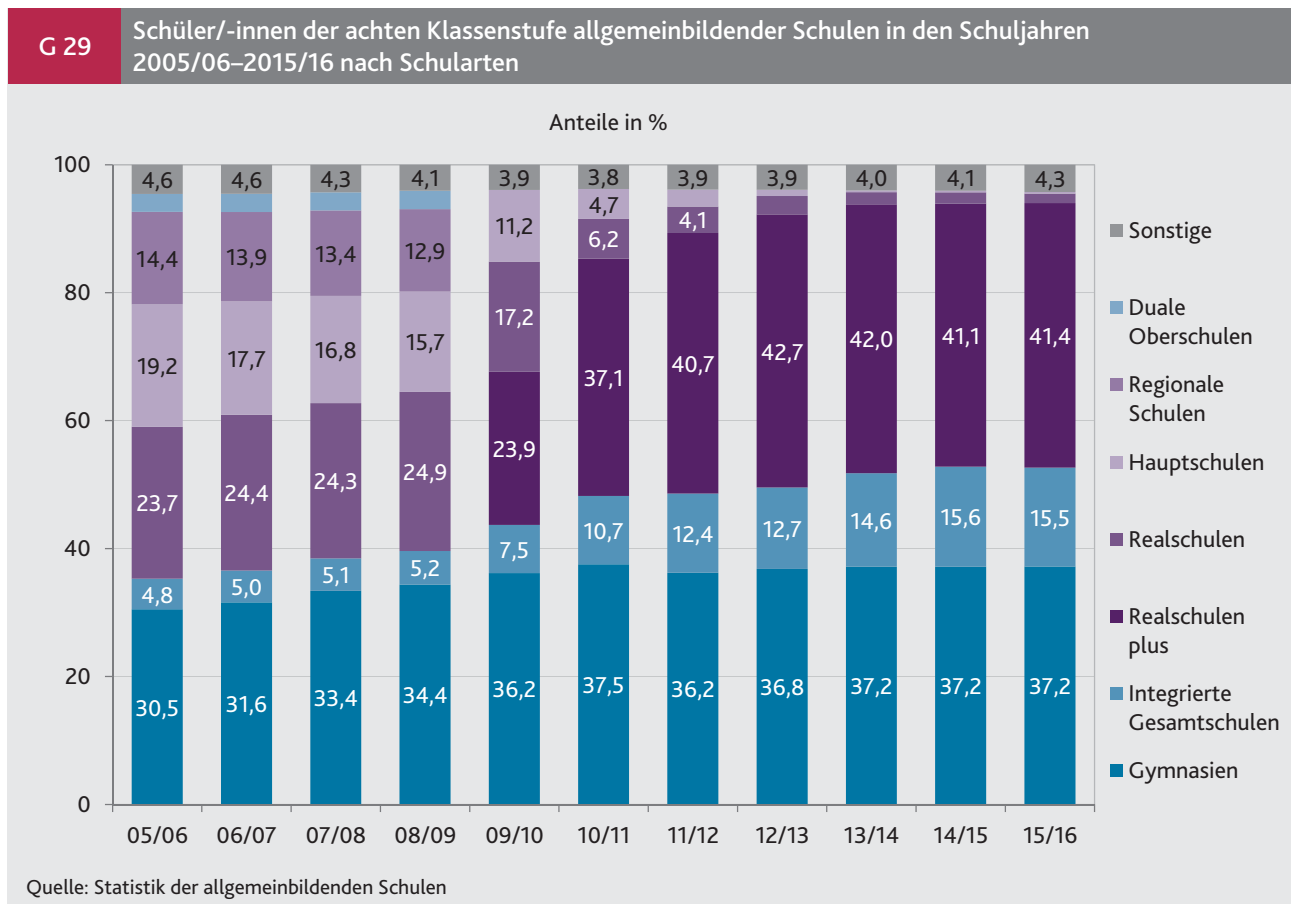


Familiensprache entscheidend für weitere Schullaufbahn

Im Bildungssystem zeigen sich deutliche Disparitäten zwischen den Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, so auch in Rheinland-Pfalz. Während im Schuljahr 2015/16 knapp 44 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund in der fünften Jahrgangsstufe ein Gymnasium besuchten, waren es bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur 27 Prozent. Die meisten Jugendlichen mit Migrationshintergrund gingen auf eine Realschule plus (47 Prozent). Damit war die Verteilung genau gegenläufig zu denjenigen, die keinen Migrationshintergrund besaßen. Ein weniger durch Ungleichheiten geprägtes Modell ist die Integrierte Gesamtschule: Rund 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund und 19 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund besuchten nach der Grundschule eine fünfte Klassenstufe einer Integrierten Gesamtschule.

Insbesondere, wenn Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Familie überwiegend nicht deutsch sprachen, war die Wahrscheinlichkeit deutlich geringer, nach der Grundschule auf ein Gymnasium zu wechseln (Schuljahr 2015/16: 24 Prozent) als bei denjenigen, die eine deutsche Familiensprache angaben (45 Prozent). Es ist sogar so, dass die in der Familie deutsch sprechenden Kinder mit Migrationshintergrund im Schuljahr 2015/16 in nahezu gleichem Anteil nach der vierten Klassenstufe auf ein Gymnasium gewechselt sind als diejenigen, die keinen Migrationshintergrund aufwiesen (44 Prozent).

3.2 Allgemeinbildende Schulen



Zunehmende Schülerzahlen in der achten Jahrgangsstufe an Integrierten Gesamtschulen

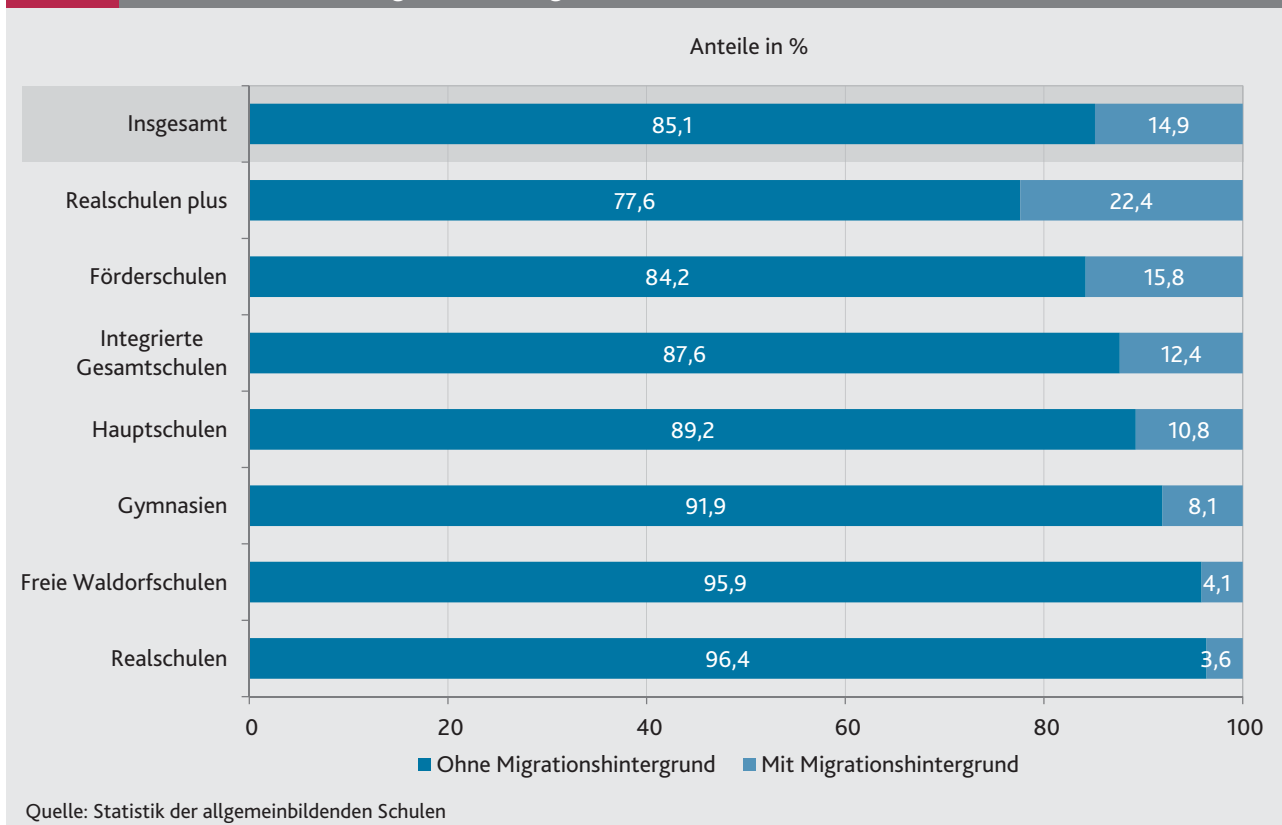
In den vergangenen zehn Jahren zeigte sich – wie in der fünften Jahrgangsstufe – auch in der achten Jahrgangsstufe, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler in den Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen zugenommen hat. Während in der achten Klassenstufe die Schülerzahl an den Gymnasien seit dem Schuljahr 2010/11 weitestgehend stagnierte, konnten die Integrierten Gesamtschulen ihre Schülerzahlen erheblich ausbauen.

Zu Beginn der Sekundarstufe I, also in der fünften Klassenstufe, besuchten im Schuljahr 2012/13 noch 64 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Schulart oder einen Bildungsgang, der die Möglichkeit der Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife weitestgehend offenhielt. Darunter fiel neben dem Besuch eines Gymnasiums auch der Besuch einer Integrierten Gesamtschule oder der Schulartübergreifenden Orientierungsstufe.

Drei Schuljahre später, also im Schuljahr 2015/16, waren es in der achten Klassenstufe lediglich 53 Prozent, die eine allgemeinbildende Schulart mit der Möglichkeit, die Studienreife zu erlangen, besuchten. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler sowohl an Gymnasien (–2,3 Prozentpunkte) als auch an Integrierten Gesamtschulen (–1 Prozentpunkt) war in der achten Jahrgangsstufe geringer als in der fünften Jahrgangsstufe drei Schuljahre zuvor. Die Schülerinnen und Schüler der Schulartübergreifenden Orientierungsstufe verteilen sich in der Regel nach der sechsten Klassenstufe auf die Realschule plus, die Integrierte Gesamtschule und das Gymnasium.

G 30

Schüler/-innen der achten Klassenstufe allgemeinbildender Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten und Migrationshintergrund



22 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler an Realschulen plus mit Migrationshintergrund

In der achten Klassenstufe sind noch keine institutionalisierten Schulabgänge zu erwarten, der Übergang in die Sekundarstufe II steht nicht unmittelbar bevor und keine Schülerinnen und Schüler befinden sich in der Schulartübergreifenden Orientierungsstufe. Dadurch eignet sich die achte Klassenstufe, den Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nach Schularten an der gesamten Schülerzahl abzubilden.

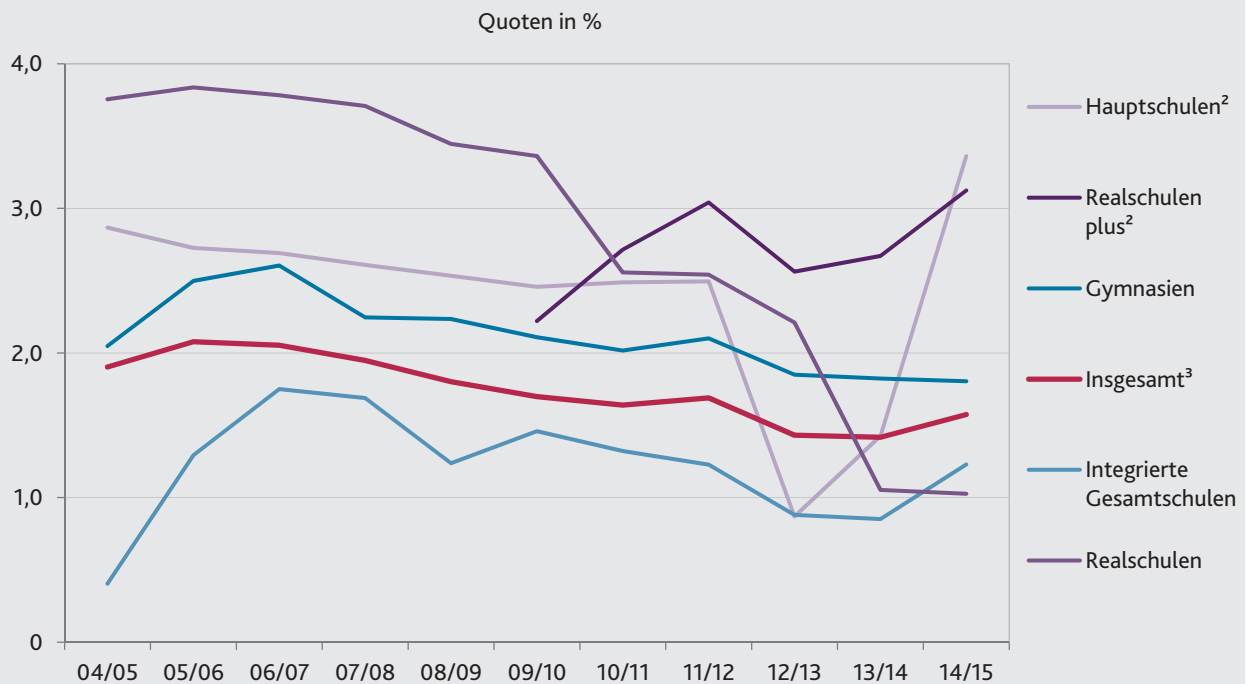
In der achten Jahrgangsstufe haben sich die herkunftsspezifischen Ungleichheiten weiter zugespitzt. Während im Schuljahr 2015/16 der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der achten Jahrgangsstufe insgesamt bei 15 Prozent lag, belief sich deren Anteil an den Schülerinnen und Schülern, welche die achte Klasse eines Gymnasiums besuchten, lediglich auf acht Prozent. Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an Realschulen plus war mit 22 Prozent hingegen überdurchschnittlich.

Die geringen Anteile der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Freien Waldorfschulen sowie an den verbliebenen Haupt- und Realschulen sind darauf zurückzuführen, dass sich diese Schulformen in Rheinland-Pfalz weitestgehend in privater oder kirchlicher Trägerschaft befinden und nur ausgewählte Zielgruppen ansprechen.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 31

Nichtversetztenquoten¹ an allgemeinbildenden Schulen² in den Schuljahren 2004/05–2014/15 nach ausgewählten Schularten



¹ Anteil der Nichtversetzten an allen Schüler/-innen der jeweiligen Schulart zu Beginn des Schuljahres. – ² Ohne Primarstufe der organisatorisch verbundenen Schulen. – ³ Ohne Freie Waldorfschulen, Förderschulen, Kollegs und Abendgymnasien; bis Schuljahr 2008/09 einschließlich Duale Oberschulen und Regionale Schulen.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Rund 6 300 Nichtversetzte im Jahr 2015

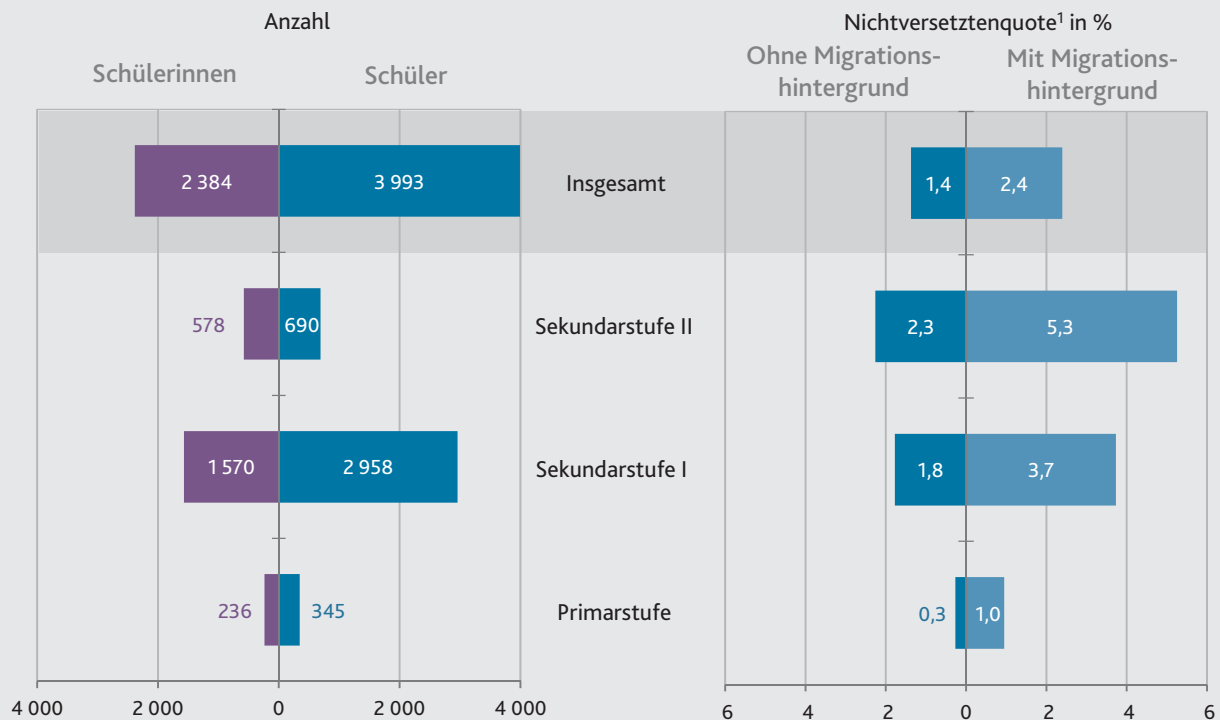
Durch gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte ging die Nichtversetztenquote zunächst deutlich zurück und hat sich in den letzten fünf Jahren zwischen 1,4 und 1,7 Prozent eingependelt. Im Jahr 2015 wurden rund 6 300 Schülerinnen und Schüler nicht versetzt. Damit lag die Quote der Nichtversetzten zum Ende des Schuljahres 2014/15 bei 1,6 Prozent.

Zwischen den Schularten wurden bezüglich der Nichtversetzungen teils deutliche Unterschiede verzeichnet. Während 2015 an Integrierten Gesamtschulen nur rund ein Prozent aller Schülerinnen und Schüler nicht versetzt wurden, waren es an Gymnasien etwa zwei Prozent und an Realschulen plus sogar mehr als drei Prozent. Die niedrige Zahl der nichtversetzten Jugendlichen an Integrierten Gesamtschulen ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass in dieser Schulart eine Versetzung in der Regel erst ab der neunten Klassenstufe erfolgt.

Die Veränderungen der Nichtversetztenquote an den verbliebenen Haupt- und Realschulen, die sich in der Regel in privater Trägerschaft befinden, kann aufgrund der geringen Fallzahlen nur begrenzt interpretiert werden.

G 32

Nichtversetzte an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schulstufen, Geschlecht und Migrationshintergrund



¹ Anteil der Nichtversetzten an allen Schüler/-innen (mit bzw. ohne Migrationshintergrund) zu Beginn des Schuljahres.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Geschlechter- und herkunftsspezifische Unterschiede bei der Nichtversetzung

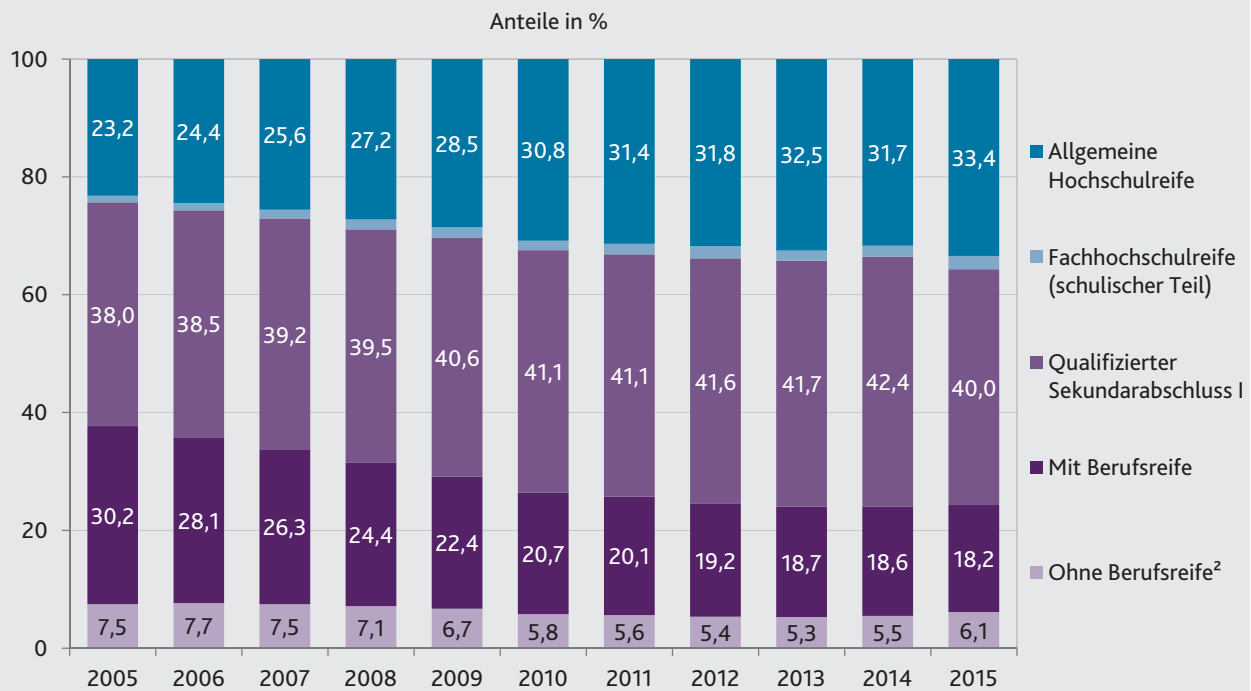
Schüler wurden häufiger nicht versetzt als Schülerinnen. Dies betrifft insbesondere die für die weiteren Bildungswege und Berufsorientierung bedeutsame Sekundarstufe I: Hier wurden im Schuljahr 2014/15 beinahe doppelt so viele Jungen (rund 3 000) wie Mädchen (1 600) nicht versetzt.

Neben den geschlechterspezifischen Unterschieden zeigen sich deutliche Disparitäten zwischen den Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, nicht versetzt zu werden. Bereits in der Primarstufe hat jede bzw. jeder zweite Nichtversetzte einen Migrationshintergrund (51 Prozent). Die Nichtversetztenquote der Kinder mit Migrationshintergrund ist in der Grundschule mit einem Prozent insgesamt gering, jedoch mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Sowohl bei Schülerinnen und Schülern mit als auch ohne Migrationshintergrund steigt die Nichtversetztenquote mit ansteigender Schulform. Während diese Quote bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund moderat ansteigt, ist bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen: In der Sekundarstufe II wurden 2015 mehr als fünf Prozent von ihnen nicht versetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Neben unterschiedlichen individuellen Entwicklungsstufen, Lernvoraussetzungen, kulturellen Rahmenbedingungen, persönlichen Interessen und Interaktionsmustern können auch strukturelle Lernbedingungen des Schulsystems die Disparitäten unterstützen oder gar verursachen.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 33 Schulentlassene¹ allgemeinbildender Schulen 2005–2015 nach Abschlussarten



¹ Ohne Nichtschülerprüfungen. – ² Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.
Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Trend zu höheren Schulabschlüssen hält an

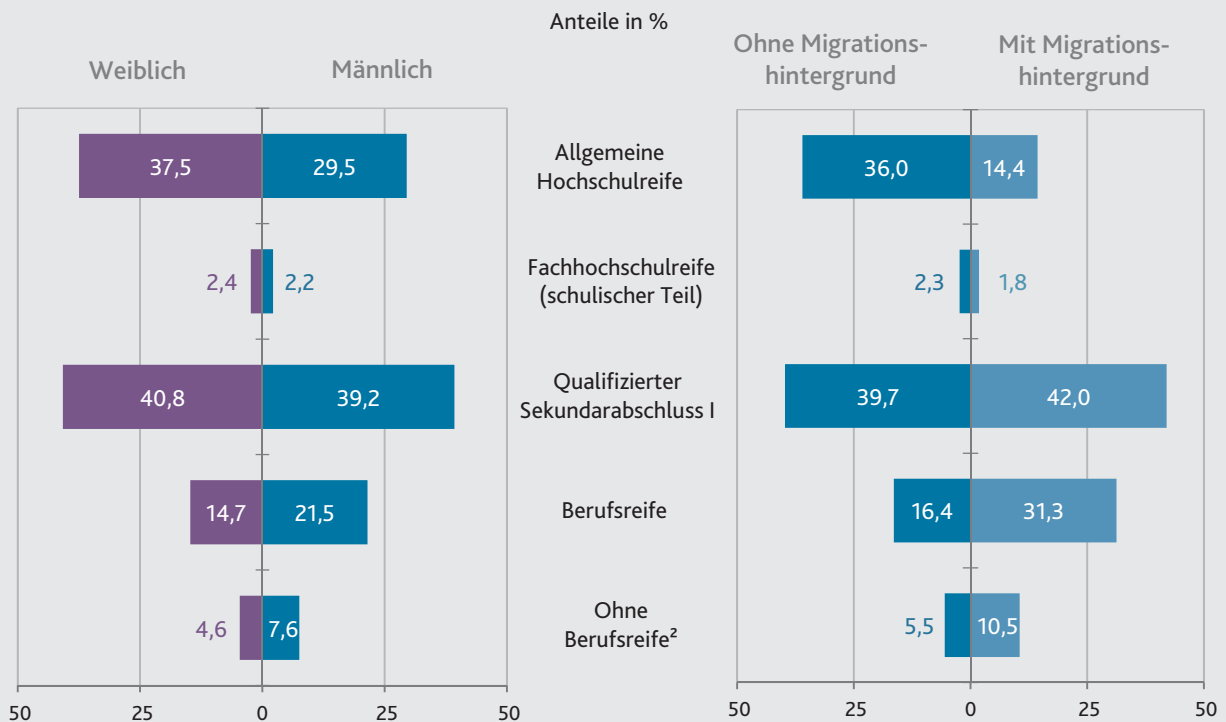
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die allgemeinbildende Schulen mit einem Qualifizierten Sekundarabschluss I oder mit der Hochschulreife verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten 2005 lediglich 24 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger die Allgemeine Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife (schulischer Teil), so waren es 2015 bereits 36 Prozent. Damit hält der Trend zu höheren Schulabschlüssen in Rheinland-Pfalz wie auch deutschlandweit an.

Der deutlichste Rückgang wurde bei den Schulabsolventinnen und -absolventen mit Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) verzeichnet. Deren Anteil ist von 30 Prozent im Jahr 2005 auf 18 Prozent 2015 gesunken. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen Qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 40 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr hat der Anteil jedoch gut zwei Prozentpunkte eingebüßt, während die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten um knapp zwei Prozentpunkte zugelegt hat.

Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Berufsreife verließen, sind in den letzten zehn Jahren weniger geworden. Ihr Anteil lag 2005 noch bei 7,5 Prozent, zehn Jahre später bei 6,1 Prozent. Dennoch fällt auf, dass der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche die Schule ohne Berufsreife verließen, in den letzten drei Jahren von 5,3 Prozent auf 6,1 Prozent zugenommen hat.

G 34

Schulclassene¹ allgemeinbildender Schulen 2015 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund



¹ Ohne Nichtschülerprüfungen. – ² Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.
Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Mehr als jeder zehnte Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss

Die höchste Wahrscheinlichkeit, eine rheinland-pfälzische Schule ohne Abschluss zu verlassen, haben Jugendliche mit Migrationshintergrund. Mehr als zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund haben 2015 die Schule ohne Berufsreife oder sonstigen Schulabschluss verlassen. Das ist beinahe doppelt so oft wie Jugendliche und junge Erwachsene ohne Migrationshintergrund.

Auch zwischen Schülerinnen und Schülern besteht ein Unterschied hinsichtlich der Verteilung ihrer Schulabschlüsse. Während der Anteil der Mädchen, welche die Schule ohne Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) verlassen, unter fünf Prozent lag, betrug dieser Anteil bei den Jungen rund acht Prozent.

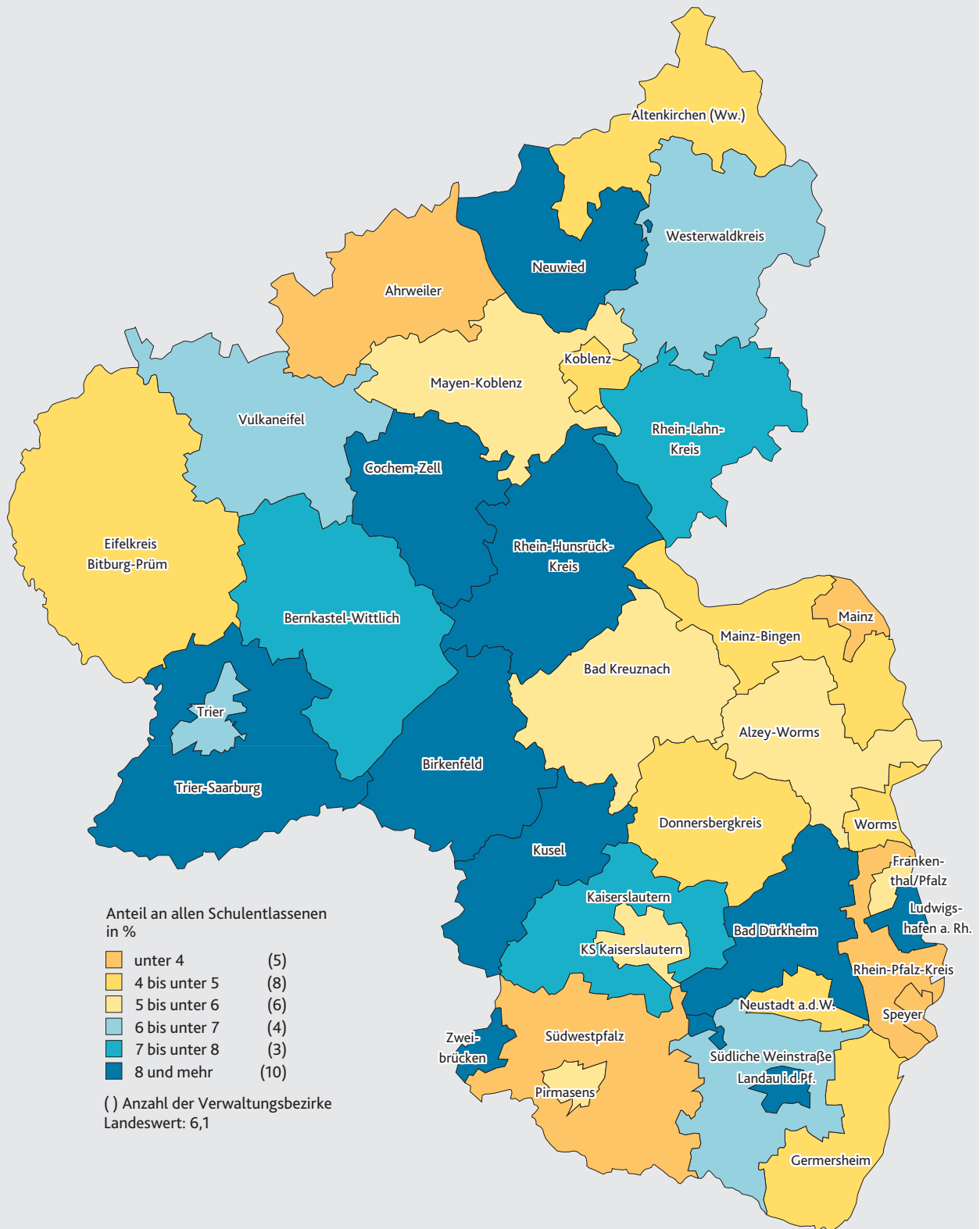
Schüler erreichten die Allgemeine Hochschulreife (30 Prozent) seltener als ihre Mitschülerinnen (37 Prozent). Noch geringer war 2015 jedoch der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Während 2015 zum Einstieg in die Sekundarstufe noch 27 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund ein Gymnasium besuchten, waren es lediglich 14 Prozent, die eine Allgemeine Hochschulreife erreicht haben. Zwar stehen diese Zahlen in keinem direkten Zusammenhang, doch veranschaulichen sie die abnehmende Teilhabe, je höher die Klassenstufe ist.

Rund 73 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund schlossen die Schule mit Berufsreife oder einem Qualifizierten Sekundarabschluss I ab.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

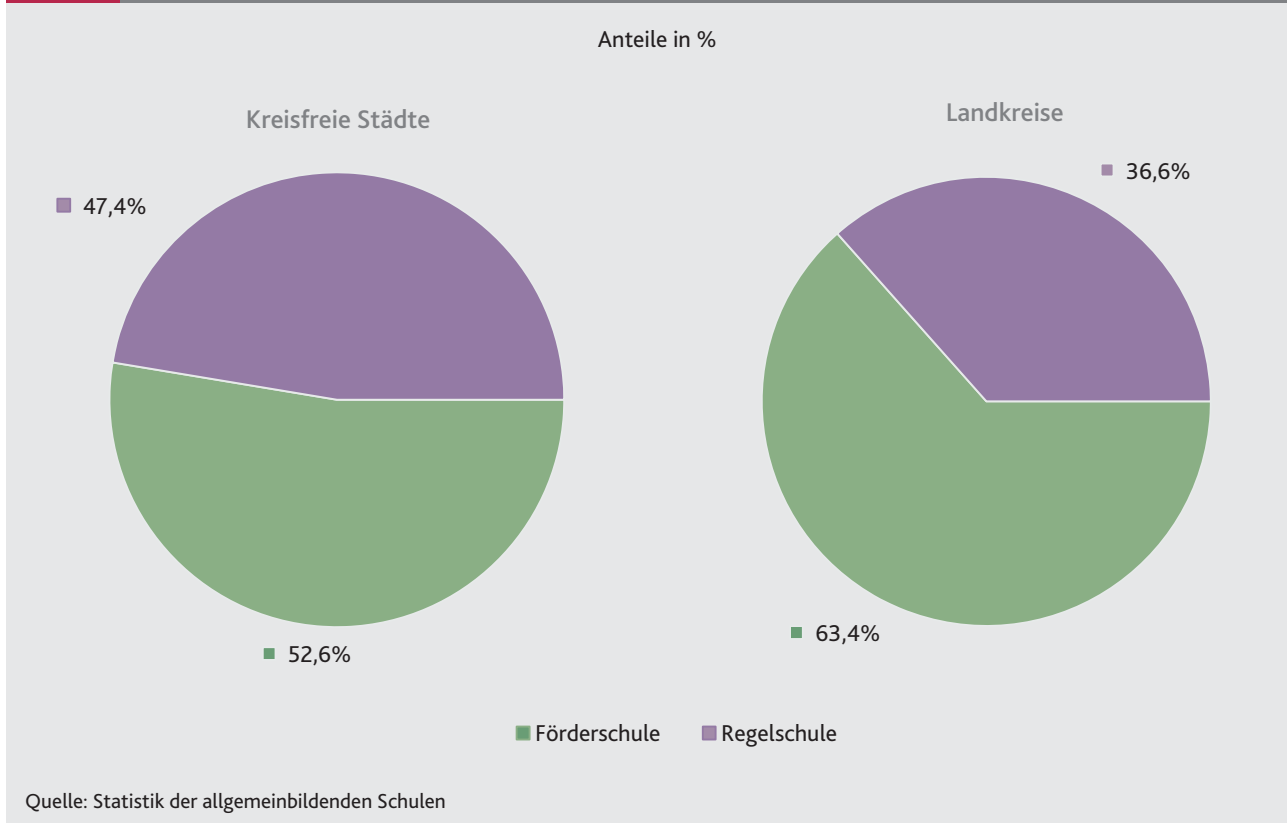
K 4

Schulclassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife 2015 nach Verwaltungsbezirken



G 35

Schulclassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife auf Kreisebene 2015 nach Herkunftsschularten



Regionale Unterschiede im Anteil der Schulclassenen ohne Berufsreife

Von besonderer Bedeutung in der gesellschaftlichen und politischen Debatte sind junge Menschen, welche eine allgemeinbildende Schule ohne Berufsreife verlassen. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben geringere Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, finanzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die Ursachen für einen Schulabgang ohne Berufsreife sind vielfältig. Einerseits ist es nicht in jedem Bildungsgang möglich, einen Abschluss mit Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) zu erlangen. Dies gilt insbesondere für den Förderschulbereich. So kamen 2015 in den Landkreisen insgesamt 63 Prozent und in den kreisfreien Städten 53 Prozent der Schulclassenen ohne Berufsreife aus den Förderschulen. Auf der anderen Seite gibt es noch diejenigen, die eine Regelschule ohne Berufsreife verlassen. Die Ursachen sind auch hier multifaktoriell. So hängen Klassenwiederholungen, abweichendes Verhalten usw. mit familiären Belastungen, Schulmüdigkeit, Mobbing und anderen Rahmenbedingungen und Verhaltensmustern zusammen. Ein Schulabbruch bedeutet jedoch nicht, dass die jungen Menschen das Bildungssystem abschließend verlassen. Studien zeigen, dass mehr als die Hälfte von ihnen in das Bildungssystem zurückkehrt.⁶

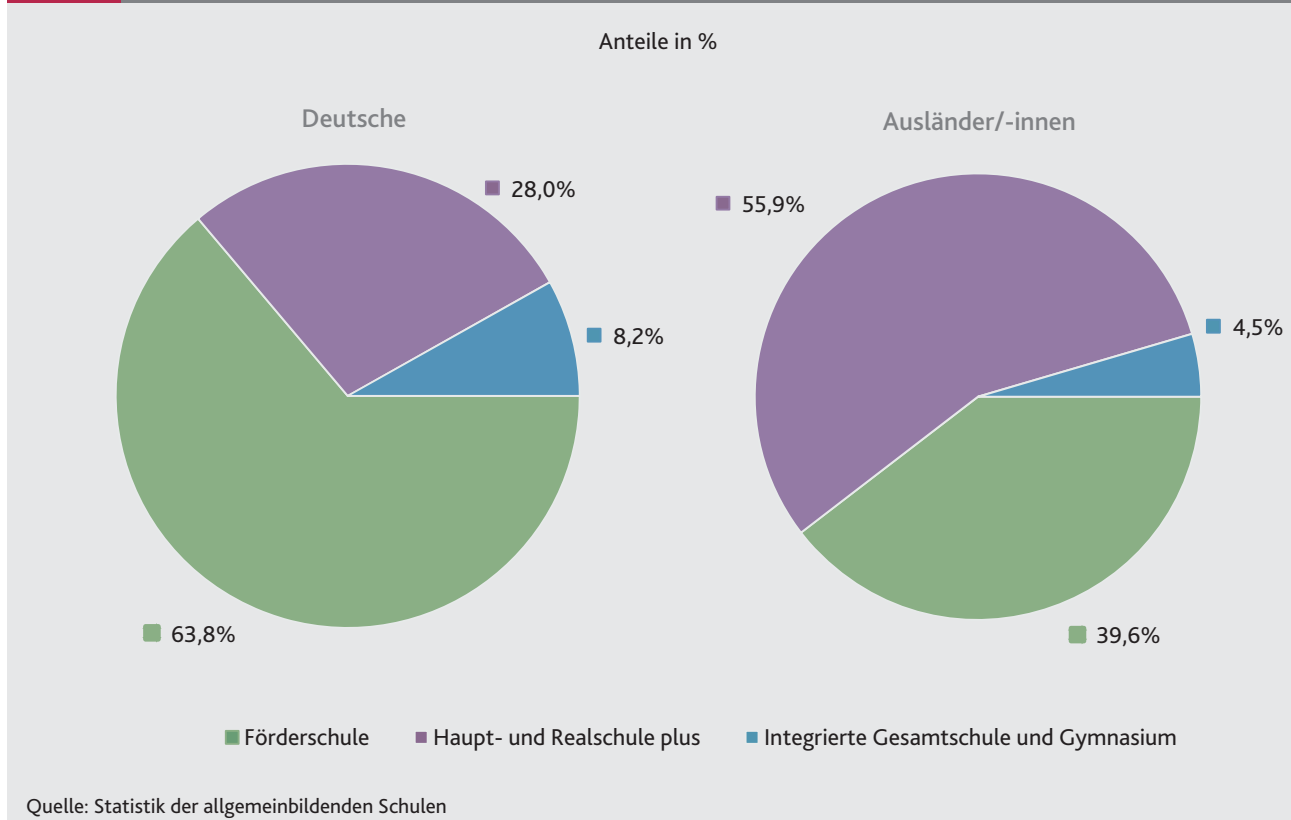
Auf Kreisebene gibt es in Rheinland-Pfalz deutliche Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Schulclassenen ohne Berufsreife. Während 2015 beispielsweise in der kreisfreien Stadt Speyer nur zwei Prozent der Schulclassenen keine Berufsreife erreicht hatten, waren es in Ludwigshafen elf Prozent und im Landkreis Bad-Dürkheim zehn Prozent.

⁶ Vgl. Stamm, M.: Schulabbrecher in unserem Bildungssystem. Wiesbaden 2012, S. 9.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 36

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife 2015 nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsschularten



Die meisten Schulentlassenen ohne Berufsreife kommen aus Förderschulen

Schulentlassene ohne Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) haben in Beruf und Gesellschaft geringere Chancen und Möglichkeiten. Von Interesse ist der Werdegang und der Bildungsverlauf der Betroffenen, um die Gesamtzahl der Schulentlassenen ohne Berufsreife interpretieren sowie etablierte Fördermaßnahmen gezielt einsetzen zu können.

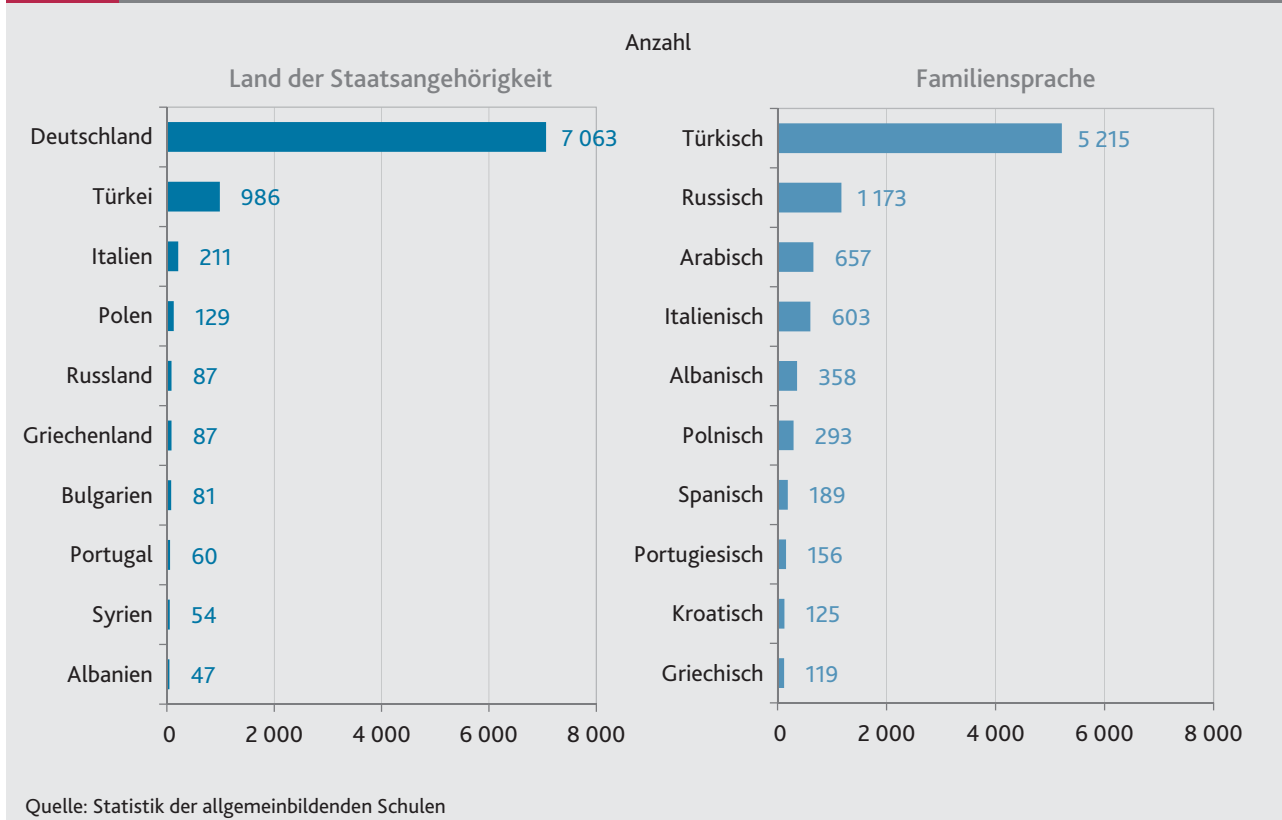
Mit rund 60 Prozent kommt 2015 der größte Teil der Schulentlassenen ohne Berufsreife aus der Förderschule. An Förderschulen bestehen unterschiedliche Förderschwerpunkte, die zu besonderen Abschlüssen führen, die nicht zwangsläufig mit der Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) gleichzusetzen sind, beispielsweise der „Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung“ (entspricht nicht der Berufsreife) oder der „Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen“ (besondere Form der Berufsreife).⁷

Die Herkunftsschulart der Schulentlassenen ohne Berufsreife unterscheidet sich bei deutschen und nicht deutschen Jugendlichen erheblich. Während bei den deutschen Jugendlichen die Förderschülerinnen und Förderschüler mit 64 Prozent die Mehrheit ausmachten, sind bei nicht deutschen Schulentlassenen ohne Berufsreife diejenigen aus der Hauptschule oder Realschule plus am stärksten vertreten (56 Prozent). Schulentlassene ohne Berufsreife aus Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen machen insgesamt nur einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz aus (gut acht bzw. knapp fünf Prozent).

⁷ Vgl. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung. Bildungsserver, Sonderpädagogische Förderung. Speyer 2016.

G 37

Schüler/-innen mit Teilnahme am herkunftssprachlichen Unterricht allgemeinbildender Schulen im Schuljahr 2015/16 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten und Familiensprachen



Familiensprache entscheidend für herkunftssprachlichen Unterricht

Der Herkunftssprachenunterricht ist ein Angebot an rheinland-pfälzischen Schulen mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund am gegenwärtigen Sprachentwicklungsstand ihrer Herkunfts- bzw. Familiensprache abzuholen, vorschulische Sprachkompetenzen zu berücksichtigen und die Mehrsprachenkompetenz zu fördern.⁸ Dabei werden in der Primarstufe und der Sekundarstufe I mündliche Sprachkompetenzen (Hören und Sprechen) sowie schriftsprachliche Kompetenzen (Lesen, Text- und Mediumgang) vermittelt. Darüber hinaus erlangen die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler Wissen und Kenntnisse über ihre Herkunftsländer und entwickeln kulturelle und interkulturelle Kompetenzen.

Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz rund 9 800 Schülerinnen und Schüler, die am herkunftssprachlichen Unterricht teilgenommen haben, erfasst. Erstmals zum Schuljahr 2015/16 wurden nicht nur Teilnehmende mit einer nicht deutschen Familiensprache erhoben, sondern alle Teilnehmende mit Migrationshintergrund, also auch diejenigen, die in der Familie deutsch sprechen, aber außerhalb Deutschlands geboren wurden bzw. eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit haben.

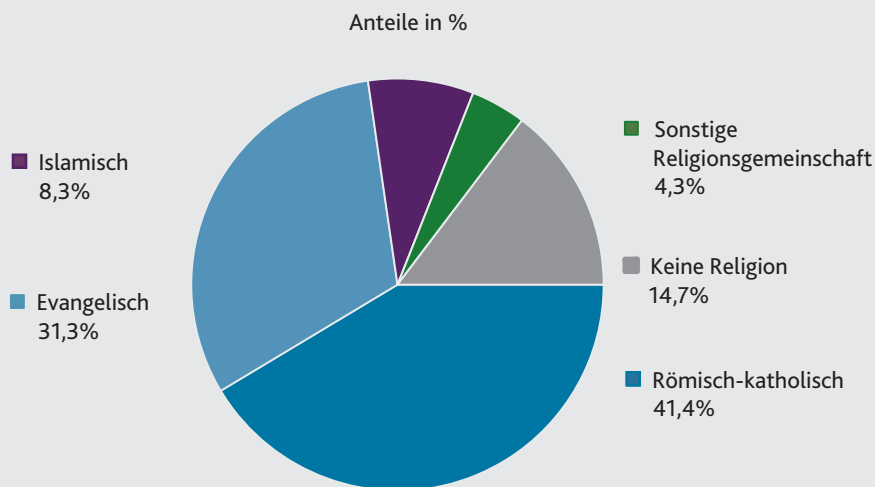
Mit gut 8 300 Kindern und Jugendlichen wurden die meisten Teilnehmenden in Deutschland geboren. Rund 7 100 Teilnehmende hatten eine deutsche Staatsangehörigkeit. Entscheidendes migrationsbezogenes Merkmal für die Teilnahme am Herkunftssprachenunterricht war aber nicht das Herkunftsland oder die Nationalität, sondern die Familiensprache. Am häufigsten nahmen Schülerinnen und Schüler teil, die in der Familie türkisch (5 215), russisch (1 173) oder arabisch (657) sprechen.

⁸ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: Rahmenplan Herkunftssprachenunterricht für die Grundschule und die Sekundarstufe I. Mainz 2012.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 38

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Konfessionen und Teilnahme am Religions- und Ethikunterricht



Konfession	Teilnahme am Religions- und Ethikunterricht	Römisch-katholischer Religionsunterricht	Evangelischer Religionsunterricht	Islamischer Religionsunterricht	Sonstiger Religionsunterricht	Keine Teilnahme	Ethikunterricht
Römisch-katholisch		95,2	0,9	-	0,3	0,1	3,5
Evangelisch		2,1	92,6	-	0,5	0,2	4,7
Islamisch		2,2	2,0	4,2	2,4	8,1	81,2
Sonstige Religionsgemeinschaft		15,9	21,5	-	8,4	3,6	50,6
Keine Konfession		12,6	28,7	-	1,9	2,8	53,9

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

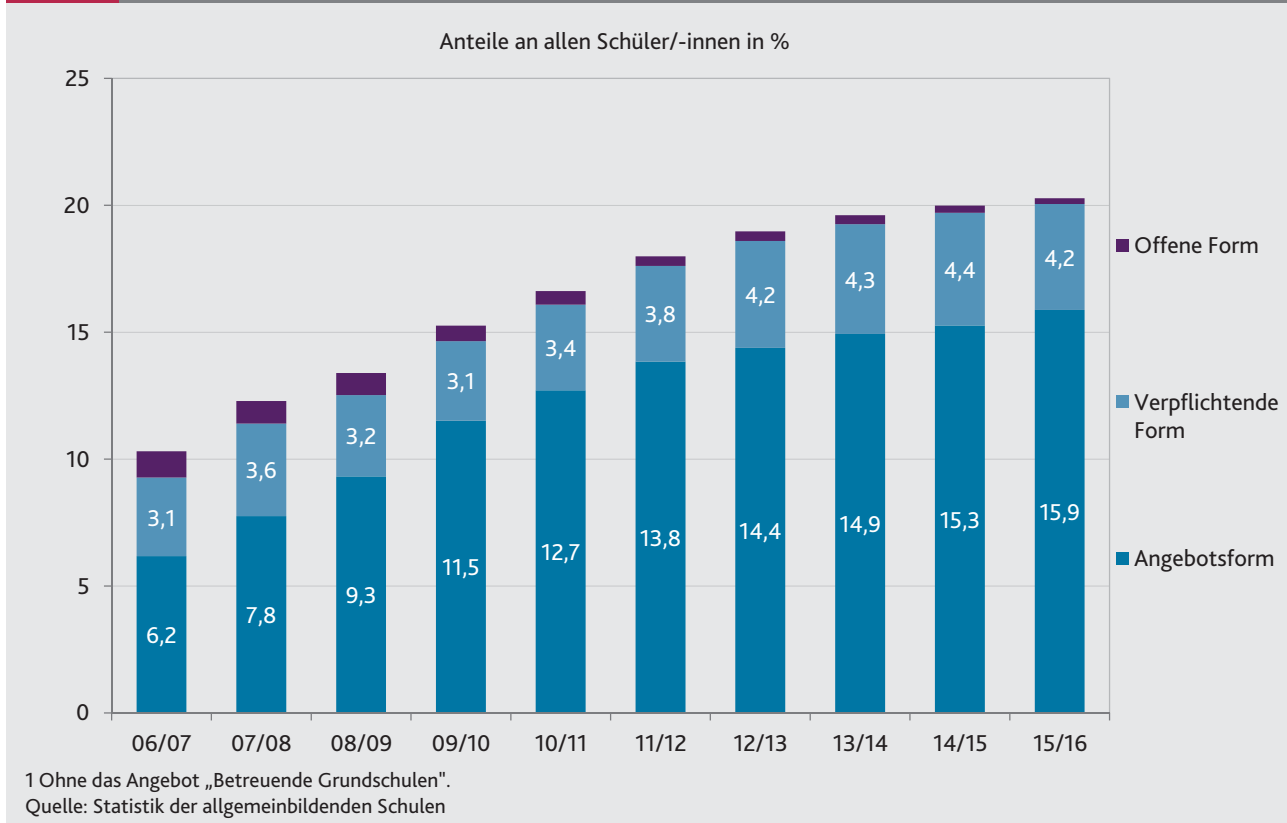
Religiöse Heterogenität an rheinland-pfälzischen Schulen

Die Schülerschaft ist in Rheinland-Pfalz wie auch in Gesamtdeutschland durch religiöse Vielfalt geprägt. Im Schuljahr 2015/16 gaben rund 73 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine römisch-katholische oder evangelische Konfession an. Die islamische Religionsgemeinschaft war mit rund acht Prozent die dritthäufigste Religionsgemeinschaft.

Grundsätzlich nehmen in Rheinland-Pfalz schulpflichtige Kinder und Jugendliche am Religionsunterricht ihres Bekenntnisses teil oder besuchen den Ethikunterricht. Die Schülerinnen und Schüler einer bestimmten Religionsgemeinschaft, für die entsprechend ihrer Konfession kein Unterricht angeboten wird, sind von der Teilnahmepflicht am Religions- und Ethikunterricht befreit. Dafür nehmen sie in vergleichbarem Umfang an einem anderen Unterricht teil.

Durch das weitestgehend flächendeckende Angebot des evangelischen und katholischen Religionsunterrichts konnten im Schuljahr 2015/16 die meisten Kinder und Jugendlichen mit evangelischer (93 Prozent) und römisch-katholischer Konfession (96 Prozent) einen Religionsunterricht entsprechend ihrer Religionsgemeinschaft besuchen. Anders war es bei denjenigen, die einer anderen Konfession angehörten. Schülerinnen und Schüler einer islamischen Religionsgemeinschaft besuchten zu 81 Prozent den Ethikunterricht oder ließen sich vom Religions- und Ethikunterricht befreien (acht Prozent). Im Jahr 2004 wurde der islamische Religionsunterricht in Rheinland-Pfalz als Modellprojekt in ausgewählten Schulen eingeführt.

G 39

Ganztagsschüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2015/16 nach Angebotsarten¹

Mehr als 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

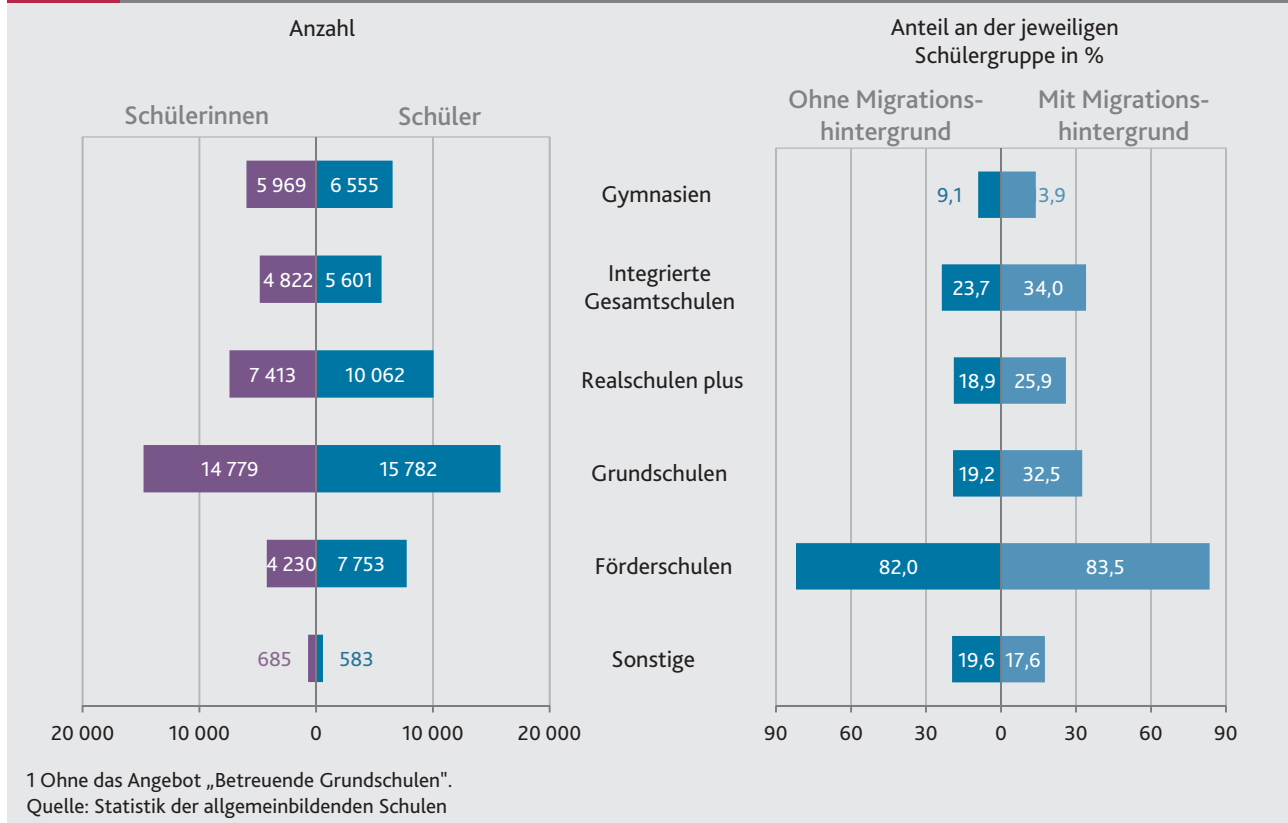
In Rheinland-Pfalz wurden unterschiedliche Formen der Ganztagsangebote an Schulen institutionalisiert. In der Gesetzgebung wird zwischen der Angebotsform, der verpflichtenden und der offenen Form unterschieden. Die Ganztagschule in Angebotsform erstreckt sich neben dem vormittäglichen Unterricht über vier Nachmittage in der Woche, basiert auf einer freiwilligen Anmeldung und wird an mehr als 600 Schulen in Rheinland-Pfalz angeboten. Daneben bieten rund 100 Schulen eine verpflichtende Form des Ganztagsunterrichts an, insbesondere Förderschulen und G8-Gymnasien. Letztere sind weiterführende Schulen, die in acht statt neun Jahren zum Abitur führen. Daneben wurde die Ganztagschule in offener Form gesetzlich verankert, die Unterricht mit außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten verbindet und auf einer freiwilligen Teilnahme beruht.

Seit der Beschlussfassung zur Einführung der Ganztagsangebote an den rheinland-pfälzischen Schulen wurde das Programm kontinuierlich ausgebaut und von den Schülerinnen und Schülern zunehmend in Anspruch genommen. Im Schuljahr 2006/07, in dem erstmals die Teilnehmenden an Ganztagsangeboten voll umfänglich statistisch erfasst wurden, haben lediglich zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler das Angebot wahrgenommen. Im Schuljahr 2015/16 hat sich die Inanspruchnahme des Ganztagsangebots in etwa verdoppelt: Mehr als 20 Prozent nutzen in diesem Schuljahr das Angebot. Insbesondere die Teilnehmendenzahl an der weitestgehend freiwilligen Angebotsform ist von rund 29 800 Schülerinnen und Schülern auf beinahe 66 000 gestiegen.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 40

Ganztagsschüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund¹



Keine Geschlechterunterschiede in der Nutzung schulischer Ganztagsangebote

Im Schuljahr 2015/16 haben insgesamt 84 200 Kinder und Jugendliche die Ganztagsangebote an Schulen genutzt. Etwa jedes vierte Kind in der Primarstufe hatte an einem Ganztagsangebot teilgenommen (24 Prozent); in der Sekundarstufe I noch jede bzw. jeder fünfte Jugendliche (21 Prozent). In der Nutzung der schulischen Ganztagsangebote gab es zwar kaum geschlechterspezifische Disparitäten, jedoch teils deutliche herkunftsspezifische Unterschiede.

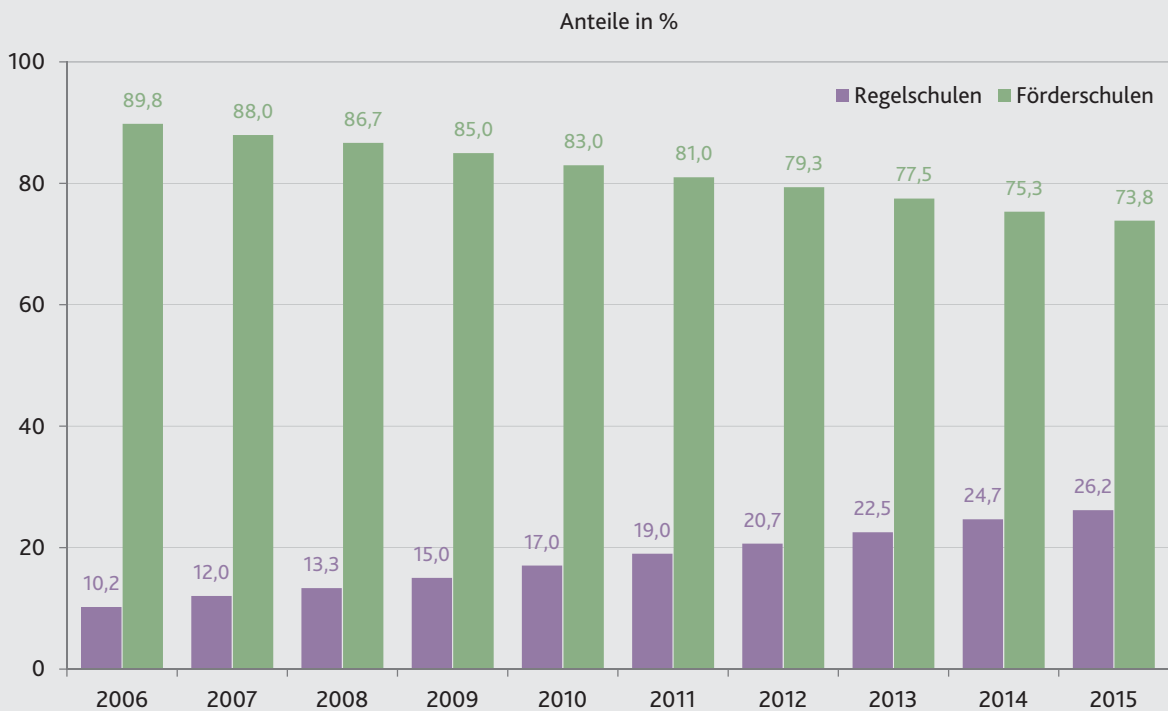
Im Rahmen des geschlechterspezifischen Vergleichs war eine Besonderheit, dass sich diese prozentual gleiche Teilhabe nicht nur an der Gesamtzahl ablesen lässt, sondern dass es auch innerhalb der einzelnen Schularten keine Unterschiede gab: Jeweils 39 Prozent der Grundschülerinnen und -schüler, jeweils 16 Prozent der Gymnasialschülerinnen und -schüler, jeweils 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen und jeweils 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Realschulen plus sowie jeweils elf Prozent der Förderschülerinnen und -schüler sind in Ganztagsangeboten bzw. Ganztagschulen.

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ hat die Bundesregierung rund vier Milliarden Euro in den Ausbau der Ganztagschulen investiert. Laut der Begleit- und Folgestudie des geförderten Programms nahmen prozentual weniger Grundschulkinder mit Migrationshintergrund an der Ganztagschule teil als solche ohne Migrationshintergrund.⁹ In Rheinland-Pfalz bestätigt sich diese These nicht: Von allen Grundschulkindern mit Migrationshintergrund nahmen ein Drittel am Ganztagsunterricht teil, während dieser nur von einem Fünftel derjenigen ohne Migrationshintergrund genutzt wurde.

⁹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Gute Bildung in Ganztagschulen. Berlin 2016.

G 41

Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf allgemeinbildender Schulen 2006–2015 nach besuchten Schultypen



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Jede bzw. jeder Vierte mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernt an Regelschulen

Die Förderung der Inklusion ist ein zunehmend bedeutsames Bundes- und Landesthema der Bildungspolitik. Bereits 2004 wurde die Basis geschaffen, Integration und Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung an allgemeinbildenden Schulen zu ermöglichen. Im Januar 2013 wurde dies durch ein Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Inklusion vorangetrieben¹⁰ und kommt damit der Forderung der Kultusministerkonferenz zur fortlaufenden Entwicklung inklusiver Bildungsangebote für Kinder mit und ohne Behinderung nach.¹¹ Die Eltern haben ein „vorbehaltloses Wahlrecht“ dahingehend, ob ihre Kinder am inklusiven Unterricht an einer Schwerpunktschule teilnehmen oder an einer auf die Behinderung ausgerichteten Förderschule unterrichtet werden.¹² Schwerpunktschulen sind Regelschulen, welche die Möglichkeit eines inklusiven Unterrichts anbieten und an denen Jugendliche mit Förderbedarf einen Qualifizierten Sekundarabschluss I oder einen Förderschulabschluss erwerben können.

In Rheinland-Pfalz wird das Angebot inklusiven Unterrichts an Regelschulen zunehmend wahrgenommen. Im Jahr 2006 waren lediglich zehn Prozent der förderbedürftigen Kinder und Jugendlichen auf einer Regelschule. Im Schuljahr 2015/16 wurden bereits mehr als 26 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit einem diagnostizierten Förderbedarf im Rahmen des inklusiven Unterrichts an Regelschulen betreut.

¹⁰ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich. Mainz 2013.

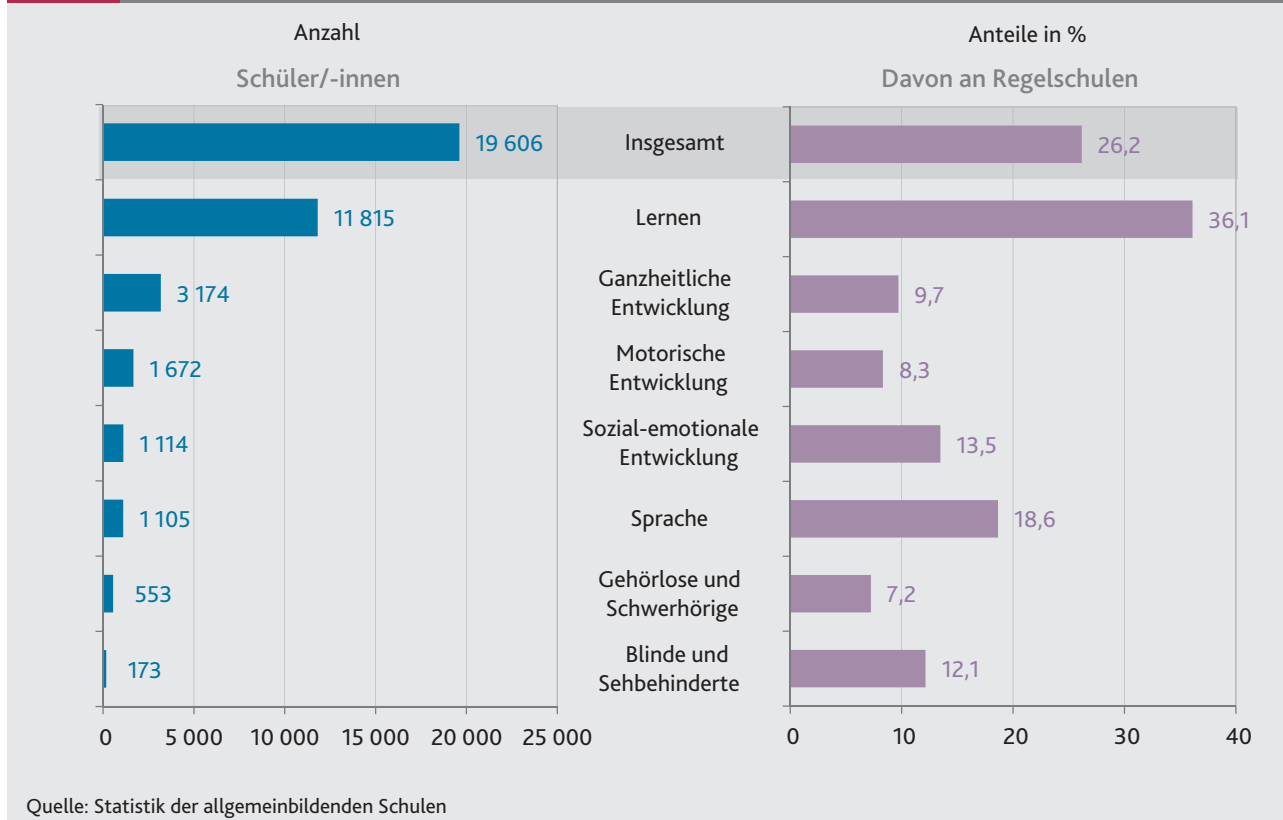
¹¹ Vgl. Kultusministerkonferenz: Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schulen. Berlin 2011.

¹² Vgl. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Landeskonzept schulische Inklusion. Bildungsserver: Inklusive Bildung in Rheinland-Pfalz. Speyer 2016.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 42

Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Förderschwerpunkten und besuchten Schultypen



Beinahe 20 000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf

Insgesamt lag im Schuljahr 2015/16 bei rund 19 600 Schülerinnen und Schüler ein Förderbedarf vor, davon etwa 11 800 im Bereich „Lernen“ (60 Prozent). Mit knapp 3 200 Fällen wurde am zweithäufigsten ein Gutachten für den Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“ ausgestellt (16 Prozent). Die Förderbereiche Motorische Entwicklung (neun Prozent), sozial-emotionale Entwicklung (sechs Prozent), Sprache (sechs Prozent), Gehörlosigkeit und Schwerhörigkeit (drei Prozent) sowie Blindheit und Sehbehinderungen (ein Prozent) ergaben im Einzelnen einen vergleichsweise kleinen Teil der Förderschwerpunkte.

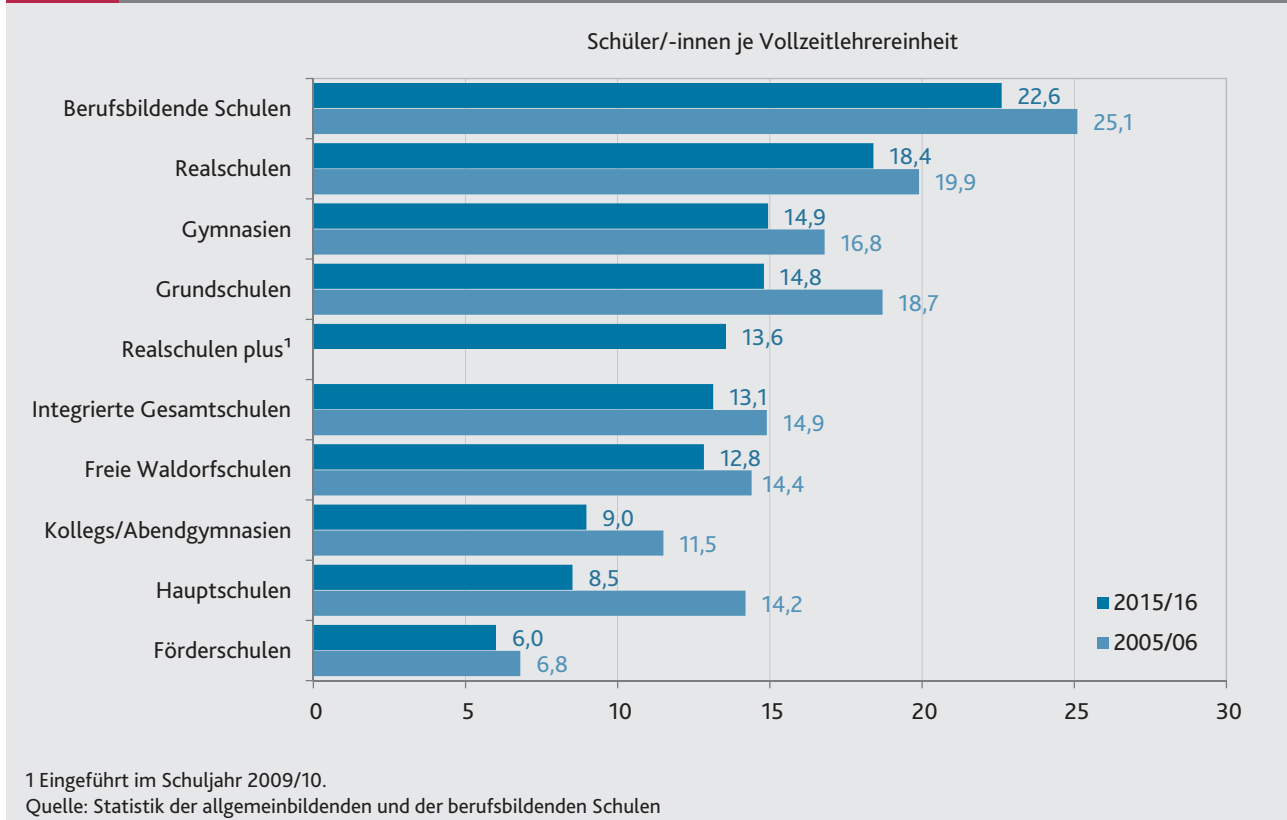
Mehr als jeder dritte Jugendliche mit einem Förderschwerpunkt „Lernen“ und etwa jeder fünfte mit einem Förderschwerpunkt „Sprache“ nahm im Schuljahr 2015/16 am Unterricht der Regelschulen teil. In den anderen Förderschwerpunkten war eine Integration in die Regelschulen weniger erfolgreich. Die Anteile der Schülerinnen und Schüler der anderen Förderschwerpunkte, die das inklusive Regelschulangebot wahrnehmen, liegen deutlich unter 15 Prozent.

Ziel des Bildungsministeriums war es, an Schwerpunktschulen einen Anteil von zehn Prozent an Schülerinnen und Schülern mit Förderschwerpunkt an der Gesamtschülerzahl der jeweiligen Schulen zu erreichen.¹³ Trotz fortlaufender und weiterentwickelter Inklusionsmaßnahmen konnte der angestrebte Anteil von zehn Prozent an den meisten Schwerpunktschulen bisher nicht erreicht werden. Derzeit beträgt der Anteil der Förderbedürftigen an Schwerpunktschulen im Durchschnitt 5,6 Prozent.

¹³ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich. Mainz 2013.

G 43

Schüler-Lehrer-Relation an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2005/06 und 2015/16 nach Schularten



Schüler-Lehrer-Relation in allen Schularten verbessert

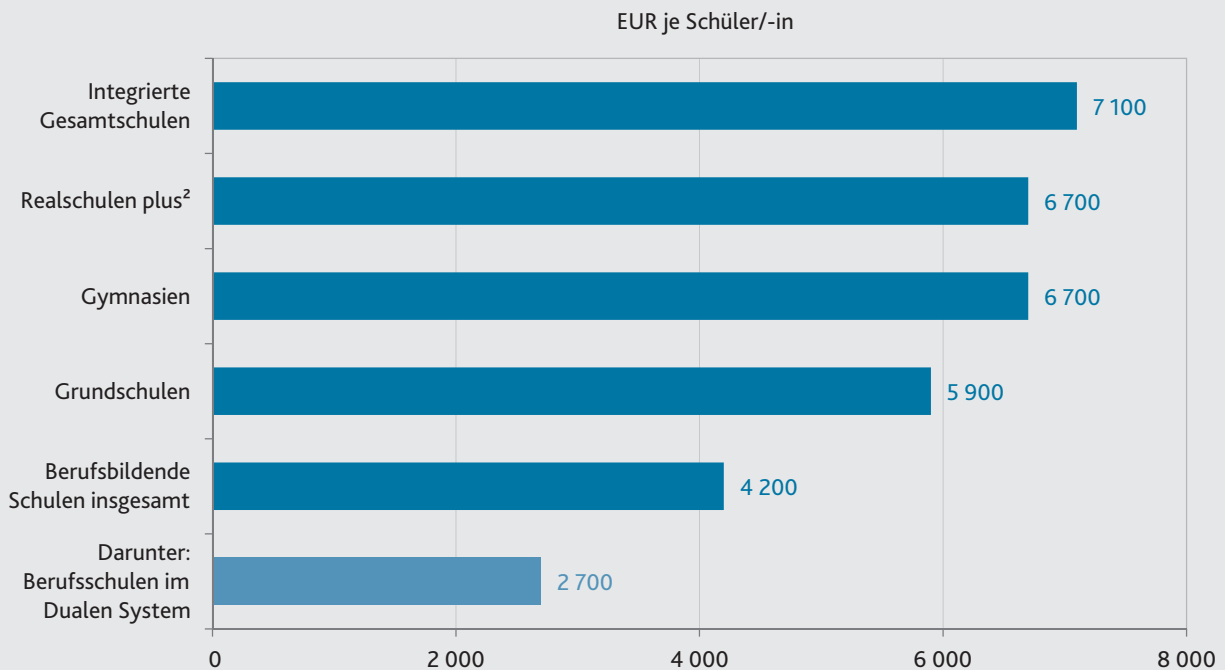
In den zehn Jahren zwischen dem Schuljahr 2005/06 und dem Schuljahr 2015/16 hat sich durchgängig in allen Schulformen die Relation der Schülerzahl zur Lehrerzahl erheblich verbessert. Am deutlichsten ist die Verbesserung an den Grundschulen. Während vor zehn Jahren für 19 Kinder eine Lehrkraft zur Verfügung stand, waren es im Schuljahr 2015/16 nur noch 15 pro Lehrkraft. Der noch deutlichere Rückgang an Hauptschulen lässt sich darauf zurückführen, dass durch die Einführung der Realschule plus lediglich Hauptschulen in privater Trägerschaft in Rheinland-Pfalz verblieben sind.

Die Schüler-Lehrer-Relation wurde insbesondere im Kontext zunehmender Inklusionsmaßnahmen von förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern an Regelschulen verstärkt debattiert. Mit der zunehmenden Betreuung förderbedürftiger Schülerinnen und Schüler an Regelschulen bedarf es auch zunehmender personeller Ressourcen. Im Rahmen des Landeskonzpts für Inklusion war die These, „soweit künftig mehr Schülerinnen und Schüler eine Schwerpunktschule anstatt einer Förderschule besuchen werden, wird der Personalbedarf an Förderschulen abnehmen und Ressourcen können an Schwerpunktschulen ergänzend eingesetzt werden“.¹⁴ Dadurch sollen die Lehrerinnen und Lehrer an Regelschulen unterstützt werden, um die zusätzliche Aufgaben und Anforderungen, die mit Inklusionsmaßnahmen einhergehen, zu bewältigen. Inwieweit eine Ressourcenverschiebung tatsächlich stattfindet, wird sich künftig zeigen.

¹⁴ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK): Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich. Mainz 2013, S. 7.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

G 44 Ausgaben¹ für öffentliche Schulen im Haushaltsjahr 2013 nach ausgewählten Schularten



¹ Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte, sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben. – ² Als Schulen mit mehreren Bildungsgängen ausgewiesen.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Jährliche Ausgaben je Schülerin und Schüler bei 6 100 Euro

Im Haushaltsjahr 2013 wurden an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 6 100 Euro pro Schülerin und Schüler an Personalkosten, laufendem Sachaufwand und Investitionen aufgewendet. Fünf Jahre zuvor lagen die Ausgaben noch bei 4 800 Euro. Trotz des deutlichen Anstiegs der Ausgaben pro Schülerin und Schüler lag Rheinland-Pfalz 2013 unter dem Bundesdurchschnitt (6 500 Euro).

Mit 7 100 Euro erfolgten an Integrierten Gesamtschulen die höchsten Ausgaben pro Schülerin und Schüler, gefolgt von Realschulen plus (6 700 Euro), Gymnasien (6 700 Euro) und Grundschulen (5 900 Euro). Niedriger fielen die Aufwendungen an berufsbildenden Schulen aus: Hier wurden lediglich 4 200 Euro pro Schülerin und Schüler verausgabt. Dies geht unter anderem darauf zurück, dass insbesondere in der dualen Berufsausbildung an Berufsschulen der Unterricht in der Regel in Teilzeit erfolgt. So lagen die Ausgaben an Berufsschulen bei nur 2 700 Euro pro Schülerin und Schüler.

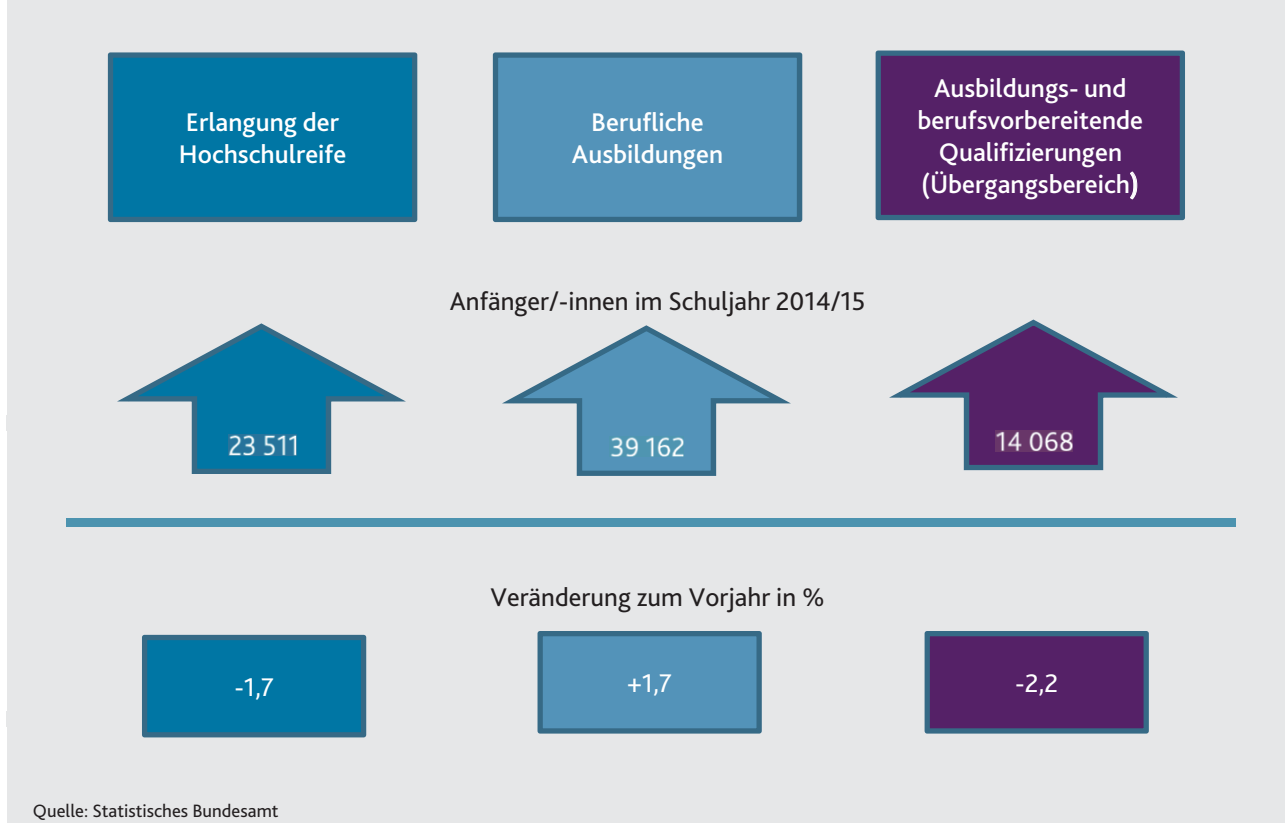
Datengrundlage für die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Berechnung sind die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für den Aufgabenbereich Schule und Schulverwaltung sowie die Angaben der Schulstatistik zu Schülerinnen und Schülern, Lehrern sowie Unterrichtsstunden einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für beamtete Lehrkräfte. Unterschiede in der Höhe der Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler zwischen den Schularten, aber auch zwischen den Bundesländern, können vor allem zurückgeführt werden auf unterschiedliche Schüler-Lehrer-Relationen, Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte, Klassengrößen, Schul- und Besoldungsstrukturen, Investitionsprogramme sowie auf unterschiedliche Regelungen zur Lehrmittelfreiheit.

4. Berufliche Bildung

4.1 Übergänge in die berufliche Bildung

Ü 2

Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2014/15



Übergänge nach der Sekundarstufe I

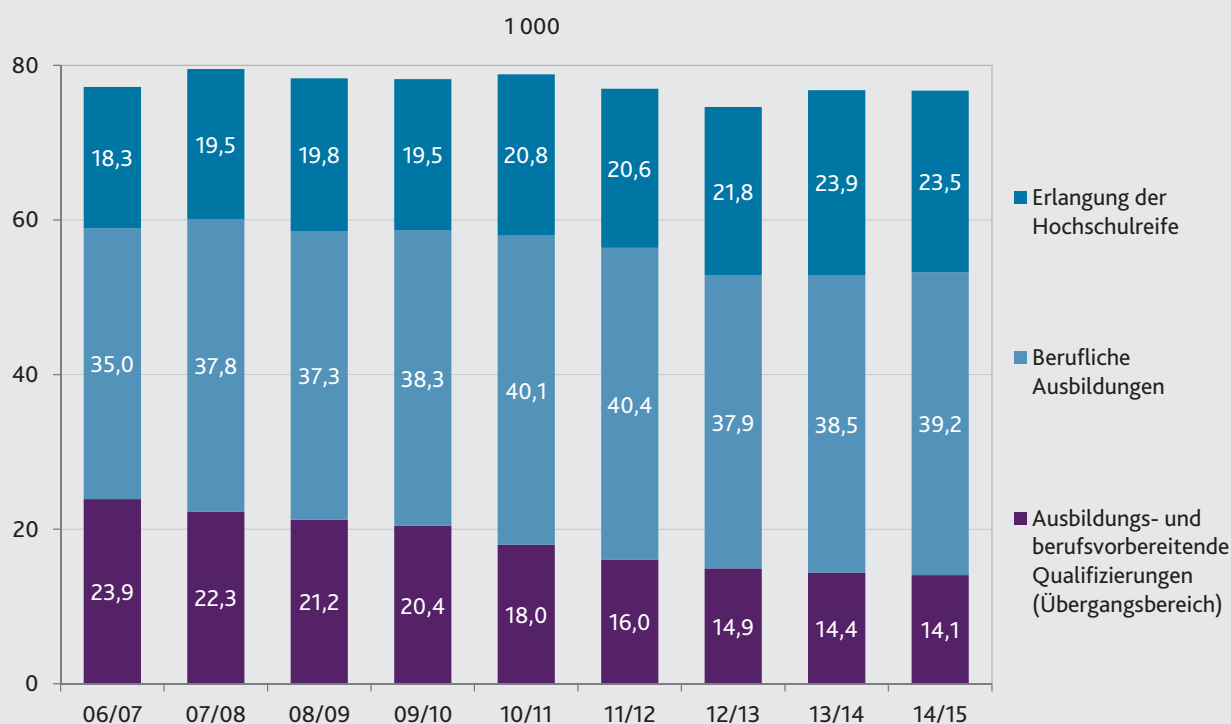
Bildungsverläufe sind durch Übergänge und damit durch lebensverändernde Entscheidungen gekennzeichnet. Insbesondere nach der Sekundarstufe I steht den Jugendlichen eine durch Heterogenität geprägte Menge an Optionen für ihren weiteren Lebensweg zur Auswahl. Strukturell können dabei insbesondere drei unterschiedliche Bildungsverläufe anhand der Bildungsziele ausgewiesen werden:

- der Besuch einer Schulform, die zur Erlangung der Hochschulreife führt,
- die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder
- die Absolvierung einer ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahme (Übergangsbereich).

In der sogenannten Integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) der amtlichen Statistik werden die einzelnen Bildungsgänge und Schularten den oben aufgeführten Zielbereichen zugeordnet. Dadurch kann nach der Sekundarstufe I die Verteilung der jungen Menschen auf die unterschiedlichen Bildungsangebote anschaulich dargestellt werden.

Zum Schuljahr 2014/15 haben mit rund 39 200 die meisten Jugendlichen in Rheinland-Pfalz eine berufliche Ausbildung begonnen, gefolgt von rund 23 500 Personen, die sich für einen Bildungsgang oder eine Schulart entschieden haben, die zur Erlangung der Hochschulreife führt. Mit rund 14 100 Teilnehmenden weist der Übergangsbereich in eine Ausbildung oder einen Beruf die kleinste Anfängergruppe der Zielbereiche auf. Im Kontext der beruflichen und arbeitsmarktorientierten Integration von Flüchtlingen und Schutzsuchenden ist in diesem Sektor in den kommenden Jahren ein Zuwachs zu erwarten.

G 45 Anfänger/-innen 2006/07–2014/15 nach Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)



Quelle: Statistisches Bundesamt

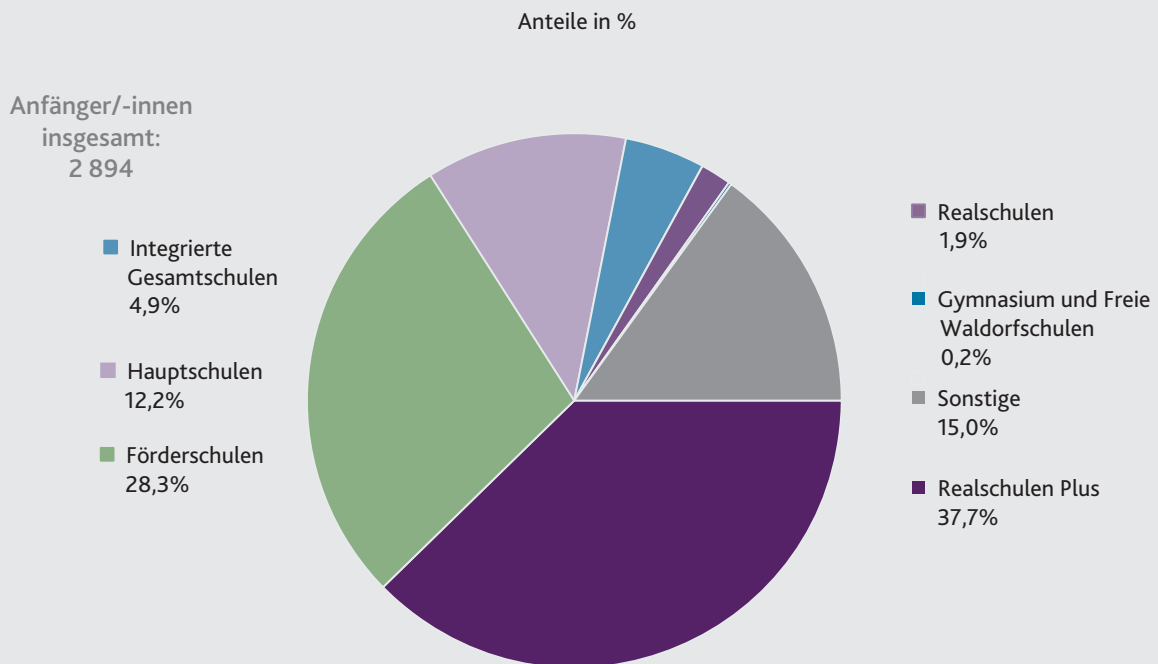
Anteil der Teilnehmenden an Berufsvorbereitungsmaßnahmen rückläufig

Im Jahr 2014 haben die meisten Jugendlichen eine berufliche Ausbildung begonnen. Zwar ist deren Zahl nicht so hoch wie im Jahr 2011 (über 40 000), sie liegt jedoch seit 2007 relativ stabil zwischen 37 300 und 40 400 Personen. Einen deutlichen Rückgang haben die Anfängerzahlen der ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen zwischen den Jahren 2006 und 2014 erfahren (–9 800 Teilnehmende), während die Besuche von Schularten, die zur Erlangung der Hochschulreife führen, deutlich zunahmen (+5 200 Schülerinnen und Schüler). Dies ist im Wesentlichen auf den Trend der Höherqualifikation zurückzuführen, also der Tendenz, dass immer mehr junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss anstreben.

Die Verlaufsdarstellung muss jedoch vorsichtig interpretiert werden, da ausgewählte Bildungsgänge in den einzelnen Jahren teilweise unterschiedlichen Zielsektoren zugeordnet wurden. Dies ist insbesondere auf Veränderungen im Bildungssystem, bildungspolitische Entscheidungen oder eine bundesländerübergreifende Systematisierung zur besseren Vergleichbarkeit der Sektoren zurückzuführen. Dabei gilt auch zu berücksichtigen, dass die Darstellung der drei Zielsektoren eine Parallelität vermittelt, die so in der Realität nicht gegeben sein muss. Beispielsweise können Personen alle drei Sektoren nacheinander durchlaufen und anschließend ein Studium beginnen, noch bevor sie in den Beruf einsteigen.

4.1 Übergänge in die berufliche Bildung

G 46 Anfänger/-innen des Berufsvorbereitungsjahres im Schuljahr 2015/16 nach Herkunftsschularten



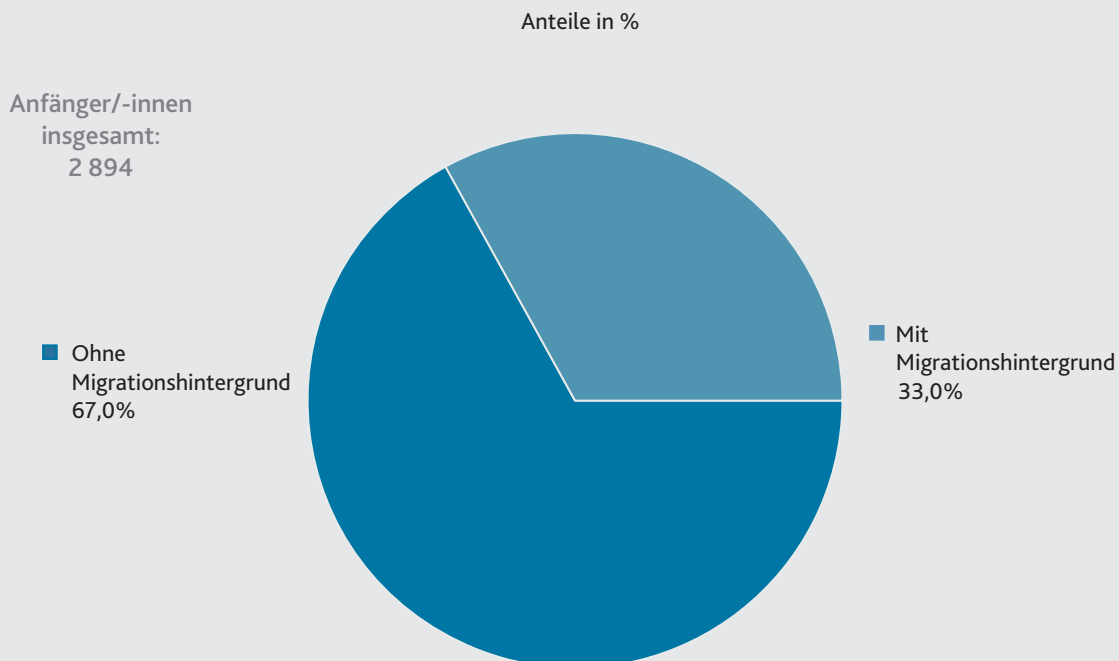
Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Heterogene Teilnehmergruppen im Berufsvorbereitungsjahr

Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) gehört zu den ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen, die im Rahmen der Integrierten Ausbildungsberichterstattung ausgewiesen werden. Ziel des Berufsvorbereitungsjahres ist es, Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und Ausbildungsplatz auf eine Berufsausbildung oder eine Arbeitstätigkeit vorzubereiten. Nach dem Absolvieren des Berufsvorbereitungsjahres wird mit dem Abschlusszeugnis die Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss) verliehen. Nach dem Berufsvorbereitungsjahr sind Übergänge in eine Berufsausbildung, in die Berufsfachschule I oder in weitere berufliche Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit möglich.

Das Berufsvorbereitungsjahr ist für unterschiedliche Zielgruppen von Bedeutung. Der größte Anteil der Anfängerinnen und Anfänger im Berufsvorbereitungsjahr kommt aus der Realschule plus (38 Prozent) sowie aus dem Förderschulbereich (28 Prozent). Zwar gibt es auch Schülerinnen und Schüler, die aus Gymnasien oder Freien Waldorfschulen in das Berufsvorbereitungsjahr wechseln, jedoch ist ihr Anteil verschwindend gering (0,2 Prozent). Unter sonstigen Herkunftsschulen (15 Prozent) sind in der Regel Schularten aus dem Ausland zu verstehen, die keiner der rheinland-pfälzischen Schularten und Bildungsgänge zugeordnet werden konnten. Durch die unterschiedlichen Herkunftsschularten sind die Teilnehmenden im Berufsvorbereitungsjahr hinsichtlich ihrer Bildungsziele, Vorbildungen und Qualifikationen in einem hohen Maße durch Heterogenität geprägt.

G 47 Anfänger/-innen des Berufsvorbereitungsjahres im Schuljahr 2015/16 nach Migrationshintergrund



Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Überproportionaler Anteil an Teilnehmenden mit Migrationshintergrund im Berufsvorbereitungsjahr

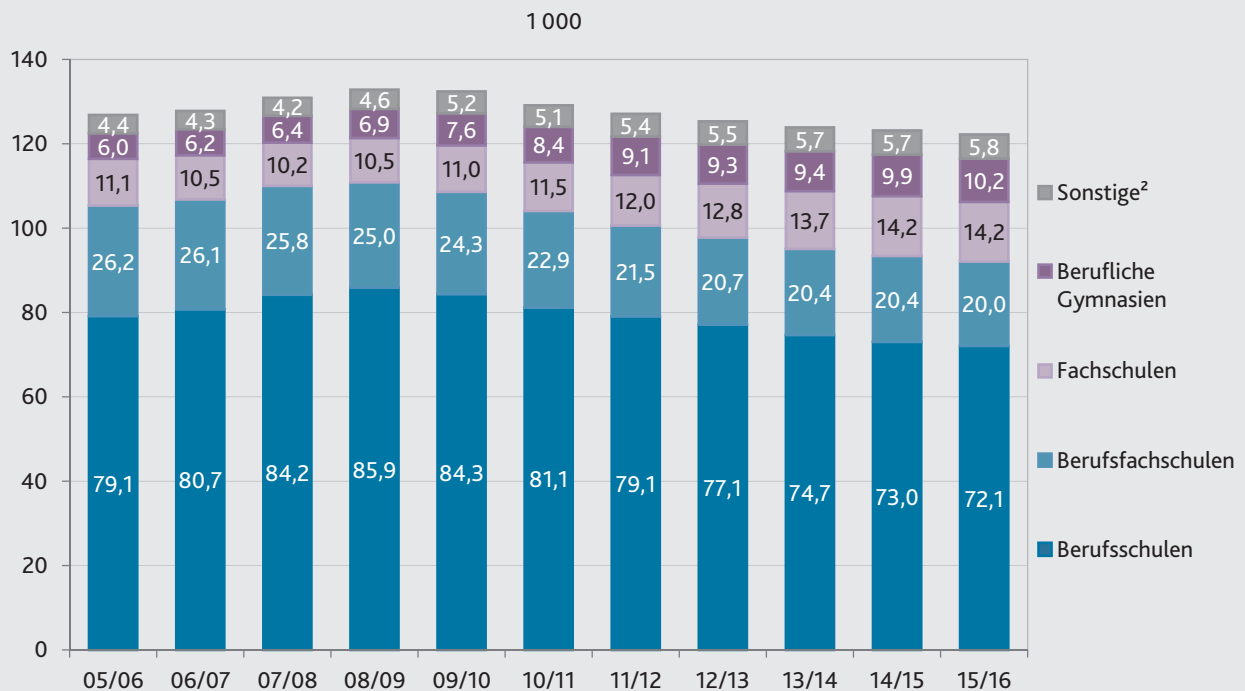
Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) soll neben der Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung oder Tätigkeit auch Personen integrieren, die im allgemeinbildenden Schulsystem keinen Anschluss gefunden und keinen Abschluss erreicht haben. Ziel ist es, ihnen eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Davon können beispielsweise Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder mit Migrationshintergrund betroffen sein.

Insgesamt haben 33 Prozent aller Anfängerinnen und Anfänger im Berufsvorbereitungsjahr einen Migrationshintergrund. Deren Anteil an den Schülerinnen und Schülern in allgemeinbildenden Schulen liegt lediglich bei 17 Prozent. Das heißt, dass sie im Berufsvorbereitungsjahr überproportional häufig vertreten sind.

Im Schuljahr 2015/16 hat das Berufsvorbereitungsjahr einen deutlichen Anstieg an Teilnehmenden mit Migrationshintergrund in der amtlichen Statistik erfahren. Der Zuwachs der Schülerzahlen im Berufsvorbereitungsjahr begründet sich unter anderem darin, dass im Rahmen der Integration von Asyl- und Schutzsuchenden zusätzliche Klassen zur Sprachförderung gebildet wurden, die dem Bildungsgang „Berufsvorbereitungsjahr“ in der amtlichen Statistik vorläufig zugeordnet wurden. Während die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den 137 rheinland-pfälzischen berufsbildenden Schulen im Vorjahresvergleich identisch blieb, stieg im Berufsvorbereitungsjahr die Zahl der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund um über 400 Personen (+76,8 Prozent).

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 48 Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen¹ in den Schuljahren 2005/06–2015/16 nach Schulformen



¹ Ohne Schulen des Gesundheitswesens; diese nehmen im rheinland-pfälzischen Schulsystem eine Sonderstellung ein. – ² Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen und duale Berufsoberschulen.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen nimmt ab

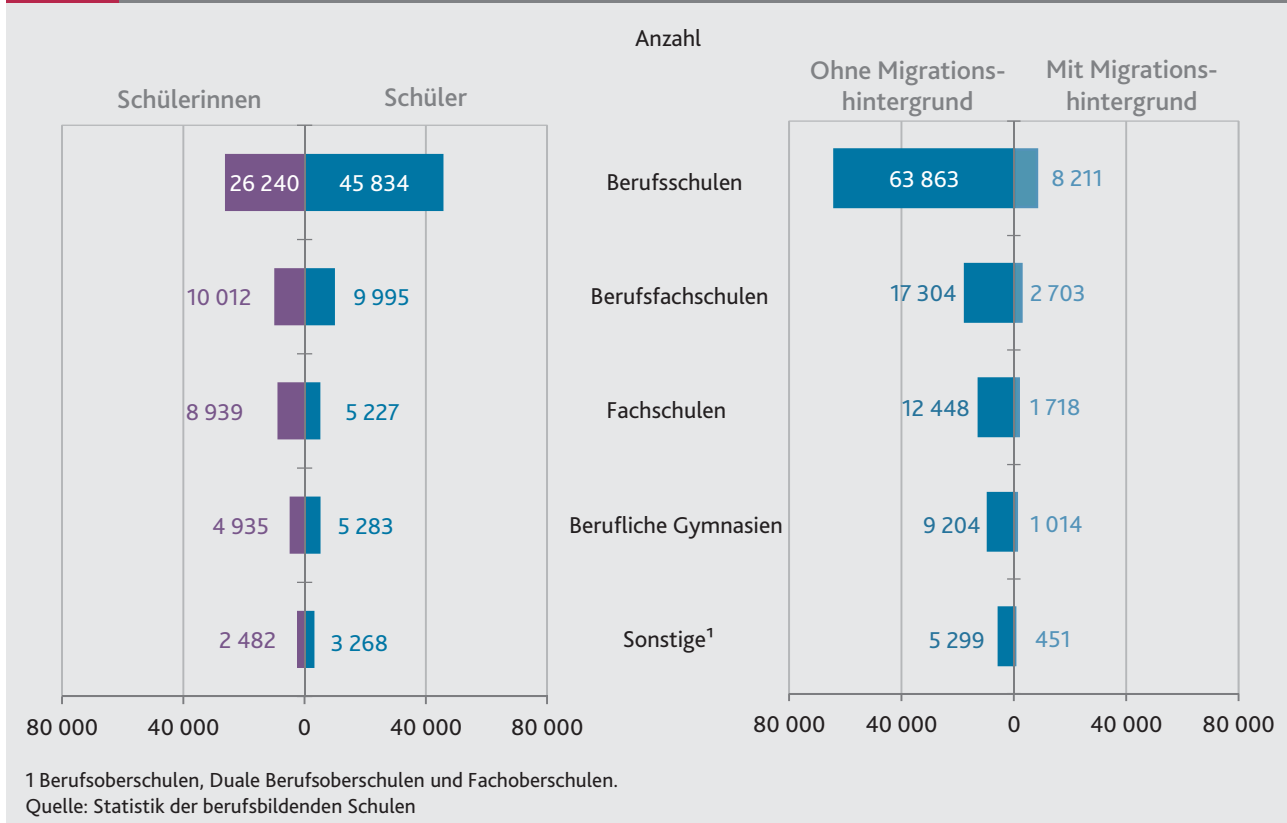
Im Schuljahr 2015/16 wurden gut 122 200 Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens) unterrichtet. Dies waren 4 600 weniger als zu Beginn des Betrachtungszeitraums im Schuljahr 2005/06 (–3,6 Prozent). Bereits seit dem Schuljahr 2009/10 nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler stetig ab. Gegenüber dem Höchststand im Betrachtungszeitraum (Schuljahr 2008/09) weisen die berufsbildenden Schulen insgesamt einen Rückgang von rund 10 600 Schülerinnen und Schülern bzw. acht Prozent auf. Als einzige Schulform verzeichneten die beruflichen Gymnasien seit 2005/06 durchgehend steigende Schülerzahlen.

Von den Schulformen im Bereich der beruflichen Bildung besitzen die Berufsschulen, die den schulischen Teil der Dualen Berufsausbildung vermitteln, die höchste Bedeutung. Im Schuljahr 2015/16 besuchten 59 Prozent der Schülerinnen und Schüler berufsbildender Schulen eine Berufsschule. Allerdings verringerte sich dieser Anteil gegenüber 2005/06 um 3,4 Prozentpunkte. Die Beruflichen Gymnasien spielen zwar eine vergleichsweise geringe Rolle, aber sie erhielten in den letzten Jahren einen Bedeutungsgewinn, der andeutet, dass die Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife als Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt wichtiger wird. Der Anteil der Berufsschülerinnen und -schüler, die ein Berufliches Gymnasium besuchen, belief sich 2015/16 auf 8,4 Prozent. Dies entspricht einem Zuwachs von 3,6 Prozentpunkten gegenüber 2005/06. Neben den Beruflichen Gymnasien verzeichneten auch die Fachschulen einen Zuwachs. Ihr Anteil an den Schülerzahlen stieg von 8,7 Prozent im Schuljahr 2005/06 auf 11,6 Prozent im Schuljahr 2015/16 (+2,9 Prozentpunkte). Die Fachschulen vermitteln Qualifikationen im Bereich der beruflichen Fort- und Weiterbildung.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 49

Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund

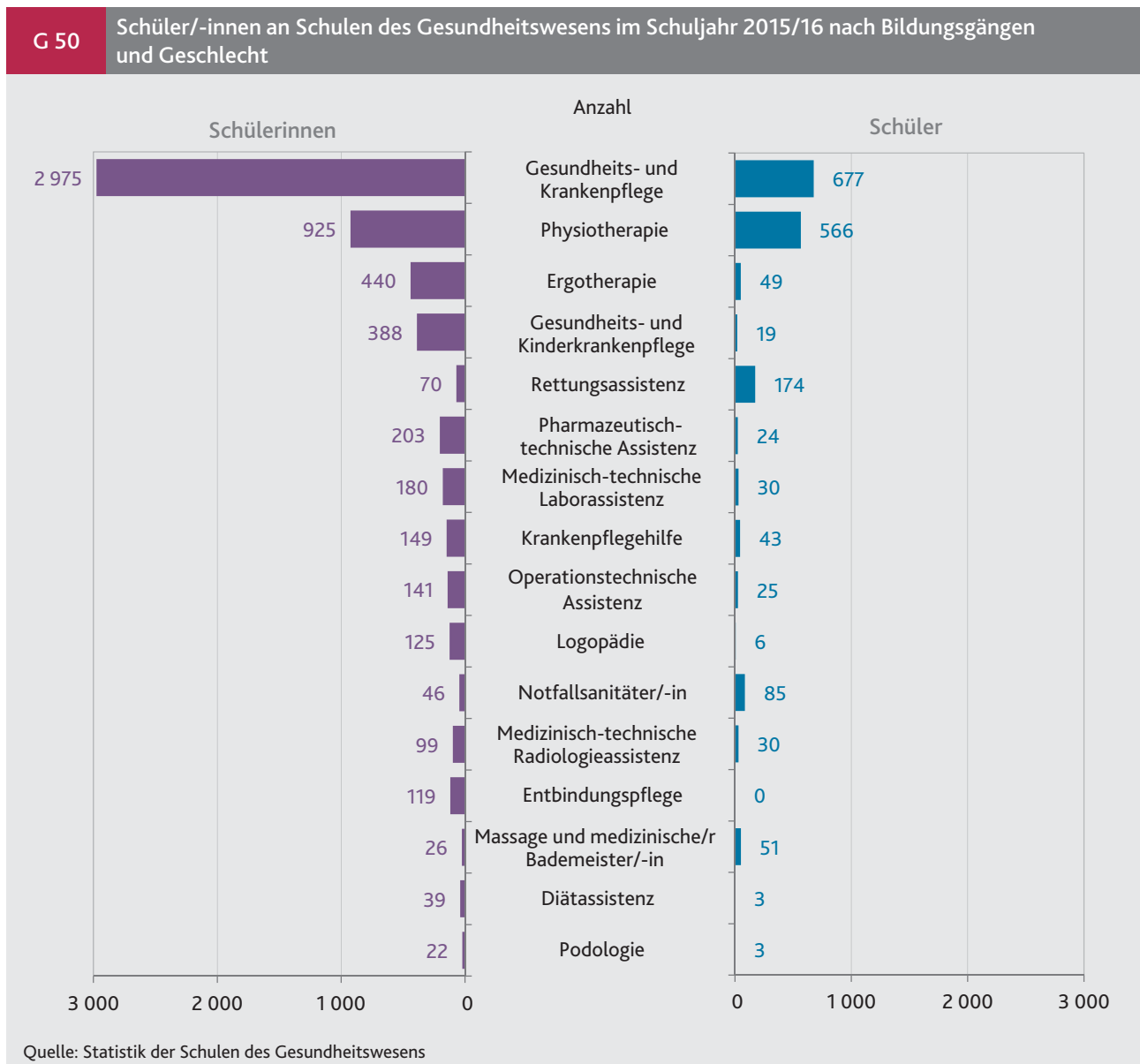


Geringer Frauenanteil an den berufsbildenden Schulen

An den berufsbildenden Schulen werden mehr Schüler als Schülerinnen unterrichtet. Dies liegt unter anderem daran, dass Frauen die allgemeinbildenden Schulen häufiger mit einem höheren Bildungsabschluss verlassen als Männer und daher eher andere Bildungsgänge wählen. Im Schuljahr 2015/16 lag der Frauenanteil an den berufsbildenden Schulen bei 43 Prozent. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Schulformen: An den Berufsschulen war der Anteil der Schülerinnen (36 Prozent) noch geringer als der Durchschnitt der berufsbildenden Schulen. Höhere Frauenanteile wiesen die Fachschulen (63 Prozent) und die Berufsfachschulen (50 Prozent) auf.

Von den Schülerinnen und Schülern an den berufsbildenden Schulen hatten zwölf Prozent einen Migrationshintergrund. An den Berufsfachschulen mit den Angeboten zur beruflichen Grundbildung und der Möglichkeit zur Erreichung eines mittleren Schulabschlusses (Qualifizierter Sekundarabschluss I) fiel der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zwei Prozentpunkte höher aus. An den beruflichen Gymnasien haben die Lernenden seltener einen Migrationshintergrund. Der Anteil belief sich im Schuljahr 2015/16 auf 9,9 Prozent. Dieser lag allerdings über dem Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Gymnasien (7,8 Prozent).

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

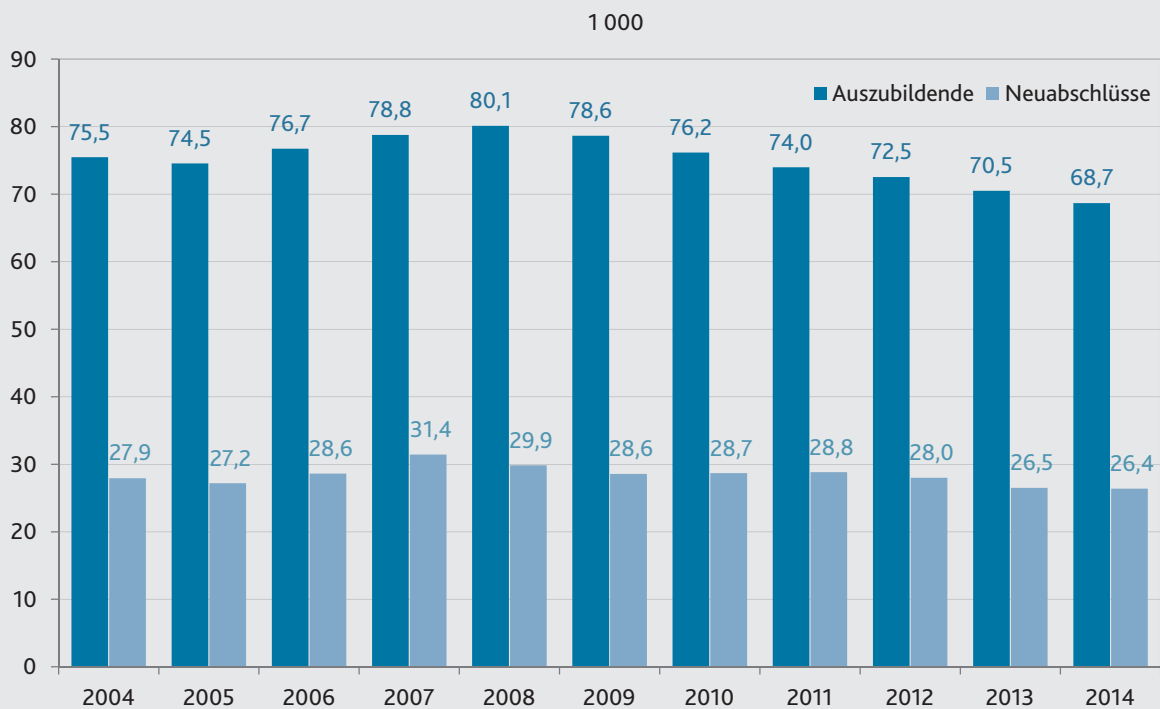


Krankenpflegerin und -pfleger häufigster Ausbildungsberuf im Gesundheitswesen

Nichtärztliche Gesundheitsfachberufe werden in Deutschland zumeist in Form einer zwei- bis dreijährigen Ausbildung an den Schulen des Gesundheitswesens erlernt. Die Bildungsgänge an diesen Schulen nehmen eine Sonderstellung neben der Dualen Berufsausbildung ein. Die Schulen des Gesundheitswesens können als staatlich anerkannte Privatschulen organisiert sein, aber auch an ein Krankenhaus angegliedert sein und über dessen Pflegesätze finanziert werden.

An den Schulen des Gesundheitswesens absolvierten im Schuljahr 2015/16 insgesamt rund 7 700 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung in einem nichtakademischen Gesundheitsberuf, darunter 5 900 Frauen (77 Prozent). Mit 47 Prozent wurden die meisten Schülerinnen und Schüler zur „Gesundheits- und Krankenpflegerin“ bzw. zum „Gesundheits- und Krankenpfleger“ ausgebildet. Danach folgten die Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten mit 19 Prozent.

G 51 Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2004–2014



Quelle: Berufsbildungsstatistik

Fast alle Bewerber fanden 2014 einen Ausbildungsplatz

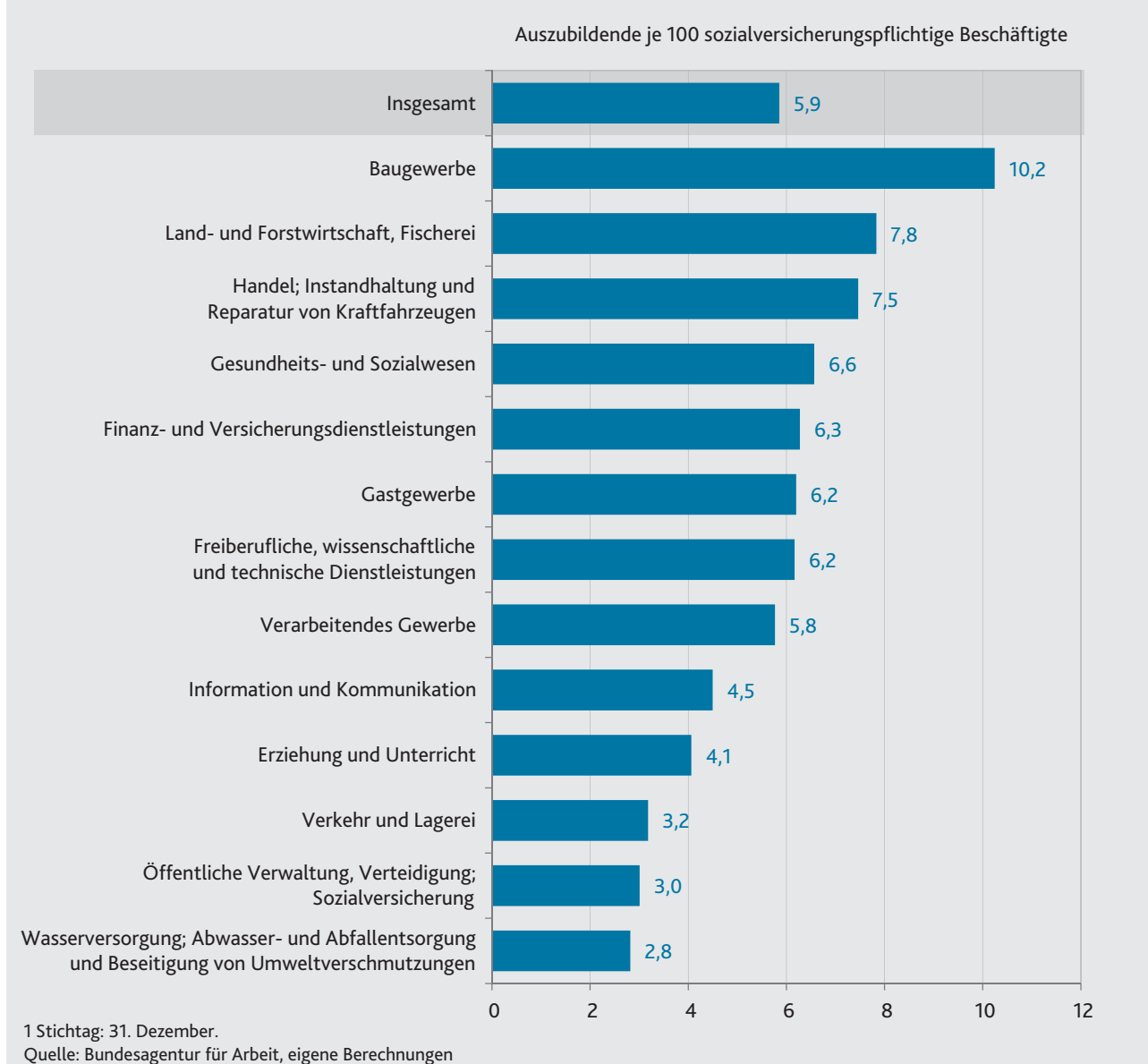
In den nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsberufen gab es 2014 rund 68 700 Auszubildende. Gegenüber 2004 ging diese Zahl um neun Prozent zurück. Eine durchgängige Abwärtsentwicklung bei den Auszubildenden ist – analog zur Entwicklung bei den Berufsschülerinnen und -schülern – seit 2009 erkennbar. Es wurden dementsprechend auch weniger Ausbildungsverträge neu geschlossen: Im Jahr 2014 gab es 26 400 Neuabschlüsse, 2004 waren es noch 27 900 (–5,5 Prozent).

Die Rückgänge lassen sich unter anderem auf die kleiner werdende Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger zurückführen. Diese Zahl sank gegenüber 2004 um 7,7 Prozent. Dem Arbeitsmarkt standen dadurch weniger potenzielle Auszubildende zur Verfügung. Das Verhältnis der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu der Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger, die sogenannte „rechnerische Einmündungsquote“, schwankte zwar im Betrachtungszeitraum, blieb aber insgesamt auf gleichem Niveau. Die „rechnerische Einmündungsquote“ belief sich 2014 auf 61 Neuverträge je 100 Schulabgängerinnen bzw. -abgänger allgemeinbildender Schulen. Dies entsprach genau dem Wert von 2004. Es ist jedoch zu beachten, dass hierbei definitionsgemäß Absolventinnen und Absolventen mit einem allgemeinbildenden Abschluss von berufsbildenden Schulen, z. B. Berufsfachschulen oder Berufliche Gymnasien, nicht berücksichtigt werden.

Von den Ausbildungsplatzsuchenden fanden 97 Prozent eine Stelle. Am 30. September 2014, dem Stichtag der Bundesagentur für Arbeit, waren gut 790 Bewerberinnen und Bewerber gemeldet, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten. Diesen Bewerberinnen und Bewerbern standen allerdings fast doppelt so viele registrierte unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 52 Ausbildungsquoten 2015¹ nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

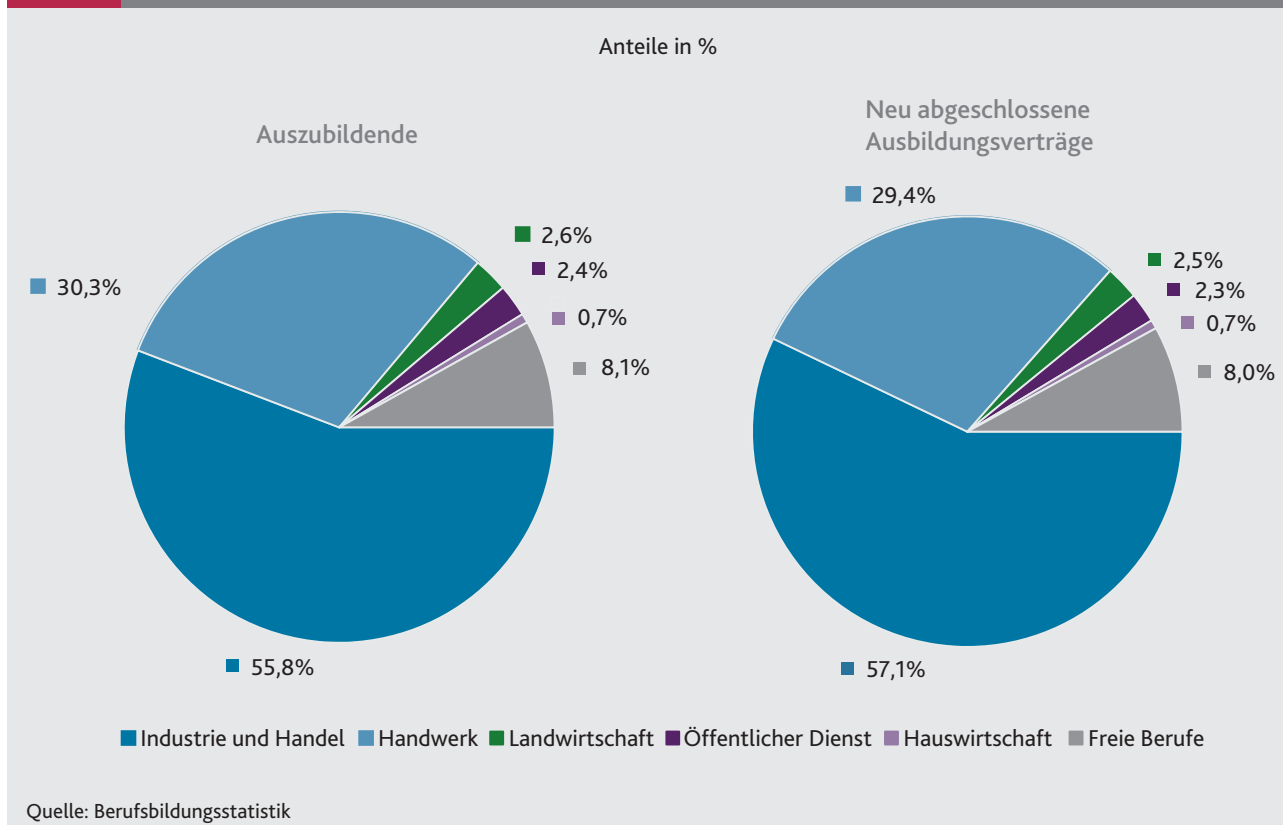


Baugewerbe bei der Ausbildungsquote Spitzenreiter

Bei der Ausbildungsquote handelt es sich um den Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Ausbildungsquote gibt darüber Auskunft, inwieweit sich Betriebe bzw. Branchen an der Ausbildung im Dualen Berufsbildungssystem beteiligen. Seit 2009 ist sie rückläufig. Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit sank diese Quote 2015 auf 5,9 Prozent (2009: 7,3 Prozent).

Mit Abstand am höchsten war die Ausbildungsquote im Baugewerbe. Sie lag 2015 bei gut zehn Prozent. Der Wirtschaftsbereich mit der höchsten Beschäftigtenzahl, das Verarbeitende Gewerbe, lag bei der Ausbildungsquote im Mittelfeld (5,8 Prozent). Mit nur 2,8 Auszubildenden je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war die Ausbildungsquote im Bereich „Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ sehr gering.

G 53 Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen



Zahl der Auszubildenden im Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ am höchsten

In der Berufsbildungsstatistik werden entsprechend der berufsständischen Körperschaften (Kammern und Meldestellen) sechs verschiedene Ausbildungsbereiche ausgewiesen: Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Hauswirtschaft und Freie Berufe.

Die meisten Auszubildenden weist der Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ auf. Der Anteil an den insgesamt 68 700 Auszubildenden belief sich 2014 auf 56 Prozent (38 300 Auszubildende). An zweiter Stelle folgt das Handwerk. Im Jahr 2014 lag der Anteil bei 30 Prozent. In den Freien Berufen machten acht Prozent eine Ausbildung. Vergleichsweise kleine Ausbildungsbereiche bilden dagegen die Landwirtschaft und der Öffentliche Dienst¹ (Anteile 2014: 2,6 bzw. 2,4 Prozent). Noch weniger Auszubildende gab es im Bereich Hauswirtschaft (0,7 Prozent aller Auszubildenden). Aufgrund dieses geringen Anteils werden Ausbildungen in hauswirtschaftlichen Berufen häufig größeren Ausbildungsbereichen wie dem Handwerk oder der Landwirtschaft zugeordnet.

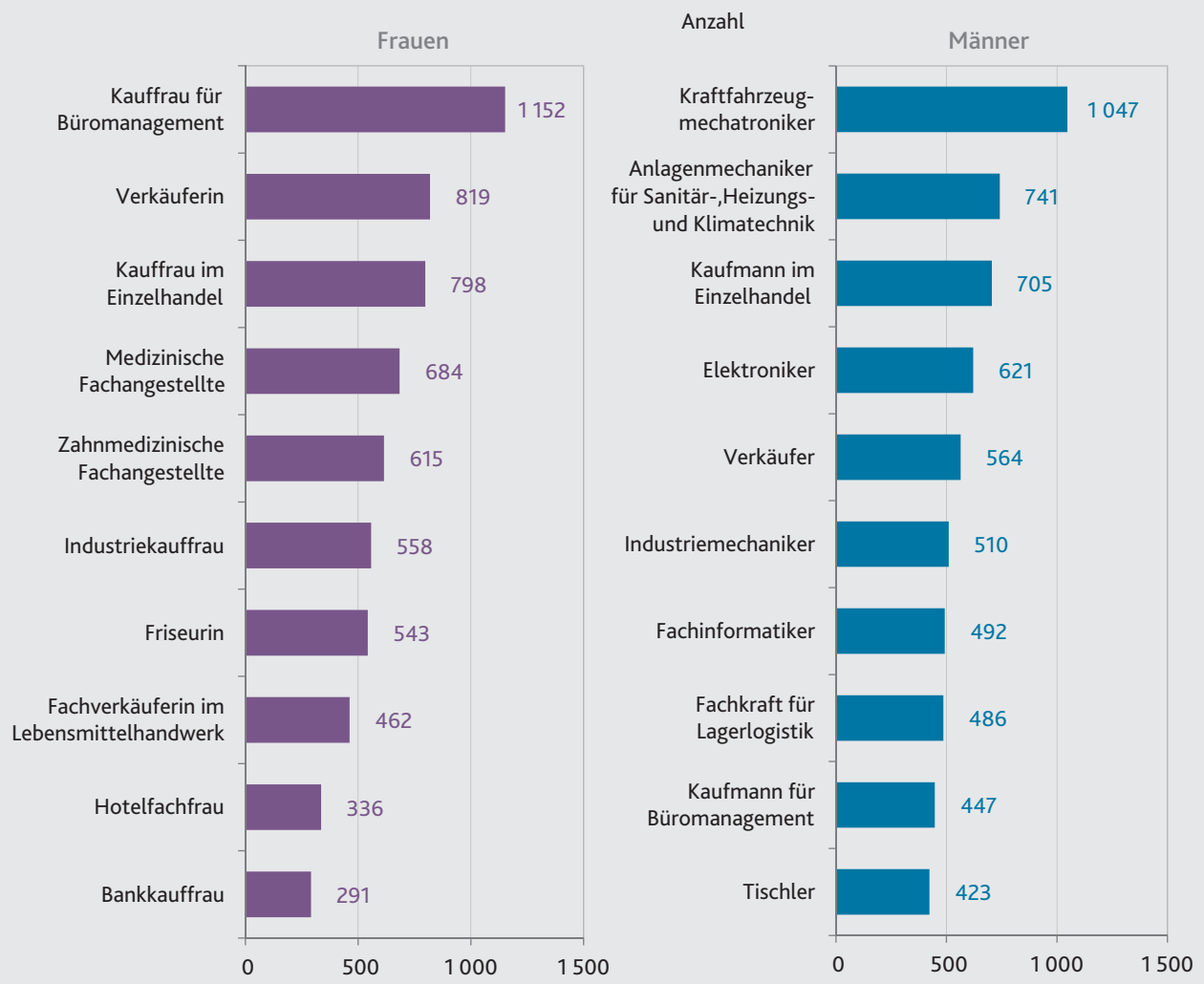
Bei der grundsätzlichen Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsbereiche gibt es kurzfristig kaum Änderungen. Die Verteilung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die Ausbildungsbereiche entsprach 2014 nahezu der Verteilung der Bestandsverträge der Auszubildenden.

¹ Es ist zu beachten, dass u. a. die Beamtenanwärterinnen und -anwärter nicht Teil der Berufsbildungsstatistik sind.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 54

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2014 nach Geschlecht



Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.
Quelle: Berufsbildungsstatistik

Kauffrau für Büromanagement und Kfz-Mechatroniker beliebteste Ausbildungsberufe

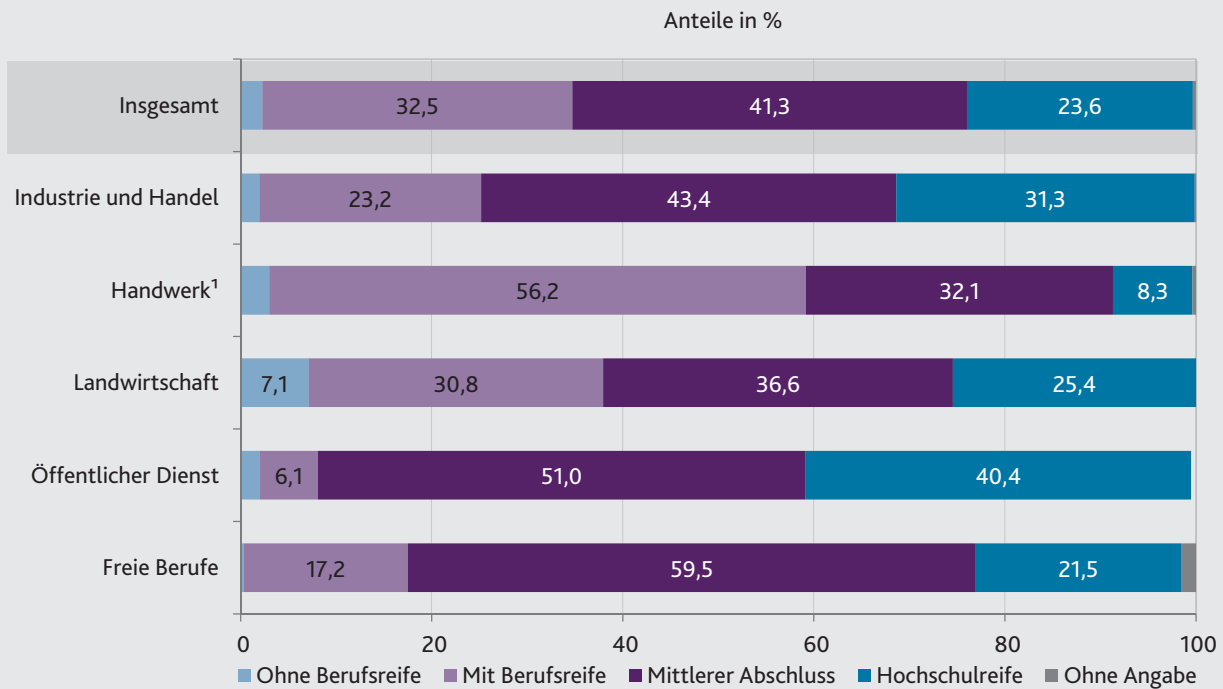
Während bei den Frauen vor allem kaufmännische Berufe beliebt sind, beginnen Männer deutlich häufiger eine Ausbildung mit technischer Ausrichtung. Darüber hinaus befinden sich bei den weiblichen Ausbildungsanfängern auch medizinische Berufe unter den beliebtesten Ausbildungsberufen. Junge Männer ergreifen dagegen eher handwerkliche und technische Berufe.

Den ersten Platz bei den Frauen belegte 2014 der Ausbildungsberuf „Kauffrau/-mann für Büromanagement“. Bei den männlichen Ausbildungsanfängern befand sich dieser Beruf zwar auch unter den Top Ten, den Spitzenplatz unter den Ausbildungsberufen belegte aber der Kraftfahrzeugmechatroniker.

Junge Frauen konzentrierten sich bei der Berufswahl auf eine kleinere Auswahl unterschiedlicher Ausbildungsberufe als ihre männlichen Altersgenossen. Im Jahr 2014 fanden sich 60 Prozent aller weiblichen Ausbildungsanfänger in nur zehn Berufen. Die Männer waren bei ihrer Berufswahl breiter aufgestellt: Lediglich 38 Prozent der Ausbildungsanfänger wählten einen der zehn bei Männern beliebtesten Berufe.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 55 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen und Vorbildung



¹ Einschließlich Hauswirtschaft.

Aus Gründen der Geheimhaltung werden die Daten (Absolutwerte) gerundet ausgewiesen. Insbesondere bei kleineren Besetzungszahlen kann es daher vorkommen, dass die Summe der einzelnen Anteile nicht 100% ergibt.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

Viele Auszubildende besitzen die Hochschulreife

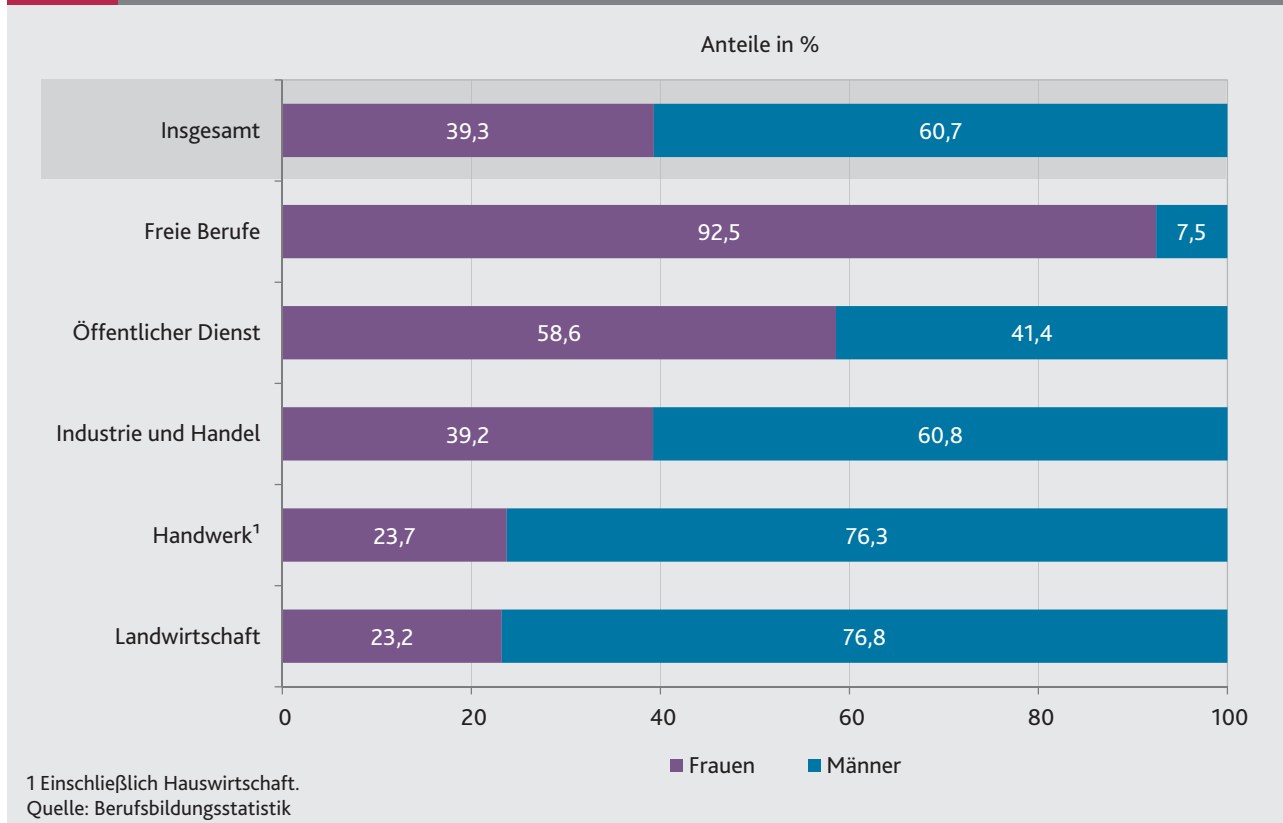
Der Wandel der Anforderungen des Ausbildungsmarktes sowie das gestiegene Bildungsniveau der Bevölkerung schlugen sich auch in der schulischen Vorbildung der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger nieder. Der Anteil der Auszubildenden mit Hochschulreife bei den 2014 neu abgeschlossenen Verträgen belief sich auf 24 Prozent. Im Jahr 2007 war dieser Anteil mit 15 Prozent noch deutlich geringer.² Im Öffentlichen Dienst hatten die neuen Auszubildenden 2014 am häufigsten eine höhere Schulbildung (40 Prozent). Darüber hinaus war hier auch der Anteil der Auszubildenden mit einem mittlerem Bildungsabschluss (auch: mittlere Reife bzw. qualifizierter Sekundarabschluss I) vergleichsweise hoch (51 Prozent). Einen noch höheren Anteil Auszubildender mit mittlerer Reife wurde nur in den Freien Berufen ausgewiesen (59 Prozent); über die Hochschulreife verfügten dagegen nur 21 Prozent.

Im Ausbildungsbereich mit den meisten Auszubildenden, „Industrie und Handel“, sind die Anforderungen an die Vorbildung anspruchsvoll. Der Anteil der neuen Auszubildenden mit Hochschulreife lag hier bei 31 Prozent; einen mittleren Abschluss wiesen 43 Prozent auf. Im Handwerk verfügen die neuen Auszubildenden dagegen seltener über einen höheren oder mittleren Bildungsabschluss. Im Jahr 2014 hatten die meisten Auszubildenden in den handwerklichen Berufen (56 Prozent) ausschließlich Berufsreife. In der Landwirtschaft waren die neuen Auszubildenden mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife zwar in der Überzahl, aber hier wurde ein vergleichsweise hoher Prozentsatz Auszubildender ohne Berufsreife eingestellt (7,1 Prozent gegenüber 2,3 Prozent insgesamt).

² Erhebungsbedingt weisen die Jahre vor 2007 einen zweistelligen Anteil nicht genau zuordenbarer Vorbildungsgrade auf und sind deshalb nur bedingt für Zeitvergleiche geeignet. Ein Zehnjahresvergleich ist deshalb hier nicht möglich.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 56 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht



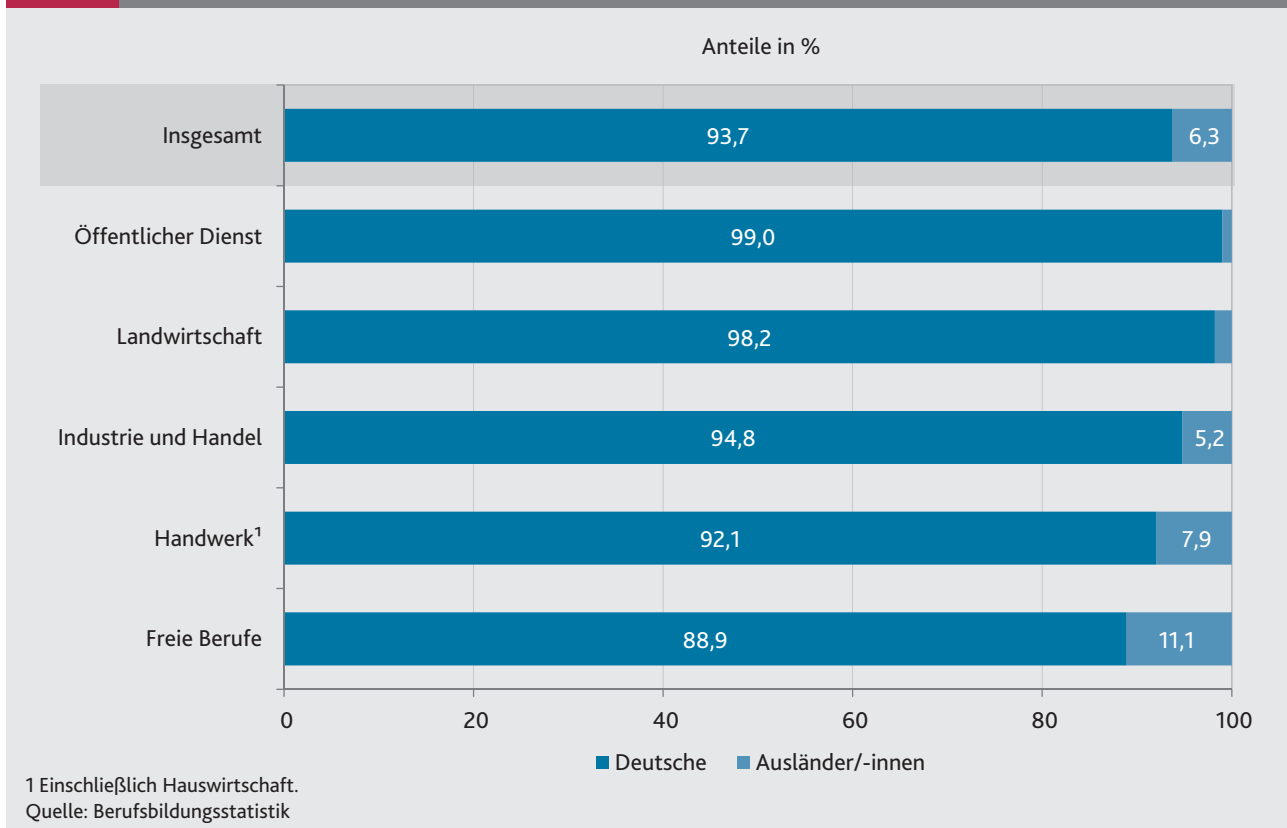
Frauen im Handwerk und in der Landwirtschaft kaum vertreten

Der Frauenanteil an den Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern lag 2014 bei 39 Prozent. Das Handwerk und die Landwirtschaft sind Ausbildungsbereiche mit vergleichsweise vielen Berufen, die traditionell von Männern ausgeübt werden. Im Handwerk oder in der Landwirtschaft beginnen bis heute vergleichsweise wenige Frauen eine Ausbildung (24 bzw. 23 Prozent der Auszubildenden mit Neuvertrag). Zu den wenigen Ausbildungsberufen, die innerhalb dieser beiden Ausbildungsbereiche häufiger von Frauen erlernt werden, gehört z. B. der Beruf Pferdewirt/Pferdewirtin.

Besonders auffällig ist der weit überdurchschnittliche Frauenanteil in den Freien Berufen. Hier stellten die Frauen 2014 mit 92 Prozent die große Mehrheit. Zu diesem Ausbildungsbereich gehören unter anderem die Ausbildungen zur medizinischen oder zahnmedizinischen Fachangestellten, die bei Frauen beliebt sind. Zudem findet sich die bei Frauen ebenfalls sehr gefragte Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten in diesem Bereich.

Darüber hinaus beginnen Frauen relativ häufig eine Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung. Deshalb ist auch der Öffentliche Dienst durch einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil gekennzeichnet. Dieser belief sich 2014 auf 59 Prozent.

G 57 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen und Staatsangehörigkeit



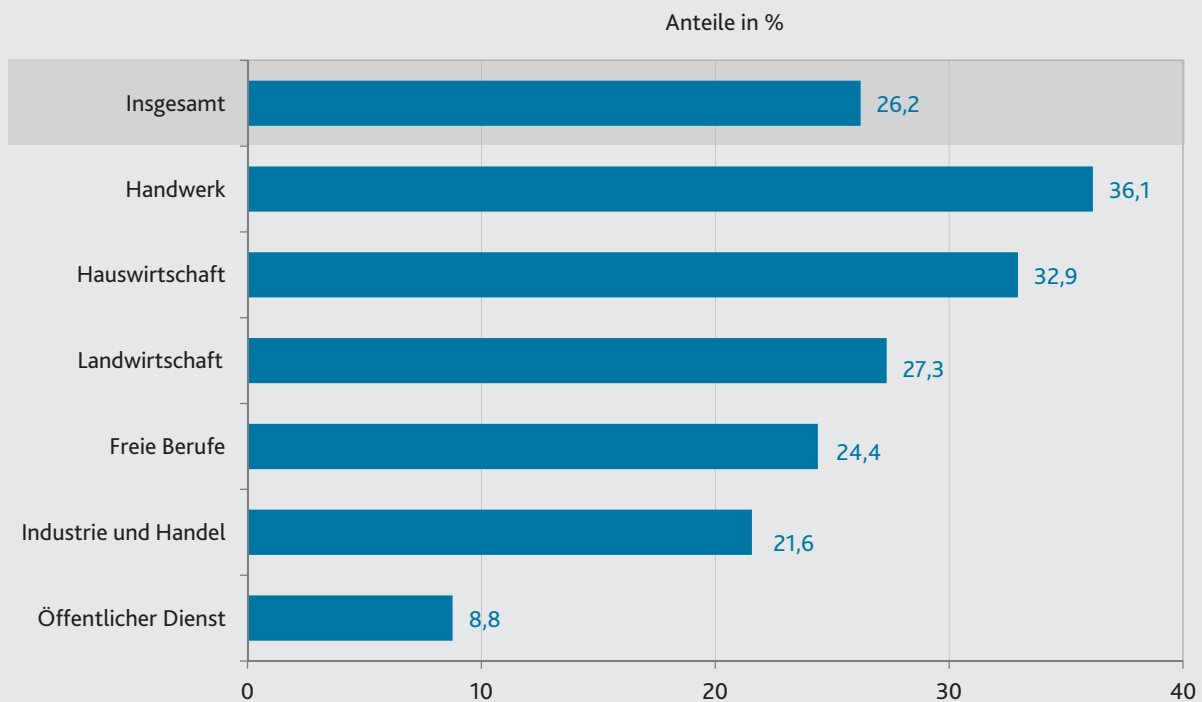
Junge Frauen und Männer ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der dualen Ausbildung unterrepräsentiert

Im Jahr 2014 begannen in Rheinland-Pfalz rund 1700 junge Frauen und Männer mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit eine Lehre in einem anerkannten Ausbildungsberuf. In der dualen Berufsausbildung waren die Ausländerinnen und Ausländer damit deutlich unterrepräsentiert. Obwohl sich ihr Anteil an der rheinland-pfälzischen Bevölkerung im Alter von 17 bis 20 Jahren im Betrachtungsjahr auf zehn Prozent belief, stellten sie lediglich 6,3 Prozent der neuen Auszubildenden. Dieser Unterschied geht mit einer geringen „rechnerischen Einmündungsquote“ bei den Ausländerinnen und Ausländern einher. Sie lag bei 54 Neuverträgen je 100 ausländischen Schulabgängerinnen bzw. -abgängern und damit deutlich unter derjenigen der Schulabgängerinnen und -abgänger mit deutscher Staatsangehörigkeit (62 Neuverträge je 100 Abgänger/-innen).

Am häufigsten vertreten waren Ausländerinnen und Ausländer in den Freien Berufen (elf Prozent), gefolgt vom Handwerk (Ausländeranteil: 7,9 Prozent). Der Bereich „Industrie und Handel“ hatte mit 5,2 Prozent einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil. Sehr gering war der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in der Landwirtschaft (1,8 Prozent). Noch geringer war der Anteil nur im Öffentlichen Dienst; hier wurde nur ein Prozent der Neuverträge mit Ausländerinnen bzw. Ausländern geschlossen. Dies entspricht sechs Personen und ist im Vergleich der Ausbildungsbereiche der geringste Wert. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Beamtenanwärterinnen und -anwärter nicht Teil der Berufsbildungsstatistik sind. Informationen über deren Staatsbürgerschaft liegen auch aus anderen amtlichen Erhebungen nicht vor.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 58 Vertragslösungsquoten 2014 nach Ausbildungsbereichen



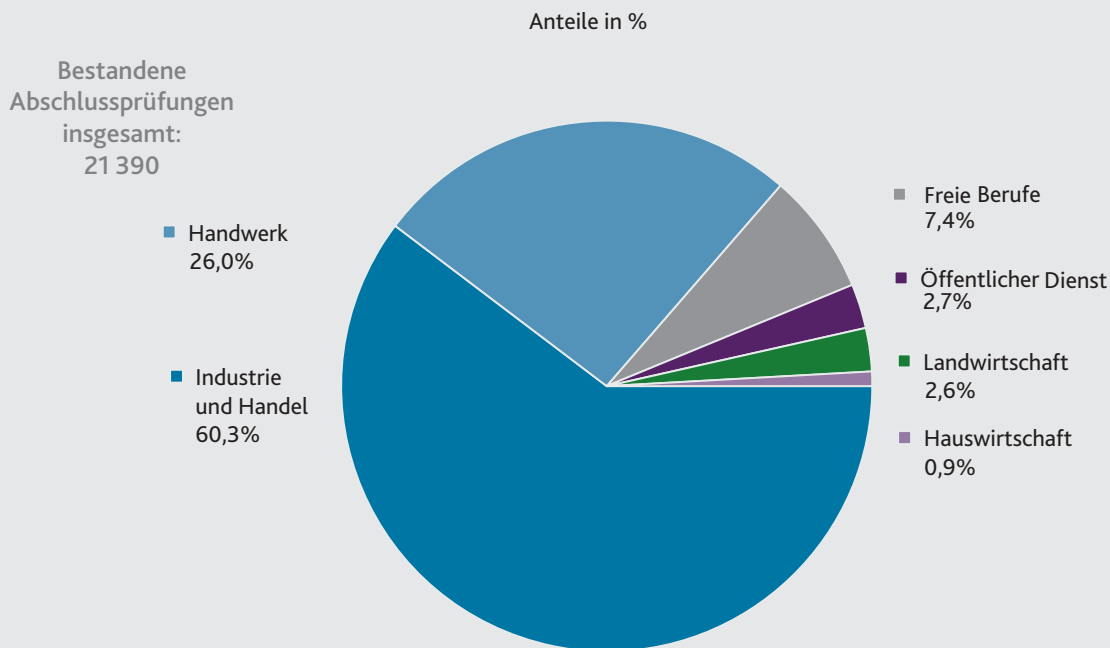
Quelle: Berufsbildungsstatistik

Verhältnismäßig wenige Vertragslösungen im Öffentlichen Dienst

Die Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge lag im Jahr 2014 bei 26 Prozent. Damit blieb die Vertragslösungsquote innerhalb der letzten fünf Jahre trotz leichter jährlicher Schwankungen unverändert (2009: 26 Prozent). Die Kammern und die übrigen zuständigen Stellen meldeten knapp 7 800 Verträge, die von Auszubildenden oder von den Ausbildungsbetrieben vorzeitig beendet wurden. Gründe hierfür können beispielsweise eine berufliche Umorientierung der bzw. des Auszubildenden, aber auch eine Insolvenz und Schließung des Ausbildungsbetriebs sein. Mehr als die Hälfte der vorzeitigen Vertragslösungen erfolgte im ersten Ausbildungsjahr. Die Lösungsquote bei den Auszubildenden mit ausländischer Nationalität war um 7,2 Prozentpunkte höher als die Lösungsquote bei Auszubildenden mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Ausbildungsbereiche, in denen von den Auszubildenden ein vergleichsweise hohes Niveau der Vorqualifikation verlangt wird, weisen eine relativ geringe Vertragslösungsquote auf. Im Ausbildungsbereich mit dem höchsten Anforderungsniveau, dem öffentlichen Dienst, fiel die Vertragslösungsquote mit 8,8 Prozent am niedrigsten aus. Mit großem Abstand folgt an zweiter Stelle der Bereich „Industrie und Handel“ mit einer Auflösungsquote von 22 Prozent. Hier ist der Anteil der Auszubildenden mit Abitur nach dem Öffentlichen Dienst am zweithöchsten. Auch in den Freien Berufen ist die Vorbildung relativ hoch und die Vertragslösungsquote unterdurchschnittlich (24 Prozent). Danach folgen die Ausbildungsbereiche mit durchschnittlich geringeren Anforderungen an die schulische Grundbildung der Auszubildenden. Das Schlusslicht bildet das Handwerk mit einer Lösungsquote von 36 Prozent. Dieser Wert überschreitet den Durchschnitt um zehn Prozentpunkte.

G 59 Bestandene Abschlussprüfungen 2014 nach Ausbildungsbereichen



Quelle: Berufsbildungsstatistik

Im Durchschnitt wurden neun von zehn Abschlussprüfungen bestanden

Im Jahr 2014 nahmen in Rheinland-Pfalz 23 900 Personen an Ausbildungsabschlussprüfungen teil. Davon waren 89 Prozent erfolgreich (21 400 Personen). Der Öffentliche Dienst verzeichnete mit einer Erfolgsquote von 92 Prozent den höchsten Anteil bestandener Prüfungen. Der größte Ausbildungsbereich, „Industrie und Handel“, wies mit 14 200 die meisten Prüfungen auf und lag mit einer Erfolgsquote von 91 Prozent an zweiter Stelle beim Prüfungserfolg.

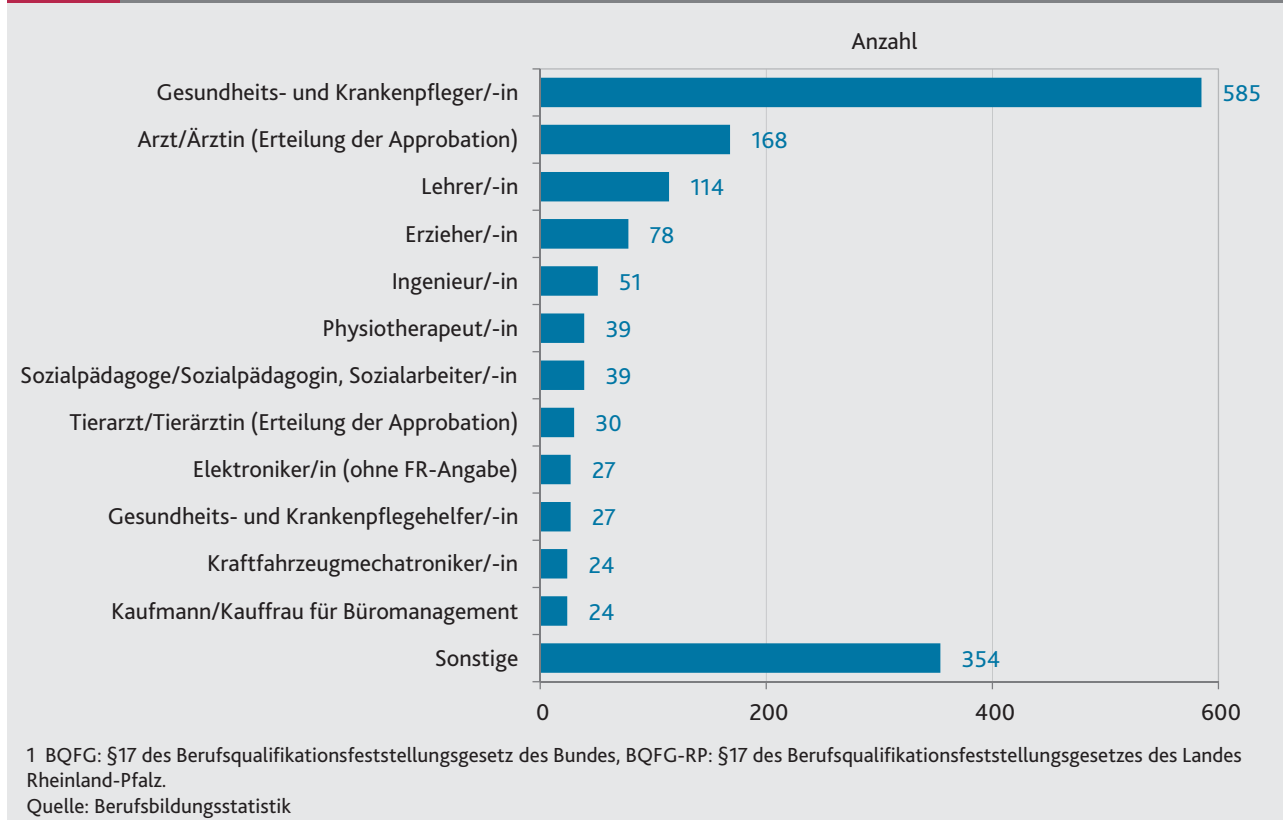
Den zweitgrößten absoluten Zuwachs an qualifizierten Nachwuchskräften konnte das Handwerk verbuchen. Hier gehörte die Erfolgsquote allerdings zu den geringsten im Vergleich der Ausbildungsbereiche (86 Prozent). Eine noch geringere Erfolgsquote wurde lediglich in der Landwirtschaft ermittelt (85 Prozent).

Die männlichen Prüfungsteilnehmer bestanden die Abschlussprüfungen etwas seltener als die Teilnehmerinnen. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern beim Prüfungserfolg belief sich auf 1,9 Prozentpunkte. Höher war die Differenz hingegen zwischen den Prüflingen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Erfolgsquote lag bei den 880 Teilnehmenden ausländischer Staatsangehörigkeit nur bei 76 Prozent. Dies entspricht einer Abweichung vom Durchschnitt der gesamten Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer von 13 Prozent.

4.2 Berufsbildende Schulen und Berufsausbildung

G 60

Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz¹ 2015 nach Berufshauptgruppen



Rund 660 erfolgreiche Anerkennungen ausländischer Berufsqualifikationen

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG), auch „Anerkennungsgesetz“ genannt, ist ein Gesetz zur Feststellung und Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Ziel ist es, eine gesellschaftliche, berufliche und arbeitsmarktorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern und die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland zu unterstützen.

Das Anerkennungsgesetz bezieht sich im Wesentlichen auf über 600 bundesrechtlich geregelte Berufe. Dazu zählen insbesondere alle Ausbildungsberufe des Dualen Berufsbildungssystems und reglementierte akademische Berufe (z. B. Ärzte). Zudem wird seit Oktober 2013 im Rahmen des Landesgesetzes (BQFG-RP) die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit landesrechtlich reglementierten Berufen individuell überprüft. Beispielsweise zählt hierzu die Ausübung des Lehramts an rheinland-pfälzischen Schulen.

Im Jahr 2015 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes insgesamt rund 1600 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Die meisten Anträge lagen für die Berufe „Gesundheits- und Krankenpfleger/-in“ (585 Anträge), „Arzt/Ärztin“ (168), „Lehrer/-in“ (114) und „Erzieher/-in“ (78) vor. Eine Ausübung dieser Berufe kann in Deutschland bzw. in Rheinland-Pfalz erst erfolgen, wenn eine Anerkennung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation vorliegt. Von allen 990 im Jahr 2015 abgeschlossenen Anerkennungsverfahren wurden rund 660 der beruflichen Qualifikationen als voll gleichwertig mit den jeweiligen deutschen Referenzberufen bewertet.

5. Hochschulen und Weiterbildung

5.1 Hochschulen

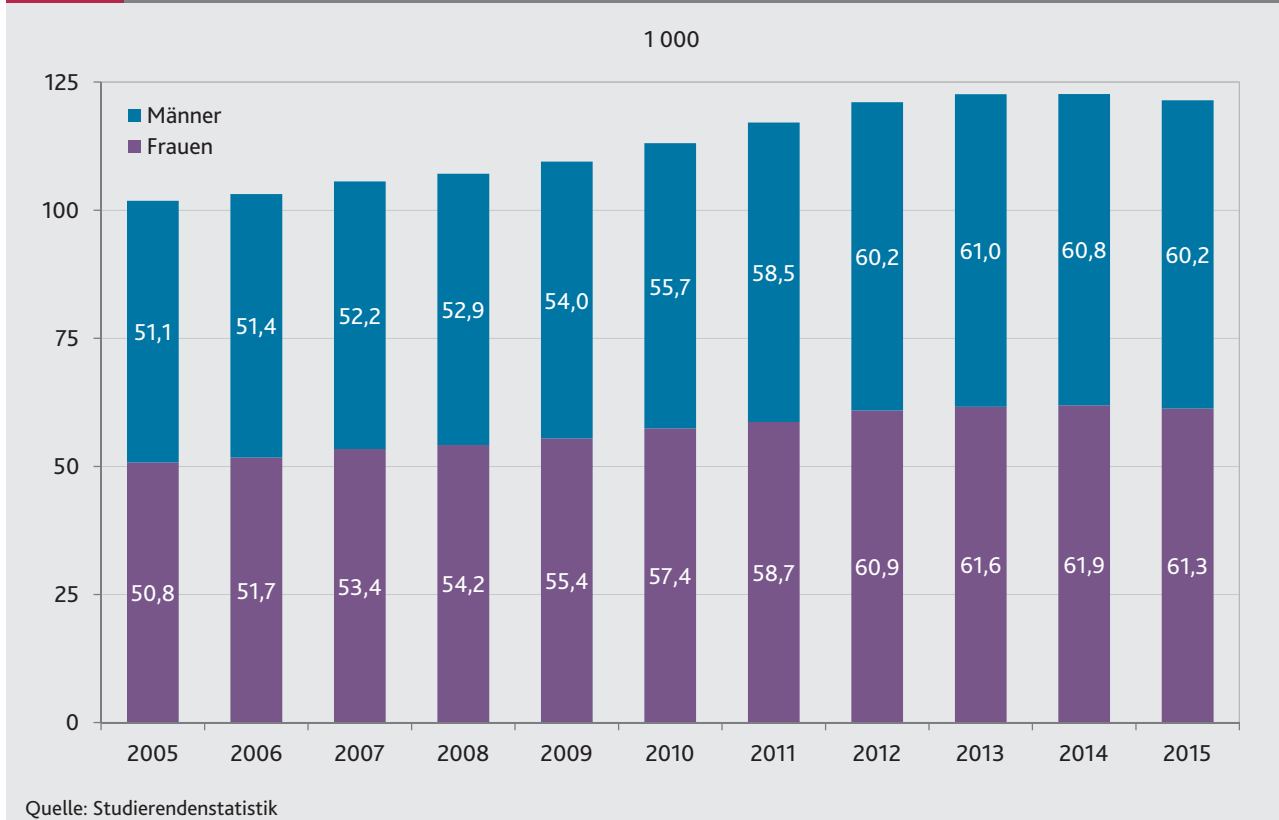
K 5

Hochschulstandorte 2015



Quelle: Studierendenstatistik

G 61 Studierende an Hochschulen 2005–2015 nach Geschlecht



Studierendenzahlen erstmals seit 15 Jahren rückläufig

Die Studierendenzahlen sind 15 Jahre lang stetig gestiegen und erreichten 2014 mit rund 123 000 Studierenden an den 19 rheinland-pfälzischen Hochschulen und Universitäten ihren Höhepunkt. Im Jahr 2015 wurde erstmals seit Jahren ein Rückgang von 1200 Studierenden verzeichnet. Dies ist auch auf Karteibereinigungen in einigen Hochschulen zurückzuführen. Ungeachtet des Rückgangs bleibt das Gesamtniveau der Studierendenzahlen hoch. In den vergangenen zehn Jahren ist die Studierendenzahl um 19 Prozent gestiegen. Der Anstieg hat mehrere Ursachen. Im Wesentlichen ist dieser auf den anhaltenden Trend der Höherqualifizierung zurückzuführen, also der zunehmenden Tendenz, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene einen höheren Bildungsabschluss anstreben. Aber auch die demografische Entwicklung, veränderte Studienstrukturen, eine zunehmende internationale Bildungsmobilität, die zunehmende Institutionalisierung des lebenslangen Lernens und die Öffnung der Hochschulen für Studieninteressierte ohne Abitur oder Fachhochschulreife haben Effekte auf die Studierendenzahlen.

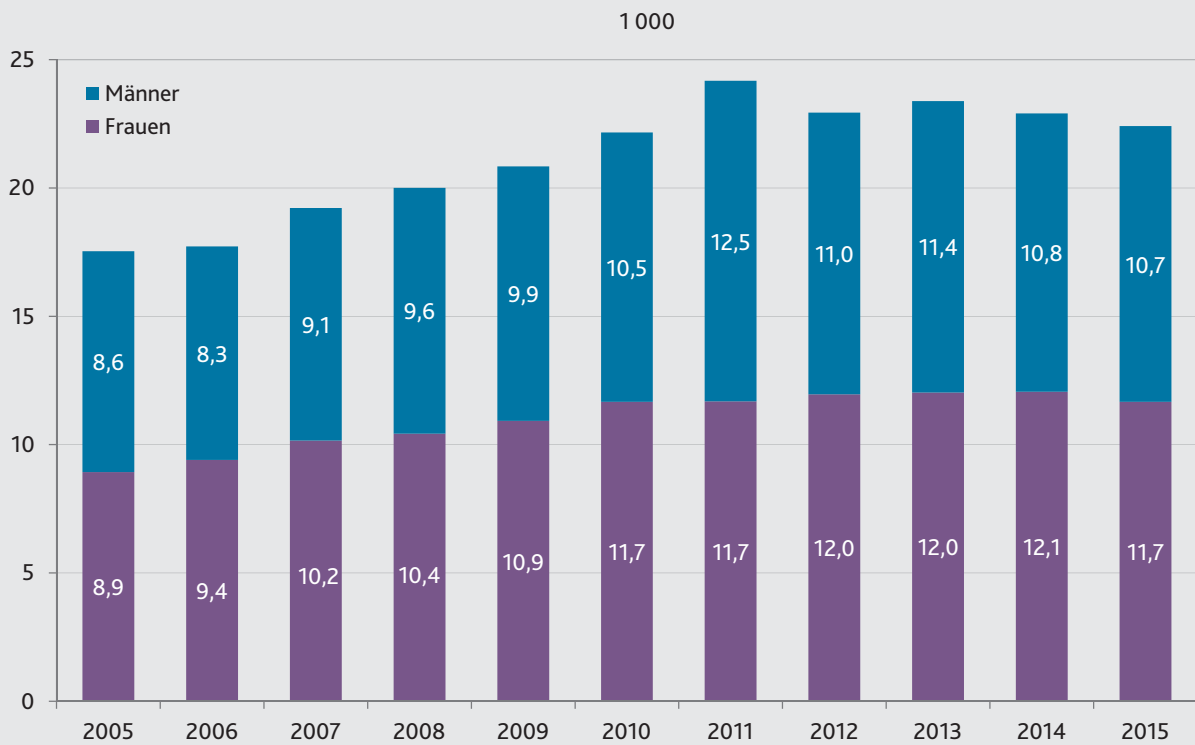
Bisher lag der Fokus der bildungspolitischen Diskussion auf der Förderung der Beteiligung von Frauen an der Hochschulbildung, beispielsweise durch die Etablierung eines Girls' Day und ausgewählter Projekte zur Interessenförderung an naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen.¹ Doch inzwischen studieren mehr junge Frauen als Männer an den rheinland-pfälzischen Hochschulen. In neueren Stellungnahmen der Europäischen Kultusministerkonferenz wird dieser Sachverhalt berücksichtigt und insbesondere Ziele der Geschlechtergleichbehandlung und einer fächerdifferenzierten Förderung beider Geschlechter betont.²

¹ Kultusministerkonferenz: Nationale Strategien zur Sozialen Dimension des Bologna-Prozesses. Berlin 2007.

² European Higher Education Area (EHEA): Yerevan Communiqué. EHEA Ministerial Conference in Yerevan 2015.

5.1 Hochschulen

G 62 Studienanfänger/-innen an Hochschulen 2005–2015 nach Geschlecht



Quelle: Studierendenstatistik

Weniger 18- bis 20-Jährige in Rheinland-Pfalz: weniger Studienanfängerinnen und -anfänger

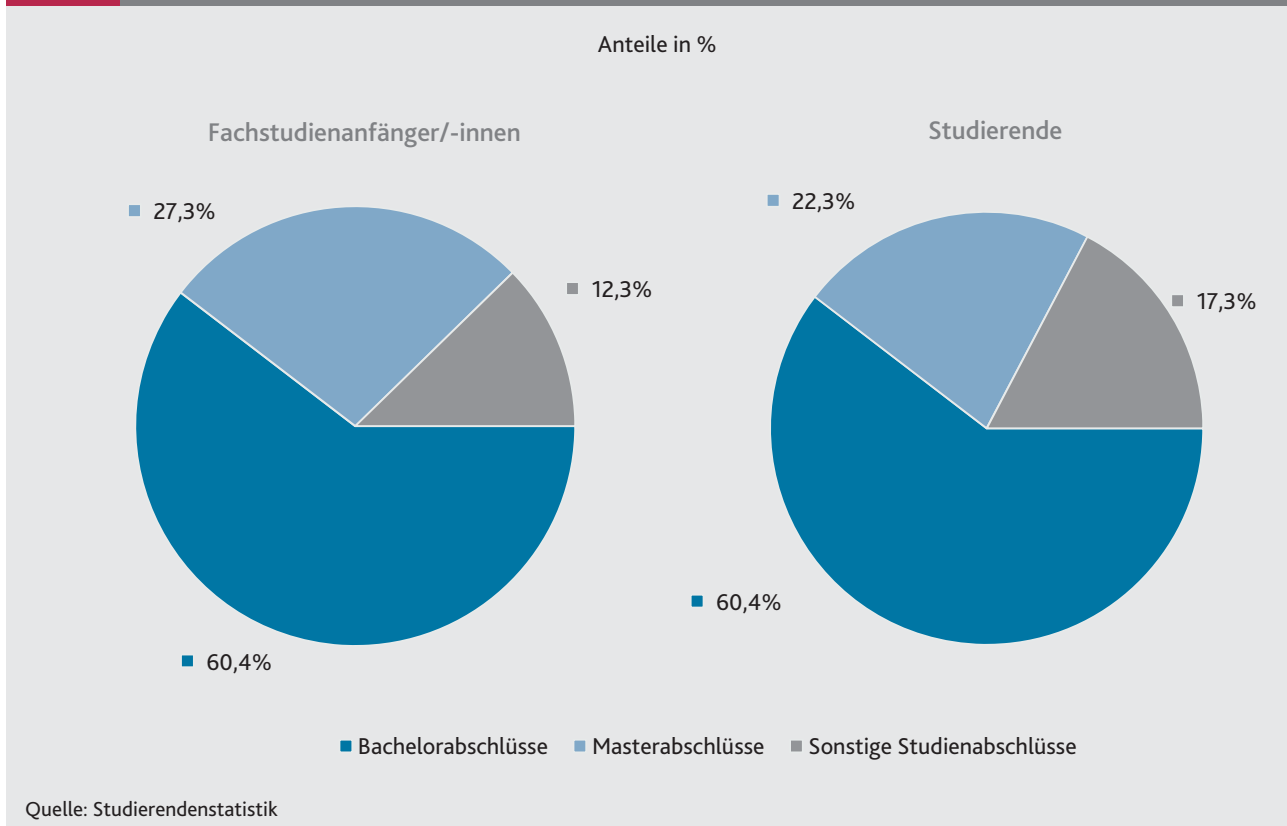
Rund 22 400 junge Frauen und Männer haben 2015 ihr Studium an einer Hochschule oder Universität in Rheinland-Pfalz begonnen. Damit hat sich der Trend leicht rückläufiger Zahlen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger seit 2011 fortgesetzt.

Im Jahr 2011 konnte mit gut 24 200 Studienanfängerinnen und Studienanfängern der bisherige Höchststand erreicht werden. Dies war jedoch im Wesentlichen auf den Beschluss des Bundestags zurückzuführen, die Wehrpflicht ab dem 1. Juli 2011 auszusetzen.³ Dies zeigt sich insbesondere bei der genderdifferenzierten Betrachtung der Daten. Während die Zahl der Studienanfängerinnen 2011 nahezu stagnierte, ist die Zahl der jungen Männer, die ein Studium begonnen haben, um 19 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010 gestiegen. Dementsprechend ist auch der Einbruch der Studierendenzahlen im Jahr 2012 zu erklären: In diesem Jahr blieben die jungen Männer nach Ableistung der Wehrpflicht aus.

Aufgrund der durch das Aussetzen der Wehrpflicht bedingten Einflüsse auf die Entwicklung der Studierendenzahlen, kann erst ab dem Jahr 2013 eine rückläufige Entwicklung der Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger eindeutig identifiziert werden. Seither ist die Zahl um rund 1 000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger zurückgegangen. Neu ist, dass zum Jahr 2015 auch die Frauen von einem Rückgang betroffen sind (–3 Prozent). Der Rückgang – sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen – begründet sich im Wesentlichen durch den demografischen Wandel: Die Zahl der 18- bis 20-Jährigen in Rheinland-Pfalz nimmt seit Jahren kontinuierlich ab.

³ Deutscher Bundestag: Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen. Berlin 2011.

G 63 Fachstudienanfänger/-innen und Studierende an Hochschulen 2015 nach angestrebtem Abschluss



Trotz Master und Bachelor: Staatsexamen, Diplom und Magister noch immer im Angebot

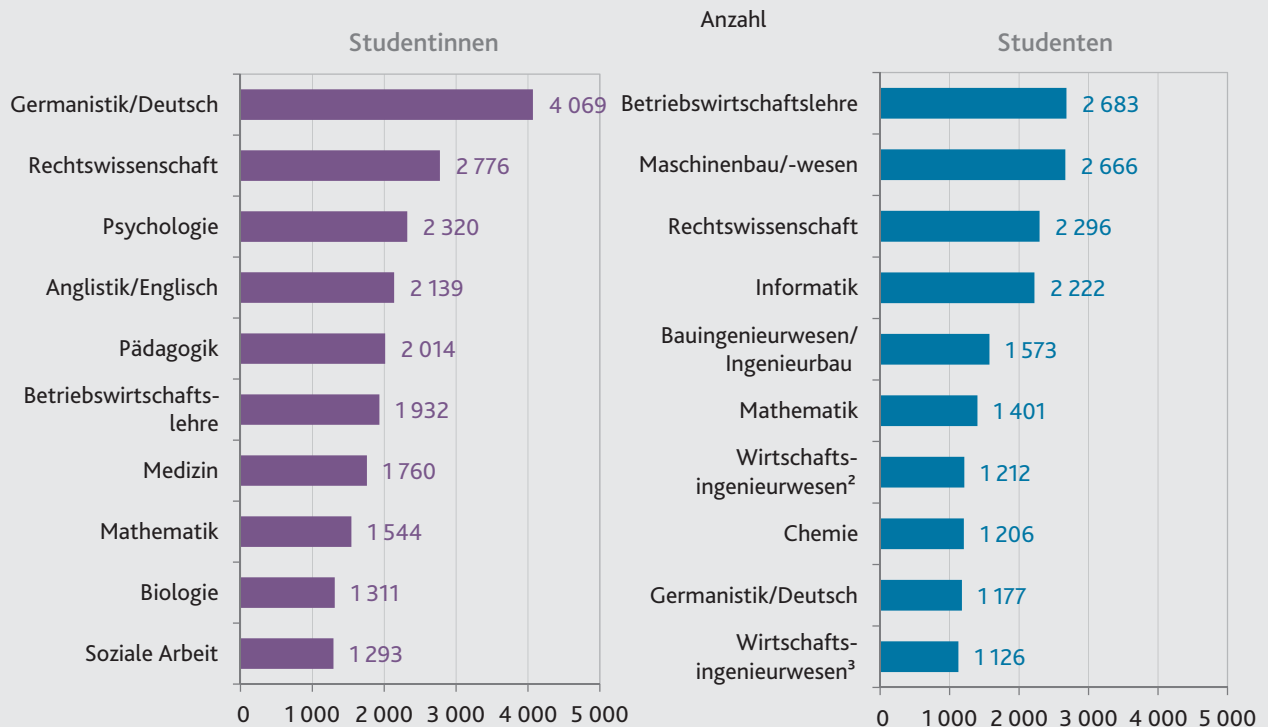
Infolge der Bologna-Erklärung ist mittlerweile die Mehrzahl der Studiengänge auf ein zweistufiges System aus Bachelor- und Masterstudium umgestellt. Im Vergleich zu den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2014, von denen 77 Prozent einen Bachelor- oder Masterabschluss erlangt haben, waren 2015 in Rheinland-Pfalz 88 Prozent aller Fachstudienanfängerinnen und -anfänger in einen Bachelor- oder Masterstudiengang eingeschrieben. Auch der Anteil der Studierenden mit dem Ziel eines „klassischen“ Abschlusses („Sonstige Studienabschlüsse“) nimmt ab und liegt derzeit nur noch bei 17 Prozent.

Nicht umgestellt wurden an den Hochschulen vor allem jene Studiengänge, die zum Staatsexamen, insbesondere in den Studienbereichen Rechtswissenschaft, Human- und Zahnmedizin sowie Pharmazie, oder zum Magisterabschluss führen, beispielsweise in der Theologie. Auffallend ist, dass nach wie vor ausgewählte Diplomstudiengänge an einigen Hochschulen in Rheinland-Pfalz angeboten werden. Dies begründet sich mit dem nach wie vor hohen Status des Diplomabschlusses im In- und Ausland, insbesondere in den Ingenieurfächern. Die TU9, also die neun führenden Technischen Universitäten und Hochschulen in Deutschland, bekräftigen seit 2010 die Forderung der Wiedereinführung und Anerkennung der Diplomabschlüsse.⁴ Viele Technische Hochschulen haben in der Folge Diplomstudiengänge fort- oder sogar wiedereingeführt. Anhand der verbleibenden Studiengänge mit den Abschlüssen Diplom, Magister oder Staatsexamen erklären sich die 17 Prozent der Studierenden in Studiengängen, die keinen Bachelor- oder Masterabschluss anstreben.

⁴ TU9 German Institutes of Technology: „Bologna-Reform und Dipl.-Ing. sind vereinbar“, Pressemitteilung vom 17.04.2010.

5.1 Hochschulen

G 64 Studierende in den zehn am stärksten besetzten Studienfächern¹ an Hochschulen 2015 nach Geschlecht



¹ Erstes Studienfach. – ² Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt. – ³ Mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt.
Quelle: Studierendenstatistik

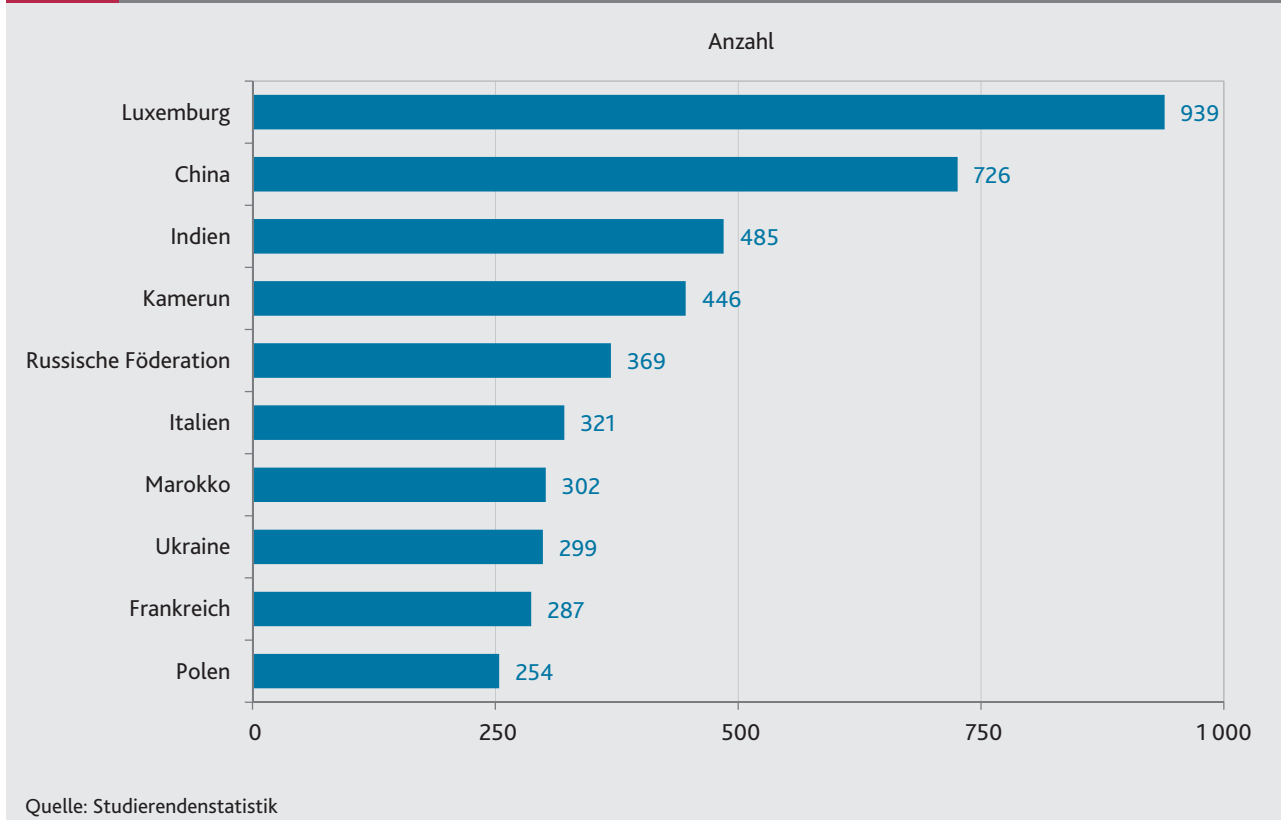
Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Studienfachwahl

Nach wie vor hat die Studienfachwahl, insbesondere in den Studiengängen der Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – die sogenannten MINT-Fächer – in der hochschul- und bildungspolitischen Diskussion einen hohen Stellenwert. Dies begründet sich in der weitreichenden Bedeutung naturwissenschaftlich und technisch hochqualifizierter Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Fachkräfte sowie Akademikerinnen und Akademiker mit naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzen tragen in einem hohen Maß zur Innovationskraft von Unternehmen und ganzen Branchen bei.⁵ Entsprechend hoch ist der Bedarf an MINT-Fachkräften.

Der Anteil der weiblichen Studierenden in den MINT-Fächern ist nach wie vor gering: In Rheinland-Pfalz ist nur etwa jede fünfte Studentin in ein MINT-Fach eingeschrieben. Deutlich beliebter sind unter den jungen Frauen geistes-, sozial- und rechtswissenschaftliche Fächer. Mit rund 4 100 Frauen waren im Wintersemester 2015/16 die meisten Studentinnen in das Fach Germanistik/Deutsch eingeschrieben, gefolgt von den Fächern Rechtswissenschaft (rund 2 800), Psychologie (2 300), Anglistik/Englisch (2 100) und Pädagogik (2 000). Bei den jungen Männern standen hingegen Betriebswirtschaft (2 700), Maschinenbau bzw. Maschinenwesen (2 700), Rechtswissenschaft (2 300), Informatik (2 200) und Bauingenieurwesen (1 600) an der Spitze der meistgewählten Studienfächer. In den zehn am häufigsten gewählten Studienfächern stehen bei Männern sieben MINT-Fächer, während bei Frauen lediglich Mathematik und Biologie, also klassische Lehramtsfächer, in der Spitzengruppe vertreten sind.

⁵ Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW): MINT-Herbstreport 2013. Erfolge bei Akademisierung sichern. Herausforderungen bei beruflicher Bildung aufnehmen. Köln 2013.

G 65 Bildungsausländer/-innen an Hochschulen 2015 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern



Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer leicht gesunken

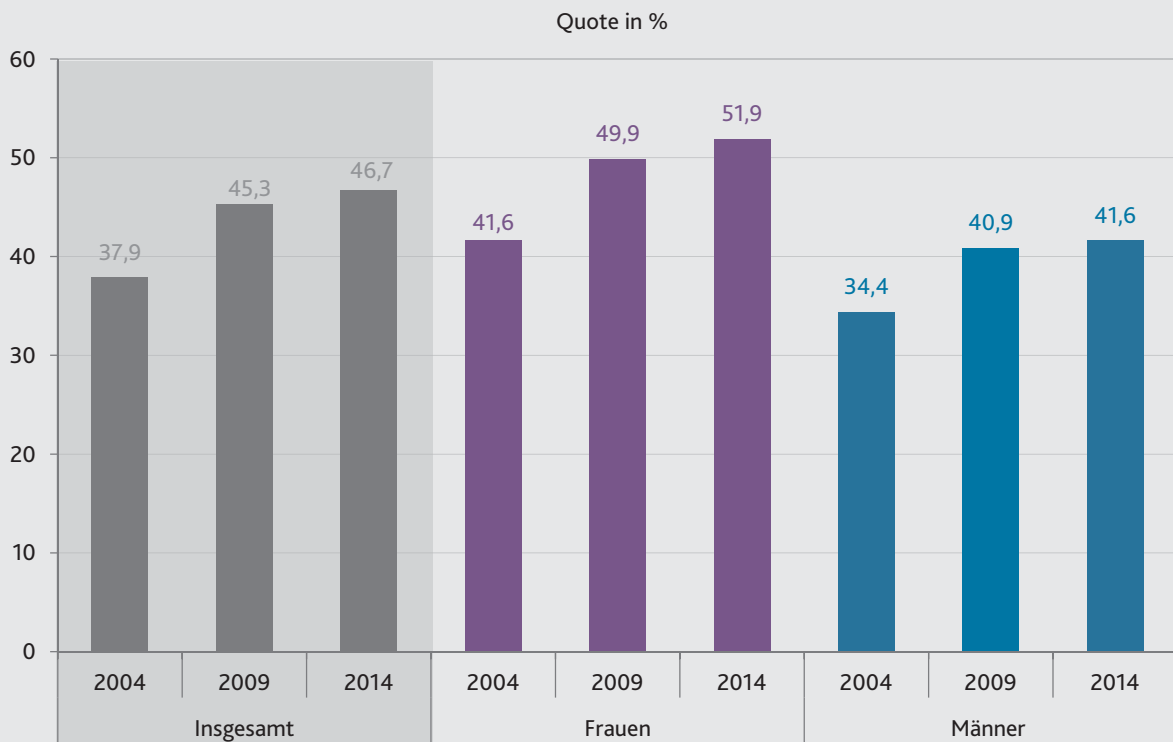
Als „Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer“ werden Studierende bezeichnet, die nicht deutsche Staatsangehörige sind und im Ausland ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben. Ihr Anteil gibt einen Hinweis dahingehend, inwieweit rheinland-pfälzische Hochschulen im internationalen Kontext für Studieninteressierte und Studierende aus dem Ausland attraktiv sind. Im Zeitverlauf zeigt sich für Rheinland-Pfalz, dass der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden von neun Prozent im Wintersemester 2004/05 auf sieben Prozent im Wintersemester 2014/15 gesunken ist.

Unter den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern stellten die Studierenden mit luxemburgischer (939), chinesischer (726), indischer (485) und kamerunischer (446) Staatsangehörigkeit die größten Gruppen. Studierende aus China und Indien sind im deutschlandweiten Vergleich auch unter den größten Gruppen der Bildungsausländerinnen und -ausländer an Hochschulen zu finden und die große Zahl der Studierenden aus Luxemburg ergibt sich durch die geografische Nähe. Dass jedoch die Studierenden aus Kamerun die drittgrößte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer ausmachen, ist erklärungsbedürftig. In Kamerun besteht ein zweisprachiges franko- und anglofones Bildungssystem. Von Bedeutung ist jedoch, dass Deutsch häufig als Fremdsprache unterrichtet wird. Nach einer Studie des Auswärtigen Amtes ist Kamerun das Land mit den meisten Deutschlernenden in ganz Afrika (229 200 Deutschlernende im Jahr 2015).⁶ Durch die sprachliche Grundlage ist ein Studium in Deutschland naheliegend.

⁶ Auswärtiges Amt: Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2015. Berlin 2015.

5.1 Hochschulen

G 66 Studienberechtigtenquote an Hochschulen 2004–2014 nach Geschlecht



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen, Bevölkerungsfortschreibung

Studienberechtigtenquote bei Frauen höher als bei Männern

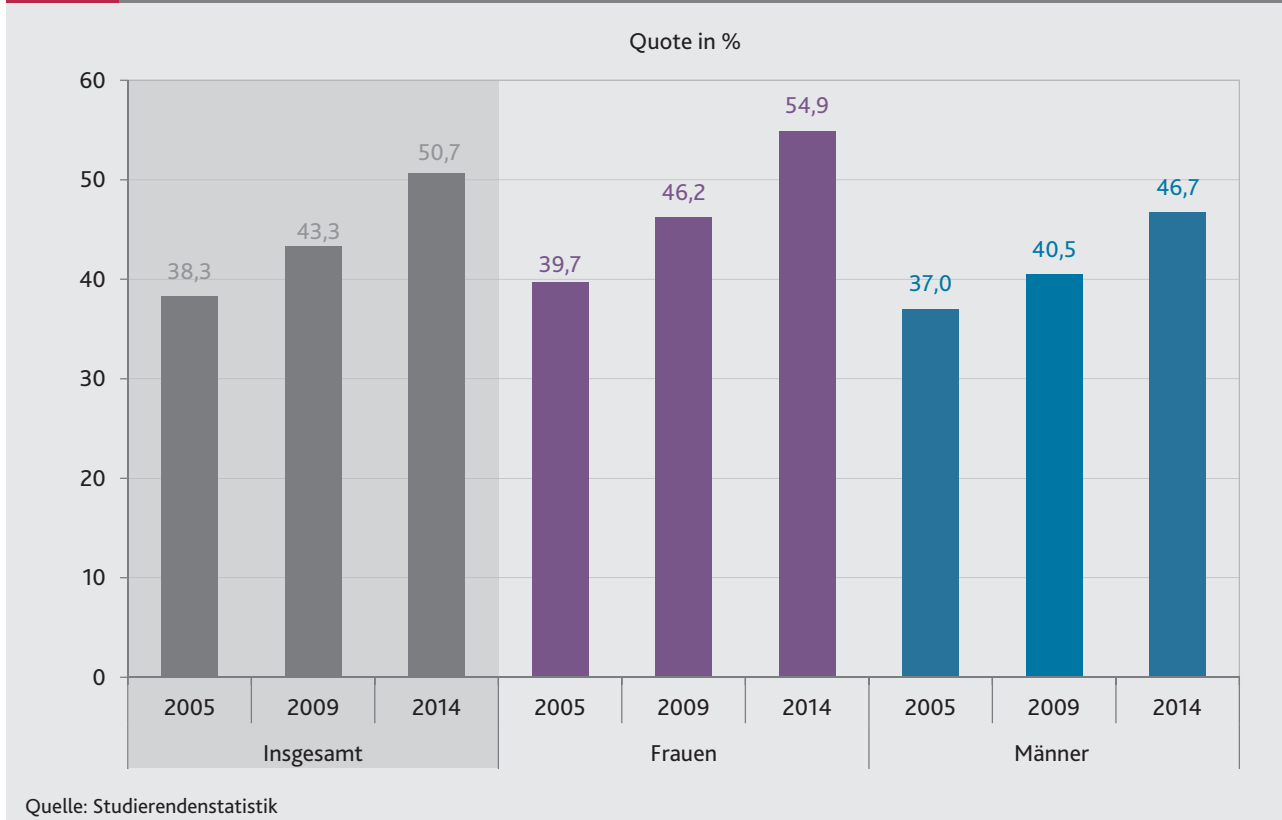
Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes, lag 2014 in Rheinland-Pfalz bei 47 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren weniger als 38 Prozent berechtigt, ein Studium an einer Hochschule aufzunehmen. Der Trend zur Höherqualifizierung ist offensichtlich: Ein stetig steigender Anteil junger Erwachsener erreicht eine Hochschulzugangsberechtigung.

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der wachsenden Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften gab der Wissenschaftsrat bereits im Jahr 2006 eine Studienberechtigtenquote von 50 Prozent als Ziel aus.⁷ Die empfohlene Studienberechtigtenquote wurde im Jahr 2014 in Rheinland-Pfalz mit knapp 47 Prozent nicht erreicht. In den letzten fünf Jahren wurde zudem ein etwas schwächerer Anstieg wie in den Jahren zuvor verzeichnet. Dies resultiert allerdings aus einer Änderung des Berechnungsverfahrens. So werden entsprechend den Vorgaben der Kultusministerkonferenz seit dem Jahr 2013 Schülerinnen und Schüler, die ausschließlich mit dem schulischen Teil der Fachhochschulreife abgehen, nicht mehr – wie in den Vorjahren – zu den Studienberechtigten gezählt.

Die Studienberechtigtenquote der Frauen lag 2014 mit rund 52 Prozent deutlich über der Quote der Männer mit rund 42 Prozent. Dies verdeutlicht genderspezifische Disparitäten, die bereits im Schulsystem ihre Ursache haben. Wesentlich mehr Schülerinnen verteilen sich auf eine hochschulqualifizierende Schulform als männliche Jugendliche.

⁷ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin 2006.

G 67 Studienanfängerquote an Hochschulen 2005–2014 nach Geschlecht



Jede bzw. jeder Zweite beginnt ein Studium

Die Studienanfängerquote am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz, also der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger in Rheinland-Pfalz an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes, lag 2014 bei 50,7 Prozent und somit nur knapp unter dem bisherigen Höchstwert von 50,9 Prozent aus dem Vorjahr. Im Jahr 2009 lag diese Quote noch bei rund 43 Prozent. Der vom Wissenschaftsrat angestrebte Wert von 40 Prozent wurde damit in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren nicht nur erfüllt, sondern sogar deutlich überschritten.⁸

Auffällig ist, dass die Studienanfängerquote insbesondere von Frauen kontinuierlich und deutlich steigt. So lag diese 2005, dem ersten dargestellten Jahr, in dem diese Quote berechnet wurde, bei rund 40 Prozent, 2009 bereits bei 46 Prozent und 2014 bei knapp 55 Prozent. Dies spricht für erfolgreiche Maßnahmen zur Förderung junger Frauen. Aber auch die Studienanfängerquote von Männern hat in den letzten Jahren deutlich zugelegt: Während 2009 lediglich 41 Prozent der jungen Männer ein Studium aufgenommen haben, waren es 2014 bereits 47 Prozent.

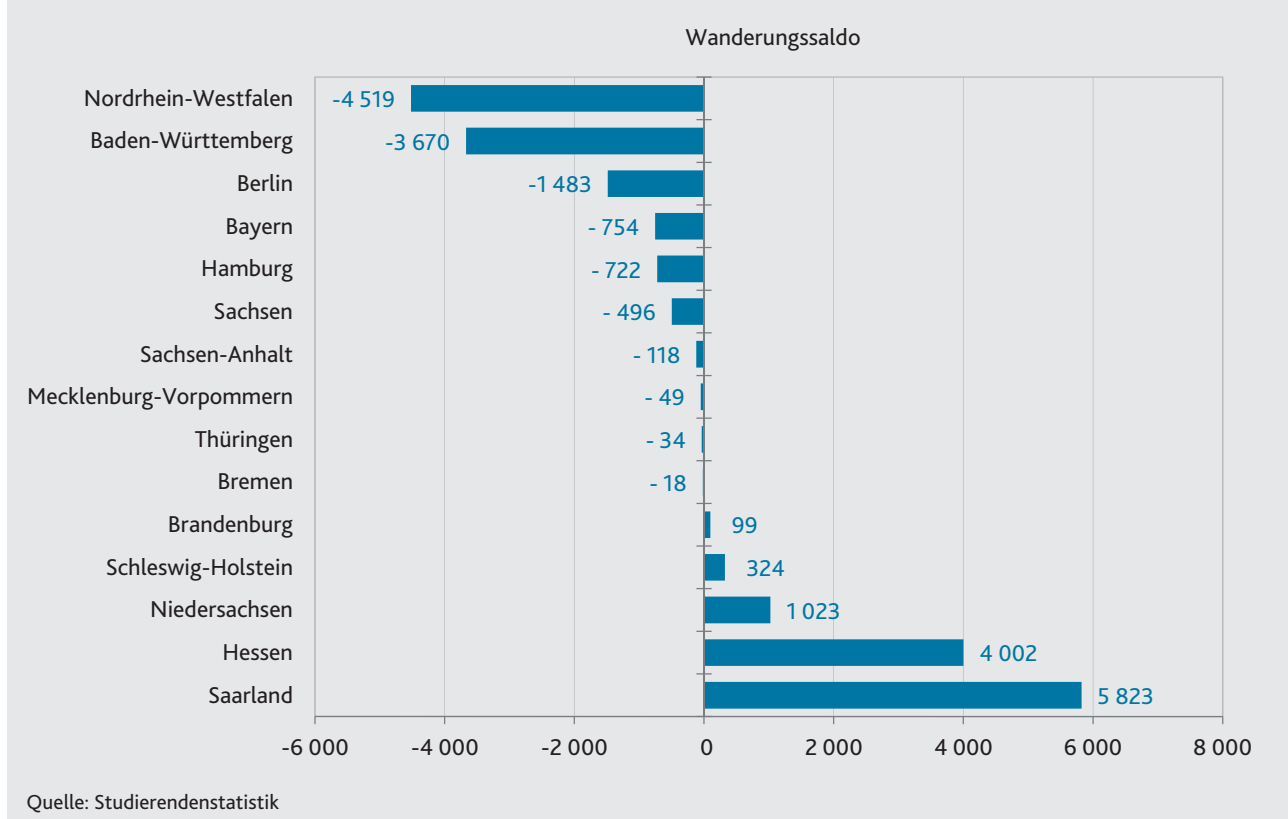
Von denjenigen, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangt haben, begannen 2014 insgesamt 43 Prozent ein Studium an einer Hochschule in Deutschland. Verglichen mit dem Jahr 2009 ist das ein Anstieg von rund acht Prozentpunkten. Der Anstieg seit 2009 ist sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern gleichermaßen festzustellen.

⁸ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin 2006.

5.1 Hochschulen

G 68

Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2014/15

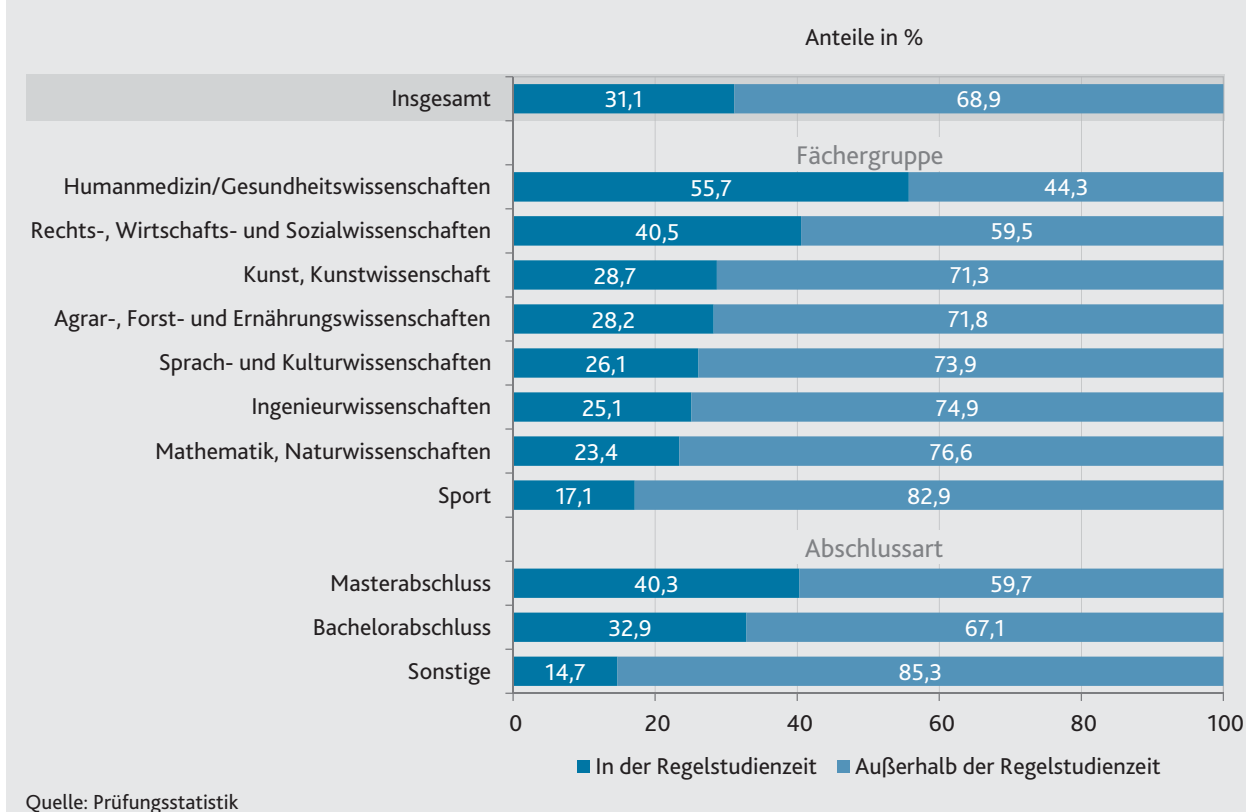


Negativer Studierendenwanderungssaldo

Für Schulabsolventinnen und -absolventen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in angrenzenden Bundesländern erlangt haben, sind die Hochschulen und Universitäten in Rheinland-Pfalz durchaus attraktiv. Im Wintersemester 2014/15 waren mehr als 55 Prozent der Studierenden in Rheinland-Pfalz keine „Landeskinder“, sondern Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland. Umgekehrt gehen auch junge Männer und Frauen, die in Rheinland-Pfalz ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, für ihr Studium in andere Bundesländer.

Der sogenannte Wanderungssaldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und der in andere Bundesländer abgewanderten Studienberechtigten. Der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo ist im Wintersemester 2014/15 erstmals seit Jahren negativ ausgefallen, das heißt, es kamen weniger Studierende aus anderen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz als rheinland-pfälzische Studienberechtigten in andere Bundesländer abgewandert sind. Insgesamt ist ein Minus von 592 jungen Männern und Frauen mit akademischen Ambitionen zu verzeichnen. Während zum Wintersemester 2014/15 im Wesentlichen Studierende aus den Bundesländern Saarland (5 823) und Hessen (4 002) nach Rheinland-Pfalz kamen, sind rheinland-pfälzische Studienberechtigten insbesondere nach Nordrhein-Westfalen (4 519) und Baden-Württemberg (3 670) abgewandert.

G 69 Hochschulabsolventen/-innen in der Regelstudienzeit 2014 nach Fächergruppen und Abschlussarten



Jede bzw. jeder Dritte schließt Studium in der Regelstudienzeit ab

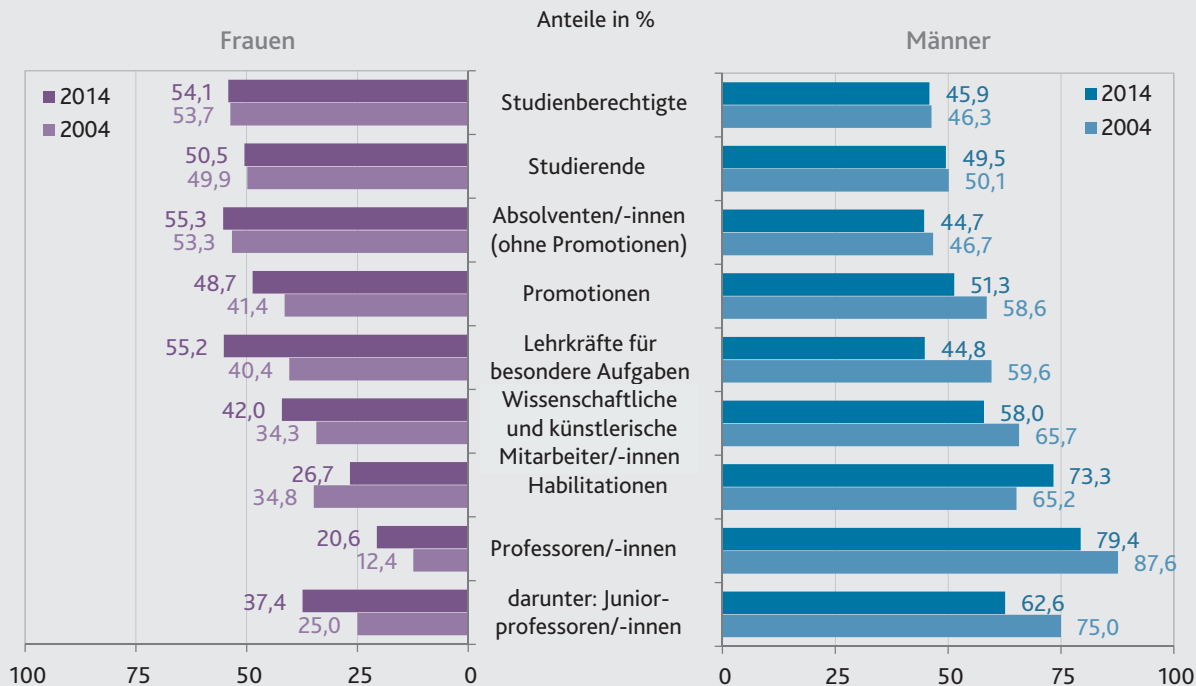
Nur einer Minderheit der Studierenden gelingt es, ihre akademische Ausbildung im Rahmen der Regelstudienzeit abzuschließen. Im Jahr 2014 erreichten lediglich drei von zehn Studierenden ihren Abschluss innerhalb der Zeit, die in der Studienordnung vorgesehen ist. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Fächergruppen. Am seltensten erreichten Studierende der Fächergruppen „Sport“ (17 Prozent) und „Mathematik, Naturwissenschaften“ (23 Prozent) den Abschluss in der Regelstudienzeit, am häufigsten jene der Fächergruppen „Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften“ (56 Prozent) und „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (41 Prozent). Auch zwischen den Abschlussarten lassen sich Unterschiede erkennen. Während der Bachelorabschluss lediglich von 33 Prozent der Studierenden in der Regelstudienzeit erreicht wird, sind es beim Masterstudiengang über 40 Prozent der Studierenden, welche die Regelstudienzeit einhalten. Auffällig ist, dass in den sonstigen Studiengängen, die in der Regel zu Diplom- und Magisterabschlüssen sowie zum Staatsexamen führen, die Regelstudienzeit von nur jeder bzw. jedem Siebten eingehalten wird.

Wie effektiv die Hochschulen ihre Studierenden zum Hochschulabschluss führen, zeigt sich an der sogenannten Erfolgsquote. Die Erfolgsquote beschreibt den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger eines bestimmten Studienjahres (hier: 2005), die ihr Studium bis zum Berichtsjahr (hier: 2014) abgeschlossen haben, an allen Studienanfängerinnen und -anfängern dieses Studienjahres. Anhand der Berechnungen des Statistischen Bundesamts zeigt sich, dass drei von vier Studierenden in Rheinland-Pfalz (76 Prozent) ein Studium erfolgreich abschließen konnten.⁹

⁹ Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Erfolgsquoten 2014. Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2002 bis 2006. Wiesbaden 2016.

5.1 Hochschulen

G 70 Personengruppen an Hochschulen 2004 und 2014¹ nach Geschlecht



¹ Studienberechtigte und Personal: Kalenderjahr 2014; Absolventen/-innen: Prüfungsjahr 2014; Studierende: Wintersemester 2014/15.
Quelle: Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik, Personalstatistik, Habilitationsstatistik

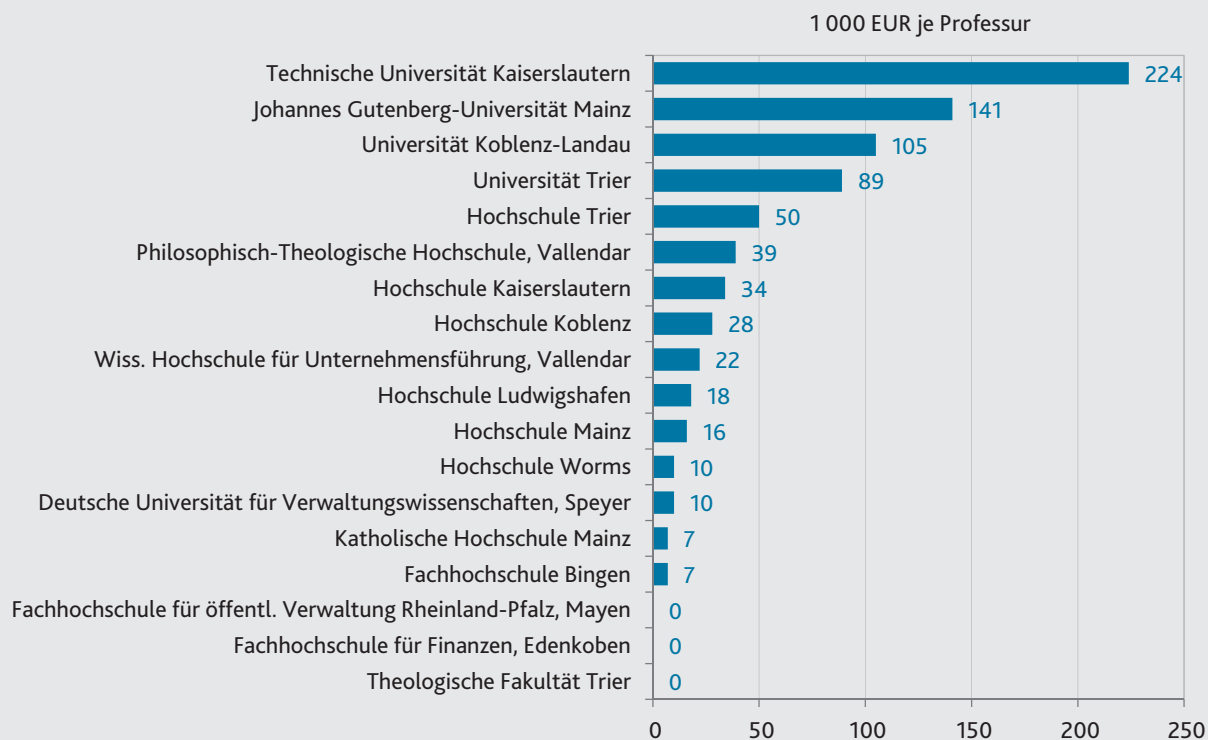
Geschlechterspezifische Disparitäten in Studium und wissenschaftlicher Karriere

Im tertiären Bildungssektor zeigten sich geschlechterspezifische Disparitäten besonders deutlich. Während Frauen bei den Studienberechtigten (54 Prozent), den Studierenden (51 Prozent) und Absolventen (55 Prozent) in der Mehrzahl waren, nahm der Frauenanteil in den nachfolgenden Gruppen mit zunehmendem gesellschaftlichem Status kontinuierlich ab. Bei den Promotionen lag der Frauenanteil bei 49 Prozent, bei den künstlerischen und wissenschaftlichen Mitarbeitenden nur noch bei 42 Prozent und bei den Professuren lediglich bei 21 Prozent. Kurz gesagt, im tertiären Bildungswesen gilt: je höher die Statusgruppe, desto geringer der Frauenanteil.

Ausnahme bildeten die Juniorprofessuren, von denen zwar nur 37 Prozent von einer Frau besetzt wurden, deren Anteil jedoch höher war als bei den qualifikationsbezogen vergleichbaren Habilitationen, von denen nur rund jede vierte von einer Frau abgeschlossen wurde. Die Juniorprofessur, die seit der Änderung des Hochschulgesetzes von 2003 als Nachfolgemodell der Assistenten- und Dozentenlaufbahn und insbesondere als Alternative zur Habilitation eingeführt wurde, öffnet damit – zumindest in einem ersten Schritt – mehr Frauen den Weg in die Hochschulkarriere.

Im Vergleich der Jahre 2004 und 2014 zeigte sich jedoch eine zunehmend positive Entwicklung der geschlechterspezifischen Verteilung, auch wenn lange noch nicht von Gleichheit gesprochen werden kann. In nahezu allen Bereichen hat der Frauenanteil zugelegt, mit Ausnahme der Habilitationen (–8 Prozentpunkte). Am stärksten hat der Frauenanteil bei der Besetzung von Juniorprofessuren zugenommen (+12 Prozentpunkte).

G 71 Drittmittelleinnahmen an Hochschulen 2014



Nachrichtlich: 770 Tsd. EUR je Professur an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
Quelle: Hochschulfinanzstatistik

Heterogene Rahmenbedingungen führen zu Unterschieden in der Drittmittelinwerbung

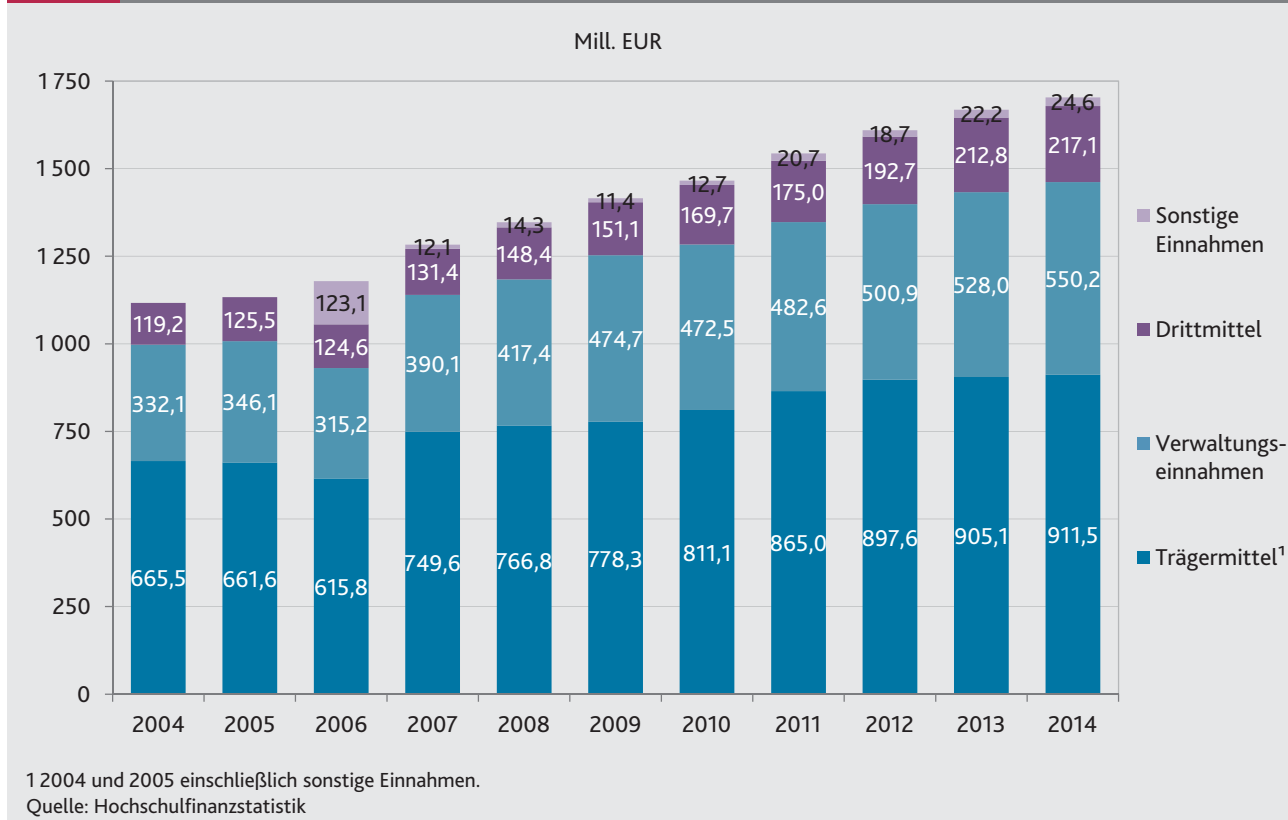
Die Bedeutung von Drittmittelinwerbungen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Aus der Berechtigung, drittmittelfinanzierte Forschungsvorhaben durchzuführen, ist mehr und mehr eine unumgängliche Pflicht geworden, um eine finanzielle Unterstützung für Forschungsvorhaben zu erhalten. Das Maß an Drittmittelinwerbung wird zudem immer häufiger als Bewertungskriterium der Reputation von Forscherinnen und Forscher herangezogen. Dabei sind die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Einwerbung von Drittmitteln äußerst heterogen. Personelle Grundausstattung, Hochschulart, Fachrichtung, Hochschulkultur, Lehrdeputate, Trägerschaft usw. nehmen Einfluss auf die Motivation und Möglichkeiten, Forschungsprojekte zu entwickeln und Drittmittel einzuwerben.

Die Professorinnen bzw. Professoren der Universitätsmedizin warben in Rheinland-Pfalz im Jahr 2014 mit durchschnittlich rund 770 000 Euro die höchsten Drittmittelleinnahmen ein. Mit deutlichem Abstand folgen die Professuren und Lehrstühle der Technischen Universität Kaiserslautern, die etwa 224 000 Euro die zweithöchsten Drittmittelleinnahmen vorwiesen. Bei den Fachhochschulen errang die Hochschule Trier mit durchschnittlich rund 50 000 Euro je Professorin und Professor die meisten Drittmittelleinnahmen.

Auffällig ist, dass die Professorinnen und Professoren an Universitäten meist deutlich mehr Drittmittel einwarben als ihre Kolleginnen und Kollegen an Hochschulen. Historisch gewachsene Forschungskulturen an Universitäten, unterschiedliche Lehrdeputate und verschiedene Bildungsfunktionen verdeutlichen die heterogenen Rahmenbedingungen und bedingen die Unterschiede der Drittmittelinwerbung zwischen den Hochschulinstitutionen.

5.1 Hochschulen

G 72 Einnahmen der Hochschulen 2004–2014 nach Einnahmearten

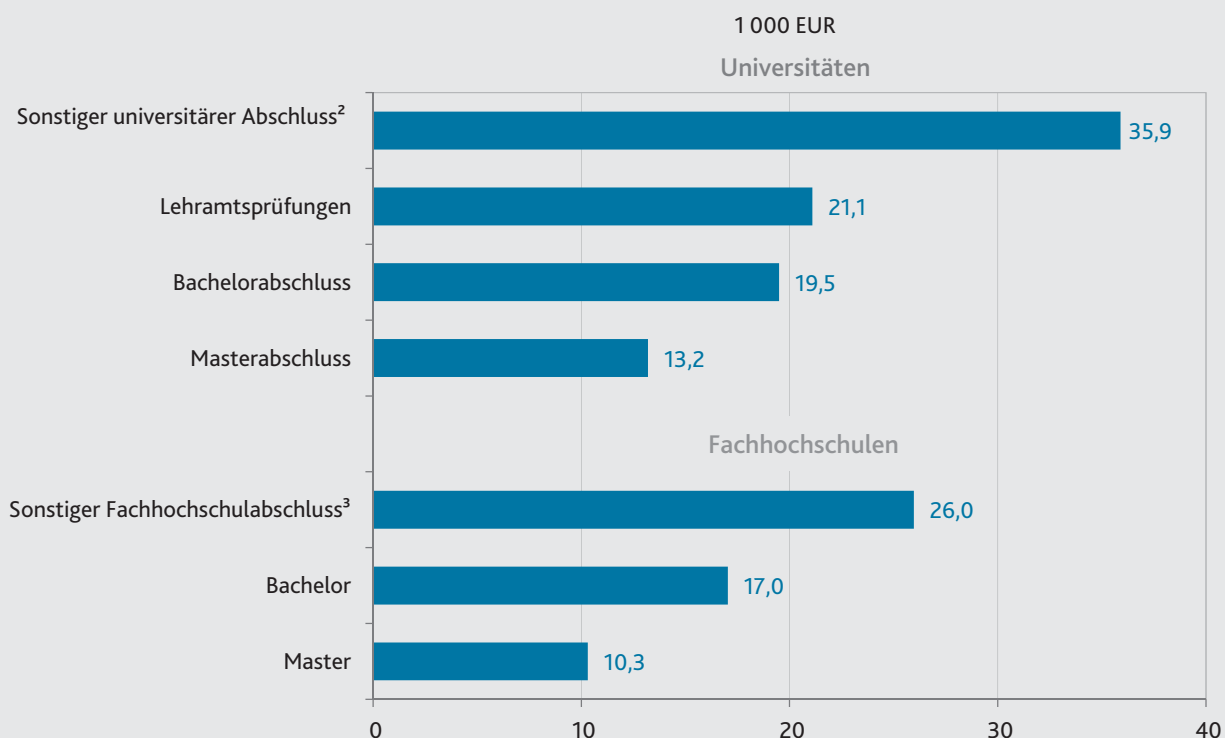


Drittmittelleinnahmen zunehmend bedeutsamer in der Hochschulfinanzierung

Hochschulen und Universitäten finanzieren sich über unterschiedliche Einnahmearten wie Trägermittel, Verwaltungseinnahmen, Drittmittel oder sonstige Einnahmen. Trägermittel sind jene Grundmittel, die durch den Hochschulträger zur Verfügung gestellt werden. Diese waren mit 912 Millionen Euro im Jahr 2014 der größte Einnahmeposten der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Die sogenannten Verwaltungseinnahmen (550 Millionen Euro 2014) sind in der Regel von den Hochschulen erwirtschaftete Mittel, beispielsweise aus Krankenbehandlungen in Universitätskliniken oder aus Veröffentlichungen. Neben den Verwaltungseinnahmen und den Trägermitteln können Hochschulen auch Einnahmen über Drittmittel generieren. Drittmittel, die mit 217 Millionen rund 13 Prozent der Hochschulfinanzierung im Jahr 2014 ausgemacht haben, sind zusätzlich eingeworbene Mittel zur Förderung der Forschung, des wissenschaftlichen Nachwuchses, des Transfers zwischen Wissenschaft und Praxis sowie der Qualität der Lehre.

Alle Einnahmearten haben in den letzten Jahren zugenommen, jedoch in unterschiedlichem Umfang. Die Summe der Drittmittel stieg zwischen 2004 und 2014 von 119 Millionen Euro auf 217 Millionen Euro und ihr Anteil nahm um zwei Prozentpunkte zu. Rückläufig war der Anteil der Träger- bzw. Grundmittel. Die Trägermittel stiegen zwischen 2004 und 2014 insgesamt zwar um 246 Millionen Euro (37 Prozent), verloren aber gleichzeitig sechs Prozentpunkte am Anteil an der gesamten Hochschulfinanzierung in Rheinland-Pfalz.

Die hohe Auszeichnung der sonstigen Einnahmen im Jahr 2006 ist darauf zurückzuführen, dass die erstmalige Differenzierung nach Verwaltungseinnahmen, Trägermittel und sonstigen Einnahmen noch mit Erfassungsunsicherheiten verbunden waren.

G 73 Laufende Ausgaben für ein Studium 2013 nach ausgewählten Prüfungsgruppen¹

¹ In der durchschnittlichen Fachstudiendauer. – ² Ohne Lehramtsprüfungen, sowie ohne Bachelor und Master. – ³ Ohne Bachelor und Master.
Quelle: Studierendendatenstatistik, Personalstatistik

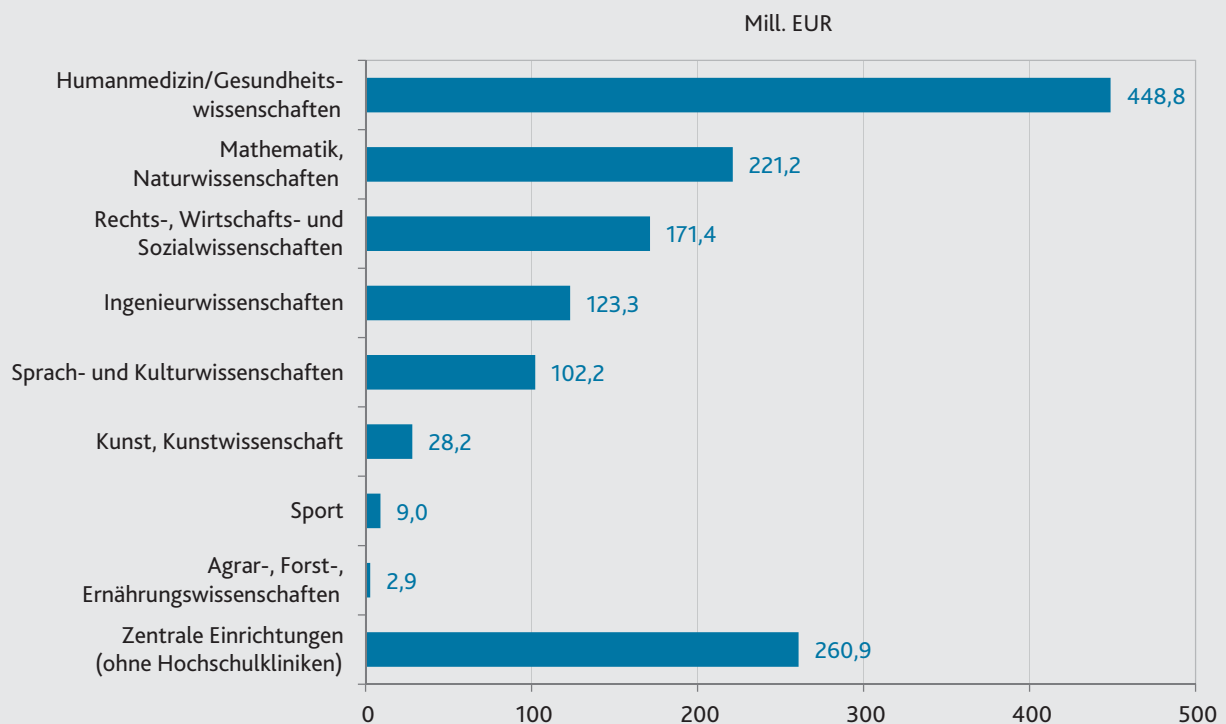
126 800 Euro für ein Medizinstudium – 10 300 Euro für einen FH-Bachelorabschluss

Die Finanzierung einer akademischen Ausbildung ist teuer, und zwar nicht nur für die Studierenden, sondern auch für Bund und Länder. Ein akademisches Studium bedarf qualifizierter Dozentinnen und Dozenten, ausreichender Räumlichkeiten und einer technischen, fachlichen und organisatorischen Infrastruktur sowie eines professionellen Management- und Verwaltungssystems. Anhand der durchschnittlichen Studienzeiten und der laufenden Ausgaben für Forschung und Lehre pro Studierender bzw. Studierendem lässt sich errechnen, wie hoch die Ausgaben für ein vollständiges Studium sind.

Die laufenden Ausgaben für ein Bachelorstudium summierten sich in Rheinland-Pfalz auf bis zu 19 500 Euro und für ein Masterstudium auf bis zu 13 200 Euro. Mit rund 10 300 Euro fielen Bachelorabschlüsse an Fachhochschulen am günstigsten aus. Die akademische Ausbildung der Lehrkräfte belief sich auf 21 100 Euro. Klassische Studienabschlüsse, die beispielsweise zum Diplom- oder Magisterabschluss führten, waren mit 35 900 Euro an der Universität bzw. 26 000 an der Fachhochschule deutlich teurer. Am teuersten waren Abschlüsse an medizinischen Einrichtungen: Auf 126 800 Euro beliefen sich die Ausgaben bis zum Abschluss, der im Schnitt nach etwa sechs Jahren – und damit deutschlandweit am schnellsten – erreicht wurde.

5.1 Hochschulen

G 74 Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen 2014 nach Fächergruppen



Nachrichtlich: Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin): Jahr 2014 = 188 Mill. EUR.
Quelle: Hochschulfinanzstatistik

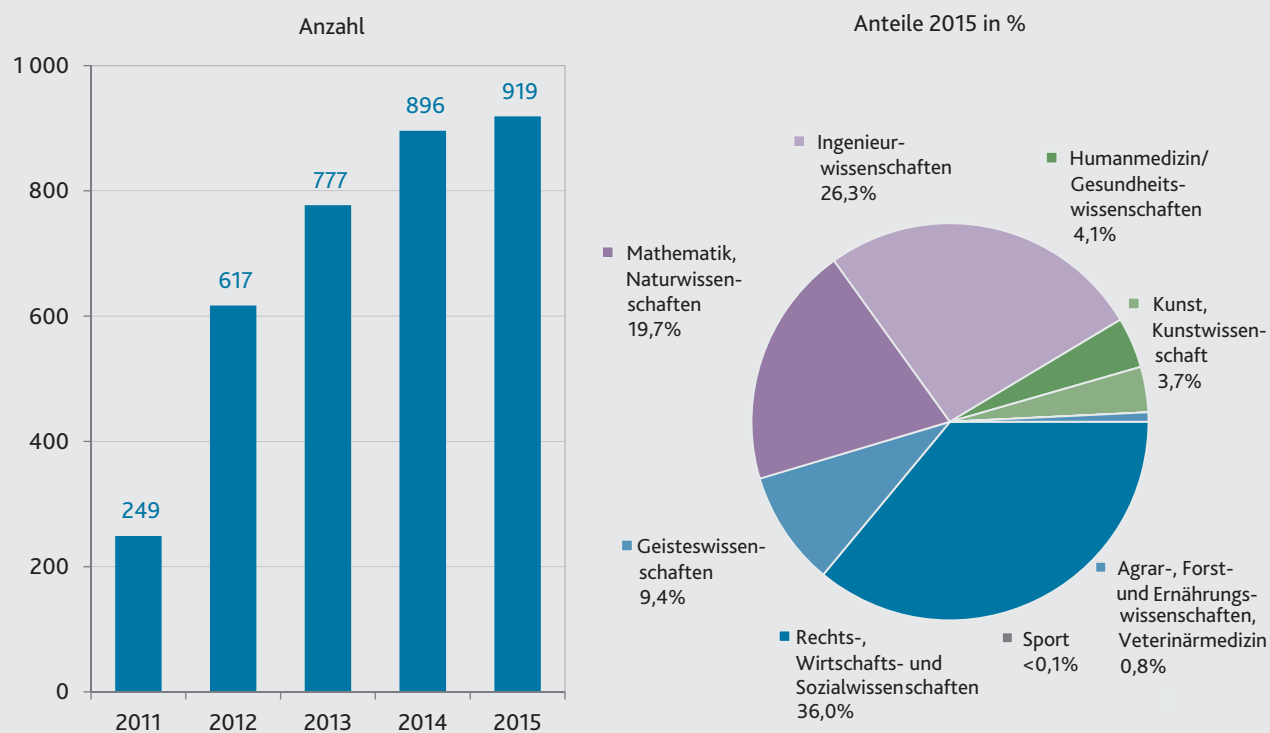
Humanmedizin, Mathematik und Naturwissenschaften mit den höchsten laufenden Ausgaben

Die Mittelverteilung zwischen den Fächergruppen und Fachbereichen ist an Hochschulen durch deutliche Unterschiede geprägt. Diese Ungleichheiten können aufgrund der Studierendenzahlen oder durch die erforderliche Infrastruktur bedingt sein, aber auch politische, institutionelle oder historische Ursachen haben.

Mit rund 450 Millionen Euro flossen 2014 die meisten Finanzmittel in die Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften. Dies begründet sich nicht durch die hohen Studierendenzahlen, sondern durch die kostenintensiven Rahmenbedingungen und den hohen Betreuungsaufwand. Mathematisch-naturwissenschaftliche Fächergruppen erhielten mit 221 Millionen Euro weniger als die Hälfte des humanmedizinisch-gesundheitswissenschaftlichen Bereichs. An dritter Stelle lagen mit 171 Millionen Euro an laufenden Ausgaben die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften (123 Millionen Euro), den Sprach- und Kulturwissenschaften (102 Millionen Euro), den Kunstwissenschaften (28 Millionen Euro), den Sportwissenschaften (neun Millionen Euro) und den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (drei Millionen Euro). Die niedrigen laufenden Ausgaben der Sport-, Kunst- und Agrarwissenschaften gingen im Wesentlichen auf die verhältnismäßig geringen Studierendenzahlen in Rheinland-Pfalz zurück. Umgekehrt ist es bei den verhältnismäßig hohen Ausgaben für die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die auf die hohe Zahl der Studierenden zurückzuführen sind. Die Unterschiede zwischen Natur- und Ingenieurwissenschaften waren im Wesentlichen institutionell begründet: Ingenieurwissenschaften wurden häufiger an Fachhochschulen, Naturwissenschaften häufiger an Universitäten angeboten, die in der Regel mehr Aufwendungen für deren forschungsorientierte Infrastruktur benötigten.

G 75

Empfänger/-innen des Deutschlandstipendiums 2011–2015 sowie Stipendiaten/-innen 2015 nach Fächergruppen



Quelle: Statistik zum Deutschlandstipendium

Mehr als 900 Deutschlandstipendiatinnen und -stipendiaten in Rheinland-Pfalz

Mehr als 900 Studierende, davon rund 500 Frauen, erhielten in Rheinland-Pfalz 2015 eine Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz, auch Deutschlandstipendium genannt. Im Rahmen des Deutschlandstipendiums werden besonders leistungsstarke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2017 bis zu zwei Prozent aller Studierenden im Rahmen des Stipendienprogrammgesetzes zu fördern. In Rheinland-Pfalz haben 2015 rund 0,8 Prozent aller Studierenden ein Deutschlandstipendium erhalten.

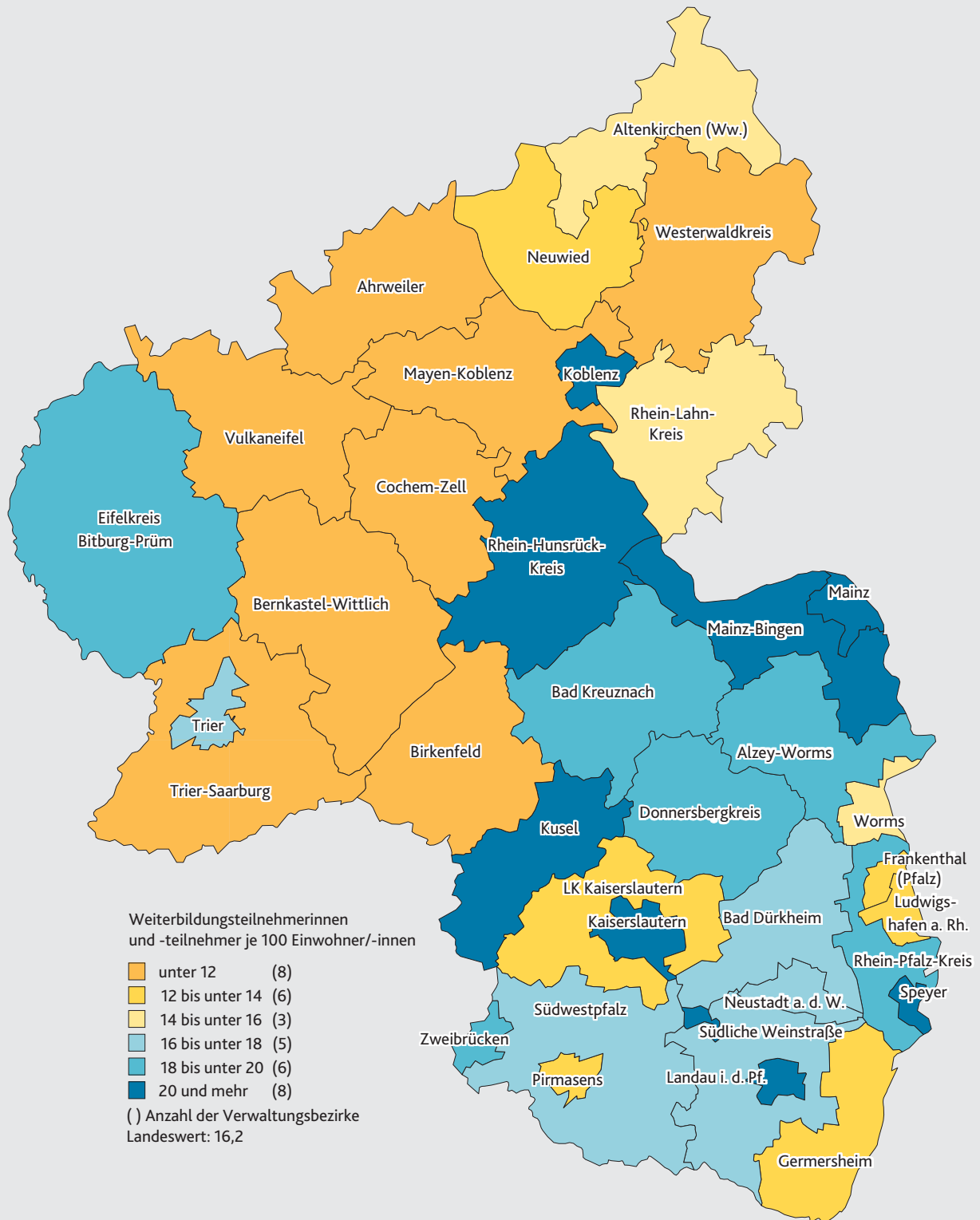
Beinahe die Hälfte (46 Prozent) der Geförderten war in einem mathematischen oder naturwissenschaftlich-technischen Studienfach eingeschrieben, davon 20 Prozent in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ und 26 Prozent in der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“. Weitere 36 Prozent der Geförderten kommen aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Da das Deutschlandstipendium jeweils hälftig vom Bund und von privaten Stiftern finanziert wird, kommen regionale und institutionelle Unterschiede durch die Fächerangebote der Hochschulen, die Ausstattung der Hochschulen zur Akquise der Förderer, die regionale Anzahl fördernder Betriebe, Institutionen und Privatpersonen sowie die finanziellen Fördermöglichkeiten bisheriger Stifter zustande. So hat beispielsweise seit dem Jahr 2013 die Anzahl der Deutschlandstipendien an allen Hochschulen in Mainz um 112 zugenommen, während im gleichen Zeitraum an allen Hochschulen in Trier ein Rückgang von 48 Stipendiatinnen und Stipendiaten zu verzeichnen war.

5.2 Weiterbildung

K 6

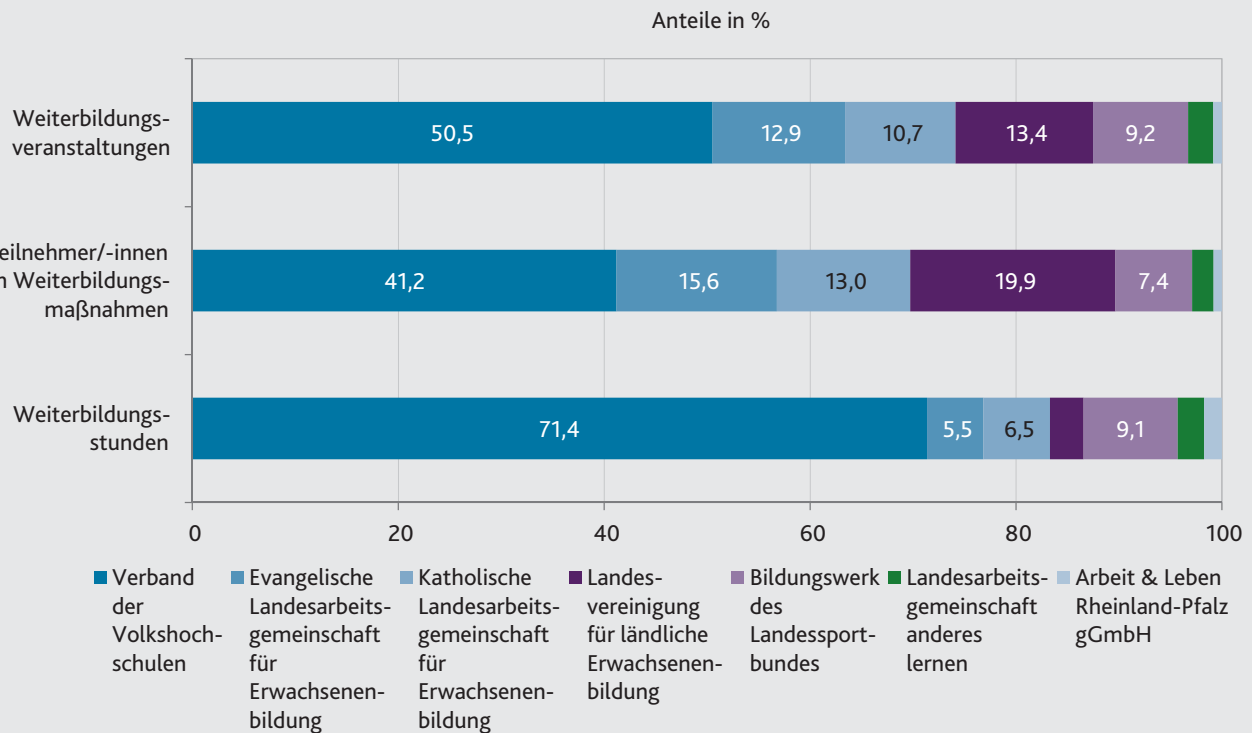
Teilnehmer/-innen an Weiterbildungsmaßnahmen von staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern 2014 nach Verwaltungsbezirken



Quelle: Statistik nach dem Weiterbildungsgesetz, Bevölkerungsfortschreibung

G 76

Weiterbildungsveranstaltungen, Teilnehmer/-innen sowie Weiterbildungsstunden von staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern 2014 nach Landesorganisationen



Quelle: Statistik nach dem Weiterbildungsgesetz

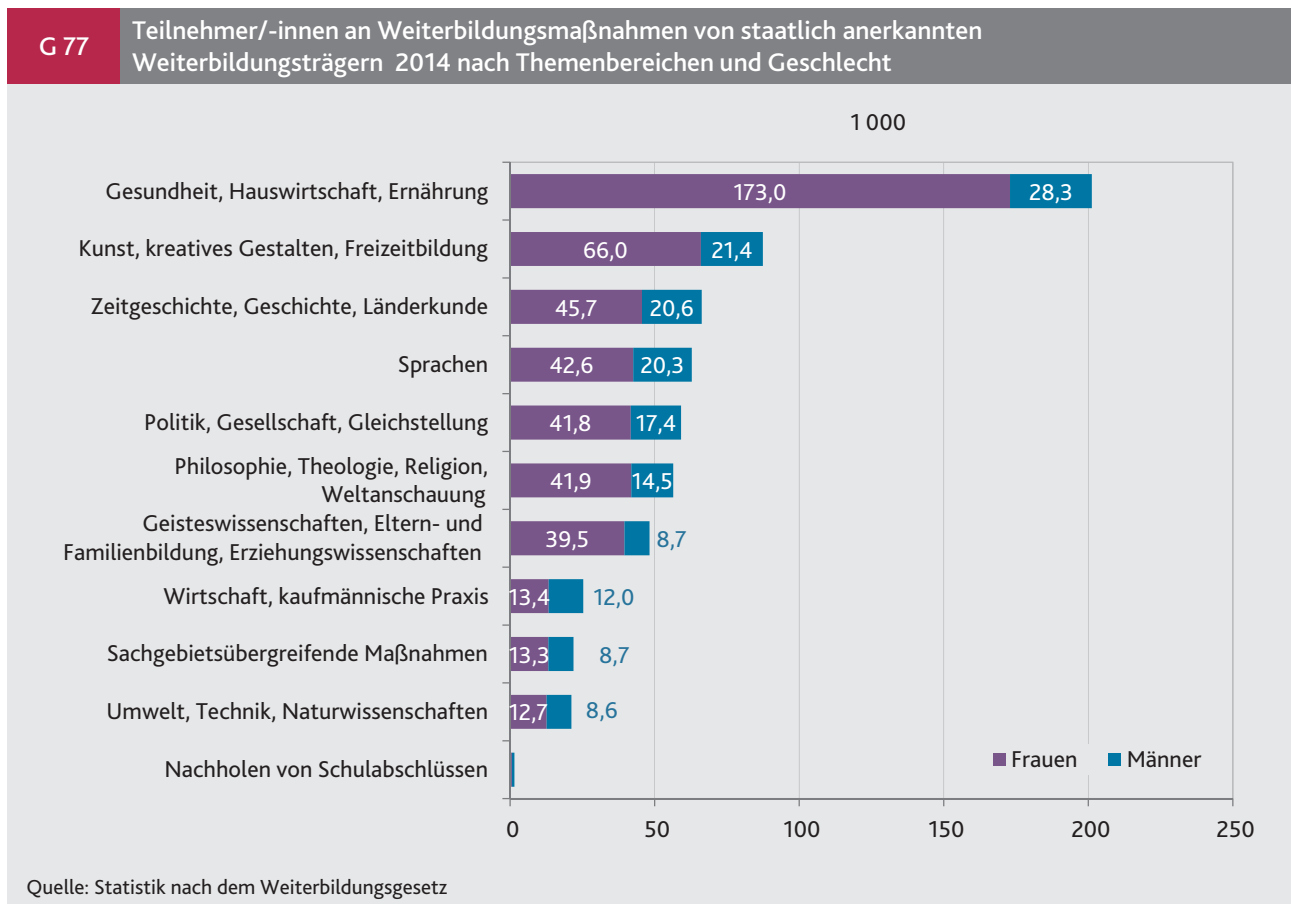
Verband der Volkshochschulen ist größter Anbieter von Weiterbildung

Im Jahr 2014 wurden von den staatlich anerkannten Weiterbildungsträgern in Rheinland-Pfalz insgesamt 41 565 Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Der größte Anbieter ist der Verband der Volkshochschulen. Der Verband organisierte 21 000 Bildungsmaßnahmen und damit gut die Hälfte der Veranstaltungen (51 Prozent). Der Anteil der Veranstaltungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die einen Kurs an einer Volkshochschule besuchten, lag bei 41 Prozent. Der Anteil der Weiterbildungsstunden, die an einer der Volkshochschulen erteilt wurde, belief sich auf 71 Prozent.

Bei der Interpretation dieser Anteilswerte ist zu berücksichtigen, dass sie sich auf die staatlich anerkannten Träger beziehen. Weiterbildungsangebote von anderen als den staatlich anerkannten Trägern werden hier statistisch nicht erfasst. Darüber hinaus ist auch zu beachten, dass nur die finanziell geförderten Weiterbildungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Beispielsweise sind Kurse mit weniger als acht Teilnehmenden üblicherweise nicht enthalten.

Den Schwerpunkt der Weiterbildungsarbeit der staatlich anerkannten Träger bildeten Veranstaltungen aus dem Themenbereich „Sprachen“. Diese machten mit gut 218 255 Stunden 30 Prozent der insgesamt erteilten Weiterbildungsstunden aus. An zweiter Stelle ist der Themenbereich „Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung“ zu nennen (23 Prozent). Danach folgten Weiterbildungsstunden aus den „Sachgebietsübergreifenden Maßnahmen“ (15 Prozent) und dem Bereich „Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung“ (elf Prozent).

5.2 Weiterbildung



Viele Teilnehmerinnen im Bereich „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“

Die höchste Teilnehmerzahl wiesen die Veranstaltungen aus dem Themenbereich „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ auf (31 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer). An zweiter Stelle folgte der Bereich „Kunst, kreatives Gestalten und Freizeitbildung“ mit 13 Prozent. Der Themenbereich „Zeitgeschichte, Geschichte und Länderkunde“ kam auf zehn Prozent und der Bereich „Sprachen“ auf 9,6 Prozent.

Im Vergleich zur Betrachtung der erteilten Weiterbildungsstunden zeigen sich deutliche Unterschiede. Besonders auffällig ist der Themenbereich „Sprachen“. Er liegt hinsichtlich der Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Platz vier, beansprucht aber die meisten Weiterbildungsstunden. Dies liegt daran, dass ein Besuch von Sprachkursen vergleichsweise stundenintensiv ist.

Bezüglich der Geschlechterverteilung ist festzustellen, dass vor allem Frauen die Weiterbildungsangebote wahrnehmen. Nur 25 Prozent der Teilnehmenden waren Männer. Den geringsten Männeranteil verzeichneten die Weiterbildungsangebote aus dem Themenbereich „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (14 Prozent). Den geringsten Frauenanteil gab es beim Nachholen von Schulabschlüssen (40 Prozent).

Tabellenanhang

1. Rahmenbedingungen

AT 1	Bevölkerung 2000–2035 nach Altersgruppen	102
------	--	-----

2. Grundinformationen zur Bildung

AT 2	Bevölkerung ab 25 Jahren 2014 nach Bildungsstand, Altersgruppen und Geschlecht	103
AT 3	Pädagogisches und wissenschaftliches Personal 2015 nach Alter, Geschlecht und Bildungsbereichen	104
AT 4	Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) 2005–2015 nach Bildungsbereichen	104
AT 5	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2001–2015 nach Geschlecht sowie finanzieller Aufwand	105
AT 6	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) nach Geschlecht sowie finanzieller Aufwand 2001–2015	105

3. Vorschulische Bildung und allgemeinbildende Schulen

AT 7	Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2006–2016 nach Altersgruppen	106
AT 8	Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2016 nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund	106
AT 9	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund	107
AT 10	Schulanfänger/-innen 2001–2015 nach Schularten und Migrationshintergrund	107
AT 11	Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund	108
AT 12	Schüler/-innen der achten Klassenstufe im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund	108
AT 13	Nichtversetzte 2015 nach Schulstufen, Geschlecht und Migrationshintergrund	108
AT 14	Schulentlassene aus Förderschulen 2015 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund	109
AT 15	Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2015 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund	109
AT 16	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen mit Förderschwerpunkten im Schuljahr 2015/16 nach besuchten Schularten	110
AT 17	Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulstufen, Teilnahme am Ganztagsangebot und Angebotsarten	110
AT 18	Ganztagschüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2015/16 nach Angebotsarten und Migrationshintergrund	110

4. Berufliche Bildung

AT 19	Anfänger/-innen 2013 und 2014 nach Sektoren, Teilbereichen und Konten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung	111
AT 20	Anfänger/-innen 2015 nach Sektoren, Teilbereichen und Konten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung	112
AT 21	Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund	113
AT 22	Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2015/16 nach Bildungsgängen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	114
AT 23	Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	114
AT 24	Eckdaten zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnissen 2014 nach Ausbildungsbereichen, Ausbildungsjahr und Geschlecht	115
AT 25	Teilnehmer/-innen an Ausbildungsabschlussprüfungen 2014 nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Prüfungserfolg	115

5. Hochschulen und Weiterbildung

AT 26	Eckdaten zur Hochschulentwicklung 2001–2014	116
AT 27	Studierende im Wintersemester 2014/15 nach Fächergruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	117
AT 28	Studierende im Wintersemester 2014/15 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) und dem Land des Studienorts	117
AT 29	Bildungsausländer/-innen in den Wintersemestern 2001/02–2014/15	118
AT 30	Kennzahlen zur Hochschulbildung 2001–2014 nach Geschlecht	118
AT 31	Durchschnittsalter bei Erstabschluss und mittlere Fachstudiendauer 2001–2014 nach Geschlecht	119
AT 32	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2004 und 2014	120
AT 33	Betreuungsrelationen im Wintersemester 2014/15 nach Fächergruppen und Hochschularten	120
AT 34	Studienanfänger/-innen, Studierende, Absolventen/-innen sowie wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2014 nach Hochschulen	121
AT 35	Laufende Grundmittel für Lehre und Forschung 1995–2013	122
AT 36	Stipendiaten/-innen 2014 nach Fächergruppen und Geschlecht	122
AT 37	Landesorganisationen der Weiterbildung 2014 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden	123
AT 38	Sachgebiete der Weiterbildung 2014 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden	123

AT 1 Bevölkerung 2000–2035 nach Altersgruppen

Altersgruppen	2000		2013		2025		2035	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 15 Jahren	657 320	16,3	518 162	13,0	501 862	12,6	463 065	12,1
unter 3 Jahren	116 741	2,9	96 033	2,4	95 010	2,4	84 182	2,2
3 – 6 Jahre	125 221	3,1	98 628	2,5	99 194	2,5	88 646	2,3
6 – 10 Jahre	179 219	4,4	134 948	3,4	135 607	3,4	124 565	3,2
10 – 15 Jahre	236 139	5,9	188 553	4,7	172 051	4,3	165 672	4,3
15 – 65 Jahren	2 674 841	66,3	2 652 769	66,4	2 471 667	62,1	2 203 716	57,4
15 – 30 Jahre	666 176	16,5	689 189	17,3	599 312	15,1	556 261	14,5
30 – 55 Jahre	1 517 282	37,6	1 400 492	35,1	1 217 716	30,6	1 150 887	30,0
55 – 65 Jahre	491 383	12,2	563 088	14,1	654 639	16,4	496 568	12,9
65 Jahre und älter	702 396	17,4	823 435	20,6	1 007 672	25,3	1 174 829	30,6
Insgesamt	4 034 557	100	3 994 366	100	3 981 201	100	3 841 610	100

Quelle: 2000: Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987, 2013: Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 2011, 2025 und 2035: Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes (Basisjahr 2013, mittlere Variante)

AT 2 Bevölkerung ab 25 Jahren¹ 2014 nach Bildungsstand, Altersgruppen und Geschlecht

Bildungsstand ²	Insgesamt		Alter in Jahren									
			25 – 35		35 – 45		45 – 55		55 – 65		65 und älter	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt												
Niedrig	646	21,4	65	13,9	67	13,9	99	14,9	101	18,1	314	37,1
Mittel	1 709	56,5	287	61,2	280	58,3	405	60,7	335	59,7	401	47,4
Hoch	670	22,2	117	24,9	134	27,8	163	24,4	125	22,3	132	15,6
Insgesamt	3 025	100	469	100	481	100	668	100	561	100	846	100
Frauen												
Niedrig	440	28,2	32	13,7	38	15,8	59	17,5	68	24,2	244	51,7
Mittel	876	56,1	143	61,6	142	58,9	220	65,7	175	62,3	196	41,6
Hoch	244	15,6	57	24,7	61	25,3	56	16,8	38	13,5	32	6,7
Zusammen	1 560	100	232	100	241	100	335	100	280	100	472	100
Männer												
Niedrig	206	14,1	33	14,0	29	12,1	41	12,2	34	12,0	70	18,6
Mittel	832	56,8	144	60,9	138	57,6	185	55,7	160	57,0	205	54,7
Hoch	426	29,1	59	25,1	73	30,4	107	32,1	87	31,0	100	26,7
Zusammen	1 464	100	236	100	240	100	333	100	281	100	374	100

¹ Nur Personen mit Angaben zur Art des Abschlusses. – 2 Kategorisierung nach ISCED 2011: Niedrig: Sekundarbereich I oder weniger, Mittel: Sekundarbereich II und postsekundärer nichttertiärer Bereich, Hoch: Tertiärbereich.

Quelle: Mikrozensus

AT 3 Pädagogisches und wissenschaftliches Personal 2015 nach Alter, Geschlecht und Bildungsbereichen

Bildungsbereiche	Alter				Geschlecht			
	unter 50 Jahre		50 Jahre und älter		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hochschulen	11 340	75,2	3 730	24,8	9 149	60,7	5 921	39,3
Berufsbildende Schulen ¹	3 815	52,1	3 502	47,9	3 783	51,7	3 534	48,3
Allgemeinbildende Schulen	28 472	66,9	14 095	33,1	11 990	28,2	30 577	71,8
Kindertagesstätten ²	20 867	72,2	8 052	27,8	1 274	4,4	27 645	95,6
Insgesamt	64 494	68,7	29 379	31,3	26 196	27,9	67 677	72,1

1 Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen ohne Gesundheitsfachschulen. – 2 Einschließlich freigestellte Einrichtungsleitung, Verwaltung, ohne Hauswirtschaft und Technik der Kindertageseinrichtungen.

Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe, Statistik der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Hochschulpersonalstatistik

AT 4 Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) 2005–2015 nach Bildungsbereichen

Bildungsbereiche	2005		2010		2015 ¹	
	Mill. EUR	Anteil am Gesamthaushalt in %	Mill. EUR	Anteil am Gesamthaushalt in %	Mill. EUR	Anteil am Gesamthaushalt in %
Schulen	2 284	14,7	2 888	15,7	3 141	15,3
Kindertageseinrichtungen	563	3,6	871	4,8	1 168	5,7
Hochschulen	576	3,7	816	4,4	806	3,9
Förderung von Schüler/-innen sowie Studierenden	119	0,8	106	0,6	138	0,7
Sonstiges Bildungswesen	94	0,6	109	0,6	91	0,4
Jugendarbeit	51	0,3	63	0,3	67	0,3
Insgesamt	3 685	23,7	4 852	26,5	5 411	26,3
Nachrichtlich: Gesamthaushalt ²	15 522		18 338		20 587	

1 2015: Soll. – 2 Unmittelbare Ausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2015, Tabellenteil

AT 5

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 2001–2015 nach Geschlecht sowie finanzieller Aufwand

Jahr	Geförderte				Finanzieller Aufwand ¹				
	insgesamt	Frauen		Männer		insgesamt	davon		monatlicher durchschnittlicher Förderbetrag ²
		Anzahl		%			Zuschuss	Darlehen	
	Anzahl		%		Anzahl		%		1 000 EUR
2001	24 849	13 724	55,2	11 125	44,8	62 489	39 510	22 979	345
2002	28 494	15 822	55,5	12 672	44,5	74 905	47 116	27 789	348
2003	31 071	17 305	55,7	13 766	44,3	81 698	51 138	30 561	344
2004	32 835	18 473	56,3	14 362	43,7	86 011	54 085	31 926	341
2005	33 662	19 168	56,9	14 494	43,1	87 623	55 004	32 619	342
2006	34 017	19 410	57,1	14 607	42,9	88 363	55 941	32 423	339
2007	33 928	19 513	57,5	14 415	42,5	87 339	55 420	31 919	339
2008	35 191	20 459	58,1	14 732	41,9	94 109	59 628	34 480	359
2009	37 963	22 020	58,0	15 943	42,0	111 122	70 053	41 069	390
2010	41 628	24 172	58,1	17 456	41,9	122 061	77 093	44 968	394
2011	44 183	25 199	57,0	18 984	43,0	137 916	86 841	51 075	414
2012	45 012	25 603	56,9	19 409	43,1	141 685	89 463	52 222	419
2013	44 216	25 321	57,3	18 895	42,7	139 145	88 325	50 820	421
2014	42 492	24 276	57,1	18 216	42,9	132 225	83 850	48 375	423
2015	39 253	22 570	57,5	16 683	42,5	123 447	78 452	44 995	426

¹ Rundungsdifferenzen möglich. – ² Bezogen auf die durchschnittlich je Monat Geförderten.

Quelle: Statistik der Bundesausbildungsförderung (BAföG)

AT 6

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) nach Geschlecht sowie finanzieller Aufwand 2001–2015

Jahr	Geförderte				Finanzieller Aufwand ¹			
	insgesamt	Frauen		Männer		insgesamt	davon	
		Anzahl		%			Zuschuss	Darlehen
	Anzahl		%		Anzahl		%	
2001	2 329	435	18,7	1 894	81,3	7 618	1 021	6 598
2002	3 421	779	22,8	2 642	77,2	11 197	3 629	7 568
2003 ²	4 957	1 316	26,5	3 640	73,4	15 254	5 041	10 214
2004	5 551	1 531	27,6	4 020	72,4	15 847	5 141	10 706
2005 ²	5 803	1 588	27,4	4 214	72,6	16 161	4 981	11 180
2006	5 642	1 536	27,2	4 106	72,8	15 408	4 558	10 849
2007	5 521	1 557	28,2	3 964	71,8	15 205	4 533	10 672
2008	6 053	1 658	27,4	4 395	72,6	16 622	5 006	11 616
2009	6 585	1 671	25,4	4 914	74,6	19 633	6 045	13 588
2010	6 639	1 662	25,0	4 977	75,0	21 246	6 660	14 587
2011	6 850	1 655	24,2	5 195	75,8	21 937	6 975	14 962
2012	6 799	1 656	24,4	5 143	75,6	22 305	7 081	15 224
2013	6 961	1 677	24,1	5 284	75,9	23 932	7 572	16 360
2014	6 983	1 671	23,9	5 312	76,1	23 966	7 622	16 344
2015	6 736	1 587	23,6	5 149	76,4	24 164	7 689	16 475

¹ Rundungsdifferenzen möglich. – ² Im Datenmaterial dieser Jahre fehlt jeweils eine Angabe zum Geschlecht.

Quelle: Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

AT 7 Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege¹ 2006–2016 nach Altersgruppen

Altersgruppen	2006	2012	2015	2016
Anzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege				
Unter 3 Jahre	9 527	25 589	30 286	31 268
3 – 6 Jahre	104 633	95 909	96 066	98 187
Zusammen	114 160	121 498	126 352	129 455
Anzahl der ganztags betreuten Kinder ² in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege				
Unter 3 Jahre	2 904	11 768	15 418	16 769
3 – 6 Jahre	20 328	44 021	49 062	51 668
Zusammen	23 232	55 789	64 480	68 437
Bevölkerung (im Vorjahr)				
Unter 3 Jahre	101 334	94 691	99 110	104 402
3 – 6 Jahre	111 832	98 644	98 770	101 677
Zusammen	213 166	193 335	197 880	206 079
Betreuungsquote in %				
Unter 3 Jahre	9,4	27,0	30,6	29,9
3 – 6 Jahre	93,6	97,2	97,3	96,6
Zusammen	53,6	62,8	63,9	62,8
Ganztagsbetreuungsquote in %				
Unter 3 Jahre	2,9	12,4	15,6	16,1
3 – 6 Jahre	18,2	44,6	49,7	50,8
Zusammen	10,9	28,9	32,6	33,2

¹ Ohne Kinder die zugleich eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen. – ² Durchgehende Betreuung von mehr als sieben Stunden täglich in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege. 2006–2011 Erhebung des täglichen Studenumfangs bzw. ab 2012 des wöchentlichen Studenumfangs und der Betreuungstage pro Woche.
Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

AT 8 Unter 6-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege¹ 2016 nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Alter in Jahren	Insgesamt	Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund ²		Davon	
		Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Mädchen	Jungen
Unter 3 jährige	31 268	15 200	48,6	16 068	51,4	8 107	25,9	3 884	4 223
unter 1 Jahr	554	271	48,9	283	51,1	146	26,4	69	77
1 jährige	7 243	3 616	49,9	3 627	50,1	1 561	21,6	755	806
2 jährige	23 471	11 313	48,2	12 158	51,8	6 400	27,3	3 060	3 340
3 – 6 jährige	98 187	47 680	48,6	50 507	51,4	33 530	34,1	16 270	17 260
3 jährige	31 876	15 457	48,5	16 419	51,5	10 665	33,5	5 116	5 549
4 jährige	32 918	15 992	48,6	16 926	51,4	11 281	34,3	5 503	5 778
5 jährige	33 393	16 231	48,6	17 162	51,4	11 584	34,7	5 651	5 933
Insgesamt	129 455	62 880	48,6	66 575	51,4	41 637	32,2	20 154	21 483

¹ Ohne Kinder die zugleich eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen. – ² Ein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn mindestens ein Elternteil nicht deutscher Herkunft ist.
Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

AT 9

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung Schulart	Schulen ¹	Schüler/-innen						
		insgesamt	Schülerinnen		Schüler		mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Schulkindergärten	16	180	61	33,9	119	66,1	.	.
Grundschulen	966	134 852	65 140	48,3	69 712	51,7	34 996	26,0
Hauptschulen	4	450	173	38,4	277	61,6	29	6,4
Realschulen	9	3 582	2 801	78,2	781	21,8	190	5,3
Realschulen plus	192	85 326	38 440	45,1	46 886	54,9	19 179	22,5
Gymnasien	151	131 780	70 239	53,3	61 541	46,7	10 336	7,8
Integrierte Gesamtschulen	55	41 640	20 111	48,3	21 529	51,7	5 379	12,9
Freie Waldorfschulen	8	2 466	1 292	52,4	1 174	47,6	54	2,2
Kollegs und Abendgymnasien	4	681	294	43,2	387	56,8	63	9,3
Förderschulen	132	14 578	5 186	35,6	9 392	64,4	2 189	15,0
Insgesamt	1 498	415 535	203 737	49,0	211 798	51,0	72 415	17,4

1 Unter „Insgesamt“ ist die Anzahl der Verwaltungseinheiten angegeben.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 10

Schulanfänger/-innen¹ 2001–2015 nach Schularten und Migrationshintergrund

Einschulungs- jahr	Insgesamt	Grundschulen		Freie Waldorfschulen		Förderschulen		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
2001	42 273	41 241	97,6	160	0,4	872	2,1	.	.
2002	42 537	41 520	97,6	164	0,4	853	2,0	.	.
2003	44 943	43 875	97,6	158	0,4	910	2,0	.	.
2004	43 573	42 408	97,3	149	0,3	1 016	2,3	.	.
2005	41 253	40 130	97,3	166	0,4	957	2,3	.	.
2006	40 275	39 189	97,3	163	0,4	923	2,3	4 815	12,0
2007	38 336	37 222	97,1	170	0,4	944	2,5	5 669	14,8
2008	39 524	38 350	97,0	165	0,4	1 009	2,6	6 191	15,7
2009	36 048	34 784	96,5	170	0,5	1 094	3,0	5 853	16,2
2010	34 541	33 391	96,7	166	0,5	984	2,8	5 899	17,1
2011	33 833	32 723	96,7	158	0,5	952	2,8	6 266	18,5
2012	32 722	31 536	96,4	180	0,6	1 006	3,1	6 370	19,5
2013	33 249	32 065	96,4	173	0,5	1 011	3,0	6 680	20,1
2014	34 502	33 377	96,7	184	0,5	941	2,7	7 607	22,0
2015	33 915	32 756	96,6	178	0,5	981	2,9	8 390	24,7

1 Einschließlich wiederholt Einschulter.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 11 Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	13 645	41,3	7 023	43,6	6 622	39,0	1 302	27,2
Integrierte Gesamtschulen	5 984	18,1	2 762	17,1	3 222	19,0	910	19,0
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	2 704	8,2	1 398	8,7	1 306	7,7	260	5,4
Realschulen plus	10 182	30,8	4 579	28,4	5 603	33,0	2 268	47,3
Realschulen	331	1,0	269	1,7	62	0,4	28	0,6
Hauptschulen	13	0,0	3	0,0	10	0,1	2	0,0
Sonstige	211	0,6	77	0,5	134	0,8	25	0,5
Freie Waldorfschulen	15	0,0	9	0,1	6	0,0	0	0,0
Förderschulen	196	0,6	68	0,4	128	0,8	25	0,5
Insgesamt	33 070	100	16 111	100	16 959	100	4 795	100

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 12 Schüler/-innen der achten Klassenstufe im Schuljahr 2015/16 nach Schularten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	15 059	37,2	7 944	40,8	7 115	33,9	1 215	20,2
Integrierte Gesamtschulen	6 255	15,5	2 980	15,3	3 275	15,6	774	12,9
Realschulen plus	16 741	41,4	7 410	38,0	9 331	44,4	3 749	62,3
Realschulen	606	1,5	464	2,4	142	0,7	22	0,4
Hauptschulen	93	0,2	32	0,2	61	0,3	10	0,2
Förderschulen	1 513	3,7	530	2,7	983	4,7	239	4,0
Freie Waldorfschulen	218	0,5	122	0,6	96	0,5	9	0,1
Insgesamt	40 485	100	19 482	100	21 003	100	6 018	100

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 13 Nichtversetzte¹ 2015 nach Schulstufen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ² in %	Anzahl	Quote ² in %	Anzahl	Quote ² in %	Anzahl	Quote ² in %
Primarstufe	581	0,4	236	0,4	345	0,5	296	1,0
Sekundarstufe I	4 528	2,1	1 570	1,5	2 958	2,7	1 029	3,9
Sekundarstufe II ³	1 268	2,5	578	2,0	690	2,9	173	5,3
Insgesamt	6 377	1,6	2 384	1,2	3 993	2,0	1 498	2,5

1 Ohne Förderschulen. – 2 Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Gruppe und Schulstufe. – 3 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.
Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 14 Schulentlassene aus Förderschulen 2015 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Berufsreife	1 573	77,7	577	77,7	996	77,8	204	75,8
darunter								
Besondere Form der Berufsreife ¹	959	47,4	353	47,5	606	47,3	131	48,7
Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	423	20,9	171	23,0	252	19,7	49	18,2
Mit Berufsreife	435	21,5	162	21,8	273	21,3	62	23,0
Qualifizierter Sekundarabschluss I	16	0,8	4	0,5	12	0,9	3	1,1
Insgesamt	2 024	100	743	100	1 281	100	269	100

¹ Früher: Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 15 Schulentlassene¹ allgemeinbildender Schulen 2015 nach Abschlussarten, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt						
Ohne Berufsreife	2 606	6,1	2 069	5,5	537	10,5
darunter						
Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule	1 713	4,0	1 456	3,9	257	5,0
Mit Berufsreife	7 733	18,2	6 138	16,4	1 595	31,3
Qualifizierter Sekundarabschluss I	17 003	40,0	14 861	39,7	2 142	42,0
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	962	2,3	869	2,3	93	1,8
Allgemeine Hochschulreife	14 201	33,4	13 468	36,0	733	14,4
Insgesamt	42 505	100	37 405	100	5 100	100
Frauen						
Ohne Berufsreife	964	4,6	771	4,2	193	8,1
darunter						
Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule	636	3,1	546	3,0	90	3,8
Mit Berufsreife	3 064	14,7	2 418	13,1	646	27,0
Qualifizierter Sekundarabschluss I	8 481	40,8	7 378	40,1	1 103	46,0
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	490	2,4	436	2,4	54	2,3
Allgemeine Hochschulreife	7 791	37,5	7 391	40,2	400	16,7
Zusammen	20 790	100	18 394	100	2 396	100
Männer						
Ohne Berufsreife	1 642	7,6	1 298	6,8	344	12,7
darunter						
Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule	1 077	5,0	910	4,8	167	6,2
Mit Berufsreife	4 669	21,5	3 720	19,6	949	35,1
Qualifizierter Sekundarabschluss I	8 522	39,2	7 483	39,4	1 039	38,4
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	472	2,2	433	2,3	39	1,4
Allgemeine Hochschulreife	6 410	29,5	6 077	32,0	333	12,3
Zusammen	21 715	100	19 011	100	2 704	100

¹ Ohne Nichtschülerprüfungen.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 16

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen mit Förderschwerpunkten im Schuljahr 2015/16 nach besuchten Schularten

Förderschwerpunkt	Insgesamt	Davon unterrichtet an			
		Förderschulen		Regelschulen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Lernen	11 815	7 550	63,9	4 265	36,1
Ganzheitliche Entwicklung	3 174	2 866	90,3	308	9,7
Motorische Entwicklung	1 672	1 533	91,7	139	8,3
Sprache	1 105	899	81,4	206	18,6
Sozial-emotionale Entwicklung	1 114	964	86,5	150	13,5
Gehörlose und Schwerhörige	553	513	92,8	40	7,2
Blinde und Sehbehinderte	173	152	87,9	21	12,1
Insgesamt	19 606	14 477	73,8	5 129	26,2

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 17

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulstufen, Teilnahme am Ganztagsangebot und Angebotsarten

Schulstufe	Insgesamt	Darunter mit Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon					
				verpflichtende Form		offene Form		Angebotsform	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Primarstufe	138 916	33 715	24,3	2 257	6,7	569	1,7	30 889	91,6
Sekundarstufe I	219 878	46 110	21,0	10 960	23,8	385	0,8	34 765	75,4
Sekundarstufe II	52 412	281	0,5	-	-	-	-	281	100
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 149	4 128	99,5	4 113	99,6	-	-	15	0,4
Insgesamt	415 355	84 234	20,3	17 330	20,6	954	1,1	65 950	78,3

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 18

Ganztagschüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2015/16 nach Angebotsarten und Migrationshintergrund

Schuljahr	Schülerinnen und Schüler	Darunter Teilnahme am Ganztagsangebot									
		insgesamt		davon in						mit Migrationshintergrund	
				verpflichtende Form		offene Form		Angebotsform			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
2006/07	481 916	49 680	10,3	14 940	30,1	4 982	10,0	29 758	59,9	8 983	18,1
2007/08	474 233	58 264	12,3	17 290	29,7	4 210	7,2	36 764	63,1	10 339	17,7
2008/09	468 185	62 712	13,4	14 997	23,9	4 079	6,5	43 636	69,6	11 203	17,9
2009/10	459 302	70 079	15,3	14 392	20,5	2 799	4,0	52 888	75,5	12 749	18,2
2010/11	450 464	74 874	16,6	15 203	20,3	2 427	3,2	57 244	76,5	13 266	17,7
2011/12	441 835	79 471	18,0	16 674	21,0	1 650	2,1	61 147	76,9	14 385	18,1
2012/13	431 957	81 948	19,0	18 194	22,2	1 634	2,0	62 120	75,8	15 392	18,8
2013/14	423 471	83 051	19,6	18 322	22,1	1 502	1,8	63 227	76,1	16 488	19,9
2014/15	418 284	83 614	20,0	18 569	22,2	1 194	1,4	63 851	76,4	18 126	21,7
2015/16	415 355	84 234	20,3	17 330	20,6	954	1,1	65 950	78,3	21 491	25,5

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

AT 19

Anfänger/-innen 2013 und 2014 nach Sektoren, Teilbereichen und Konten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung

Sektoren	Teilbereiche	Konten	2014	2013	Veränderung 2014 zu 2013
I Berufliche Ausbildung	Betriebliche Ausbildung	Duales System (an Berufsschulen)	25 440	24 910	2,1
		Beamtenausbildung im mittleren Dienst ¹	273	299	-8,7
	Schulische Ausbildung	3-jährige Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	206	231	-10,8
		Höhere Berufsfachschulen, die neben dem Berufsabschluss zur Hochschulzugangsberechtigung führen (Assistenten)	4 533	4 560	-0,6
		Schulen des Gesundheitswesens	3 202	3 095	3,5
		Höhere Berufsfachschule (Sozialassistenten)	1 640	1 522	7,8
	Fachschulen für Sozialwesen (einschließlich Erzieher/-innen)	3 868	3 876	-0,2	
Zusammen		39 162	38 493	1,7	
II Ausbildungs- und berufs- vorbereitende Qualifizierungen (Übergangsbereich)	Schulabschluss	Berufsfachschulen II	2 350	2 408	-2,4
		Berufsvorbereitungsjahr (an Berufsschulen)	2 308	2 184	5,7
	Berufliche Grundbildung	Berufsfachschulen I	5 936	6 031	-1,6
		Berufsschulen (Schüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag)	177	369	-52,0
		Berufsvorbereitende Programme der Bundesagentur für Arbeit	2 607	2 625	-0,7
		Einstiegsqualifizierung der Bundesagentur für Arbeit	774,0	908,0	-14,8
	nachrichtlich: Maßnahmen der BA an beruflichen Schulen	90,0	50,0	80,0	
Zusammen		14 123	14 391	-1,9	
III Erlangung der Hochschulreife	Fachhochschulreife	Fachoberschulen	1 062	948	12,0
	Allgemeine Hochschulreife	Berufliche Gymnasien	3 778	3 599	5,0
		Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen	18 651	19 370	-3,7
Zusammen		23 511	23 917	-1,7	
IV Berufliche Fortbildung		Fachschulen (ohne Sozialwesen)	1 896	1 946	2,6
		Berufsoberschule I	1 160	1 278	-9,2
		Berufsoberschule II	938	848	10,6
		Duale Berufsoberschule	950	1 046	-9,2
Zusammen		4 944	5 118	-3,4	
nachrichtlich: IV Studium	Zusammen		22 906	23 387	-2,1

¹ Vorjahresdaten.

Die Ergebnisdarstellung der Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz kann aufgrund unterschiedlicher Zuordnungen von denen des Statistischen Bundesamtes abweichen.

Quelle: Integrierte Ausbildungsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes (iABE)

AT 20 Anfänger/-innen 2015 nach Sektoren, Teilbereichen und Konten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung

Sektoren	Teilbereiche	Konten	Insgesamt	Frauen
			Anzahl	%
I Berufliche Ausbildung	Betriebliche Ausbildung	Duales System (an Berufsschulen)	25 247	38,3
		Beamtenausbildung im mittleren Dienst	.	.
	Schulische Ausbildung	3-jährige Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	199	29,6
		Höhere Berufsfachschulen, die neben dem Berufsabschluss zur Hochschulzugangsberechtigung führen (Assistenten)	7 466	55,5
		Schulen des Gesundheitswesens	3 279	72,2
		Höhere Berufsfachschule (Sozialassistenten)	1 626	82,2
	Fachschulen für Sozialwesen (einschließlich Erzieher/-innen)	4 127	82,5	
Zusammen		38 665	48,1	
II Ausbildungs- und berufs-vorbereitende Qualifizierungen (Übergangsbereich)	Schulabschluss	Berufsfachschulen II	2 557	50,1
		Berufsvorbereitungsjahr (an Berufsschulen)	2 905	33,8
	Berufliche Grundbildung	Berufsfachschulen I	5 934	44,0
		Berufsschulen (Schüler ohne Ausbildungsvertrag)	117	28,2
		Berufsvorbereitende Programme der Bundesagentur für Arbeit	136	38,3
		Einstiegsqualifizierung der Bundesagentur für Arbeit	-	-
	nachrichtlich: Maßnahmen der BA an beruflichen Schulen	-	-	
Zusammen		11 649	42,7	
III Erlangung der Hochschulreife	Fachhochschulreife	Fachoberschulen	1 176	49,7
	Allgemeine Hochschulreife	Berufliche Gymnasien	3 855	49,1
		Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen	18 540	54,8
Zusammen		23 571	53,6	
IV Berufliche Fortbildung		Fachschulen (ohne Sozialwesen)	1 826	21,9
		Berufsoberschule I	967	29,6
		Berufsoberschule II	917	52,3
		Duale Berufsoberschule	920	39,6
Zusammen		4 630	33,0	
nachrichtlich: IV Studium	Zusammen		22 414	52,1

Die Ergebnisdarstellung der Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz kann aufgrund unterschiedlicher Zuordnungen von denen des Statistischen Bundesamtes abweichen.

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Statistik der Berufsbildenden Schulen

AT 21

Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulform	Schulen ¹	Schüler/-innen						
		insgesamt	Frauen		Männer		mit Migrationshintergrund	
		Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr	71	69 140	25 248	36,5	43 892	63,5	7 237	10,5
Berufsvorbereitungsjahr	55	2 934	992	33,8	1 942	66,2	974	33,2
Berufsfachschulen	83	20 007	10 012	50,0	9 995	50,0	2 703	13,5
Fachoberschulen	32	2 170	1 060	48,8	1 110	51,2	108	5,0
Fachschulen	71	14 166	8 939	63,1	5 227	36,9	1 718	12,1
Berufsoberschulen	43	1 981	817	41,2	1 164	58,8	203	10,2
Duale Berufsoberschulen	46	1 599	605	37,8	994	62,2	140	8,8
Berufliche Gymnasien	41	10 218	4 935	48,3	5 283	51,7	1 014	9,9
Insgesamt	137	122 215	52 608	43,0	69 607	57,0	14 097	11,5

1 Unter „Insgesamt“ ist die Anzahl der Verwaltungseinheiten angegeben.

Quelle: Statistik der berufsbildenden Schulen

AT 22 Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2015/16 nach Bildungsgängen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Bildungsgang	Schulen	Schüler/-innen						
		insgesamt		Frauen		Männer		Ausländer/-innen
		Anzahl		%		Anzahl	%	Anzahl
Gesundheits- und Krankenpflege	40	3 652	2 975	81,5	677	18,5	328	
Physiotherapie	21	1 491	925	62,0	566	38,0	139	
Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	11	407	388	95,3	19	4,7	15	
Rettungsassistenz	6	244	70	28,7	174	71,3	2	
Ergotherapie	8	489	440	90,0	49	10,0	13	
Pharmazeutisch-technische Assistenz	5	227	203	89,4	24	10,6	37	
Medizinisch-technische Laborassistenz	5	210	180	85,7	30	14,3	11	
Massage und medizinische(r) Bademeister/-in	9	77	26	33,8	51	66,2	7	
Krankenpflegehilfe	13	192	149	77,6	43	22,4	37	
Logopädie	3	131	125	95,4	6	4,6	1	
Entbindungspflege	3	119	119	100	-	0,0	9	
Notfallsanitäter/-in	4	131	46	35,1	85	64,9	2	
Operationstechnische Assistenz	4	166	141	84,9	25	15,1	8	
Medizinisch-technische Radiologieassistenz	3	129	99	76,7	30	23,3	5	
Diätassistenz	1	42	39	92,9	3	7,1	5	
Podologie	2	25	22	88,0	3	12,0	3	
Insgesamt	138	7 732	5 947	76,9	1 785	30,0	622	

Quelle: Statistik der Schulen des Gesundheitswesens

AT 23 Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2014 nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Ausbildungsbereich	Insgesamt		Veränderung zum Vorjahr		Frauen		Männer		Ausländer/-innen	
	Anzahl		%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge¹										
Industrie und Handel	15 075	-63	-0,4	5 913	39,2	9 165	60,8	783	5,2	
Handwerk	7 770	-90	-1,1	1 845	23,7	5 925	76,3	624	8,0	
Landwirtschaft	672	-24	-3,4	156	23,2	516	76,8	12	1,8	
Öffentlicher Dienst	594	27	4,8	348	58,6	246	41,4	6	1,0	
Freie Berufe ³	2 109	57	2,8	1 950	92,5	159	7,5	234	11,1	
Hauswirtschaft	174	-27	-13,4	165	94,8	9	5,2	9	5,2	
Insgesamt	26 394	-120	-0,5	10 377	39,3	16 017	60,7	1 665	6,3	
Auszubildende¹										
Industrie und Handel	38 334	-912	-2,3	13 959	36,4	24 372	63,6	1 563	4,1	
Handwerk	20 829	-795	-3,7	4 368	21,0	16 458	79,0	1 374	6,6	
Landwirtschaft	1 797	-63	-3,4	390	21,7	1 407	78,3	24	1,3	
Öffentlicher Dienst	1 668	-9	-0,5	969	58,1	699	41,9	15	0,9	
Freie Berufe ³	5 565	45	0,8	5 196	93,4	366	6,6	582	10,5	
Hauswirtschaft	486	-81	-14,3	453	93,2	33	6,8	24	4,9	
Insgesamt	68 673	-1 818	-2,6	25 338	36,9	43 335	63,1	3 585	5,2	

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

AT 24

Eckdaten zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnissen 2014 nach Ausbildungsbereichen, Ausbildungsjahr und Geschlecht

Ausbildungsbereich	Insgesamt	Lösungs- quote	Darunter		Frauen	Männer
			im 1. Ausbildungsjahr			
	Anzahl ¹	%	Anzahl ¹	%	Anzahl ¹	
Industrie und Handel	3 594	21,6	2 034	56,6	1 404	2 190
Handwerk	3 273	36,1	1 629	49,8	897	2 376
Landwirtschaft	204	27,3	99	48,5	54	150
Öffentlicher Dienst	51	8,8	27	52,9	24	27
Freie Berufe	567	24,4	357	63,0	543	24
Hauswirtschaft	72	32,9	33	45,8	69	3
Insgesamt	7 764	26,2	4 182	53,9	2 994	4 770

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

AT 25

Teilnehmer/-innen an Ausbildungsabschlussprüfungen 2014 nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Prüfungserfolg

Ausbildungsbereich	Insgesamt	Frauen		Männer		Ausländer/-innen	
	Anzahl ¹	%	Anzahl ¹	%	Anzahl ¹	%	
Insgesamt							
Industrie und Handel	14 184	5 679	40,0	8 508	60,0	570	4,0
Handwerk	6 468	1 437	22,2	5 031	77,8	390	6,0
Landwirtschaft	663	138	20,8	525	79,2	9	1,4
Öffentlicher Dienst	627	351	56,0	276	44,0	12	1,9
Freie Berufe	1 779	1 683	94,6	96	5,4	156	8,8
Hauswirtschaft	210	198	94,3	12	5,7	12	5,7
Insgesamt	23 931	9 483	39,6	14 448	60,4	1 152	4,8
darunter: Bestandene Abschlussprüfungen							
Industrie und Handel	12 900	5 160	40,0	7 740	60,0	456	3,5
Handwerk	5 571	1 299	23,3	4 272	76,7	267	4,8
Landwirtschaft	564	120	21,3	444	78,7	6	1,1
Öffentlicher Dienst	579	336	58,0	246	42,5	12	2,1
Freie Berufe	1 584	1 491	94,1	93	5,9	126	8,0
Hauswirtschaft	189	180	95,2	12	6,3	12	6,3
Zusammen	21 390	8 586	40,1	12 804	59,9	879	4,1

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

AT 26 Eckdaten zur Hochschulentwicklung 2001–2014

Jahr ¹	Studienberechtigte			Studienanfänger/-innen			Studierende			Absolvent/-innen		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
Insgesamt												
2001	15 912	8 449	7 463	16 355	8 623	7 732	85 881	42 284	43 597	10 249	4 933	5 316
2002	16 623	8 933	7 690	17 841	9 484	8 357	91 123	45 522	45 601	9 693	4 828	4 865
2003	16 912	9 162	7 750	18 030	9 033	8 997	96 139	47 821	48 318	10 743	5 431	5 312
2004	17 194	9 231	7 963	17 807	8 979	8 828	99 138	49 431	49 707	11 188	5 857	5 331
2005	16 861	8 985	7 876	17 535	8 931	8 604	101 845	50 770	51 075	12 847	6 722	6 125
2006	17 631	9 635	7 996	17 725	9 404	8 321	103 156	51 723	51 433	12 477	6 551	5 926
2007	19 855	10 727	9 128	19 222	10 158	9 064	105 630	53 396	52 234	13 736	7 293	6 443
2008	21 201	11 450	9 751	20 004	10 427	9 577	107 116	54 181	52 935	14 472	7 700	6 772
2009	21 881	11 795	10 086	20 842	10 926	9 916	109 478	55 438	54 040	15 797	8 201	7 596
2010	22 967	12 420	10 547	22 161	11 667	10 494	113 069	57 405	55 664	16 051	8 567	7 484
2011	23 488	12 796	10 692	24 180	11 689	12 491	117 105	58 654	58 451	18 442	9 903	8 539
2012	23 892	12 668	11 224	22 936	11 960	10 976	121 068	60 909	60 159	20 407	11 136	9 271
2013	20 876	11 129	9 747	23 387	12 032	11 355	122 646	61 623	61 023	22 089	12 131	9 958
2014	20 575	11 141	9 434	22 906	12 061	10 845	122 676	61 925	60 751	23 690	13 027	10 663
darunter in: MINT-Fächern²												
2001	x	x	x	5 186	1 704	3 482	25 764	8 367	17 397	2 960	949	2 011
2002	x	x	x	5 621	2 013	3 608	27 227	9 105	18 122	2 727	917	1 810
2003	x	x	x	6 259	2 122	4 137	29 350	9 937	19 413	2 728	891	1 837
2004	x	x	x	5 989	2 029	3 960	30 622	10 438	20 184	2 940	1 057	1 883
2005	x	x	x	6 197	2 092	4 105	31 870	10 814	21 056	3 351	1 176	2 175
2006	x	x	x	6 195	2 211	3 984	32 314	10 997	21 317	3 354	1 229	2 125
2007	x	x	x	7 074	2 583	4 491	33 919	11 613	22 306	3 674	1 370	2 304
2008	x	x	x	7 141	2 452	4 689	34 751	11 822	22 929	4 020	1 511	2 509
2009	x	x	x	7 581	2 686	4 895	36 781	12 462	24 319	4 608	1 578	3 030
2010	x	x	x	7 812	2 717	5 095	37 842	12 913	24 929	5 040	1 783	3 257
2011	x	x	x	8 761	2 634	6 127	39 385	12 990	26 395	5 695	2 124	3 571
2012	x	x	x	8 201	2 770	5 431	40 571	13 383	27 188	6 295	2 380	3 915
2013	x	x	x	8 533	2 861	5 672	41 188	13 281	27 907	6 808	2 606	4 202
2014	x	x	x	8 472	3 006	5 466	41 441	13 436	28 005	7 183	2 674	4 509
MINT-Anteile in %												
2001	x	x	x	31,7	19,8	45,0	30,0	19,8	39,9	28,9	19,2	37,8
2002	x	x	x	31,5	21,2	43,2	29,9	20,0	39,7	28,1	19,0	37,2
2003	x	x	x	34,7	23,5	46,0	30,5	20,8	40,2	25,4	16,4	34,6
2004	x	x	x	33,6	22,6	44,9	30,9	21,1	40,6	26,3	18,0	35,3
2005	x	x	x	35,3	23,4	47,7	31,3	21,3	41,2	26,1	17,5	35,5
2006	x	x	x	35,0	23,5	47,9	31,3	21,3	41,4	26,9	18,8	35,9
2007	x	x	x	36,8	25,4	49,5	32,1	21,7	42,7	26,7	18,8	35,8
2008	x	x	x	35,7	23,5	49,0	32,4	21,8	43,3	27,8	19,6	37,0
2009	x	x	x	36,4	24,6	49,4	33,6	22,5	45,0	29,2	19,2	39,9
2010	x	x	x	35,3	23,3	48,6	33,5	22,5	44,8	31,4	20,8	43,5
2011	x	x	x	36,2	22,5	49,1	33,6	22,1	45,2	30,9	21,4	41,8
2012	x	x	x	35,8	23,2	49,5	33,5	22,0	45,2	30,8	21,4	42,2
2013	x	x	x	36,5	23,8	50,0	33,6	21,6	45,7	30,8	21,5	42,2
2014	x	x	x	37,0	24,9	50,4	33,8	21,7	46,1	30,3	20,5	42,3

¹ Studienberechtigte und Studienanfänger: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolvent/-innen: Prüfungsjahr. – 2 Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften.

Quelle: Statistik der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik

AT 27

Studierende im Wintersemester 2014/15 nach Fächergruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Fächergruppe	Insgesamt		Frauen		Männer		Ausländer/-innen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	468	0,4	153	0,2	315	0,5	43	0,3
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	5 915	4,8	4 014	6,5	1 901	3,1	476	3,8
Ingenieurwissenschaften	18 551	15,1	4 539	7,3	14 012	23,1	2 474	20,0
Kunst, Kunstwissenschaft	3 671	3,0	2 359	3,8	1 312	2,2	438	3,5
Mathematik, Naturwissenschaften	22 890	18,7	8 897	14,4	13 993	23,0	2 326	18,8
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	40 922	33,4	20 720	33,5	20 202	33,3	3 792	30,7
Sport	1 501	1,2	400	0,6	1 101	1,8	31	0,3
Sprach- und Kulturwissenschaften	28 758	23,4	20 843	33,7	7 915	13,0	2 785	22,5
Insgesamt	122 676	100	61 925	100	60 751	100	12 365	100

Quelle: Studierendenstatistik

AT 28

Studierende im Wintersemester 2014/15 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)¹ und dem Land des Studienorts

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungsüberschuss (+) -defizit (-) Anzahl
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Innerhalb des Bundesgebietes	114 562	100	113 970	92,9	- 592
Baden-Württemberg	14 949	13,0	11 279	9,2	-3 670
Bayern	3 919	3,4	3 165	2,6	- 754
Berlin	2 305	2,0	822	0,7	-1 483
Brandenburg	359	0,3	458	0,4	+ 99
Bremen	260	0,2	242	0,2	- 18
Hamburg	1 250	1,1	528	0,4	- 722
Hessen	12 107	10,6	16 109	13,1	+4 002
Mecklenburg-Vorpommern	363	0,3	314	0,3	- 49
Niedersachsen	1 539	1,3	2 562	2,1	+1 023
Nordrhein-Westfalen	17 089	14,9	12 570	10,2	-4 519
Rheinland-Pfalz	54 700	47,7	54 700	44,6	-
Saarland	2 958	2,6	8 781	7,2	+5 823
Sachsen	1 194	1,0	698	0,6	- 496
Sachsen-Anhalt	506	0,4	388	0,3	- 118
Schleswig-Holstein	389	0,3	713	0,6	+ 324
Thüringen	675	0,6	641	0,5	- 34
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben ²	.	.	8 706	7,1	.
Insgesamt	114 562	100	122 676	100	.

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

Quelle: Studierendenstatistik

AT 29 Bildungsausländer/-innen¹ in den Wintersemestern 2001/02–2014/15

Wintersemester	Insgesamt	Anteil an allen Studierenden		
		insgesamt	an Universitäten ²	an Fachhochschulen
	Anzahl	%		
2001/02	6 930	8,1	9,5	4,9
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3
2010/11	8 554	7,6	7,5	7,7
2011/12	8 335	7,1	7,2	6,9
2012/13	8 273	6,8	7,0	6,4
2013/14	8 335	6,8	7,2	6,0
2014/15	8 571	7,0	7,3	6,3

1 Als Bildungsausländer/-innen werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben. – 2 Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.
Quelle: Studierendenstatistik

AT 30 Kennzahlen zur Hochschulbildung 2001–2014 nach Geschlecht

Jahr ¹	Studienberechtigtenquote			Studienanfängerquote						Absolventenquote ²		
	insgesamt	Frauen	Männer	am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz			der rheinland-pfälzischen Studierenden in Deutschland			insgesamt	Frauen	Männer
				insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer			
	%											
2001	35,2	38,4	32,2
2002	36,9	40,6	33,5
2003	38,0	42,0	34,1
2004	37,9	41,6	34,4
2005	36,4	39,6	33,3	38,3	39,7	37,0	30,4	29,6	31,2	21,9	23,7	20,2
2006	37,7	41,9	33,7
2007	41,3	45,3	37,6
2008	43,8	48,2	39,7
2009	45,3	49,9	40,9	43,3	46,2	40,5	35,3	35,7	35,0	27,9	29,9	26,0
2010	47,7	53,0	42,8	46,0	49,5	42,7	38,0	38,2	37,8	28,1	31,2	25,0
2011	49,8	55,4	44,3	50,6	50,0	51,2	43,9	40,8	46,9	30,9	34,7	27,3
2012	51,8	56,5	47,4	49,0	52,4	48,1	41,7	41,7	41,8	33,2	37,3	29,4
2013	46,2	50,7	42,0	50,9	53,8	48,1	43,3	44,0	42,7	34,0	38,6	29,7
2014	46,7	51,9	41,6	50,7	54,9	46,7	43,1	43,5	42,8	33,4	37,6	29,4

1 Studienberechtigte und Studienanfänger/-innen: Kalenderjahr; Absolvent/-innen: Prüfungsjahr. – 2 Erstabsolvent/-innen.
Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Statistik der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik

AT 31 Durchschnittsalter bei Erstabschluss und mittlere Fachstudiendauer¹ 2001–2014 nach Geschlecht

Prüfungsjahr	Durchschnittsalter bei Erstabschluss			Mittlere Fachstudiendauer		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Jahre			Fachsemester		
2001	28,0	27,3	28,7	9,8	9,6	10,1
2002	28,0	27,4	28,6	9,9	9,9	10,1
2003	28,1	27,5	28,7	9,8	9,7	9,9
2004	27,7	27,2	28,3	9,5	9,3	9,8
2005	27,6	27,1	28,1	9,5	9,4	9,6
2006	27,6	27,2	28,0	9,5	9,4	9,7
2007	27,5	27,2	27,9	9,4	9,3	9,5
2008	27,5	27,2	27,9	9,5	9,5	9,6
2009	27,2	26,9	27,6	9,4	9,3	9,4
2010	27,1	26,7	27,4	9,1	9,0	9,3
2011	26,8	26,4	27,2	8,6	8,5	8,8
2012	26,5	26,2	26,9	7,9	7,7	8,0
2013	26,3	25,9	26,7	7,6	7,4	7,7
2014	26,2	25,9	26,6	7,4	7,2	7,6

¹ Median.

Quelle: Prüfungsstatistik

AT 32 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2004 und 2014

Beschäftigte	2004			2014			Veränderung VZÄ 2014 zu 2004		
	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹	insgesamt	Teilzeit			
	Anzahl	%			Anzahl	%		%	
Hauptberufliches Personal	6 554	1 973	30,1	5 568	8 798	3 642	41,4	6 977	25,3
Professorinnen und Professoren	1 699	67	3,9	1 666	2 031	141	6,9	1 961	17,7
Dozentinnen und Dozenten sowie Assistentinnen und Assistenten	257	24	9,3	245	11	5	45,5	9	-96,5
Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen	4 182	1 752	41,9	3 306	6 359	3 275	51,5	4 722	42,8
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	416	130	31,3	351	397	221	55,7	287	-18,4
Nebenberufliches Personal ²	2 844	2 844	100	569	5 740	5 740	100	1 148	101,8
Gastprofessorinnen und -professoren, Emeriti	11	11	100	2	59	59	100	12	436,4
Lehrbeauftragte	2 490	2 490	100	498	3 529	3 529	100	706	41,7
Wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	343	343	100	69	2 152	2 152	100	430	527,4
Insgesamt	9 398	4 817	51,3	6 136	14 538	9 382	64,5	8 125	32,4

1 VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte Personal mit dem Faktor 0,5 und das nebenberufliche Personal mit dem Faktor 0,2 gewichtet. – 2 Ohne studentische Hilfskräfte.
Quelle: Personalstatistik

AT 33 Betreuungsrelationen im Wintersemester 2014/15 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt ¹		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen ¹	
	Studierende je					
	Lehrperson ²	Professor/-in	Lehrperson ²	Professor/-in	Lehrperson ²	Professor/-in
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	18,7	36,0	-	-	18,7	36,0
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	5,1	68,8	4,1	68,4	37,5	69,9
Ingenieurwissenschaften	22,7	44,8	18,9	62,5	24,5	40,5
Kunst, Kunstwissenschaft	14,3	33,8	12,5	37,3	17,8	30,0
Mathematik, Naturwissenschaften	18,7	57,3	16,5	59,2	36,3	51,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	29,4	71,5	29,5	94,2	29,3	55,1
Sport	28,6	128,3	28,6	128,3	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	25,9	96,1	25,6	95,4	67,0	147,5
Insgesamt	18,8	63,0	16,5	76,6	26,1	46,2

1 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2 Wissenschaftliches/künstlerisches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.
Quelle: Personalstatistik, Studierendenstatistik

AT 34

Studienanfänger/-innen, Studierende, Absolventen/-innen sowie wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2014 nach Hochschulen

Hochschule ¹	Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsesemester		Studierende		Absolventen/-innen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	5 426	-3,7	34 777	-3,2	6 961	5,7	4 125	0,4
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 726	1,0
Technische Universität Kaiserslautern	2 144	-3,9	14 034	0,5	2 268	6,3	1 999	8,2
Universität Trier	2 610	-4,9	14 306	-3,3	2 709	9,9	1 519	-4,3
Universität Koblenz-Landau	2 761	4,0	15 576	3,5	3 294	10,8	1 203	-1,1
Theologische Fakultät Trier	28	-37,8	308	-12,0	5	-54,5	29	-12,1
Philosophisch-Theologische Hochschule , Vallendar	24	-	278	19,8	18	12,5	50	-5,7
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	-	-	371	4,5	72	71,4	146	-5,8
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	263	1,5	981	-0,5	427	14,5	232	5,9
Fachhochschule Bingen	544	-8,4	2 628	-1,2	456	3,2	180	9,1
Hochschule Kaiserslautern	1 403	4,2	5 828	2,5	954	-2,8	481	-4,2
Hochschule Koblenz	2 074	-1,0	8 925	4,4	1 504	8,6	638	1,4
Hochschule Ludwigshafen	938	3,0	4 293	0,3	1 006	4,7	427	8,9
Hochschule Mainz	1 218	2,5	5 116	3,2	1 040	6,1	548	21,5
Hochschule Trier	1 599	-11,8	8 006	1,4	1 226	15,1	555	-0,7
Hochschule Worms	790	-	3 362	4,6	601	-3,2	216	-10,7
Katholische Hochschule Mainz	282	2,2	1 239	4,9	244	16,7	162	6,6
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	177	9,9	512	6,7	143	7,5	34	6,3
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz, Mayen	527	5,0	1 813	1,3	562	10,2	139	-6,1
Hochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	98	-8,4	323	3,2	97	-1,0	129	3,2
Sonstige deutsche Hochschulen ²	-	-	-	-	79	-8,1	-	-
Hochschulen im Ausland ²	-	-	-	-	24	9,1	-	-
Insgesamt	22 906	-2,1	122 676	0,0	23 690	7,2	14 538	1,5

¹ Studienanfänger/-innen: Kalenderjahr 2014; Studierende und Personal: Wintersemester 2014/15; Absolventinnen und Absolventen: Prüfungsjahr 2014. – ² In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztimmatrikulation erhoben.

Quelle: Studierendenstatistik, Prüfungsstatistik, Personalstatistik

AT 35 Laufende Grundmittel für Lehre und Forschung 1995–2013

Jahr	Studierende	Laufende Grundmittel	Laufende Grundmittel je Studierende/-en		
			insgesamt	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand
	Anzahl	1 000 EUR			
1995	80 691	412 077	5,1	2,9	2,2
1999	80 582	494 405	6,1	4,5	1,7
2000	81 178	504 947	6,2	4,5	1,8
2002	91 123	563 353	6,2	4,4	1,8
2003	96 139	568 317	5,9	4,3	1,7
2004	99 138	566 772	5,7	4,0	1,7
2005	101 845	561 263	5,5	3,8	1,7
2006	103 156	634 659	6,2	4,2	2,0
2007	105 630	622 222	5,9	3,8	2,1
2008	107 116	647 606	6,1	3,8	2,3
2009	109 478	788 890	7,2	4,2	3,1
2010	113 069	824 856	7,3	4,3	3,0
2010 ¹	113 069	653 972	5,9	4,1	1,8
2011	117 105	716 700	6,1	4,2	1,9
2012	121 068	751 689	6,2	4,3	1,9
2013	122 646	751 247	6,1	4,3	1,8

¹ Ab 2010 angepasste Berechnungsmethode.
Quelle: Hochschulfinanzstatistik

AT 36 Stipendiaten/-innen 2014¹ nach Fächergruppen und Geschlecht

Fächergruppe	Insgesamt	Frauen		Männer		Nachrichtlich: Studierende im Wintersemester 2014/15
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	8	4	0,8	4	0,9	468
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	27	21	4,4	6	1,4	5 915
Ingenieurwissenschaften	187	66	13,9	121	28,7	18 551
Kunst, Kunstwissenschaft	29	24	5,1	5	1,2	3 671
Mathematik, Naturwissenschaften	218	94	19,8	124	29,4	22 890
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	306	174	36,7	132	31,3	40 922
Sport	2	-	-	2	0,5	1 501
Sprach- und Kulturwissenschaften	119	91	19,2	28	6,6	28 758
Insgesamt	896	474	100	422	100	122 676

¹ Förderung seit April 2011.
Quelle: Statistik zum Deutschlandstipendium, Studierendenstatistik

AT 37

Landesorganisationen der Weiterbildung 2014 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden

Landesorganisation	Veranstaltungen		Weiterbildungsstunden		Teilnehmende			
	Anzahl	%	Anzahl	%	insgesamt	Frauen	Männer	
					Anzahl	%		
Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH	352	0,8	12 552	1,7	5 349	0,8	53,1	46,9
Landesarbeitsgemeinschaft anderes lernen	1 013	2,4	18 631	2,6	13 544	2,1	74,2	25,8
Bildungswerk des Landessportbundes	3 839	9,2	66 227	9,1	48 501	7,4	73,3	26,7
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	4 457	10,7	46 862	6,5	84 431	13,0	72,1	27,9
Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	5 351	12,9	39 651	5,5	101 454	15,6	76,7	23,3
Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung	5 553	13,4	23 688	3,3	129 888	19,9	88,5	11,5
Verband der Volkshochschulen	21 000	50,5	517 265	71,4	268 503	41,2	70,1	29,9
Insgesamt	41 565	100	724 876	100	651 670	100	75,2	24,8

Quelle: Statistik nach dem Weiterbildungsgesetz

AT 38

Sachgebiete der Weiterbildung 2014 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden

Sachgebiet	Veranstaltungen		Weiterbildungsstunden		Teilnehmende			
	Anzahl	%	Anzahl	%	insgesamt	Frauen	Männer	
					Anzahl	%		
Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften	2 738	6,6	28 809	4,0	48 224	7,4	82,0	18,0
Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung	14 157	34,1	168 893	23,3	201 239	30,9	85,9	14,1
Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung	6 207	14,9	80 856	11,2	87 451	13,4	75,5	24,5
Nachholen von Schulabschlüssen	98	0,2	26 148	3,6	1 502	0,2	40,5	59,5
Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung	2 617	6,3	12 692	1,8	56 441	8,7	74,3	25,7
Politik, Gesellschaft, Gleichstellung	2 735	6,6	25 851	3,6	59 161	9,1	70,6	29,4
Sachgebietsübergreifende Maßnahmen	1 561	3,8	105 410	14,5	21 935	3,4	60,5	39,5
Sprachen	6 102	14,7	218 255	30,1	62 853	9,6	67,8	32,2
Umwelt, Technik, Naturwissenschaften	1 436	3,5	16 574	2,3	21 241	3,3	59,6	40,4
Wirtschaft, kaufmännische Praxis	1 379	3,3	28 349	3,9	25 332	3,9	52,8	47,2
Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde	2 535	6,1	13 039	1,8	66 291	10,2	68,9	31,1
Insgesamt	41 565	100	724 876	100	651 670	100	75,2	24,8

Quelle: Statistik nach dem Weiterbildungsgesetz



Weitere Informationen zum Thema Bildung

Weitere Informationen zum Thema Bildung

Umfangreiche statistische Informationen zur Bildung in Rheinland-Pfalz werden regelmäßig auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz zum kostenfreien Download bereitgestellt. Der Bereich Bildungsstatistik ist erreichbar unter: <http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/>

Die Daten werden aufbereitet in:

Statistischen Berichten

- Allgemeinbildende Schulen: Schülerinnen/Schüler
<http://s.rlp.de/JZo>
- Allgemeinbildende Schulen: Lehrkräfte
<http://s.rlp.de/nlo>
- Allgemeinbildende Schulen: Mainzer Studienstufe
<http://s.rlp.de/m9H>
- Berufsbildende Schulen
<http://s.rlp.de/NuN>
- Berufsbildung
<http://s.rlp.de/NUq>
- Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)
<http://s.rlp.de/BSJ>
- Ausbildungsförderung (BAföG/AFBG)
<http://s.rlp.de/mOM>
- Studienanfängerinnen/Studienanfänger
<http://s.rlp.de/ubA>
- Studentinnen/Studenten sowie Gasthörerinnen/
Gasthörer
<http://s.rlp.de/gEI>
- Abschlussprüfungen an Hochschulen
<http://s.rlp.de/ARg>
- Personal an Hochschulen sowie Neuhabilitierte
<http://s.rlp.de/WZj>
- Hochschulfinanzen
<http://s.rlp.de/MRi>
- Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz
<http://s.rlp.de/k8M>
- Weiterbildung
<http://s.rlp.de/mrM>

Pressemitteilungen

Die Pressemitteilungen zum Thema Bildung können unter folgendem Link abonniert werden:
<http://s.rlp.de/gfQ>

Beiträgen in den Statistischen Monatsheften

Aktuell zu den Themen:

- Kindertagesbetreuung
<http://s.rlp.de/MBD>
- Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden
und berufsbildenden Schulen
<http://s.rlp.de/fNX>
- Hochschulen (Teil 1 und 2)
<http://s.rlp.de/xKq> und <http://s.rlp.de/3ze>

Gemeinschafts- und Überblicks- veröffentlichungen

- Kindertagesbetreuung regional
<http://s.rlp.de/QVy>
- Indikatoren der integrierten Ausbildungs-
berichterstattung
<http://s.rlp.de/tcC>
- Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz
<http://s.rlp.de/HGi>
- Statistisches Jahrbuch
<http://s.rlp.de/cAy>

Kurzpräsentationen

<http://s.rlp.de/vyW>

Regionaldatenbanken

- Meine Heimat
<http://s.rlp.de/63G>
- Regionen im Vergleich
<http://s.rlp.de/H3t>

Überblickstabellen und Karten

<http://s.rlp.de/xmP> und <http://s.rlp.de/Y4A>

Kostenpflichtigen Veröffentlichungen

- Schulverzeichnisse der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
- Sonderaufbereitungen für individuelle Datenbedarfe

Bestelladresse für die Publikationen:

Vertrieb der Veröffentlichungen

Telefon: 02603 71-2450

Telefax: 02603 71-194322

E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Bildungsstatistische Daten für das gesamte Bundesgebiet ...

... sind kostenlos abrufbar über:

- die Kommunale Bildungsdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder:
www.bildungsmonitoring.de
- die Internetseite des Statistischen Bundesamtes: www.destatis.de
(Publikationen > thematische Veröffentlichungen > Stichwort Bildung, Forschung und Kultur)

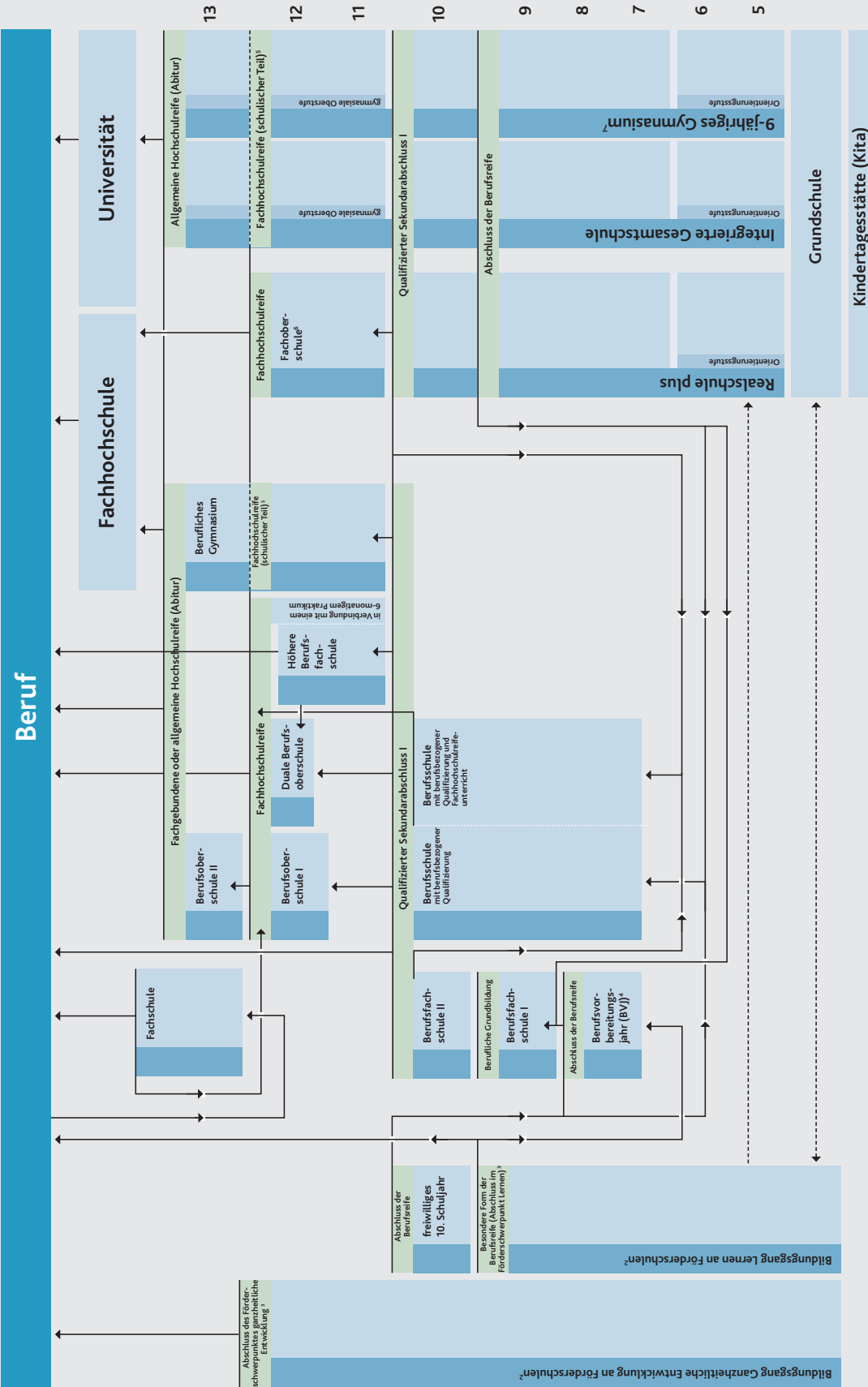
... werden regelmäßig in folgenden Veröffentlichungen aufbereitet:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (jährlich)
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland (zweijährlich)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Hochschulen auf einen Blick (jährlich)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Schulen auf einen Blick (jährlich)

Für Smartphone-Besitzer:
Bildcode scannen. So gelangen Sie zum umfangreichen
Datenangebot des Statistischen
Landesamtes zum Thema Bildung.



Glossar



¹ Auf die Darstellung von Kolleg, Abendgymnasium, Nichtschülerprüfung etc. wird in dieser Grafik verzichtet, die Größe der Darstellungen bildet keine Wertigkeiten ab.
² Im Bereich der Förderschulen gibt es weitere Bildungsgänge, die auch den Abschluss der Berufseife oder den Qualifizierten Sekundarabschluss I ermöglichen.
³ Sonderpädagogische Förderung ist auch in anderen allgemeinbildenden Schulen möglich.
⁴ Angebot für schulpflichtige Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss.

⁵ Fachhochschulreife nur mit mindestens 1-jährigem Praktikum oder Berufsausbildung.
⁶ Die Fachhochschule wird nicht an allen Standorten angeboten, sie ist eine Schulform des berufsbildenden Bereichs.
⁷ In Rheinland-Pfalz gibt es an ausgewählten Standorten 8-jährige Gymnasien in Verbindung mit einer verpflichtenden Ganztagschule. Dort kann die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) bereits nach insgesamt 12 Jahren Schulzeit erworben werden.
 Quelle: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Ü 4 Institutionen der frühkindlichen und kindlichen Bildung

Die *Institutionen der frühkindlichen und kindlichen Bildung* begleiten insbesondere Kinder im vorschulischen Alter. Öffentlich organisierte und finanzierte Betreuungsangebote von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege werden als Kindertagesbetreuung bezeichnet. In Rheinland-Pfalz werden folgende Arten der Tagesbetreuung angeboten:

Kindergarten	Kindergärten sind öffentliche oder private Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsinstitutionen vorwiegend für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt bzw. sechsten Lebensjahr.
Kinderhort	Horte sind sozialpädagogische Tageseinrichtungen zur Betreuung von Schulkindern, zumeist Grundschulkindern. Das Betreuungsangebot bezieht sich vorwiegend auf den Nachmittag nach Unterrichtsende.
Kindertagespflege	Tagespflege ist die Betreuung eines Kindes durch eine geeignete Tagespflegeperson. Die Betreuung und Erziehung des Kindes erfolgt im Haushalt des Kindes, im Haushalt der Tagespflegeperson oder in anderen geeigneten Räumen. Die Tagespflege durch Tagesmütter oder -väter ist als gleichwertige Betreuung neben der Betreuung in einer Tagesstätte anerkannt.
Krippen	Krippen sind frühpädagogische, familienergänzende Einrichtungen zur Betreuung und Frühförderung von Kleinkindern und Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr.
Schulkindergarten	Schulkindergärten sind Einrichtungen, die einer Grundschule zugeordnet werden. Daher gelten diese zwar als Institution der frühkindlichen und kindlichen Bildung, jedoch nicht als Kindertagesstätte. An Schulkindergärten werden Kinder im schulpflichtigen Alter, die aber noch nicht schulfähig sind, pädagogisch gefördert.

Ü 5 Das allgemeinbildende Schulsystem in Rheinland-Pfalz

Allgemeinbildende Schulen vermitteln die gesellschaftlich relevanten, historisch gewachsenen und landespolitisch abgestimmten Inhalte grundlegender, nicht berufsspezifischer Bildung. Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen in Rheinland-Pfalz die folgenden Schularten:

Abendgymnasium und Kolleg	Kollegs und Abendgymnasien sind Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, an denen junge Erwachsene mit einem Qualifizierten Sekundarabschluss I (Realschulabschluss) und einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) erlangen können.
Gymnasium	Das Gymnasium beginnt in der fünften Klassenstufe und führt in Rheinland-Pfalz in acht oder neun Schuljahren über die Mainzer Studienstufe (Gymnasiale Oberstufe) zur Allgemeinen Hochschulreife. Im Rahmen der G8-Ganztagsschule ist die Erlangung der Hochschulreife mit dem Abschluss der 12. Klassenstufe möglich.
Integrierte Gesamtschule (IGS)	In Integrierten Gesamtschulen lernen Schülerinnen und Schüler von der fünften bis zur neunten Klassenstufe gemeinsam. Erst danach findet erstmals eine Versetzung statt. Die Integrierte Gesamtschule kann mit der Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss), dem Qualifizierten Sekundarabschluss I, einer Übergangsberechtigung in die Gymnasiale Oberstufe, dem schulischen Teil der Fachoberschule (FH-Reife) und an bestimmten Standorten mit der Allgemeinen Hochschulreife abgeschlossen werden.
Realschule plus	Im Rahmen der Schulstrukturreform wurden im Jahr 2009 Realschulen, Hauptschulen, Duale Oberschulen und Regionale Schulen in Realschulen plus umgewandelt. An der Realschule plus ist sowohl die Berufsreife als auch ein Qualifizierter Sekundarabschluss I möglich. Zudem wird an mehreren Standorten der schulische Teil der Fachoberschule, der zur Fachhochschulreife führt, angeboten.
Hauptschule und Realschule	Zum Schuljahr 2013/14 sind die Schularten Hauptschule und Realschule in öffentlicher Trägerschaft ausgelaufen. Beide Schularten bestehen jedoch weiterhin in privater oder kirchlicher Trägerschaft. Die Hauptschule führt in der Regel zur Berufsreife und die Realschule zum Qualifizierten Sekundarabschluss I.
Grundschule	Kinder, die bis zum 31. August des jeweiligen Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben, sind schulpflichtig und müssen entsprechend die Primarstufe besuchen. Grundschulen bieten in Rheinland-Pfalz weitestgehend flächendeckend das Bildungsangebot der Primarstufe von der ersten bis zur vierten Klassenstufe an. Laut Bildungsministerium bieten zudem 21 Grundschulen in Rheinland-Pfalz bilingualen Unterricht, meist in Deutsch und Französisch, an. Mit dem Abschluss der Grundschule erfolgt nach der vierten Klassenstufe der Übergang auf eine weiterführende Schule.
Schulkindergarten und Förderschulkindergarten	Schulkindergärten sind Einrichtungen, die einer Grundschule zugeordnet werden und an denen Kinder im schulpflichtigen Alter, die aber noch nicht schulfähig sind, pädagogisch gefördert werden. Schulkindergartenangebote werden nur eingerichtet, wenn diese von mindestens zehn Kindern besucht werden. Seit dem Jahr 2009 liegt der bildungspolitische Fokus allerdings auf der Integrationsförderung in Grundschulen, wodurch Schulkindergärten an Bedeutung verlieren.
Freie Waldorfschule	Die Freien Waldorfschulen sind staatlich anerkannte Schulen in freier Trägerschaft, deren Unterricht auf Basis der sogenannten Waldorfpädagogik beruht. Diese Schulart ist u. a. durch eine Schullaufbahn ohne Sitzenbleiben und Zensuren, durch eine soziale und künstlerisch-handwerkliche Orientierung und durch einen entwicklungsorientierten Lehrplan gekennzeichnet. Dabei können die Berufsreife nach elf Jahren, der Qualifizierte Sekundarabschluss I nach zwölf Jahren oder die Fachhochschulreife bzw. Allgemeine Hochschulreife nach 13 Jahren erlangt werden.
Förderschule	Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden an Förderschulen unterrichtet. Die Förderschulen differenzieren sich nach Schulformen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten: Lernen, ganzheitliche Entwicklung, motorische Entwicklung, sozial-emotionale Entwicklung, Sprache, Blindheit und Sehbehinderung sowie Gehörlosigkeit und Schwerhörigkeit. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf können auch an Regelschulen unterrichtet werden.

Ü 6 Das berufsbildende Schulsystem in Rheinland-Pfalz

Berufsbildende Schulen vermitteln berufsvorbereitende, berufsorientierende, berufsbildende, berufsqualifizierende, berufsbegleitende und fortbildende Inhalte. Die nach verschiedenen Bildungszielen differenzierten Schulinstitutionen der Berufsbildung werden in Rheinland-Pfalz in unterschiedlichen Schulformen und Bildungsgängen ausgewiesen:

Berufsschule (Teilzeitberufsschule)	An Berufsschulen findet der schulische Teil der Dualen Berufsausbildung statt. Die schulische Ausbildung wird in der Regel neben der betrieblichen Ausbildung in Teilzeit durchgeführt. Voraussetzung für den Besuch einer Berufsschule ist grundsätzlich ein bestehendes Berufsausbildungsverhältnis und der Nachweis der erlangten Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss). Mit dem erfolgreichen Abschluss der Dualen Berufsausbildung erhalten die Absolventinnen und Absolventen neben dem Abschlusszeugnis der Berufsschule auch ihren Gesellen-, Gehilfen- oder Facharbeiterbrief von der zuständigen Kammer.
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	Neben der Dualen Berufsausbildung wird an den Berufsschulen das Berufsvorbereitungsjahr angeboten. Ziel des Berufsvorbereitungsjahres ist es, Jugendliche ohne Berufsreife und Ausbildungsplatz auf eine Berufsausbildung oder eine Arbeitstätigkeit vorzubereiten. Mit dem Absolvieren des Berufsvorbereitungsjahres wird mit dem Abschlusszeugnis die Berufsreife verliehen.
Berufsfachschule I und Berufsfachschule II	An der Berufsfachschule I wird eine berufliche Grundbildung innerhalb eines Schuljahres vermittelt. Voraussetzung für den Besuch der Berufsfachschule I ist ein Abschlusszeugnis der Berufsreife. Damit ist die Berufsfachschule I häufig ein an das Berufsvorbereitungsjahr anschließendes Bildungsprogramm. Nach dem Abschluss der Berufsfachschule I ist ein Übertritt in die Berufsfachschule II möglich, die innerhalb eines weiteren Schuljahres zum Qualifizierten Sekundarabschluss I führt.
Dreijährige Berufsfachschule	Die Dreijährige Berufsfachschule führt in einer vollschulischen Ausbildung zu einem qualifizierten Abschluss im Handwerk oder qualifiziert für die Teilnahme an der Gesellenprüfung. Daneben kann der Qualifizierte Sekundarabschluss I und über den zusätzlichen Fachhochschulreifeunterricht die Fachhochschulreife erworben werden. Voraussetzung für eine Ausbildung an der Dreijährigen Berufsfachschule ist das Zeugnis der Berufsreife.
Höhere Berufsfachschule	Die Höhere Berufsfachschule führt in einer zweijährigen vollschulischen Ausbildung zu einer Berufsqualifikation als staatlich geprüfte Assistentin bzw. als staatlich geprüfter Assistent einer ausgewählten Fachrichtung. Für die meisten Fachrichtungen wird ein Qualifizierter Sekundarabschluss I vorausgesetzt. Über den Fachhochschulreifeunterricht kann zusätzlich die Fachhochschulreife erworben werden.
Berufsoberschule I und Berufsoberschule II	Die Berufsoberschule I führt innerhalb eines Schuljahres zur Fachhochschulreife. Voraussetzung ist ein Qualifizierter Sekundarabschluss I und eine Berufsausbildung. An der Berufsoberschule II kann die fachgebundene oder Allgemeine Hochschulreife erworben werden. Die Berufsoberschule II gliedert sich in die Fachbereiche Technik, Gesundheit und Soziales sowie Wirtschaft und Verwaltung. Diese Schulform kann mit dem Nachweis der Fachhochschulreife und einer abgeschlossenen Berufsausbildung besucht werden.
Duale Berufsoberschule	Die Duale Berufsoberschule führt als Teilzeitunterricht in ein oder zwei Jahren zur Fachhochschulreife. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie ein Qualifizierter Sekundarabschluss I oder der Abschluss einer Höheren Berufsfachschule oder einer Fachschule.
Berufliches Gymnasium	Das Berufliche Gymnasium unterscheidet sich vom allgemeinbildenden Gymnasium dahingehend, dass es anhand berufsorientierender Fachrichtungen ausgerichtet ist und nur aus der gymnasialen Oberstufe (11. bis 13. Klassenstufe) besteht. Wie das allgemeinbildende Gymnasium schließt das Berufliche Gymnasium mit der Allgemeinen Hochschulreife ab. Voraussetzung des Besuchs des Beruflichen Gymnasiums ist ein Qualifizierter Sekundarabschluss I.
Fachoberschule	An der Fachoberschule können Schülerinnen und Schüler, die über einen Qualifizierten Sekundarabschluss I verfügen, innerhalb von zwei Jahren ihre Fachhochschulreife erlangen. Dabei ist der Bildungsgang sehr praxisorientiert ausgerichtet. Im ersten Schuljahr wird an drei Tagen pro Woche ein betriebliches Praktikum absolviert. Erst das zweite Schuljahr ist vollschulisch.
Fachschule	An der Fachschule können sich Personen, die bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, in der Regel innerhalb von zwei Jahren in vollschulischer Form beruflich fortbilden. Die Fachschule führt zu staatlich geprüften Fortbildungsabschlüssen, beispielsweise zum staatlich geprüften Techniker bzw. zur staatlich geprüften Technikerin.

Ü 7 Institutionen der akademischen Hochschulbildung

Bereits im 14. und 15. Jahrhundert etablierten sich die ersten Hochschulen in Deutschland, in der Regel mit lediglich vier Studienmöglichkeiten an der artistischen, medizinischen, juristischen oder theologischen Fakultät. Seither differenzierten sich die Hochschullandschaft und das Studienangebot stetig aus. Die folgende Übersicht veranschaulicht die gegenwärtigen *Hochschulinstitutionen*:

**Universität/
Wissenschaftliche
Hochschule** Wissenschaftliche Hochschulen und Universitäten zeichnen sich in der Regel durch das Promotions- und Habilitationsrecht sowie durch einen umfassenden Fächerkanon aus. Sie sind sowohl Orte der universitären Lehre als auch der Forschung. Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums ist in der Regel die fachgebundene oder Allgemeine Hochschulreife.

**Fachhochschule/
Hochschule für
angewandte
Wissenschaften** Fachhochschulen, inzwischen häufig nur noch als „Hochschulen“ oder „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ bezeichnet, legen ihren Schwerpunkt auf eine anwendungsorientierte Hochschullehre und häufig auf einen Wissenschaftstransfer zur Wirtschaft. Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums ist in der Regel die Fachhochschulreife.

**Verwaltungs-
hochschule** An Verwaltungsfachhochschulen werden Anwärterinnen und Anwärter auf den gehobenen Dienst ausgebildet. Daneben wurde im Jahr 1947 die Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften gegründet, die heute als Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer den Status einer wissenschaftlichen Hochschule hat. Sie gilt als Hauptausbildungsstätte für Verwaltungswissenschaften in Deutschland.

**Weitere
Hochschularten** Die Hochschullandschaft ist durch Heterogenität geprägt. Neben den genannten Institutionen existieren in Deutschland auch Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen, Musikhochschulen und Pädagogische Hochschulen. Während Berufsakademien in manchen Bundesländern den Status einer Hochschule haben, gelten diese in Rheinland-Pfalz nicht als Hochschulinstitutionen.

Ü 8 Institutionen der Erwachsenen- und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz

Im Kontext des lebenslangen Lernens haben Weiterbildungsinstitutionen in den vergangenen Jahren einen Bedeutungsgewinn erfahren. In Rheinland-Pfalz werden neben der betrieblichen Weiterbildung in Unternehmen, der beruflichen Weiterbildung durch die Kammern und der akademischen Weiterbildung an Hochschulen unter anderen auch durch die sieben staatlich anerkannten *Weiterbildungsträger* Veranstaltungen der Erwachsenen- und Weiterbildung angeboten:

Verband der Volkshochschulen	Volkshochschulen vermitteln in einem weitestgehend flächendeckenden Angebot im Wesentlichen allgemeinbildende Inhalte der Erwachsenenbildung. Dazu gehören die Angebotsschwerpunkte Sprachen, Gesellschaft, Kultur, Gesundheit, Alphabetisierung und Integration.
Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	Der Bildungsauftrag der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung umfasst insbesondere religiöse, kulturelle und politische Weiterbildungsangebote mit dem Fokus auf aktuelle Zeitfragen, Stärkung der Gemeinschaft sowie Eltern- und Familienbildung.
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung bietet insbesondere Weiterbildungsangebote in den Bereichen Religion, Erziehung, Heilpädagogik, Gleichstellung und Politik an.
Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung	Die Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung besteht aus Mitgliedern des ländlichen Raums, beispielsweise Landfrauen, Landjugend und Landwirtschaftskammer. Neben der Förderung von Weiterbildungsangeboten in ländlichen Regionen werden die Themen Gleichstellung, politische Bildung und Entwicklung ländlicher Räume unterstützt.
Bildungswerk des Landessportbundes	Das Bildungswerk des Landessportbundes bietet Bildungs-, Trainings- und Übungsangebote im Wesentlichen im Bereich Sport, Gesundheit und Ernährung an und fördert Angebote von Sportvereinen.
Landesarbeitsgemeinschaft anderes lernen	Die Weiterbildungsangebote der Landesarbeitsgemeinschaft anderes lernen sind neben einer sozialpolitischen Orientierung durch emotionale, kreative und spirituelle Lerninhalte und -methoden gekennzeichnet. Schwerpunkte der Erwachsenenbildungsangebote sind Themenfelder der Politik, Umwelt, Gesellschaft, Alphabetisierung, Kunst, Arbeit mit Minderheiten und Gesundheit.
Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH	Arbeit & Leben gGmbH bietet neben Bildungsangeboten auch Angebote zur Beratung an. Dabei fokussiert die Weiterbildungsorganisation insbesondere die Themen Gender Mainstreaming, Migration und demografischer Wandel.

Absolventenquote an Hochschulen

Die (Netto-)Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt, wie bei der Studienanfängerquote, nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Realschulen plus, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen und Förderschulen.

Eine Sonderstellung nehmen Kollegs und Abendgymnasien ein. Dies sind Einrichtungen des zweiten Bildungsweges, an denen nach dreijähriger Ausbildung die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) im Ganztags- oder Teilzeitunterricht (berufsbegleitend) erlangt werden kann.

Arbeitslose, Arbeitslosenquote

Arbeitslose in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, nicht jünger als 15 Jahre alt sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben. Hierzu zählen keine Schülerinnen und Schüler, Studierende oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie Personen, die arbeitsunfähig erkrankt sind.

Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen.

Atypische Beschäftigung

Im Mikrozensus zählen zu den als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen befristete oder

geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden.

Aufstiegsfortbildungsgesetz (AFBG)

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Personen, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Die Förderung setzt sich dabei aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem ein Beitrag zum Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe), Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, Freie Berufe und Hauswirtschaft unterschieden.

Die Zuordnung der Auszubildenden richtet sich entsprechend dem Berufsbildungsgesetz vielfach nach der Art des Ausbildungsberufes und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebes zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich. Dies führt unter anderem im Öffentlichen Dienst dazu, dass die nachgewiesene Zahl an Auszubildenden nicht das vollständige Ausbildungsvolumen dieses Bereiches abbildet. Ein für den Beruf des Gärtners Auszubildender bei einer Stadtverwaltung wird beispielsweise dem Bereich Landwirtschaft zugeordnet, weil die Landwirtschaftskammer die für seine Ausbildung zuständige Stelle ist.

Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler

Das Statistische Bundesamt berechnet seit dem Berichtsjahr 1995 die Kennzahl „Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler“. Mit diesem Indikator können für die einzelnen Länder Aussagen zur Finanzausstattung der öffentlichen Schulen getroffen werden (vgl. Statistisches Bundesamt: Ausgaben

öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler. Wiesbaden 2012).

Auszubildende

Als Auszubildende werden Personen nachgewiesen, die auf der Grundlage eines Berufsausbildungsvertrages in einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung anerkannten Lehrberuf ausgebildet werden. Nicht zu den Auszubildenden zählen Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter, Umschülerinnen und Umschüler sowie Schülerinnen und Schüler, die in einem vollschulischen Bildungsgang an einer berufsbildenden Schule oder einer Schule des Gesundheitswesens ausgebildet werden.

Bachelor

Der Bachelorabschluss ist der erste berufsqualifizierende Studienabschluss. Die Regelstudienzeit beträgt üblicherweise sechs Semester. Eingeführt wurde der Bachelor in Deutschland im Zuge der Bologna-Reform Ende der 90er-Jahre. Mit der Reform soll erreicht werden, dass Abschlüsse und Prüfungsleistungen im europäischen Hochschulraum besser vergleichbar und wechselseitig anerkannt werden.

Berufsbereiche

Die Berufsbereiche fassen als oberste Einheit der von der Bundesagentur für Arbeit herausgegebenen „Klassifikation der Berufe 2010“ (KldB 2010) jene Berufe zusammen, die sich nach den Arbeitsaufgaben und der allgemeinen Art der Tätigkeit ähneln. Die fachlich näher zueinander gehörenden, ihrer Berufsaufgabe und Tätigkeit nach verwandten Berufe sind in verschiedene Berufsgruppen zusammengefasst. Die KldB 2010 wurde federführend von der Bundesagentur für Arbeit und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung unter Beteiligung der amtlichen Statistik entwickelt. Beteiligt waren zudem Vertreter der betroffenen Bundesministerien und der Wissenschaft.

Berufsbildende Schulen

Diese Schulart umfasst mehrere Schulformen. An einer beruflichen Schule (Verwaltungs- bzw. Orga-

nisationseinheit) können parallel mehrere Schulformen – beispielsweise eine Berufsschule und ein Berufliches Gymnasium – geführt werden. An berufsbildenden Schulen können sowohl berufsbildende als auch allgemeinbildende Abschlüsse erlangt werden, letztere sowohl eigenständig als auch zusätzlich zu einer beruflichen Qualifikation.

In Rheinland-Pfalz existieren im Wesentlichen folgende Formen der berufsbildenden Schulen: Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufsoberschulen I, Berufsoberschulen II, Duale Berufsoberschulen, Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien und Fachschulen. Die Schulen des Gesundheitswesens nehmen eine Sonderstellung ein.

Berufsbildungsstatistik

Die Daten zur Berufsausbildung werden von den Kammern und den übrigen für die duale Berufsausbildung zuständigen Stellen jährlich zum 31. Dezember an das Statistische Landesamt gemeldet. Seit dem Jahr 2007 erfolgt die Lieferung der Daten zu den Auszubildenden und zu Ausbildungsabschlussprüfungen auf der Basis von Einzeldaten. Neben den Daten zu Auszubildenden werden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik auch Daten zu Ausbilderinnen und Ausbildern sowie zu Ausbildungsberaterinnen und -beratern erfasst.

Als Datenquelle für die duale Berufsausbildung dient neben der Berufsbildungsstatistik auch die Statistik über die berufsbildenden Schulen. Aufgrund der unterschiedlichen Stichtage und der teilweise unterschiedlichen regionalen Zuordnung der Auszubildenden in der Berufsbildungs- und in der Schulstatistik sind die Ergebnisse der beiden Erhebungen nur bedingt vergleichbar.

Aus Gründen der Geheimhaltung entsprechend § 16 des Bundesstatistikgesetzes werden die Daten (Absolutwerte) der Berufsbildungsstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 gerundet ausgewiesen. Hierzu wird jeder Zellwert auf ein Vielfaches von drei gerundet. Bei dem angewendeten Rundungsverfahren mit der Basis Drei beträgt die Abweichung vom Originalwert je ausgewiesener Datenzelle maximal Eins. Auch die Summe der gerundeten Einzelwerte kann

folglich von der tatsächlichen (und von der gerundeten) Gesamtsumme abweichen. Die Abweichung entspricht maximal der Summe der ausgewiesenen Merkmalsausprägungen.

Betreuungsquote, Kindertagesbetreuung

Die Betreuungsquote ist der Anteil der Kinder, die in einer Kindertageseinrichtung oder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut werden (ohne Doppelzählungen), an der Gesamtzahl der Kinder des entsprechenden Alters. Die Kindertagespflege umfasst nur diejenigen Betreuungsarrangements, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Eine rein privat organisierte Kinderbetreuung wird nicht erfasst. Bei der Berechnung der Betreuungsquote werden die Kinder zum Stichtag der Erhebung (das ist der erste 1. März bzw. bis 2008 der 15. März) auf die Bevölkerung zum 31. Dezember des Vorjahres bezogen. Siehe auch „Ganztagsbetreuungsquote“.

Im Gegensatz dazu wird die Besuchsquote bei getrennter Betrachtung der Betreuung in einer Tageseinrichtung und der Inanspruchnahme von Kindertagespflege verwendet. Sie bezeichnet den Anteil der Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, an allen gleichaltrigen Kindern.

Betreuungsrelation, Hochschulen

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Bevölkerungsvorausberechnung

Die Projektion der künftigen Bevölkerungsentwicklung erfolgt aufgrund von alternativen Annahmen über die Fruchtbarkeit, die Sterblichkeit sowie die Zu- und Fortzüge.

Der mittleren Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistisches Landesamtes liegen – bezogen auf Rheinland-Pfalz – folgende Annahmen zugrunde:

Die Geburtenrate bleibt über den Vorausberechnungszeitraum konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung nimmt bis zum Jahr 2060 bei Frauen um 6,5 Jahre und bei Männern um sieben Jahre zu. Der Wanderungsüberschuss beläuft sich auf +6 000 Personen im Jahr.

Bildungsausgaben

Die Bildungsausgaben umfassen Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträge), laufenden Sachaufwand, Investitionsausgaben sowie unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Krankenversorgung im Versorgungsfall der im Bildungsbereich aktiven Beamtinnen und Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmenden im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung sowie die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, AFBG u. a. nachgewiesen.

Bildungsausländerinnen und -ausländer

Als Bildungsausländerinnen und -ausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben.

Bildungsbeteiligung

Für die Berechnung der Bildungsbeteiligungsquote wird die Zahl der Bildungsteilnehmenden einer Altersgruppe ins Verhältnis gesetzt zur Gesamtzahl der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung am Wohnort. Die Lernenden werden am Ort der Bildungseinrichtung gezählt. Länder, die beispielsweise Studierende aus anderen Ländern anziehen, besitzen somit tendenziell eine höhere Bildungsbeteiligung als Länder, die Lernende „exportieren“.

Bildungspersonal

Bildungspersonal wird entsprechend der Abgrenzungen in der Bildungspersonalrechnung verstan-

den als „das in Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal [...]. Dies umfasst sowohl das pädagogische beziehungsweise wissenschaftliche als auch das sonstige Personal. Zum pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte in Schulen sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen. Zum sonstigen Personal zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal an Kindertageseinrichtungen, Personal in Schulen unterhalb der Vergütungs- bzw. Besoldungsgruppe E9 bzw. A9 sowie das Verwaltungs- und technische Personal in Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung)“ (Quelle: Autorengruppe Bildungsbericht-erstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld 2016, S. 37).

Bologna-Reform

Unter der Bologna-Reform oder dem Bologna-Prozess sind die Veränderungsprozesse seit der sogenannten „Bologna-Erklärung“ zu verstehen. Mit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung brachten am 19. Juni des Jahres 1999 insgesamt 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum mit vergleichbaren Hochschulabschlüssen zu schaffen. Zu den Zielen gehörten die Abschaffung nationaler Abschlüsse wie dem Diplom oder Magister und die Etablierung eines europaweit einheitlichen Graduiertensystems, gestuft nach Bachelor- und Masterabschluss. Außerdem wurden im Rahmen der Anforderungen der Qualitätssicherung und Transparenz das sogenannte „diploma supplement“ zur Zertifizierung einzelner Qualifikationen sowie ein Leistungspunkte- und Modulsystem eingeführt (European Credit Transfer System, ECTS). Die Reform sollte zu einer Steigerung der innereuropäischen Mobilität der Studierenden und zu einer besseren Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse beitragen. Zudem sollte die internationale Attraktivität europäischer Hochschulen erhöht werden.

Die Reform wurde in Rheinland-Pfalz weitestgehend umgesetzt. Dennoch werden in ausgewählten Studienbereichen bzw. an bestimmten Hochschulen weiterhin „klassische“ Studienabschlüsse angeboten.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Das Bruttoinlandsprodukt ist eine Kennzahl für die erbrachte wirtschaftliche Leistung und somit in erster Linie ein Produktionsindikator. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert und ergibt sich als Differenz zwischen dem Produktionswert und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, berücksichtigt also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern.

Die Aufsummierung der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung. Der Anteil eines Wirtschaftsbereichs an der Bruttowertschöpfung zeigt die Bedeutung des Wirtschaftsbereichs für die gesamte Wirtschaftsleistung.

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Seit dem Jahr 1971 werden durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Jugendliche und junge Erwachsene finanziell auf ihrem Bildungsweg unterstützt, um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen.

Gefördert werden im Rahmen des BAföG Ausbildungen an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie an Hochschulen, aber auch an Akademien, Kollegs und die Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen. Die Höhe des monatlichen Förderbetrags

und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen im Wesentlichen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab.

Drittmittel

Drittmittel sind Mittel, die von den Hochschulen zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) bei öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Sie können der Förderung von Forschung, Entwicklung und Lehre sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen.

Erfolgsquote, Berufsbildungsstatistik

Zur Berechnung der Erfolgsquote in der Berufsbildung werden die bestandenen Prüfungen eines Berichtsjahres auf alle Prüfungen dieses Berichtsjahres bezogen.

Erfolgsquote, Hochschulstatistik

Die Erfolgsquote in der Hochschulausbildung gibt den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger eines Studienjahres, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben, an allen Studienanfängerinnen und -anfängern dieses Studienjahres an. Bei der Berechnung wird sowohl der Studienfach- und Prüfungsgruppenwechsel der Studierenden als auch die Abschlusswahrscheinlichkeit der im Berichtsjahr Noch-Studierenden berücksichtigt.

Erwerbslose

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Zu den Erwerbslosen werden auch sofort verfügbare Nichterwerbstätige gezählt, die ihre Arbeitsuche abgeschlossen haben, die Tätigkeit aber erst innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen werden.

Die Differenz zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist

erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitsuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine geringfügige Tätigkeit ausüben, nach ILO-Definition (International Labour Organization) nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige.

Erwerbspersonenvorausberechnung

Die Erwerbspersonenvorausberechnung des Statistischen Landesamtes erfolgt auf Basis der mittleren Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Für die Demografische Variante der Erwerbspersonenvorausberechnung sind konstante geschlechts- und altersspezifische Erwerbsquoten angenommen. In dieser Variante ist die zahlenmäßige und strukturelle Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials daher allein durch die demografische Entwicklung bestimmt. Die für die Projektion benötigten spezifischen Erwerbsquoten wurden aus Daten des Zensus 2011 berechnet. Um auch die aktuellen Entwicklungen zu berücksichtigen, erfolgte eine Anpassung der Erwerbsquoten der Jüngeren (15- bis unter 25-Jährige) und der Älteren (55- bis unter 75-Jährige) mithilfe eines Trendfaktors, der aus den Ergebnissen des Mikrozensus der Jahre 2011 und 2014 ermittelt wurde.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen Freien Beruf ausüben.

Demnach gelten auch alle Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ oder einer „kurzfristigen Beschäftigung“ als erwerbstätig. Diese Beschäftigungsverhältnisse liegen nach § 8 SGB IV vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 450 Euro nicht übersteigt bzw. die Tätigkeit innerhalb eines

Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist.

Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Fächergruppen, Studienbereiche, Studienfächer

Ein Studienfach ist die in Prüfungsordnungen festgelegte Bezeichnung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Disziplin, in der ein Studienabschluss möglich ist. Mehrere verwandte Fächer werden zu Studienbereichen und diese wiederum zu Fächergruppen zusammengefasst.

Fachgebundene Hochschulreife

Die fachgebundene Hochschulreife wird in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2005/06 an Berufsoberschulen II angeboten. Im Gegensatz zur Allgemeinen Hochschulreife wird für die Erlangung dieses Abschlusses nur eine Fremdsprache benötigt. Die fachgebundene Hochschulreife vermittelt die Zugangsvoraussetzung für Fachhochschulen und für ausgewählte Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten).

Fachhochschulreife

Die Fachhochschulreife qualifiziert für das Studium an einer Fachhochschule bzw. einer Hochschule für angewandte Wissenschaften. Es gibt verschiedene Möglichkeiten im rheinland-pfälzischen Schulsystem, die Fachhochschulreife zu erlangen: u.a. über die Berufsoberschule I, die Fachoberschule, die Duale Berufsoberschule, den Fachhochschulreifeunterricht an Berufsschulen und an Höheren Berufsfachschulen.

Fachsemester

Fachsemester sind die in einem Studiengang absolvierten Semester. Soweit diese von der Hochschule anerkannt werden, zählen hierzu auch Semester aus anderen Studiengängen im In- und Ausland. Die Fachsemesterzahl kann von der Zahl der Hochschulsemester abweichen, da Hochschulsemester

nicht an einen bestimmten Studiengang gebunden sind.

Fachstudienanfängerinnen und -anfänger

Fachstudienanfängerinnen und -anfänger sind Studierende im ersten Semester eines bestimmten Studiengangs. Hierzu zählen auch jene Studierenden, die vor Aufnahme dieses Studiums bereits in einem anderen Studiengang eingeschrieben waren. Die Zahl der Fachstudienanfängerinnen und -anfänger eines Studienjahres ergibt sich aus den Studienanfängerinnen und -anförnern eines Sommersemesters und des darauf folgenden Wintersemesters.

Fach- und Gesamtstudiendauer

Die Fachstudiendauer gibt die Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss verbracht werden. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem belegt werden.

Familien, Familientypen

Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften sowie Alleinerziehende mit ledigen Kindern im Haushalt. Familien werden nach dem Lebensformenkonzept unterschieden in „Ehepaare mit Kindern“, „Lebensgemeinschaften mit Kindern“ und „Alleinerziehende mit Kindern“.

Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz werden verschiedene Formen der Ganztagschule angeboten:

- **Angebotsform:** Die Ganztagschule in Angebotsform sieht an mindestens vier Tagen pro Woche ein Ganztagsangebot von 8 bis 16 Uhr vor. Schülerinnen und Schüler können die Teilnahme an diesem Angebot frei wählen. Nach der Anmeldung ist die Teilnahme allerdings für ein Jahr bindend.

- **Verpflichtende Form:** Bei Ganztagschulen in verpflichtender Form erstreckt sich der Unterricht in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Unterrichtliche und außerunterrichtliche Veranstaltungen sind zu einer organisatorischen Einheit miteinander verbunden. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.
- **Offene Form:** Die Ganztagschule in offener Form legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an. Betreuungskräfte werden vom Schulträger bereitgestellt. Die Ganztagschule in offener Form kann mit Zustimmung des Schulträgers nach Anhörung der Gesamtkonferenz und des Schulleiterbeirats ohne Beteiligung der Schulbehörde eingerichtet werden.

Darüber hinaus werden für Schulkinder auch Betreuungsmöglichkeiten im Rahmen „Betreuender Grundschulen“ sowie in Kindertageseinrichtungen und in Form der öffentlich geförderten Kindertagespflege angeboten. Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeit werden diese Angebote zum Teil in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden diese bei der Anteilsberechnung zur Nutzung von schulischen Ganztagsangeboten nicht berücksichtigt.

Ganztagsbetreuungsquote, Kindertagesbetreuung

Die Ganztagsbetreuungsquote setzt die Zahl der ganztags betreuten Kinder einer Altersgruppe ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder der gleichen Altersgruppe. Bei den hier ausgewiesenen Quoten werden sowohl ganztags betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen als auch in öffentlich geförderter Kindertagespflege einbezogen (ohne Doppelzählungen). Eine Ganztagsbetreuung besteht, wenn ein Kind durchgehend mehr als sieben Stunden in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege betreut wird. Aufgrund einer methodischen Umstellung der Erhebung ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus den Jahren 2006 bis 2011 mit den Ergebnissen ab 2012 eingeschränkt.

Stichtag der Erhebungen ist der 1. März eines Jahres (bzw. bis 2008 der 15. März eines Jahres) für die Zahl der Kinder in Ganztagsbetreuung. Diese Kinder werden auf die Gesamtzahl der Kinder am 31. Dezember des Vorjahres bezogen.

Gasthörerstudium

Das Gasthörerstudium wird von vielen Hochschulen angeboten. Es ermöglicht interessierten Personen – auch ohne Hochschulzugangsberechtigung – den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen und Kurse. Gasthörerinnen und Gasthörer haben jedoch keinen Studierendenstatus und können keine Prüfungen ablegen. Die in der Landesverordnung geregelten Gebühren für ein Gasthörerstudium betragen je nach Anzahl der besuchten Kurse zwischen 140 und 300 Euro pro Semester.

Die an den Hochschulen immatrikulierten Gasthörerinnen und Gasthörer werden jährlich im Rahmen der Gasthörerstatistik erfasst.

Gesundheitsschulen, Schulen des Gesundheitswesens

Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln eine Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsberufe. Die Schulen des Gesundheitswesens nehmen eine Sonderstellung neben der bundeseinheitlich geregelten betrieblichen Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung und dem rein länderspezifisch geregelten schulischen Ausbildungsteil des dualen Ausbildungssystems ein. Sie können als staatlich anerkannte Privatschulen organisiert, aber auch an ein Krankenhaus angegliedert und über dessen Pflegesätze finanziert werden. Die Abschlüsse sind staatlich anerkannt. Die Ausbildung der Gesundheitsfachberufe erfolgt fast vollständig an diesen Schulen. Bis zum Schuljahr 2008/09 wurde die Erhebung auf freiwilliger Basis durchgeführt. Seit dem Schuljahr 2009/10 besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht.

Habilitationsstatistik

Die Habilitationsstatistik wird jährlich an allen Hochschulen mit Habilitationsrecht erhoben. Er-

fasst werden alle an der jeweiligen Hochschule im Berichtsjahr abgeschlossenen Habilitationsverfahren nach Fachgebieten. Außerdem werden für die Neuhabilitierten soziodemografische Merkmale sowie Angaben zur Art des Beschäftigungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Habilitation und zur fachlichen und organisatorischen Zugehörigkeit erhoben.

Hochschularten

Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen bezeichnet. Die Hochschularten dienen der Zusammenfassung gleichartiger Hochschulen. In Rheinland-Pfalz gibt es im Wesentlichen Universitäten bzw. wissenschaftliche Hochschulen, Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie Verwaltungshochschulen.

Hochschulfinanzstatistik

Im Rahmen der Hochschulfinanzstatistik werden jährlich an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen die Einnahmen und Ausgaben erhoben. Sie liefert wichtige Informationen über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben und zeigt Unterschiede in der Finanzausstattung zwischen den einzelnen Fächergruppen und Hochschulen.

Hochschulpersonalstatistik

Die Daten der Personalstatistik werden von den Hochschulen und der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz jährlich an das Statistische Landesamt gemeldet. Die Erhebung umfasst das gesamte am Erhebungstichtag haupt- und nebenberuflich an den Hochschulen tätige Personal, auch wenn kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule besteht. Erhoben werden von den Beschäftigten soziodemografische Merkmale, Hochschule, fachliche und organisatorische Zugehörigkeit, Einstufung, Art der Finanzierung sowie bei Professorinnen und Professoren das Jahr der Berufung.

Hochschulprüfungsstatistik

Die Daten zur Prüfungsstatistik werden in jedem Semester von den Prüfungsämtern an das Statistische

Landesamt gemeldet. Erhoben werden u. a. soziodemografische Merkmale der Prüfungskandidatinnen und -kandidaten, Monat und Jahr der Prüfung, Prüfungserfolg und Gesamtnote, Hochschule, Studienfach, Art des Abschlusses und Fachsemester. Die Veröffentlichung der Daten erfolgt nach Prüfungsjahren.

Hochschulzugangsberechtigung

Hochschulzugangsberechtigung (HZB) ist ein Sammelbegriff für alle Bildungsabschlüsse, die zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigen. In Deutschland existieren drei Arten der Hochschulzugangsberechtigung:

- die Fachhochschulreife,
- die fachgebundene Hochschulreife und
- die Allgemeine Hochschulreife.

Die HZB kann auf verschiedensten Bildungswegen unter anderem auch durch berufliche Qualifizierung erreicht werden. Studienbewerberinnen und -bewerber aus dem Ausland ohne anerkannte HZB können diese an einem Studienkolleg erlangen.

Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Mit der „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine länderübergreifende Systematik zur Darstellung des Ausbildungsgeschehens nach der Sekundarstufe I entwickelt. Hierfür wurden die einzelnen Bildungsgänge entsprechend ihres Bildungsziels und ihrer Zugangsvoraussetzungen zu verschiedenen Sektoren und Konten zusammengefasst. Bezogen auf den Kernbereich der Systematik werden drei Sektoren unterschieden:

- *I. Erlangung der Hochschulreife:* Dieser Sektor beinhaltet die gymnasiale Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und der Beruflichen Gymnasien sowie die Fachoberschulen. Nicht enthalten sind die Bildungsgänge der Berufsoberschulen, die dem Sektor Weiterbildung zugeordnet sind.
- *II. Berufliche Ausbildungen:* In diesem Sektor werden alle vollqualifizierenden Bildungsgänge

nachgewiesen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen, unabhängig davon, ob es sich um eine betriebliche Ausbildung im Dualen System oder um eine vollschulische Ausbildung handelt.

- *III. Übergangsbereich:* Dem „Übergangsbereich“ sind jene Bildungsgänge zugeordnet, die Jugendliche auf die Aufnahme einer schulischen oder beruflichen Ausbildung vorbereiten, aber nicht zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Hierzu zählen das Berufsvorbereitungsjahr, die ein- und zweijährigen Bildungsgänge der Berufsfachschulen sowie die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit.

ISCED-Klassifikation

Die ISCED-Klassifikation (International Standard Classification of Education) ist eine internationale Klassifikation des Bildungswesens, die ursprünglich von der UNESCO entwickelt wurde. Die ISCED-Bildungsstufen (in der Fassung von 2011) gelten als Standard für internationale Vergleiche von Bildungssystemen und -abschlüssen.

Nach ISCED-2011 wird das Bildungswesen in neun Bereiche untergliedert:

Niedriger Bildungsstand:

- *Frühkindliche Bildung (ISCED 0):* Kindertagesstätte, Kindertagespflege, Kindergarten, Schulkindergarten, Förderschulkindergarten
- *Primarbereich (ISCED 1):* Grundschule, Grundschulteil organisatorisch verbundener Schulen, Förderschule (ohne Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“), Freie Waldorfschule (Klassenstufe 1 bis 4)
- *Sekundarbereich I (ISCED 2):* Hauptschule, Abendhauptschule, Realschule plus, Realschule, Abendrealschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, G8-Ganztagsschule, Freie Waldorfschule, Förderschulen (Klassenstufe 5 bis 9/10), Schulartübergreifende Orientierungsstufe (Klassenstufe 5 bis 6), Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschule I, Berufsfachschule II

Mittlerer Bildungsstand:

- *Sekundarbereich II (ISCED 3):* Gymnasium, G8-Ganztagsschule, Freie Waldorfschule, Integrierte Gesamtschule, Förderschule (Klassenstufe 10/11 bis 12/13), Fachoberschule, Höhere Berufsfachschule, Dreijährige Berufsfachschule, Berufliches Gymnasium, Berufsschule
- *Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich (ISCED 4):* Abendgymnasium, Kolleg, Studienkolleg, Berufsoberschule I, Berufsoberschule II, Duale Berufsoberschule, Schule des Gesundheitswesens, Beamtenanwärter/-innen im mittleren Dienst, Umschulung

Hoher Bildungsstand:

- *Kurzes tertiäres Bildungsprogramm (ISCED 5):* Fachschule, Meisterausbildung, Berufsakademie, Wirtschafts- und Verwaltungsakademie
- *Bachelor- oder gleichwertiges Bildungsprogramm (ISCED 6):* Bachelorstudiengang an Universität, Hochschule oder staatlich anerkannter Berufsakademie, Diplomstudiengang (FH) an Fachhochschule
- *Master- oder gleichwertiges Bildungsprogramm (ISCED 7):* Masterstudiengang an Hochschulen oder staatlich anerkannten Berufsakademien, Diplom-, Magister- oder Lehramtsstudiengang sowie Staatsprüfung oder vergleichbare Prüfungen an einer Universität oder anderen wissenschaftlichen Hochschulen
- *Promotions- oder gleichwertiges Programm (ISCED 8):* Promotion, Promotionsstudium, Graduiertenschule, Graduiertenkolleg

Juniorprofessur

Die Juniorprofessur wurde im Jahr 2002 mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes eingeführt. Sie ermöglicht jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit hervorragender Promotion einen direkten Einstieg in Forschung und Lehre, um sich auf diesem Wege ohne die bisher übliche Habilitation für die Berufung auf eine Lebenszeitprofessur zu qualifizieren.

Kinder

Kinder sind ledige Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Als Kinder gelten neben leiblichen Kindern auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht.

Laufende Ausgaben für ein Studium

Bei dieser Kennzahl werden die laufenden Ausgaben (Grundmittel), welche die Hochschulträger für Forschung und Lehre je Studentin und Student pro Semester bereitstellen, entsprechend der durchschnittlichen Fachstudiendauer summiert. Die laufenden Ausgaben für Zentrale Einrichtungen sind anteilig enthalten.

Laufende Ausgaben (Grundmittel), Hochschulen

In die Berechnung der laufenden Ausgaben (Grundmittel) werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. für Personal und sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungs- und Drittmittelleinnahmen abgezogen werden. Bei der Berechnung der laufenden Ausgaben bleiben die Investitionsausgaben unberücksichtigt.

Lebensformen

Es wird unterschieden in Lebensformen mit Kindern (d. h. Familien) und Lebensformen ohne Kinder. Zu den Lebensformen mit Kindern, also den Familien, zählen Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit ledigen Kindern im Haushalt. Zu den Lebensformen ohne Kinder zählen verheiratete und unverheiratete Paare sowie Alleinstehende.

Lehrkräfte

Als hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte werden beamtete und nicht beamtete Personen in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung (einschließlich gemäß § 87 a LBG unterhältig Teilzeitbeschäftigten)

nur an ihrer Stammschule gezählt. Zu den nebenamtlichen und nebenberuflichen Kräften zählen neben den „reinen“ nebenamtlich und nebenberuflich Tätigen auch Lehrkräfte, die außerhalb ihrer Stammschule unterrichten, beispielsweise als abgeordnete oder teilabgeordnete Lehrkräfte. Da diese bereits an ihrer Stammschule als hauptamtliche Lehrkräfte gezählt werden, zählen sie beim Einsatz an einer Schule oder mehreren weiteren Schulen dort zur Gruppe „nebenamtliche/nebenberufliche/sonstige Kräfte“.

Mainzer Studienstufe

Mitte der 70er-Jahre wurde, einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (vom 7. Juli 1972) folgend, in allen Bundesländern die gymnasiale Oberstufe reformiert. Mit Beginn des Schuljahres 1975/76 führte auch Rheinland-Pfalz ein reformiertes Oberstufenmodell für die Klassenstufen 11 bis 13 an allen Gymnasien ein. Dieses Modell ist auch für den Oberstufenunterricht an Integrierten Gesamtschulen bindend. In den Jahrgangsstufen 11 bis 13 wird der Unterricht ausschließlich in einem Kurssystem erteilt, das den Schülerinnen und Schülern innerhalb eines vorgegebenen Rahmens Wahlfreiheit bei der Bestimmung von drei Hauptfächern (Leistungskursen) und von Grundfächern (Grundkursen) zugesteht. Im Rahmen der G8-Ganztagsschule erfolgt der Besuch der Mainzer Studienstufe in den Klassenstufen 10 bis 12.

Master

Der Master ist ein akademischer Abschluss, der nach einem zwei- bis viersemestrigen Studium erreicht werden kann. Masterstudiengänge setzen üblicherweise einen ersten Hochschulabschluss voraus und dienen der beruflichen und akademischen Weiterqualifizierung.

Zu unterscheiden sind:

- *konsekutive* (weiterführende) Masterstudiengänge, die auf einem speziellen Bachelorstudiengang aufbauen,
- *nicht-konsekutive* Masterstudiengänge, die inhaltlich nicht auf ein vorangegangenes Bachelorstudium aufbauen und

- *weiterbildende* Masterstudiengänge, die in der Regel neben einem Hochschulabschluss eine qualifizierte berufspraktische Tätigkeit von nicht unter einem Jahr voraussetzen.

Eingeführt wurde der Master in Deutschland im Zuge der Bologna-Reform Ende der 90er-Jahre. Der Master ist den „klassischen“ Universitätsabschlüssen wie Diplom und Magister gleichgestellt und berechtigt zur Promotion.

Median

Für die Fachstudien-dauer wird der Median ausgewiesen. Dieser separiert die Verteilung in zwei gleiche Hälften; 50 Prozent liegen unterhalb und 50 Prozent oberhalb des Medians. Im Vergleich zum Durchschnittswert wird der Median weniger von Ausreißern beeinflusst.

Migrationshintergrund

Seit dem Jahr 2005 erhebt die amtliche Statistik im Rahmen des *Mikrozensus* Angaben zum Migrationshintergrund. Personen mit Migrationshintergrund sind in dieser Statistik wie folgt definiert: alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Dieses weite Migrationsverständnis berücksichtigt neben der Staatsangehörigkeit auch die individuelle (1. Generation) und familiäre Migrationserfahrung (2. und ggf. weitere Generation(en)) einer Person. Weitere Informationen liefert der Beitrag „Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014“, der im März 2016 in den Statistischen Monatsheften des Statistischen Landesamtes erschienen ist und jährlich aktualisiert wird.

Die Statistiken über die *Kindertagesbetreuung* und die *Kindertagespflege* stellen einen Migrationshintergrund fest, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist. Die für die Berechnung

der Betreuungsquoten in der Kindertagespflege verwendeten Daten zum Migrationshintergrund aus dem Mikrozensus werden für die Berechnung an die in der Kinder- und Jugendhilfestatistik verwendete Definition angepasst.

In der *Schulstatistik* wird ein Migrationshintergrund nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern angenommen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nicht deutsches Geburtsland oder
- nicht deutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Befragt wird ein Prozent der Bevölkerung. Grundlage für diese Erhebung ist das Mikrozensusgesetz 2005 und die EU-Verordnung zur EU-Arbeitskräfteerhebung. In Deutschland liefert der Mikrozensus bereits seit 1957 (in den neuen Ländern seit 1991) statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und Wohnsituation sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte.

MINT-Fächer

MINT ist eine Abkürzung für die Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. In der Studierendenstatistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (einschließlich Informatik) sowie Mathematik/Naturwissenschaften.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden solche Verträge gezählt, die im Berichtsjahr geschlossen und bis zum 31. Dezember nicht vorzeitig gelöst wurden. Es werden die Fälle (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) und nicht die Personen gezählt. Dies hat zur Folge, dass die Zahl

der neu abgeschlossenen Auszubildenden keine Teilmenge der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember des Berichtsjahres ist. In der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sind auch Anschlussverträge enthalten. Diese Anschlussverträge beziehen sich auf Personen, die bereits eine zweijährige Berufsausbildung abgeschlossen hatten und die Berufsausbildung in einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf fortführen, also keine „Ausbildungsanfängerinnen oder -anfänger“ sind.

Neuzugang aus Grundschulen

Ein Neuzugang aus Grundschulen wird auf Basis des Schülerbestands ausgewiesen, der jährlich zum Schuljahresbeginn bei den rheinland-pfälzischen Schulen erfragt wird. Hier nachgewiesen sind die aus Grundschulen zugegangenen Schülerinnen und Schüler in der 5. Klassenstufe.

Nichterwerbspersonen

Als Nichterwerbspersonen gelten Personen, die keine – auch keine geringfügige – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Nichtversetzte, Nichtversetztenquote

Nichtversetzte sind die Schülerinnen und Schüler, die zum Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben.

Die Nichtversetztenquote gibt den Anteil der Nichtversetzten an allen Schülerinnen und Schülern an.

Zu unterscheiden sind Nichtversetzte von den sogenannten Wiederholern. Als Wiederholer gelten Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe wegen Nichtversetzung oder freiwillig zum wiederholten Mal durchlaufen.

Prüfungsjahr

Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden in der amtlichen Statistik üblicherweise nach Prüfungsjahren ausgewiesen. Ein Prüfungsjahr setzt sich aus einem Wintersemester und dem folgenden Sommersemester zusammen.

Quotensummenverfahren

Die Studienanfängerquote wird wie die Studienberechtigtenquote und die Absolventenquote im sogenannten Quotensummenverfahren errechnet. Hierfür wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger berechnet. Diese Anteile werden anschließend addiert und ergeben so die Studienanfängerquote für die Gesamtbevölkerung.

Rechnerische Einmündungsquote, Duale Berufsausbildung

Die rechnerische Einmündungsquote gibt die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je 100 Schulabgängerinnen und -abgänger allgemeinbildender Schulen wieder.

Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit eines Studiengangs ist in der Prüfungsordnung festgelegt und empfiehlt die Anzahl von Semestern, innerhalb derer ein Studiengang üblicherweise abgeschlossen werden soll.

Risikolagen

Der nationale Bildungsbericht (Bildung in Deutschland 2016) beschreibt die Lebens- und Familienformen, in denen die Kinder aufwachsen, als zentralen Faktor für die Bildungsbiografien. Vor diesem Hintergrund definieren die Autorinnen und Autoren des Bildungsberichts drei Risikolagen:

- *Bildungsfernes Elternhaus*: Kein Elternteil verfügt über einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II oder einen entsprechenden beruflichen Abschluss.
- *Soziale Risikolage*: Kein Elternteil ist erwerbstätig.
- *Finanzielle Risikolage*: Das Familieneinkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld 2016, S. 27 ff.

Schulabschlüsse

In Rheinland-Pfalz können unterschiedliche allgemeinbildende Schulabschlüsse erworben werden:

- Die *Allgemeine Hochschulreife* (Abitur) kann u. a. am Gymnasium, am Beruflichen Gymnasium oder an der Berufsoberschule II erworben werden. Sie qualifiziert zur Aufnahme eines Studiums an einer Universität oder Hochschule.
- Die *fachgebundene Hochschulreife* kann u. a. an der Berufsoberschule II mit nur einer Fremdsprache erworben werden. Sie qualifiziert zur Aufnahme eines fachbezogenen Studiums sowohl an einer Fachhochschule als auch an einer Universität. Durch die Abschlussprüfung in einer zweiten Fremdsprache kann das Abitur erworben werden.
- Die *Fachhochschulreife* („Fachabitur“) kann u. a. an der Fachoberschule, der Berufsoberschule I oder über den Fachhochschulreifeunterricht an einer Höheren Berufsfachschule erworben werden. Sie qualifiziert zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule bzw. einer Hochschule für angewandte Wissenschaften.
- Der *Qualifizierte Sekundarabschluss I* (mittlerer Schulabschluss, ehemals Realschulabschluss) kann u. a. an der Realschule plus, der Freien Waldorfschule oder an der Berufsfachschule II erworben werden. Der Abschluss qualifiziert zum Beispiel zur Aufnahme einer dualen Berufsausbildung oder zum Besuch der Höheren Berufsfachschule sowie der Mainzer Studienstufe am Gymnasium oder am Beruflichen Gymnasium.
- Die *Berufsreife* (ehemals Hauptschulabschluss) kann u. a. an der Realschule plus, an den meisten Förderschulen oder im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) erworben werden. Der Abschluss qualifiziert zur Aufnahme einer dualen Berufsausbildung oder zum Besuch der Berufsfachschule I sowie der Dreijährigen Berufsfachschule.
- Den Abschluss „*Besondere Form der Berufsreife*“ können Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen nach neun Schuljahren

erlangen. In einem freiwilligen zehnten Schuljahr kann die Berufsreife erworben werden.

- Den *Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung* können Schülerinnen und Schüler, die in allen Entwicklungsbereichen sonderpädagogische Unterstützung benötigen, an Schulen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangen.

Schularten

Die Schulen im rheinland-pfälzischen Bildungssystem lassen sich folgenden Schularten zuordnen: Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Realschule plus, Realschule, Hauptschule, Grundschule, Freie Waldorfschule, Förderschule, Abendgymnasium, Kolleg und Berufsbildende Schule. Außerdem gibt es weitere Schularten des zweiten Bildungswegs wie z. B. die Abendrealschule, die jedoch statistisch nicht erfasst werden.

Schulformen und Schultypen

An allgemeinbildenden Schulen werden insbesondere die Förderschulen nach Schulformen differenziert: Schule mit Förderschwerpunkt Lernen, Schule mit Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, Schule mit Förderschwerpunkt motorische Entwicklung, Schule mit Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung, Schule mit Förderschwerpunkt Sprache, Schule für Blinde und Sehbehinderte und Schule für Gehörlose und Schwerhörige.

Als Schultypen werden Regelschule und Förderschule bezeichnet. Die Schulform „Schwerpunktschule“ ist eine Regelschule mit einem förderpädagogischen Angebot.

Auch an berufsbildenden Schulen werden Schulformen voneinander unterschieden. Hierbei handelt es sich u. a. um die Differenzierung nach Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsoberschule, Beruflichem Gymnasium, Fachschule, Fachoberschule.

Schullaufbahnpfählung

In Rheinland-Pfalz erhalten Grundschülerinnen und -schüler zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Hierbei

werden den Viertklässlerinnen und Viertklässlern, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Die Empfehlung der Grundschule ist in Rheinland-Pfalz nicht bindend.

Schulstrukturreform

Am 22. Dezember 2008 verabschiedete der rheinland-pfälzische Landtag mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ das „Landesgesetz zur Einführung der neuen Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I“ (Schulstruktur-EinfG). Dieses Gesetz regelt u. a. das Errichtungsverfahren für die neuen Realschulen plus sowie die Überführung der Haupt- und Realschulen, der Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen in die neue Schulart. Durch die Schulstrukturreform wurden zum 1. August 2009 alle noch bestehenden Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen in Realschulen plus überführt. Für die Haupt- und Realschulen wurde eine schrittweise Überführung in die Realschulen plus zum 31. Juli 2013 angestrebt. Die verbleibenden Haupt- und Realschulen befinden sich in privater oder kirchlicher Trägerschaft.

Schulstufen

Durch Schulstufen wird das allgemeinbildende Schulwesen in Bildungsabschnitte gegliedert. Nach dieser Einteilung werden Vorklassen und Schulkindergärten zum Elementarbereich gezählt. Die Klassenstufen 1 bis 4 sind dem Primarbereich (Grundstufe), die Klassenstufen 5 bis 10 dem Sekundarbereich I und die Jahrgangsstufen 11 bis 13 dem Sekundarbereich II zugeordnet. Ausnahme bildet die G8-Ganztagsschule, an der die Klassenstufen 5 bis 9 dem Sekundarbereich I und die Klassenstufen 10 bis 12 dem Sekundarbereich II zugerechnet werden.

Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung werden in Rheinland-Pfalz den Kategorien „Grundstufe“, „Mittelstufe“, „Oberstufe“ und „Werkstufe“ zugeordnet.

Schul- und Förderschulkindergärten

Diese Einrichtungen werden an Grund- oder Förderschulen geführt. Die Fördermaßnahmen beschrän-

ken sich vorzugsweise auf Kinder, die vom Schulbesuch zurückgestellt wurden.

Sonderpädagogischer Förderbedarf

Ein sonderpädagogischer Förderbedarf wird von der Schulbehörde festgestellt, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten soweit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogischer Förderung für einen erfolgreichen Schulabschluss bedürfen. Nachgewiesen wird hier der im Fördergutachten festgestellte individuelle sonderpädagogische Förderschwerpunkt der Schülerin bzw. des Schülers. In Rheinland-Pfalz werden sieben Förderschwerpunkte unterschieden und zwar in Bezug auf:

- Sozial-emotionale Entwicklung,
- Ganzheitliche Entwicklung,
- Gehörlose und Schwerhörige,
- Motorische Entwicklung,
- Lernen,
- Blinde und Sehbehinderte sowie
- Sprache.

Die Förderquote entspricht dem prozentualen Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Schülerinnen und Schülern mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).

Statistik der Schulen des Gesundheitswesens

Bis zum Jahr 2008 wurden die Daten für die Statistik der Schulen des Gesundheitswesens auf freiwilliger Basis erhoben. Seit dem Schuljahr 2009/10 gibt es eine gesetzliche Berichtspflicht. Ein Vergleich der gemeldeten Schülerzahlen ab dem Schuljahr 2009/10 mit den zuvor gemeldeten ist nur bedingt möglich.

Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Diese Statistik beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). Es werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst. Nicht berücksichtigt sind nicht sozialversicherungspflichtige Beamtinnen

und Beamte, Selbstständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Personen, die ausschließlich in sogenannten Mini-Jobs tätig sind.

Statistiken über die Kindertagesbetreuung und die Kindertagespflege

Diese Erhebungen werden seit 2006 jährlich zum Stichtag 15. März bei allen Kindertageseinrichtungen und Jugendämtern des Landes durchgeführt. Seit dem Jahr 2009 erfolgt die Erhebung zum Stichtag 1. März. Neben den Kindertageseinrichtungen werden im Rahmen der Statistik auch Daten zur öffentlich geförderten Kindertagespflege erhoben. Ausschließlich privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden hierbei nicht einbezogen. Grundsätzlich lassen sich den Daten lediglich Informationen über die Nutzung, nicht aber über den Bedarf oder das Angebot der Betreuungsmöglichkeiten entnehmen.

Weitere Informationen liefert der Beitrag „Kinderbetreuung 2015“, der im Dezember 2015 in den Statistischen Monatsheften des Statistischen Landesamtes erschienen ist und jährlich aktualisiert wird.

Statistik zu allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen

Im Rahmen der Schulstatistik werden jährlich zu Schuljahresbeginn an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz Informationen zu Schülerinnen und Schülern, zu Schulentlassenen und zu Lehrkräften erfragt.

Statistik zu Hochschulpersonal

Im Rahmen der Hochschulpersonalstatistik werden alle am Erhebungstichtag (1. Dezember) an Hochschulen haupt- und nebenberuflich tätigen Personen erfasst. Unterschieden wird zwischen dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sowie dem nichtwissenschaftlichen Personal. In den Angaben sind die studentischen Hilfskräfte nicht enthalten.

Statistik zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), Aufstiegs-BAföG

Im Rahmen der Statistik werden bei den Ämtern für Ausbildungsförderung jährlich Angaben zu sozio-

ökonomischen Merkmalen der Geförderten sowie zum finanziellen Aufwand, zur Art und zum Umfang der Förderung erfragt. Unterschieden wird zwischen bewilligten Fördermitteln.

Statistik zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Die staatlichen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sind Gegenstand einer jährlichen Statistik. Erfragt werden sozioökonomische Merkmale der Geförderten, Angaben zur finanziellen Situation der Eltern bzw. des Ehepartners, die Höhe und Zusammensetzung der finanziellen Bedarfe sowie die festgesetzten Förderbeträge.

Statistik zum Deutschlandstipendium

Im Rahmen der im Jahr 2012 erstmals durchgeführten Statistik zum Deutschlandstipendium werden bei den Hochschulen jährlich Eckdaten zu den Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie zu den Mittelgeberinnen und Mittelgebern erfragt. Da die Stipendien zum Sommersemester 2011 das erste Mal vergeben wurden, beträgt der Förderzeitraum im ersten Berichtsjahr (2011) nicht zwölf, sondern lediglich neun Monate.

Studienanfängerinnen und -anfänger

Als Studienanfängerinnen und -anfänger werden Studierende bezeichnet, die im ersten Hochschulsemester an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger eines Studienjahres ergibt sich aus den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Sommersemesters und des darauf folgenden Wintersemesters.

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Bundesland, in dem die Studienberechtigung erworben wurde oder das Bundesland, in dem der Studienort liegt, gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger allgemeinbildender und berufsbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im entsprechenden Alter an. Bis zum Berichtsjahr 2005 wurde dieser Wert mit Bezug auf die 18- bis unter 21-Jährigen ermittelt. Ab dem Berichtsjahr 2006 erfolgt die Berechnung – wie auch bei der Studienanfänger- und der Absolventenquote – nach dem sogenannten Quotensummenverfahren. Das neue Verfahren führt zu belastbareren Ergebnissen, die nicht von Ausreißern in der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst sind.

Studienjahr

Studienanfängerinnen und -anfänger werden in der amtlichen Statistik üblicherweise nach Studienjahren ausgewiesen. Ein Studienjahr setzt sich aus einem Sommersemester und dem folgenden Wintersemester zusammen.

Studierende

Studierende sind in einem Fachstudium als Haupt- oder Nebenstudierende bzw. Haupt- oder Nebenhörerinnen bzw. Nebenhörer eingeschriebene Personen ohne Beurlaubte, Gasthörerinnen bzw. Gasthörer und Studienkollegiatinnen und -kollegiaten. Die Zahl der Studierenden wird jährlich zu Beginn des Wintersemesters erhoben.

Studierenden- und Prüfungsstatistik

Daten zu Studierenden an Hochschulen werden im Rahmen der Studierendenstatistik jährlich zu Beginn des Wintersemesters an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen erhoben. Erfragt werden u.a. soziodemografische Merkmale, der Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, die Hochschule, die Anzahl der Hochschul- und Fachsemester, das Studienfach, der angestrebte Abschluss, die Studiendauer sowie die Studiengänge und der Studienort des vorangegangenen Semesters. Die von den Studierenden abgelegten akademischen Abschlussprüfungen werden in der Prüfungsstatistik erfasst.

Trägermittel

Trägermittel sind finanzielle Zuwendungen des Trägers der Hochschule an die Hochschule. Sie finanziert damit einen Teil ihrer Ausgaben. Träger der staatlichen Hochschulen sind Bund, Länder und/oder Kommunen.

Vakanzzzeit

Die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelte abgeschlossene Vakanzzzeit für die Besetzung von Stellen misst die Zeit vom gewünschten Besetzungstermin bis zur Abmeldung einer Stelle bei der BA bzw. beim Jobcenter. Die für ein Jahr ausgewiesene durchschnittliche Vakanzzzeit wird jeweils in der Zeit von Mai des Vorjahres bis zum April des ausgewiesenen Jahres erhoben.

Vertragslösungsquote

Die Vertragslösungsquote ist nach dem sogenannten „Schichtenmodell“ berechnet. Hierfür werden die Vertragslösungen eines Kalenderjahres exakt den zugehörigen Neuabschlussjahren zugeordnet. Die Lösungsquote 2014 wird somit folgendermaßen berechnet:

$$\frac{\text{Anzahl der Lösungen 2014 von Ausbildungen, die 2014 begonnen haben}}{\text{Neuabschlüsse 2014}} + \frac{\text{Anzahl der Lösungen 2014 von Ausbildungen, die 2013 begonnen haben}}{\text{Neuabschlüsse 2013}} + \frac{\text{Anzahl der Lösungen 2014 von Ausbildungen, die 2012 begonnen haben}}{\text{Neuabschlüsse 2012}} + \frac{\text{Anzahl der Lösungen 2014 von Ausbildungen, die 2011 begonnen haben}}{\text{Neuabschlüsse 2011}}$$

Vollzeitäquivalente, Vollzeitlehrereinheiten

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Für den Schulbereich werden sogenannte „Vollzeitlehrereinheiten“ errechnet. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nebenamtlichen Lehrkräfte in sogenannte Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und

zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften hinzu addiert.

Wanderungssaldo nach der Studierendenstatistik

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben. Ein positiver Wanderungssaldo bedeutet, dass ein Land mehr Studierende anderer Bundesländer aufnimmt, als es „exportiert“.

Weiterbildungsstatistik nach dem Weiterbildungsgesetz (WBG)

In der Weiterbildungsstatistik nach dem Weiterbildungsgesetz (WBG) wird ausschließlich die Arbeit der sieben staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung erfasst. Weiterbildungsaktivitäten anderer Anbieter sind in dieser Statis-

tik nicht enthalten. Die statistische Erfassung der Daten für die Weiterbildungsstatistik erfolgt über den Landesbeirat für Weiterbildung bei den Spitzenorganisationen der Weiterbildungsträger. Die einzelnen Spitzenorganisationen erheben ihrerseits die Daten bei den ihnen angeschlossenen Einrichtungen. Die Aufbereitung der Ergebnisse erfolgt beim Statistischen Landesamt.

Neben der Landesweiterbildungsstatistik existieren vielfältige weitere Datenquellen zur Weiterbildung. Ergänzende Daten liefern beispielsweise die Statistik über die Gasthörerinnen und Gasthörer an Hochschulen, die Berufsbildungsstatistik und der Mikrozensus. Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) erhebt regelmäßig Daten zu den von ihr geförderten Weiterbildungsmaßnahmen. Umfangreiche statistische Informationen zur betrieblichen Weiterbildung werden zudem alle fünf Jahre im Rahmen der „Europäischen Erhebung über die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen“ (CVTS) erhoben.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie kostenlos alle Statistischen Analysen herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referate „Bildung“, „Analysen“ und „Veröffentlichungen“

Autorinnen und Autoren: Dr. Ninja Lehnert, Dr. Marco Schröder, Jeanette Vogel

Titelfoto: Simone Emmerichs

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erschienen im Oktober 2016

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/stat_analysen/bildung/KennzahlenBildung2015.pdf